

Die NSDAP in Heidelberg

BEITRÄGE ZUR HEIDELBERGER STADTGESCHICHTE

herausgegeben vom Heidelberger Geschichtsverein

Band 2

Joey Rauschenberger

Die NSDAP in Heidelberg

Organisation und Personal
im »Dritten Reich«

Mattes Verlag Heidelberg

Der Druck dieser Arbeit wurde gefördert durch

- Stadt-Heidelberg-Stiftung
- Heidelberger Geschichtsverein e.V.

Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte
bibliographische Daten sind im Internet über
<http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-86809-176-2

Mattes Verlag GmbH, Heidelberg 2021

Nachdruck Januar 2022

Umschlagabbildung: Stadtarchiv Heidelberg BILDA 12924

Hergestellt in Deutschland

Vorwort des Reihenherausgebers

Die Erforschung und Darstellung der Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus in Heidelberg hat in den vergangenen 40 Jahren beachtliche Fortschritte gemacht. Etliche der seinerzeit Handelnden lebten noch oder aber deren Nachkommen wachten sorgsam über den Ruf ihres Familiennamens. 1986 endete die sechsbändige Geschichte der Universität aus Anlass der 600-Jahr-Feier mit dem Jahr 1933. Inzwischen gibt es nach zahlreichen Einzelstudien seit 2006 das umfassende Werk »Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus«, herausgegeben von Wolfgang U. Eckart, Volker Sellin und Eike Wolgast.

Den Blick auf die Stadtgeschichte öffnete Arno Weckbecker 1984 zum Thema der Vorgeschichte von 1933 und monografisch 1985 zur Judenverfolgung in Heidelberg. Ebenfalls 1984 kam auf Initiative der Stadt Heidelberg der Sammelband »Heidelberg unter dem Nationalsozialismus« heraus. Die verdienstvollen Einzelbeiträge lösten in ihrer Summe das Titelversprechen jedoch nicht ein. Auch Weckbeckers Beitrag zur Judenverfolgung fokussierte auf den staatlichen Maßnahmen und übergang die örtlichen Verantwortlichkeiten. 1995 zeigte das Kurpfälzische Museum die Ausstellung »Verführt und verraten. Jugend im Nationalsozialismus«. Thematisiert wurde darin die Lage der Heidelberger Jugend in den Jahren ab 1933. Denkwürdiger Höhepunkt war der Auftritt eines Alt-Nationalsozialisten: Bei der Abschlussveranstaltung versuchte Heinrich Peter, Gestapo-Beamter und pensionierter Lehrer, die Herrschaft des Nationalsozialismus zu verherrlichen (siehe Rhein-Neckar-Zeitung vom 17. 7. 1995).

Es waren die Forschungen von Frank Moraw – 1992 im Sammelband »Jüdisches Leben in Heidelberg«, 1995 im Begleitband zur Ausstellung »verführt und verraten«, 1996 in der von der Stadt Heidelberg herausgegebenen »Geschichte der Juden in Heidelberg« und ebenfalls 1996 in »Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt« erschienen –, die erstmals und in zunehmender Materialfülle die Rolle der Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Carl Neinhaus untersuchten. Neinhaus war 1933 in die NSDAP eingetreten, um sein kommunales Amt behalten zu können. Er konkurrierte dabei mit den Strukturen der örtlichen NSDAP, trieb aber auch eigene Aktionen gegen jüdische Geschäftsleute und gegen Sintifamilien voran.

Der Heidelberger Geschichtsverein, 1993 gegründet, hat seither in seinem Jahrbuch zahllose Beiträge zur NS-Zeit veröffentlicht. Der Themenschwer-

punkt lag dabei auf der rassistisch motivierten Verfolgung von Minderheiten; andere Untersuchungen galten dem Einsatz von Zwangsarbeit und dem politischen Widerstand. Die Intention war dabei durchweg Opfer-orientiert. Diese Feststellung gilt auch für die weitere, vielfach von Vereinsmitgliedern verantwortete Publizistik zum Thema der Heidelberger Geschichte der Jahre 1933 bis 1945.

Insofern betritt die hier vorgelegte Arbeit Neuland. Joey Rauschenbergers Masterarbeit von 2020 »Die NSDAP in Heidelberg. Eine Lokalstudie zu Organisation und Personal der NSDAP im ›Dritten Reich‹« nimmt zum ersten Mal die örtlichen Machtstrukturen ins Visier. Die Arbeit folgt methodisch aktuellen sozialhistorischen Fragestellungen. Für Heidelberg ist neu, dass die Parteistrukturen analysiert und Namen der verantwortlich Agierenden genannt werden. Das könnte immer noch kontroverse Diskussionen auslösen, die wir aber nicht scheuen. Vielmehr besteht die Hoffnung, dass diese Arbeit weitere Untersuchungen anregt. Das wichtigste Desiderat ist eine Geschichte der Stadtverwaltung. Aber auch zur Rolle der Kirchen, der Schulen und der Justiz gibt es noch viele offene Fragen.

Der vorliegende Band erscheint in der Reihe »Heidelberger Beiträge zur Stadtgeschichte«. Diese Reihe hatten wir eingerichtet, um Arbeiten veröffentlichen zu können, für die der Rahmen unseres Jahrbuchs nicht ausreicht. 2015 kam Hansjoachim Räthers »Die Heidelberger Straßennamen« heraus. Für eine zweite Buchreihe neben dem Jahrbuch ist eigentlich kein Platz im Vereinsbudget, es sei denn, es finden sich Institutionen oder Personen, die die Projekte finanziell unterstützen.

Unser erster Dank gilt der Stadt-Heidelberg-Stiftung, deren Druckkostenzuschuss diese Buchausgabe erst möglich gemacht hat. Die Stiftung hat zum Ziel, die Verbindungen zwischen Universität und der Bürgerschaft der Stadt zu festigen. Für uns war die Gewährung dieses Zuschusses zugleich ein Stück Anerkennung für unsere jahrelangen und keineswegs erfolglosen Bemühungen um eine engere Zusammenarbeit zwischen akademischer und bürgerschaftlicher Geschichtsforschung. Ein weiterer Dank richtet sich an Prof. Dr. Frank Engehausen vom Historischen Seminar der Universität, der die Arbeit Joey Rauschenbergers betreut und die Verbindung zum Geschichtsverein hergestellt hat. Der Mattes-Verlag hat diese Buchausgabe in bewährter Qualität lektoriert und gestaltet. Der abschließende Dank geht an die Mitglieder des Heidelberger Geschichtsvereins, die mit ihren Beiträgen und gelegentlichen Spenden ebenfalls zum Gelingen dieser Buchedition beigetragen haben.

Heidelberg, September 2021

Hans-Martin Mumm
für den Vorstand des Heidelberger Geschichtsvereins

Zum Geleit

Das Interesse an Themen aus dem Feld der Geschichte des Nationalsozialismus ist ungebrochen hoch: in der Öffentlichkeit, in der Fachwissenschaft und – was kaum Erstaunen hervorrufen dürfte – auch unter den Studierenden der Geschichtswissenschaft, auch wenn viele von ihnen meinen, hierüber schon gut informiert zu sein, und sich zunächst einmal Themen zuwenden, von denen sie in der Schule noch nichts gehört hatten. Erstaunlicher schon mag es anmuten, dass eine recht große Zahl von ihnen auch ihre Abschlussarbeiten auf diesem Feld ansiedelt; erstaunlich insofern, als ein gewisses Maß an Mut und Selbstvertrauen nötig ist, im kaum noch überschaubaren Dickicht wissenschaftlicher Publikationen zur NS-Geschichte unbearbeitete oder wenig beachtete Themen zu finden, anhand derer der Ehrgeiz erprobt werden kann, mit Bachelor- oder Masterarbeiten nicht nur durch methodische Fingerübungen den Nachweis zu erbringen, dass man das Rüstzeug der Historikerin oder des Historikers beherrscht, sondern neue Erkenntnisse zu gewinnen und das Gesamtwissen um die Geschichte des Nationalsozialismus ein wenig zu vermehren.

Joey Rauschenberger hat während seines Studiums ein ausgeprägtes Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus gezeigt und auch den nötigen Mut, sich mit seinen Abschlussarbeiten hier zu profilieren. Der Ansatzpunkt zur Erschließung neuer Wege war für ihn die Fokussierung auf Exemplarisches und Kleinräumiges, und auf dem Feld der Lokal- beziehungsweise Regionalgeschichte, die in Verkennung ihrer Potentiale mitunter als historische Subdisziplin zweiter oder dritter Güte missverstanden wird, war bereits seine Bachelorarbeit angesiedelt: eine Studie über den Werdegang des badischen NS-Politikers Herbert Kraft (Landtagsabgeordneter, Sportfunktionär und Leiter der Abteilung Höhere Schulen im Kultusministerium), die einerseits als Biographie um ihrer selbst willen eine empfindliche Lücke in der Forschung zur regionalen NS-Elite geschlossen hat, die andererseits aber auch auf das Allgemeine ausblickte und prüfte, wie tauglich die gängigen Theorien über Rechtsradikalisierung beim mikroskopischen Blick auf einen Einzellebensweg sind.

Durch den Erfolg seiner Bachelorarbeit, die in gekürzter Fassung in einer breit wahrgenommenen biographischen Reihe über »NS-Belastete« zur Pu-

blikation gelangte, wurde Rauschenberger – so steht zu vermuten – dazu ermuntert, auch seine Masterarbeit einem Thema der regionalen NS-Geschichte zu widmen. Mochte man seine Studie über Herbert Kraft noch für ein überschaubares Risiko halten, weil sich recht bald abschätzen ließ, dass eine tragfähige Materialgrundlage gegeben war, so war die Entscheidung, nun die Parteigeschichte der Heidelberger NSDAP zu thematisieren doch ein größeres Wagnis: Die wenigen bisherigen Forschungen hatten sich auf die Jahre vor 1933 konzentriert und zudem die Organisationsgeschichte nur gestreift, und auch die Quellenlage war herausfordernd, da nur wenig relevantes publiziertes Material existiert und sich die archivalische Überlieferung auf ganz unterschiedliche Bestände verteilt: neben Akten aus dem Stadtarchiv Heidelberg etwa im Generallandesarchiv Karlsruhe auf die Spruchkammerakten oder die nur fragmentarisch überlieferten Materialien aus der Personalabteilung der Gauleitung der NSDAP.

Das Selbstvertrauen, das Thema trotz mancher Unwägbarkeiten anzugehen, und vor allem der Sammlerfleiß und Jagdeifer des Verfassers haben dazu geführt, dass die zuvor nur schemenhafte Geschichte der Nationalsozialisten in Heidelberg nun viel deutlicher zu erkennen ist. Dies ist indes nicht das einzige Verdienst der nun im Druck vorliegenden Arbeit, die darüber hinaus das Besondere und das Allgemeine in vorbildlicher Weise miteinander verknüpft, indem sie die Heidelberger Befunde in Beziehung zu den historisch-sozialwissenschaftlichen Thesen über Alter, generationelle Erfahrungen, konfessionelle Prägungen, soziales Profil und Bildungswege der nationalsozialistischen Parteiaktivisten setzt. Dass diese gleichermaßen informationsreiche und methodisch ambitionierte Studie, deren betreuender und begutachtender Erstleser ich sein durfte, nun der Öffentlichkeit zugänglich wird, freut mich sehr. Hierzu haben die Stadt-Heidelberg-Stiftung und der Heidelberger Geschichtsverein e. V. mit Druckkostenzuschüssen beigetragen, für die ihnen sehr zu danken ist.

Heidelberg, September 2021

Prof. Dr. Frank Engehausen
Historisches Seminar der Universität Heidelberg

Vorbemerkung des Autors

Der vorliegender Studie gegebene Haupttitel »Die NSDAP in Heidelberg« erhielt vor allem deshalb den Vorzug, weil er sich durch die präzise Benennung von Forschungsgegenstand und Buchinhalt auszeichnet. Die Entscheidung, in der Betitelung nüchterne Sachlichkeit zum Zuge kommen zu lassen, geht naturgemäß einher mit dem Verzicht auf poetische Ausdrucksweise. Kraftvolle Metaphern, Wortwitz oder lebendige Zitate – aller Schmuck und Schnörkel wurde auf dem Altar wissenschaftlicher Exaktheit geopfert. Da entbehrt es nicht der Ironie, dass der Titel trotz aller Bemühung um Klarheit doch Anlass zu Klarstellungen gibt. Tatsächlich stellte sich in Gesprächen nicht nur mit Kolleginnen und Kollegen, sondern vor allem auch mit Wegbegleitern jenseits des Wissenschaftsbetriebs heraus, dass über der Arbeit insofern die Möglichkeit eines Missverständnisses liegt, als ihr Titel bei einem Teil der Leserschaft zu hohe, globale Erwartungen erwecken könnte. Wer nämlich von der NSDAP kurzerhand auf den Nationalsozialismus schlechthin schließt, der läuft Gefahr, die vorliegende Untersuchung eines – trotz seiner herausgehobenen Bedeutung – bloßen Teilsystems des nationalsozialistischen Deutschlands mit der Totalität politisch-sozialer Wirklichkeit des »Dritten Reiches« zu verwechseln. Die sich daraus möglicherweise ergebende Hoffnung, die letzte »Wahrheit« – ein Begriff, von dem sich die Geschichtswissenschaft ohnehin schon vor geraumer Zeit und mit Recht verabschiedet hat – über die NS-Zeit in Heidelberg zu erfahren, kann freilich nur enttäuscht werden, denn schon die Entstehungsgeschichte dieser aus einer Masterarbeit hervorgegangenen Monografie stellte die Weichen für eine thematisch wie lokal umgrenzte, konzise Mikrostudie, deren ursprüngliches Erkenntnisinteresse auf das Führungspersonal der Heidelberger NSDAP im »Dritten Reich« gerichtet war. Im Laufe der Arbeit kristallisierten sich die Analyse der Organisationsstrukturen des lokalen Parteiapparats sowie die Offenlegung des Aneignungsprozesses des Stadtraums durch die Partei als weitere Themenfelder heraus, die in einem gemeinsamen Kapitel zu den strukturellen Rahmenvoraussetzungen abgehandelt werden, in denen sich das soziale und politische Handeln der NSDAP-Parteifunktionäre vollzog.

Gerade diese Ausweitung der Untersuchung um die genannten Aspekte, die in der hinführenden, als klassische »Vorgeschichte« konzipierten Darstel-

lung des Aufstiegs der Nationalsozialisten in Heidelberg vor deren »Machtergreifung« 1933 gleichsam eine chronologische Strapazierung erfährt, mag den Charakter der hochspezialisierten, exemplarisch angelegten Lokalstudie verwischen und zuweilen den Eindruck erwecken, als handle es sich um ein Überblickswerk zur lokalen Parteigeschichte. Um diesem Anschein entgegenzutreten, sei bereits an dieser Stelle der eigentlich banale Hinweis erlaubt, dass angesichts des von seiner Herkunft als universitäre Qualifikationsarbeit präjudizierten beschränkten Umfangs dieses Buches zahlreiche Gesichtspunkte unberücksichtigt bleiben mussten, die nur im Rahmen eines größeren, auf mehrere Jahre angelegten Projekts bearbeitet werden könnten. Eigens erwähnt und aus dem im abschließenden Ausblickkapitel umrissenen Bündel an Forschungsperspektiven herausgegriffen sei hier nur das Potential einer systematischen Nachverfolgung der Lebenswege der behandelten Parteifunktionäre nach 1945, die das seit einigen Jahren rege bearbeitete und noch immer fruchtbare Forschungsfeld des Nachlebens des Nationalsozialismus und der historischen Kontinuitäten in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts zwar um wertvolle Erkenntnisse bereichern könnte, hier – mit Ausnahme der in den im Anhang präsentierten Biogrammen zusammengetragenen Daten zur Entnazifizierung – aber ausgespart werden musste.

Keineswegs hat die konsequente Umgrenzung der vorliegenden Arbeit jedoch intellektuelle Anspruchslosigkeit zur Folge. Denn der Charakter als Mikrountersuchung steht weder einer fundierten historischen und historiographischen Kontextualisierung des Themas noch der interpretatorischen Abstraktion und Einordnung der gewonnenen Einzelbefunde in größere Forschungszusammenhänge der NS-Geschichtsschreibung im Wege. So kommen Leserinnen und Leser, die sich zwar für die großen Fragen deutscher Zeitgeschichte und ihren Niederschlag im Lokalen interessieren, einer sich eng an den archivalischen Quellen bewegenden und an Einzelheiten reichen Spezialforschung aber wenig abgewinnen können, dann doch auf ihre Kosten – halten sie doch, so die Hoffnung des Autors, einen bescheidenen, jedoch veritablen Forschungsbeitrag nicht nur zur noch unvollständig erzählten Geschichte des Nationalsozialismus in Heidelberg, sondern darüber hinaus auch zur südwestdeutschen NS-Geschichte und vor allem zur bislang von der Geschichtswissenschaft stiefmütterlich behandelten allgemeinen NSDAP-Forschung – in den Worten von Johann Gustav Droysen nicht bloß *Geschichten* als das »zweck- und ziellose Nacheinander von Vorgängen«, sondern *Geschichte* – in Händen.¹

1 Johann Gustav Droysen: Texte zur Geschichtstheorie, hrsg. v. Günter Birtsch / Jörn Rüsen, Göttingen 1972, S. 19.

Am Zustandekommen dieses Buches haben zahlreiche Personen mitgewirkt, denen ich Dank schulde. Zuerst genannt seien die beiden Betreuer meiner Masterarbeit, Professor Dr. Frank Engehausen und Professor Dr. Edgar Wolfrum von der Universität Heidelberg. Frank Engehausen als Erstbetreuer hat die Entstehung der Arbeit inspiriert, ihren Fortgang stets interessiert verfolgt und war dank seiner Kenntnisse im Bereich der südwestdeutschen NS-Geschichte ein kompetenter und verlässlicher Berater. Edgar Wolfrum, der inzwischen glücklicherweise mein Doktorvater ist, hat die Arbeit ebenfalls über das normale Maß eines Zweitbetreuers hinaus gefördert und trug mit vielen nützlichen Anregungen zu ihrem gelungenen Abschluss bei. Besonders von seiner steten Mahnung, die hinter der exemplarischen Fallstudie stehen, von dem Berg des Quellenmaterials aber zuweilen verdeckten großen Fragen, langen Linien und übergreifenden Entwicklungen in der Geschichte nicht aus dem Blick zu verlieren, hat die Arbeit profitiert.

Dass die Arbeit nun als Buch erscheint, ist zuvorderst der Unterstützung durch den Heidelberger Geschichtsverein geschuldet, der die Studie in die von ihm herausgegebene Reihe »Beiträge zur Heidelberger Stadtgeschichte« aufgenommen und den Druck durch die Bewilligung eines großzügigen finanziellen Zuschusses mitermöglicht hat. Stellvertretend danke ich dem Vorsitzenden Hans-Martin Mumm, der sich auch redaktionell am Manuskript verdient gemacht hat. Voraussetzung des Erscheinens war schließlich der Druckkostenzuschuss, den die Stadt-Heidelberg-Stiftung dankenswerterweise bereitgestellt hat.

Für die jederzeit gute Zusammenarbeit danke ich ferner Kurt Mattes und Regina Wehrle vom Mattes Verlag, die das Manuskript durch ein aufmerksames, kritisches Lektorat feinschliffen und es in die Form eines vorzüglich gestalteten Bandes brachten. Dass der Verlag nicht mehr allzu viele Fehler korrigieren, stilistische Zumutungen tilgen und ungenaue Zusammenhänge verdeutlichen musste, ist der unnachgiebigen formalen und inhaltlichen Kritik zu verdanken, die das Manuskript zu diesem Zeitpunkt bereits durchlebt hatte. Dank hierfür gebührt meinen guten Freunden, ehemaligen Kommilitoninnen und Kollegen Philipp T. Haase, Anna Thewalt, Marlene Antretter, Viktor Gottesmann und – last but not least – meiner germanistisch wie historisch studierten Frau und letzten Instanz in Sachen Textoptimierung, Katharina Rauschenberger.

Bei der technischen Bearbeitung der historischen Kartenwerke, die mir das Vermessungsamt der Stadt Heidelberg gütigerweise kostenlos überlassen hat, war ich auf die Hilfe meines Kollegen Lenard Kramp von der Universität Trier angewiesen. Bedanken möchte ich mich zudem bei den freundlichen und

entgegenkommenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Heidelberger Stadtarchivs und des Generallandesarchivs Karlsruhe.

Lebenskraft und -freude, die für die Vollendung dieser Monografie vonnöten war und mich alltäglich trägt, verdanke ich in erster Linie meinen Töchtern. Ihren Großeltern ist die Arbeit gewidmet.

Heidelberg, September 2021

Joey Rauschenberger

Inhalt

1	Einleitung	15
1.1	NS-Forschung als engagierte Geschichtsschreibung? Theoretische Vorüberlegungen	15
1.2	Stand der Forschung und erkenntnistheoretischer Mehrwert einer Lokalstudie zur Heidelberger NSDAP	18
1.2.1	Frühere Hemmnisse der NSDAP-Forschung	19
1.2.2	Die Hitlerpartei im Führerstaat	24
1.2.3	NSDAP und örtliche »Volksgemeinschaft«	26
1.2.4	Die Heidelberger NSDAP als blinder Fleck der Stadtgeschichte	30
1.3	Zuschnitt des Themas und Fragestellungen	35
1.4	Gang der Darstellung und Methoden	36
2	Vor der »Machtergreifung«. Vom Aufstieg des Nationalsozialismus in einer frühen Hochburg	39
2.1	Ideengeschichtliche Ursprünge, organisatorische Anfänge und erste Erfolge bis 1925	39
2.2	Der Weg zur nationalsozialistischen Hochburg nach der Neugründung der NSDAP 1925	41
2.3	Kaderschmiede Heidelberg. Die politischen Karrieren der »Alten Kämpfer«	44
2.4	Strukturelle Ursachen der NS-Affinität der Heidelberger Bevölkerung	50
3	Handlungsrahmen und Handlungsraum der Funktionärstätigkeit: Die Heidelberger NSDAP 1933 bis 1945 in organisatorischer und räumlicher Perspektive	53
3.1	Im Zeichen totalen Verfügungsanspruchs: Aufbau und Ausbau der lokalen Parteistrukturen	54
3.1.1	Die vertikale und gebietliche Gliederung im Zeitverlauf	55

3.1.2 Die Entwicklung der horizontalen Gliederung der Heidelberger Kreisleitung	64
3.2 Kommunikation durch Präsenz: Die räumliche Ausbreitung der NS-Bewegung über das Stadtgebiet	67
4 Neue Eliten in einer deutschen Mittelstadt. Soziographie einer lokalen politischen Führungsschicht im »Dritten Reich«	93
4.1 Alter und Generation	98
4.2 Konfessionsstrukturen	104
4.3 Soziale Schichtung	108
4.3.1 Soziales Kapital oder die lokale Verankerung	109
4.3.2 Kulturelles Kapital oder das Bildungsniveau	115
4.3.3 Ökonomisches Kapital oder Berufe und Berufsgruppen ..	118
4.4 Politische Sozialisierungswege und die Frage der Elitenkontinuität	123
5 Die NSDAP in Heidelberg: Fazit und Ausblick	131
5.1 Expansion in Permanenz	131
5.2 Sozialprofil der Funktionäre: Heidelberger Besonderheiten, ebenspezifische Unterschiede und die Repräsentation alter Eliten	132
5.3 Perspektiven der Forschung	135
6 Anhang	139
6.1 Karten und Tabellen	139
6.2 Biogramme der 51 untersuchten Heidelberger NSDAP-Funktionäre	149
6.2.1 Verzeichnis der Abkürzungen aus den Biogrammen	199
7 Quellen- und Literaturverzeichnis	201
7.1 Quellen	201
7.1.1 Gedruckte Quellen	201
7.1.2 Archivalia	202
7.1.3 Internetquellen	204
7.2 Literatur	205

1 Einleitung

1.1 NS-Forschung als engagierte Geschichtsschreibung? Theoretische Vorüberlegungen

Wenn der Geschichtsschreiber, etwa im Jahre 2000, an den Spuk gerät, den Hitler über das deutsche Volk gebracht hat, wird er ihn unter ein Kapitel: Verlogenes Pathos, pfiffige Demagogie, verblödete Brutalität, anmaßender Dilettantismus, mythische Vernebelung – registrieren. Und wenn er wohlwollend ist, wird der Historiker solcher pathologischen Episode im Leben eines großen Volkes dadurch gerecht zu werden versuchen, daß er die Psychologie der Wunschträume beschwört und den deutschen Wahn von der Erlesenheit der teutonischen Rasse mit einem mitleidigen Lächeln und mit einem Hinweis auf die Heimtücke von Minderwertigkeitskomplexen entschuldigt.²

Anders als es der für die sozialdemokratische Exilzeitung »Neuer Vorwärts« schreibende anonyme Verfasser dieser Zeilen im Sommer 1934 zu einer Zeit voraussah, als Auschwitz noch eine gewöhnliche Stadt in Polen war und die schockierendsten Gewaltausbrüche des NS-Regimes noch in der Zukunft lagen, kann es dem von der Gegenwart auf die Zeit des Nationalsozialismus zurückblickenden Historiker kaum noch gelingen, den auf 1933 folgenden Zeitraum mit einem »mitleidigen Lächeln« zu quittieren. Was hingegen die Beurteilung seiner eigenen Zeit angeht, so kann dem unbekannten, die Geschehnisse in Deutschland aus Prag beobachtenden Sozialdemokraten durchaus Hellsichtigkeit attestiert werden, nahm er doch mit der scheinbaren *contradictio in adiecto*, der nationalsozialistischen Herrschaftspraxis zugleich »pfiffige Demagogie« und »verblödete Brutalität« als Wesensmerkmale zuzuweisen, den in der historischen Forschung erst viel später aufkommenden Interpretationsansatz eines Nebeneinander von »Verführung und Gewalt« als Erfolgsrezept der Diktatur vorweg.³

Vor allem aber erwies sich die für einen exilierten Sozialisten freilich nicht überraschende, hier aber besonders prägnant verbalisierte Ablehnung des

2 O. V.: »Der deutsche Wahn«, in: Neuer Vorwärts, Jg. 2, Nr. 56 vom 8. 7. 1934, S. 6.

3 Hans-Ulrich Thamer: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986.

Hitlerregimes, damals als abseitiger Kommentar in der deutschen Mehrheitsgesellschaft kaum wahrgenommen, in jeder Hinsicht als zukunftssträchtig. Schließlich ist es heute nicht nur fachwissenschaftlich, sondern auch in der öffentlichen Geschichtskultur Konsens, dass das »Dritte Reich« in der deutschen Geschichte einen düsteren Abschnitt markiert. Die Tatsache aber, dass der Nationalsozialismus zerstörerischer wirkte als irgendeine andere historische Kraft und die auf sein Konto gehenden Menschheitsverbrechen in ihrer aus massenhaftem Versklavungsprogramm, Angriffskrieg mit Vernichtungsabsicht und rassenantisemitisch motiviertem Völkermord bestehenden Spezifik selbst im blutigen 20. Jahrhundert, dem »Zeitalter der Extreme«,⁴ an Ungeheuerlichkeit weit herausragen, wurde bereits in den 1980er Jahren von einzelnen konservativen Intellektuellen mit Verweis auf das Gulag-System des Stalinismus zu relativieren versucht.⁵ Nun, zum Ende des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts hin, werden solche Anfechtungen der historischen Singularität des Nationalsozialismus von Vertretern der sogenannten »Neuen Rechten« im Umfeld der AfD auch gezielt in den politischen Raum getragen.⁶

Solche Herausforderungen der gewachsenen selbstkritischen Erinnerungskultur der Bundesrepublik mit dem Zweck einer Reheroisierung der eigenen Nationalgeschichte, die dann im Sinne nationalistischer und rechtsautoritärer Politikkonzepte nutzbar gemacht werden soll, führen vor Augen, dass die Notwendigkeit zur wissenschaftlichen Erforschung des Nationalsozialismus, seiner Wurzeln und Ursachen, seiner Methoden und Erscheinungsformen, seiner Folgen und Auswirkungen und schließlich seiner Trägergruppen aller Schattierungen, vom Hauptkriegsverbrecher bis zum opportunistischen Trittbrettfahrer, doppelt begründet ist: Zuerst geht es für historisch arbeitende Kultur- und Sozialwissenschaftler aller Couleur immer um das Verstehen und

4 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München ⁸2007 [1. Aufl. 1998].

5 Eine Zusammenstellung der Primärtexte des sogenannten Historikerstreits, den die geschichtsrevisionistischen Aufsätze von Ernst Nolte, Andreas Hillgruber u. a. Mitte der 1980er Jahre auslösten, liefert Ernst Reinhard Piper: »Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München / Zürich 1987. Für eine profunde Zusammenfassung der Debatte siehe Ulrich Herbert: Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche und biographische Aspekte, in: Martin Sabrow / Ralph Jessen / Klaus Große Kracht (Hrsg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 94–113.

6 Am prägnantesten dargestellt wurden die perfiden Kalküle der AfD bisher von dem Politikwissenschaftler Markus Linden: Des Teufels Generäle – Der Geschichtsrevisionismus der AfD liegt offen auf dem Tisch (25.11.2019), in: NZZ.ch, URL: www.nzz.ch/feuilleton/geschichtsrevisionismus-der-afd-liegt-offen-auf-dem-tisch-ld.1523714 (26.11.2019).

Erklären des Gewesenen. Bei der Geschichte des Nationalsozialismus mehr als bei anderen Epochen aber verbindet sich damit auch ein staatsbürgerlicher Auftrag an die Wissenschaft zu demokratiepolitisch engagierter Historiographie; dies gilt insofern umso mehr, als eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus unter Ausblendung der moralpolitischen Implikationen a priori ganz unmöglich erscheint.⁷

Diese zwei Aufgaben müssen sich nicht widersprechen und gegenseitig im Wege stehen, weil sich, wie der Politikwissenschaftler und Philosoph Reinhard Mehring im Rückbezug auf frühe Autoritäten professioneller Geschichtsschreibung wie Johann Gustav Droysen und Max Weber feststellt, »politisches Engagement und methodisches Bewußtsein wechselseitig schärfen können«.⁸ Voraussetzung hierfür und gleichzeitig Abgrenzungsmerkmal zu plumper Propagandahistorie ist es erstens, dass sich der Historiker seines eigenen zeitlichen, geographischen, politischen und soziokulturellen Standortes nicht nur bewusst ist, sondern den Lesern darüber auch transparent Rechenschaft ablegt. Zweitens geht es darum, eigene oder gegenwartsbasierte Werthaltungen nicht in die Vergangenheit hineinzuprojizieren. Geschichte bewusst aus der Gegenwart heraus zu schreiben, sie auch explizit für gegenwärtige Problemlagen zu aktualisieren, heißt nicht, die historischen Zeitgenossen und ihre letzten Ziele anhand von anachronistischen Maßstäben beurteilen zu dürfen. Drittens schließlich muss die eigene Forschung den üblichen methodischen und formalen Kriterien wissenschaftlichen Arbeitens standhalten: sie muss empirisch geerdet sein, auf einem gründlichen und kritischen Quellenstudium fußen, Aussagen müssen belegt und somit für die Wissenschaftscommunity nachprüf- und falsifizierbar sein.⁹

- 7 Vgl. Michael Kißener: Das Dritte Reich (Kontroversen um die Geschichte), Darmstadt 2005, S. 2. Kißener betont in seinem historiographiegeschichtlich ausgerichteten Einführungswerk, dass selbst die frühesten Arbeiten deutscher Historiker zum Nationalsozialismus von Friedrich Meinecke, Gerhard Ritter oder Hans Rothfels nicht »voraussetzungs- und ziellos« entstanden sind, vielmehr die »Selbstvergewisserung des eigenen moralischen und politischen Standortes«, die »Rettung des eigenen nationalen Geschichtsbildes« oder die Apologie des deutschen Volkes durch eine Darstellung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus motivierend wirkten. Vgl. zu Meineckes und Ritters Versuchen einer Rettung der »nationalpolitische[n] Tradition« nach dem Holocaust auch Ian Kershaw: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek bei Hamburg ⁴1994, S. 22.
- 8 Reinhard Mehring: Rezension zu: Heinrich August Winkler: Streitfragen der deutschen Geschichte. Essays zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1997, in: Zeitschrift für Politik. Neue Folge 46 (1999) Hf. 4, S. 465–469, hier S. 465.
- 9 Vgl. Thomas Nipperdey: Kann Geschichte objektiv sein?, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 30 (1979), S. 329–342, dessen Überlegungen über Möglichkeiten und Grenzen objektiver Geschichtsschreibung bis heute maßgeblich sind.

Einer solchen, zum unaufrichtigen Positivismus der Rankeaner des 19. Jahrhunderts und dem ins Postfaktische gehenden Relativismus nach Art Foucaults gleichermaßen Distanz haltenden Historiographie fühlt sich die hier vorgelegte Arbeit zur NSDAP in Heidelberg verpflichtet. Sie stellt sich damit in eine mindestens bis auf Max Weber zurückführende Tradition, der bereits die »Abhängigkeit wissenschaftlicher Erkenntnis von vorwissenschaftlichen Erfahrungen und Wertungen der Forscher« konzedierte und doch gleichzeitig die Wertfreiheit wissenschaftlicher Analyse einforderte.¹⁰

Neben der aufklärerisch-geschichtsdidaktischen Dimension zieht eine Arbeit zur NSDAP im lokalen Kontext ihre Relevanz aber auch aus wissenschaftsimmanenten Überlegungen. Dies soll im Folgenden anhand einer Rekonstruktion der Forschungskonjunkturen seit 1945 zunächst etwas ausführlicher plausibilisiert werden. Aus diesem bis zur Darstellung des aktuellen Forschungsstandes reichenden Streifzug durch über 70 Jahre wissenschaftlicher Aufarbeitung des Nationalsozialismus leiten sich das Erkenntnisinteresse und die exakte thematische Eingrenzung dieser Arbeit ab, die daraufhin erläutert werden sollen. Schließen wird diese Einleitung mit einigen Reflexionen zur Methodik und einem Ausblick auf den Gang der Darstellung. Eine Diskussion der für die vorliegende Arbeit herangezogenen gedruckten und archivalischen Quellen erfolgt jeweils am Ort ihrer Interpretation.

1.2 Stand der Forschung und erkenntnistheoretischer Mehrwert einer Lokalstudie zur Heidelberger NSDAP

Obwohl die Menge an Veröffentlichungen längst unüberschaubar geworden ist,¹¹ ist es der Historikerzunft bis heute nicht gelungen, das Herrschaftssystem

10 Jürgen Kocka: Zwischen Elfenbeinturm und Praxisbezug: Max Weber und die »Objektivität« der Kulturwissenschaften, in: Christian Gneuss / Jürgen Kocka (Hrsg.): Max Weber: ein Symposium, München 1988, S. 184–194, hier S. 190. Dass die Diskussionen hierzu seither aber nicht abgerissen sind, sondern die Frage nach dem erlaubten Grad an Präsentismus historischer Forschung vielmehr aktueller denn je zu sein scheint, zeigt auch die jüngste Einlassung des Zeithistorikers Martin Sabrow, der den Vergleich von Gegenwärtigem und Vergangenen einerseits als »eine der wichtigsten sinnweltlichen Operationen, um die eigenen Lage zu begreifen« lobt, aber auch annahmt, das Mittel des historischen Vergleichs dürfe, um Orientierung zu geben, »nicht platt als historische Instruktion« daherkommen, Martin Sabrow im Interview mit Jan Sternberg: »Die Zwanziger Jahre sind ein im Nachhinein geschaffener Mythos« (2. 1. 2020), in: Redaktionsnetzwerk Deutschland, URL: <https://www.rnd.de/politik/die-zwanziger-jahre-sind-ein-im-nachhinein-geschaffener-mythos-LAS3I32LZBCWPFDZYI7K7M3ZE.html> (2. 1. 2020).

11 Bereits 1990 konstatiert Syring eine »Flut von Publikationen« über den Nationalsozialismus, vgl. Enrico Syring: Intentionalisten und Strukturalisten. Von einem noch im-

des Nationalsozialismus abschließend zu verstehen, seine innere Baustruktur und seine Funktionsweise offenzulegen und zu erklären, welchen Faktoren die nationalsozialistische Diktatur ihre relative innere Stabilität, die sie doch immerhin bis zum äußeren Zusammenbruch von 1945 getragen hat, zu verdanken hatte. Warum gerade eine Lokalstudie zur NSDAP im »Dritten Reich« die Forschung in diesen Kardinalfragen der NS-Interpretation weiterbringen kann, soll im Folgenden aufgezeigt werden. Zunächst wird anhand der Entwicklungslinien der historischen Forschung zum Nationalsozialismus seit 1945 verdeutlicht, dass die NSDAP, nachdem sie in ihrem Erklärungspotential aus spezifischen Gründen lange Zeit unterschätzt wurde, von zentraler Bedeutung für das innere Gefüge des Führerstaates war und vor allem eine Schlüsselposition im Hinblick auf die Legitimation der nationalsozialistischen Herrschaft und mithin ihre erfolgreiche Etablierung und Aufrechterhaltung innehatte. Daran anknüpfend wird dargestellt, dass – ungeachtet aller Fortschritte auf dem Feld der NSDAP-Forschung – der Verstehensprozess der Parteiorganisation, ihrer Funktion in lokalpolitischen Kontexten und der Rolle der vor Ort handelnden Parteifunktionäre noch in den Anfängen steckt und weitere Fallstudien hier die Möglichkeit zu fundierten Vergleichen verbessern können. Schließlich wird in einem zweiten Schritt die Auswahl der Stadt Heidelberg als Untersuchungsraum begründet und darauf aufmerksam gemacht, wie lückenhaft das Bild von der örtlichen NSDAP und ihren führenden Köpfen dort bisher noch ist. Damit wird eine sekundäre Perspektive eröffnet, in der die Ergebnisse dieser Arbeit erkenntnisfördernd sein können.

1.2.1 Frühere Hemmnisse der NSDAP-Forschung

»Wer von der Geschichte des »Dritten Reiches« redet, darf von der NSDAP nicht schweigen«. Dass Armin Nolzen, der wohl derzeit beste Kenner der NSDAP, diese »Binsenweisheit« würde einmal betonen müssen,¹² wäre den Zeitgenossen der ersten Nachkriegsjahre wohl merkwürdig vorgekommen. Nach dem Untergang der Diktatur begann sich die Schuldfrage an den ka-

mer ausstehenden Dialog, in: Uwe Backes / Eckhard Jesse / Rainer Zitelmann (Hrsg.): Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. u. a. 1990, S. 169–194, hier S. 169; Kißener, Reich, S. 1f. spricht 15 Jahre später in der selben Metaphorik von einer »wahren Bücherflut« und nennt mit Bezug auf die einschlägige Bibliographie von Michael Ruck: Bibliographie zum Nationalsozialismus, 2 Bde., Darmstadt 2000, 40 000 Titel, die allein bis zur Jahrtausendwende erschienen.

- 12 Armin Nolzen: In die Jahre gekommen. Eine Neuauflage der bislang einzigen Gesamtgeschichte der NSDAP von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, in: Rezensionenforum 7 (2009), URL: <https://literaturkritik.de/id/13208> (23. 9. 2019).

tastrophalen Kriegsfolgen und horrenden Verbrechen des NS-Regimes sehr bald aufzudrängen. Getrieben von der Sehnsucht, eigene Verfehlungen zu verdunkeln, kamen in den Nachkriegsjahren viele Deutsche schnell auf die Führung der NSDAP, der sich Gewaltorgien und begangenes Unrecht mit Leichtigkeit anlasten ließen. So bauten etwa die Versuche der systematischen »Entnazifizierung« der Gesellschaft auf der Feststellung der individuellen Zugehörigkeit und formaler Ränge in der NSDAP auf.¹³ Die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft stellte hierbei keine Ausnahme dar. Angestachelt von im alliierten Ausland populären Konzepten vom Nationalsozialismus als quasi natürlichem Gipfelpunkt eines jahrhundertelangen, über die preußische Tradition bis zu Luther zurückreichenden nationalen Irrwegs¹⁴ übertrugen ihre führenden Vertreter in einer Gegenreaktion die Verantwortung für Krieg und Diktatur auf sehr wenige Schultern, die sie von der deutschen Mehrheitsgesellschaft abgehoben wissen wollten. Nach Gerhard Ritter habe »der Wille eines Einzelnen, eines Wahnwitzigen« Deutschland den Krieg aufgezwungen¹⁵ und wenn Friedrich Meinecke den Nationalsozialismus 1946 als eine »innere [...] Fremdherrschaft« charakterisierte,¹⁶ dann meinte er mit den vermeintlichen Unterdrückern der eigenen Bevölkerung wohl nicht mehr als eine Handvoll Paladine aus dem Umfeld des Diktators.¹⁷

Nachhaltiger als solche exkulpatorischen, auch affektiv zu erklärenden Extrempositionen wirkte auf die historische Forschung das sogenannte »Doppelstaatsmodell«, das den altbekannten »Normenstaat« mit seinen rechtsförmigen Abläufen von einem neuartigen »Maßnahmenstaat« abgrenzte, von dem die Verfolgungsdynamik primär ausgegangen sei. Bot Ernst

13 Vgl. grundlegend zur Entnazifizierung Lutz Niethammer: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin / Bonn 1982; Clemens Vollnhals: Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949 (dtv-Dokumente, Bd. 2962), München 1991.

14 Vgl. zu diesem Deutungsmuster klassisch Rohan O’Butler: The Roots of National Socialism, London 1941 und William Montgomery McGovern: From Luther to Hitler. The History of Nazi-Fascist Philosophy, London 1946.

15 Gerhard Ritter: Das deutsche Problem. Grundfragen deutschen Staatslebens gestern und heute, München 1962, S. 198.

16 Friedrich Meinecke: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946, S. 152.

17 Vgl. hierzu auch Kurt Finker: Der Dämon kam über uns. Über Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands 1945–1955, Bonn 2008; Kurt Pätzold / Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920 bis 1945, Köln ³2009, S. 7 wenden sich gegen diese »einfältige [...] Deutung [...], die alsbald nach 1945 Hitler und wenige Personen seiner Umgebung, Goebbels vor allen anderen, ein satanisches Wesen und dämonische Kräfte zuschrieb und Millionen und Abermillionen Deutsche einzig zu deren schuldlosen Opfern erklärte«.

Fraenkel damit ein im Grunde bis heute zur Beschreibung moderner Diktaturen fruchtbares Instrument, so war an dem Deutungsmodell problematisch, dass es die scheinbar weiterhin strikt an rechtsstaatlichen Prinzipien orientierte öffentliche Verwaltung einerseits und die eine Radikalisierung des NS-Staates betreibende Partei andererseits den beiden abgeschotteten Sphären des Normenstaats und des Maßnahmenstaats so eindeutig zuordnete und damit ein klares Gut-Böse-Schema konstituierte, das die NSDAP als beinahe alleinverantwortliche Kraft der verbrecherischen Dynamik hinstellte.¹⁸ Untersuchungen zum Wesen, den Strukturen und Mitgliedern der NSDAP konnten vor diesem Hintergrund zunächst ausbleiben.

Gleichwohl lässt sich in einigen frühen Versuchen einer Analyse der Machtstrukturen im »Dritten Reich« die Einsicht erkennen, dass Hitler und die Parteispitze der NSDAP keineswegs ausschließlich für das verantwortlich waren, was in den zwölf Jahren zwischen 1933 und 1945 geschehen ist. Der emigrierte jüdisch-deutsche Politologe Franz Neumann sprach aus dem Exil heraus schon 1944 von vier konkurrierenden Herrschaftsträgergruppen – neben der NS-Bewegung, die sich aus der NSDAP und deren Gliederungen sowie angeschlossenen Verbänden speist, die klassische Staatsverwaltung, die Wehrmacht und die Industrie –, die in ihrem Nebeneinander eine »organisierte [...] Anarchie« begründeten.¹⁹ Auch Karl Dietrich Bracher differenzierte 1956 die Vorstellung von der reinen Alleinherrschaft und erkannte sowohl monokratische als auch polykratische Charakterzüge des NS-Herrschaftssystems. Wenngleich er die »Schlüsselstellung des Diktators« betonte, so sah er diese doch von dem institutionellen Chaos und der unübersichtlichen Kompetenzverteilung auf die zahlreichen Instanzen gerade hergestellt.²⁰ Das bis zu Neumann zurückverfolgbare »Polykriatiemodell«²¹ wurde in den 1960er Jahren von einer Gruppe Historiker um Hans Mommsen übernommen, die es ins Zentrum ihrer Kritik an der »Hitlerzentrik« der Schule um Klaus Hildebrand und Andreas Hillgruber stellten, die ihrer späteren Bezeichnung als »Intentionalisten« entsprechend dazu tendierten, hinter allen maßgeblichen Entscheidungen und Entwicklungen im »Dritten Reich« den Willen des »Führers« zu vermuten

18 Vgl. Ernst Fraenkel: *Der Doppelstaat*, Frankfurt a. M. 1974 [1. Auflage 1940].

19 Franz Neumann: *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*, Frankfurt a. M. 1984 [1. Auflage 1944], S. 22.

20 Karl Dietrich Bracher: *Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 4 (1956), S. 30–42, hier S. 42.

21 Zum Polykratie-Begriff und seiner Entwicklung vgl. Rüdiger Hachtmann: *Polykratie – Ein Schlüssel zur Analyse der NS-Herrschaftsstruktur?*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2018, URL: <https://doi.org/10.14765/zzf.dok.2.1177.v1> (23. 4. 2019).

und sie mit dem früh dargelegten politischen Programm des »Führers« zu erklären.²² Als es diese im Gegensatz dazu die strukturell-inhärenten Radikalisierungstendenzen eines polykratischen Gefüges hervorhebende Deutung über die Jahre zum Status einer »neuen Orthodoxie«²³ brachte und damit zwangsläufig die Frage aufgeworfen war, »wie denn eigentlich in dem gar nicht zu bestreitenden Kompetenzchaos und Führungsgerangel tagtäglich ›regiert‹ wurde«,²⁴ erfuhr im Zuge einer nun einsetzenden Detailforschung zu den »verschiedenen Führungsebenen und Verwaltungsinstanzen«²⁵ im NS-Herrschaftssystem auch die NSDAP mehr Aufmerksamkeit. Im Vergleich zu den anderen Mächtigkeitsgruppen, die jetzt nicht mehr als mäßige Gegenkräfte einer radikalen NS-Bewegung verklärt, sondern als genuiner Bestandteil des nationalsozialistischen Unrechtsstaats verstanden wurden, blieb die NSDAP jedoch marginalisiert.²⁶ Wurde ihre Verwicklung in die Verbrechen und Verfolgungspraxis des NS-Regimes früher einfach vorausgesetzt, so machte sich

22 Vgl. etwa Kißener, Reich, S. 19–28.

23 Vgl. Michael Burleigh: Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt a. M. 2000, S. 187.

24 Kißener, Reich, S. 25.

25 Klaus Hildebrand: Das Dritte Reich (Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 17), München 7 2010, S. 229.

26 So erlebten bürokratiegeschichtliche Forschungen eine bis heute anhaltende Konjunktur. Eine aktuelle Bestandsaufnahme der Forschung zur NS-Vergangenheit der zentralen Bundesbehörden bieten Christian Mentel / Niels Weise: Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus – Stand und Perspektiven der Forschung, München / Potsdam 2016; noch aktueller der umfassende Sammelband von Stefan Creuzberger / Dominik Geppert (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972, Bonn 2018. Auch Verstrickungen der Wehrmacht in den Vernichtungskrieg im Osten wurden, mit einem öffentlichkeitswirksamen Schwerpunkt in den 1990er Jahren, breit thematisiert. Eine Pionierarbeit der Revision des Bildes von der »sauberen« Wehrmacht ist Manfred Meserschmidt: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969; zur Involvierung der Wehrmacht in das millionenfache Sterbenlassen sowjetischer Kriegsgefangener vgl. erstmals Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 13), Stuttgart 1978. Die Entwicklung nach der Aufregung der ersten Wehrmachtausstellung zusammenfassend vgl. Rolf-Dieter Müller: Die Wehrmacht – Historische Last und Verantwortung. Die Historiographie im Spannungsfeld von Wissenschaft und Vergangenheitsbewältigung, in: Ders. / Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 3–35. Schließlich wurde die Vergangenheit der deutschen Wirtschaft besonders im Zuge der Debatten um die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiterinnen um die Jahrtausendwende vielfach besprochen. Hier kreisen die Debatten, jenseits von der weitgehend entkräfteten Annahme eines »Primats der Ökonomie«, um Finanzierung und freiwillige Unterstützung der NSDAP vor und nach der »Machtergreifung« und um Handlungsspielräume beim Zwangsarbeitereinsatz,

nun sogar die These von der »politischen Funktionslosigkeit« der NSDAP nach 1933 breit.²⁷ In dieser Konstellation ist auch die Ursache dafür zu vermuten, dass es bis heute keine zufriedenstellende Gesamtdarstellung der Parteigeschichte der NSDAP, seit 1919 oder auch nur für die hier im Vordergrund stehenden Jahre nach 1933, gibt.²⁸

vgl. etwa Henry A. Turner: Unternehmen unter dem Hakenkreuz, in: Lothar Gall / Manfred Pohl (Hrsg.): Unternehmen im Nationalsozialismus (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 1), München 1998, S. 15–23; vgl. als Zusammenfassung der Debatten auch Kißener, Reich, S. 60–69 sowie Hildebrand, Reich, S. 193–202.

- 27 Vgl. etwa Hans Mommsen: Einleitung, in: Ders. / Susanne Willems (Hrsg.): Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 9–23, hier S. 20; Martin Broszat: Der Zweite Weltkrieg. Ein Krieg der »alten Eliten«, der Nationalsozialisten oder der Krieg Hitlers?, in: Ders. / Klaus Schwabe (Hrsg.): Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, S. 25–72, hier S. 47.
- 28 Der 1973 herausgegebene zweite Band des US-Amerikaners Dietrich Orlow: The history of the Nazi Party, Bd. 2: 1933–1945, Pittsburgh 1973, der die Jahre von 1933 bis 1945 in den Blick nimmt, stieß in der Forschercommunity diesseits des Atlantiks auf wenig Anerkennung und verhallte weitgehend ungehört. Nach Hans Mommsen: Die NSDAP. Typus und Profil einer faschistischen Partei, in: Ders. (Hrsg.): Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche. Ausgewählte Aufsätze, Stuttgart 1999, S. 201–213, hier S. 201, Anm. 1 wurde Orlows Werk nie ins Deutsche übersetzt und nur begrenzt rezipiert. In der umfassenden Forschungszusammenstellung von Hildebrand, Reich, S. 141–325 taucht Orlow kein einziges Mal auf. Die Anfang der 1980er vorgelegte erste Gesamtparteigeschichte in deutscher Sprache von Pätzold / Weißbecker, NSDAP, stammt aus der Feder zweier DDR-Historiker, weshalb aus ihr vor allem das verordnete »Faschismus«-Bild der SED spricht und der von ihr erreichte Erkenntnisfortschritt bis heute bestritten wird, vgl. etwa Nolzen, Jahre. Hierzu erschien erst 2017 eine von einem Journalisten und Sachbuchautor verfasste alternative Gesamtdarstellung der NSDAP. Sven Felix Kellerhoff: Die NSDAP. Eine Partei und ihre Mitglieder, Stuttgart 2017 wurde jedoch von Kollegen aus Publizistik und Fachwissenschaft stark kritisiert und kann ebenso wenig als letztes Wort gelten, wie die älteren Versuche, vgl. etwa Claudia Steur: Rezension zu: Sven Felix Kellerhoff: Die NSDAP und ihre Mitglieder, Stuttgart 2017, in: damals.de, URL: <https://www.wissenschaft.de/rezensionen/buecher/die-nsdap-und-ihre-mitglieder/> (25. 9. 2019); vgl. auch Rudolf Walther: Eine Mark für Hitler (17. 11. 2017), in: SZ.de, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/geschichte-der-nsdap-eine-mark-fuer-hitler-1.3690654> (23. 9. 2019); gänzlich vernichtend die Rezension von Josef Schmid: Die vermeintlich erste Darstellung der Geschichte der NSDAP. Sven Felix Kellerhoffs Studie bietet keine neuen Einsichten, in: Rezensionenforum 12 (2018), URL: <https://literaturkritik.de/kellerhoff-nsdap-vermeintlich-erstdarstellung-geschichte-nsdap-sven-kellerhoffs-studie-bietet-keine-neuen-einsichten,23965.html> (23. 9. 2019). Erst am 16. 3. 2020 erschien von Hans-Ulrich Thamer: Die NSDAP. Von der Gründung bis zum Ende des Dritten Reiches, München 2020. Sie konnte bis zur Fertigstellung dieser Arbeit, auch aufgrund der Corona-Krise, nicht mehr bezogen werden. Das Profil der Reihe »C. H. Beck Wissen«, in dem der Band erschienen ist, spricht aber eher dagegen, dass sich darin neue, an Primärforschung

1.2.2 Die Hitlerpartei im Führerstaat

Parallel zu dem noch nicht abgeschlossenen Ringen um eine Flugschau-Interpretation der Partei liefen aber zumindest einige kleinteiliger angelegte Forschungen zu Teilaspekten der NSDAP-Geschichte. Dabei blieb das Interesse, neben später wichtig werdenden Aspekten wie der Wählerschaft²⁹ oder der Mitgliederbasis³⁰, im Gesamtkontext einer zwischen Intentionalisten und Strukturalisten polarisierten NS-Historiographie auf den politischen Ort des Parteiparats im NS-Staat gerichtet.³¹ In seiner grundlegenden Studie beschreibt Peter Diehl-Thiele das Verhältnis von NSDAP und Staat nach der »Machtergreifung«,³² die ja die im parlamentarischen Parteienstaat großgewordene, wie dort üblich auf Mitgliederakquise und Stimmenakkumulation und damit in letzter Konsequenz auf die Eroberung der Macht ausgerichtete »Hitlerpartei« in ihrem bisherigen Sinne überflüssig gemacht

gewonnene Erkenntnisse befinden, sondern dafür, dass Thamer eher eine besonders kompakte Aufbereitung des Grundlagenwissens auf dem Stand der bisherigen Forschung liefert.

- 29 Als Standardwerk gilt hier die Studie von Jürgen W. Falter: *Hitlers Wähler*, München 1991.
- 30 In einer Erweiterung seiner eigenen Wahlforschung nahm sich Falter später auch der Mitgliedschaft der NSDAP an, vgl. Jürgen W. Falter (Hrsg.): *Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945*, Frankfurt a. M. / New York 2016.
- 31 Vgl. etwa grundlegend Peter Diehl-Thiele: *Partei und Staat im Dritten Reich: Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945*, München 1969; Peter Longerich: *Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormann*, München 1992; Detlef Mühlberger: *Hitler's Voice, Bd. 1: Organization & development of the Nazi Party*, Oxford u. a. 2004; Armin Nolzen: *Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft*, in: Jörg Echternkamp / Ralf Blank (Hrsg.): *Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945, Bd. 1* München 2004, S. 99–193; Ders.: *Moderne Gesellschaft und Organisation. Transformationen der NSDAP nach 1933*, in: Manfred Grieger / Christian Jansen / Irmtrud Wojak (Hrsg.): *Interessen, Strukturen und Entscheidungsprozesse. Für eine politische Kontextualisierung des Nationalsozialismus*, Essen 2010, S. 91–112; Stephanie Becker / Christoph Studt (Hrsg.): *»Und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben« – Funktion und Stellenwert der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände im »Dritten Reich«* (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V., Bd. 16), Münster 2013.
- 32 Mit »Machtergreifung«, im Folgenden wechselnd auch »Machtübernahme«, wird der auf den 30. 1. 1933 folgende Prozess der nationalsozialistischen Herrschaftssicherung und des stufenweisen Umbaus des Weimarer Parteien- und Verfassungsstaats in eine totalitäre Führerdiktatur gemeint, der im Sommer 1933 sein vorläufiges und im Sommer 1934 mit dem Tod des Reichspräsidenten sein endgültiges Ende fand, vgl. Bracher, *Stufen*; vgl. zum Begriff auch Norbert Frei: »Machtergreifung«. Anmerkungen zu einem historischen Begriff, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31 (1983), S. 136–145.

hat, als ein im Grunde immer ungeklärt bleibendes, ständiges »Mit-, Neben- und Gegeneinander«,³³ einen »permanente[n] Spannungszustand, ein[en] reibungsvolle[n] Dualismus«,³⁴ der ein nie gelöstes »verfassungspolitische[s] Problem« des »Dritten Reiches« gewesen sei.³⁵ Ursache dieses permanenten Schwebezustands³⁶ sei die das »Dritte Reich« von anderen Diktaturen unterscheidende Grundsatzentscheidung Hitlers gewesen, Partei und Staat weder einander hierarchisch unterzuordnen, noch miteinander zu verschmelzen, sondern quasi beizuordnen. Warum man die NSDAP nach augenscheinlicher Erfüllung ihrer Aufgabe nicht auflöste, wie es im Sommer 1933 das Schicksal aller anderen Parteien war,³⁷ oder sie den Staat gleichsam übernehmen ließ, sondern sich die Parallelität von Staat und Staatspartei mit den Folgen der baldigen Ausbildung zahlreicher Doppelstrukturen und Kompetenzkonkurrenzen leistete, stand bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der NSDAP in den folgenden Jahren im Vordergrund.

Zu Anfang der 1990er Jahre, als auch die allgemeinen Debatten um die Herrschaftsstrukturen im »Dritten Reich« abgeklungen und in den salomonischen Konsens gemündet waren, nach dem der Staat Hitlers von einer »starke[n] monokratische[n] Spitze und gleichzeitig polykratische[n] Machtstrukturen« geprägt war,³⁸ hatte die Forschung den gesicherten Stand erreicht, dass nach der revolutionären Machtergreifungsphase mit dem »Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat« vom Dezember 1933 zwei Zuständigkeitssphären definiert wurden: Die Staatsführung und ihr administrativer Unterbau zeichnete wie jeher für die Findung und Umsetzung politischer Beschlüsse, d. h. für das Regieren und Verwalten verantwortlich, während der NSDAP die auf den Begriff der »Menschenführung«³⁹ gebrachte Aufgabe zukam, durch die

33 Diehl-Thiele, Partei, S. 2.

34 Ebd., S. 4.

35 Ebd., S. 3.

36 Vgl. etwa ebd., S. 36.

37 Vgl. zur Geschichte der Parteiverbote im Sommer 1933 das alte, aber noch immer gültige Standardwerk von Erich Matthias / Rudolf Morsey (Hrsg.): *Das Ende der Parteien 1933* (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien), Düsseldorf 1960.

38 Thamer, *Verführung*, S. 340; Ulrich von Hehl: *Nationalsozialistische Herrschaft* (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 39), München 1996, S. 62 bezeichnete diese Sicht Mitte der 1990er Jahre als »weithin akzeptierte Konsensformel«. Ähnlich wie Thamer positionierte sich auch Ian Kershaw: *Hitler*, 2 Bde., Stuttgart 1998 und 2000. Damit war die Forschung am Ende des Jahrtausends im Wesentlichen wieder bei der Ansicht Brachers angekommen.

39 Vgl. *Anordnung über die Verwaltungsführung in den Landkreisen*, in: *RGBl* 1940/1, S. 45, zit. n. Barbara Falt: *Die Kreisleiter der NSDAP – nach 1945*, in: Martin Broszat /

»Schulung und Erziehung der Nation [...] das Volk für die Maßnahmen der Regierung aufnahmefähig zu machen«. ⁴⁰ Im Duktus des offiziellen Organisationsbuchs der NSDAP klang die Begründung der eigenen Existenzberechtigung wie folgt:

[Durch] die Partei wird [...] die Weltanschauung ins Volk getragen. Die Partei soll den gefühls- und wissensmäßigen Zustand des Volkes für die Gesetzgebung vorbereiten, damit die seelische Verfassung des Volkes mit der tatsächlichen Gesetzgebung des Staates übereinstimmt. ⁴¹

Die Partei arbeitete damit dem Endziel einer homogenen Gesellschaft ausschließlicher Nationalsozialisten zu.

1.2.3 NSDAP und örtliche »Volksgemeinschaft«

Wurden diese Tätigkeiten zunächst noch als »sekundäre Aktionsfelder« abgetan, ⁴² so änderte sich dies grundlegend mit der Perspektivverlagerung der Geschichtswissenschaft auf die Frage, »warum das Regime, vor allem in der Zeit von etwa 1936 bis 1943 von einer so breiten Zustimmung getragen wurde«. ⁴³ Seit etwa dem neuen Jahrtausend zeigt sich die NS-Forschung nicht mehr hauptsächlich als eine die nationalen Herrschaftsstrukturen in den Blick nehmende Staatengeschichte, sondern wird vorrangig als Gesellschaftsgeschichte betrieben. Der Nationalsozialismus wird in dieser Perspektive meist als Zustimmungsdiktatur rezipiert, ⁴⁴ wobei das Erklärungsbedürftige primär in der massenhaften gesellschaftlichen Akzeptanz gesehen wird.

Im Mittelpunkt der Diskussionen steht dabei die tatsächliche Wirkungsmacht der von den Nationalsozialisten propagierten »Volksgemeinschaft«. ⁴⁵

Klaus-Dietmar Henke / Hans Woller (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 26), München ²1989, S. 213–299, hier S. 220f.

40 Wolfgang Benz: Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat. Studien zur Struktur- und Mentalitätsgeschichte, Frankfurt a. M. 1990, S. 34.

41 Zit. nach ebd., S. 33f.

42 Ebd., S. 49.

43 Ulrich Herbert (31. 3. 2011): Treue, Rache, Triumph: Raphael Gross fragt, ob die Nationalsozialisten durch ein besonderes Moralempfinden verbunden waren, in: Die Zeit vom 31. 3. 2011, URL: <https://www.zeit.de/2014/L-P-Gross> (3. 2. 2020).

44 Am prononciertesten Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005.

45 Richtungsweisend waren die Forschungen von Robert Gellately zur Gestapo in den 1990er Jahren und seine These, dass diese drastisch unterbesetzt war und ohne die rege, vorausseilende Mitarbeit der als sich »selbst überwachend« bezeichneten Ge-

Unter diesem Blickwinkel war die Hinwendung zur Erforschung der alltäglichen Herrschaftspraxis der NSDAP in regionalen und lokalen Kontexten folgerichtig. Denn zum einen wurde die NSDAP als eine für die Herstellung und den Zusammenhalt einer loyalen nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« maßgebliche Akteurin erkannt, sodass Roland Müller sie jüngst als »Basisagentur für die Selbstmobilisierung weiter Teile der Bevölkerung« bezeichnete.⁴⁶

Zum anderen geschah es eben vor Ort, dass die NSDAP ihre Wirkung als »Inklusionsmaschine«⁴⁷ zur Bindung breiter Bevölkerungskreise an den »neuen Staat« entfaltete.⁴⁸ Hier, in den Dörfern, Kommunen und Städten waren die Bewohner mit den unteren Funktionären der Partei und ihrem von oben vorgegebenen Anspruch auf »Betreuung«, die nach Hitler – so verkündete er es auf dem zukunftsweisenden Nürnberger Reichsparteitag von 1935 – sowohl weltanschauliche »Erziehung« als auch »Überwachung« umfassen konnte, konfrontiert.⁴⁹ Hier musste sich zeigen, ob es der NSDAP gelang, mit einer Mischung aus Gratifikation und Repression, aus Teilhabemöglichkeit, Beratungsangebot und sozialer Fürsorge einerseits, Einschüchterung und Androhung von Zwangsmaßnahmen andererseits dem NS-System die nötige Basislegitimation zu beschaffen und dem Regime eine Massengefolgschaft zu organisieren. Es verwundert deshalb nicht, dass eine zunehmende Mikronisierung und Regionalisierung der Untersuchungs-

sellschaft kaum hätte funktionieren können, vgl. etwa Robert Gellately: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Zur Entstehungsgeschichte einer selbstüberwachenden Gesellschaft, in: Detlef Schmichen-Ackermann (Hrsg.): Anpassung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich, Berlin 1997, S. 109–121. Einen Überblick über diese inzwischen sehr reichhaltige Literatur zur »Volksgemeinschaft« im Nationalsozialismus liefert etwa Michael Wildt: »Volksgemeinschaft« – eine Zwischenbilanz, in: Dietmar von Reeken / Malte Thießen (Hrsg.): »Volksgemeinschaft« als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort (Nationalsozialistische »Volksgemeinschaft«, Bd. 4), Paderborn 2013, S. 355–369.

46 Roland Müller: »Die kleine Gewalt« – Ortsgruppenleiter der NSDAP in Stuttgart, in: Robert Neisen / Heinrich Maulhardt / Konrad Krimm (Hrsg.): Kommunen im Nationalsozialismus. Verwaltung, Partei und Eliten in Südwestdeutschland (Oberrheinische Studien, Bd. 38), Ostfildern 2019, S. 227–252, hier S. 228.

47 Armin Nolzen: Inklusion und Exklusion im »Dritten Reich«. Das Beispiel der NSDAP, in: Frank Bajohr / Michael Wildt (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus (Die Zeit des Nationalsozialismus), Frankfurt a. M. 2009, S. 60–77, hier S. 62.

48 Vgl. Ders.: Der »Führer« und seine Partei, in: Dietmar Süß (Hrsg.): Das Dritte Reich. Eine Einführung, München 2008, S. 55–76, hier S. 60.

49 Vgl. ebd., S. 59f.

gegenstände die NSDAP-Forschung seit den späten 1990er Jahren kennzeichnet. Die Ebene der Gauleiter war durch die »Pionierstudie«⁵⁰ von Peter Hüttenberger schon 1969 in den Fokus gerückt worden.⁵¹ Neben die Gaue, die mittlerweile als gut erforscht gelten können,⁵² traten nun aber, angetrieben auch durch die in den 1980er Jahren aufkommende Alltagsgeschichte und die dadurch bewirkte Hinwendung zu lokalen Lebenswelten und ihrer mikrogeschichtlichen Untersuchung, auch die nächst unteren Ebenen der NSDAP-Parteiorganisation ins Sichtfeld. Zum Typus des NSDAP-Kreisleiters und seinem administrativen Apparat liegen inzwischen Fallstudien für einige Regionen und auch bereits manche Synthesen vor.⁵³

50 Hildebrand, Reich, S. 229.

51 Peter Hüttenberger: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.

52 Es liegen inzwischen sehr ergiebige Einzelstudien vor, vgl. Frank Bajohr: Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43 (1995), S. 267–295; Hermann Rumschüttel / Walter Ziegler (Hrsg.): Staat und Gaue in der NS-Zeit. Bayern 1933–1945, München 2004; Armin Nolzen: Die NSDAP im Gau Berlin nach 1933, in: Michael Wildt / Christoph Kreutzmüller (Hrsg.): Berlin 1933–1945. München 2013, S. 69–80. Seit 2007 gibt es zudem einen Band, der den Stand der Forschung zu Rolle und Ort der Gaue im »Dritten Reich« aufbereitet, vgl. Jürgen John / Horst Möller / Thomas Schaarschmidt (Hrsg.): Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen »Führerstaat«? (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer, Bd. 7), München 2007; vgl. darin insbesondere Armin Nolzen: Die Gaue als Verwaltungseinheiten der NSDAP. Entwicklung und Tendenzen in der NS-Zeit, S. 199–217.

53 Vgl. Fait, Kreisleiter; Andreas Ruppert: Der Kreisleiter in Lippe. Zur Funktion einer Mittelinstanz der NSDAP zwischen Ortsgruppen und Gau, in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde 60 (1991), S. 199–299; Claudia Roth: Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP unter besonderer Berücksichtigung Bayerns (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, Bd. 107), München 1997; Christine Arbogast: Herrschaftsinstanzen der württembergischen NSDAP. Funktion, Sozialprofil und Lebenswege einer regionalen NS-Elite 1920–1960, München 1998; Wolfgang Stelbrink: Die Kreisleiter der NSDAP in Westfalen und Lippe. Versuch einer Kollektivbiographie mit biographischem Anhang (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C: Quellen und Forschungen, Bd. 48), Münster 2003; Armin Nolzen: Funktionäre in einer faschistischen Partei. Die Kreisleiter der NSDAP 1932/33 bis 1944/45, in: Till Kössler / Helke Stadtland (Hrsg.): Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933 (Veröffentlichungen des Instituts für Soziale Bewegungen, Schriftenreihe B: Darstellungen, Bd. 30), S. 37–76; Michael Rademacher: Die Kreisleiter der NSDAP im Gau Weser-Ems, Marburg 2005; Sebastian Lehmann: Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite, Bielefeld 2007.

Den darunter angesiedelten Ortsgruppen⁵⁴ sowie den in den Wohnbereichen tätigen »Blockwarten« als rangniedrigsten »Hoheitsträgern« der NSDAP⁵⁵ nahm sich die historische Forschung mit Beginn des neuen Jahrtausends ebenfalls an.⁵⁶

Was viele dieser jüngeren Arbeiten teilen, ist neben der Themenwahl auch eine kollektivbiographische Methode. Vorbereitet wurde sie durch die ebenfalls auf die 1980er Jahre zu datierende, zuweilen als *biographical turn* apostrophierte Wiederkehr der Biographie in der Geschichtswissenschaft.⁵⁷ Spätestens seit den 1990er Jahren ist es nicht mehr strittig, dass mit der Rekonstruktion menschlicher Lebenswege auch ein besseres Verständnis der sie umgebenden Zeit einhergehen kann.⁵⁸

Trotz dieser Einsichten und Entwicklungen sind Studien zu lokalen NSDAP-Funktionärsschichten, die das Wissen um das Handeln, Wirken und Wollen unterer Parteiamtsträger im sozialen Alltag kleinräumiger Gemeinschaften auf eine breitere empirische Grundlage stellen, bestätigen, variieren oder modifizieren könnten, bisher noch Mangelware. Tatsächlich scheint es keine Arbeit zu geben, deren Interesse sich auf die NSDAP in einer mit Heidelberg vergleichbaren größeren Mittelstadt richtet.⁵⁹

54 Die Dissertation von Carl-Wilhelm Reibel: *Das Fundament der Diktatur. Die NSDAP Ortsgruppen 1932–1945*, Paderborn u. a. 2002 stellt hierzu das Standardwerk dar; vgl. jüngst auch Müller, *Gewalt*.

55 Hierzu vgl. Detlef Schmiechen-Ackermann: Der »Blockwart«. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsstaat, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 575–602. Der Blockwartbegriff umfasst bei ihm, gestützt auf die Wahrnehmung der Zeitgenossen, alle »im Wohnquartier für die NSDAP tätigen Zellenleiter, Blockleiter und Blockhelfer sowie die zahlreichen Blockwarter der angeschlossenen Verbände (Deutsche Arbeitsfront, NS-Frauenschaft, NS-Volkswohlfahrt)«, ebd., S. 583.

56 Zu den »unteren NSDAP-Parteifunktionären«, worunter sowohl Ortsgruppenleiter als auch die Zellen- und Blockleiter verstanden werden, publizierte zudem die Politikwissenschaftlerin Christine Müller-Botsch: »Den richtigen Mann an die richtige Stelle«. Biographien und politisches Handeln von unteren NSDAP-Funktionären, Frankfurt a. M. u. a. 2009.

57 Vgl. Simone Lässig: Introduction. Biography in Modern History – Modern History in Biography, in: Dies. / Volker R. Berghahn (Hrsg.): *Biography between Structure and Agency. Central European Lives in International History* (Studies in German History, Bd. 9), New York / London 2008, S. 1–26.

58 Vgl. ebd., S. 3.

59 Ähnliche lokale Studien, die vorliegen, sind aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht mit den Bedingungen vergleichbar, wie sie in Heidelberg herrschten: Beate Meyer: »Goldfasane« und »Narzissen«. Die NSDAP im ehemals »roten« Stadtteil Hamburg-Eimsbüttel, Hamburg 2002 grenzt den Untersuchungsgegenstand ihrer Studie über

1.2.4 Die Heidelberger NSDAP als blinder Fleck der Stadtgeschichte

Eine Arbeit über die NSDAP in Heidelberg kann natürlicherweise auch für die Heidelberger Stadtgeschichtsschreibung gewinnbringend sein. Als politisch bedeutsames Zentrum in Spätmittelalter und Früher Neuzeit sowie als älteste Universitätsstadt auf dem Gebiet der Bundesrepublik ist die Geschichte der Stadt Heidelberg im Allgemeinen gut erforscht. Gleichwohl fällt eine Bilanz der bisherigen wissenschaftlichen Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus in Heidelberg gemischt aus.

Intensiv bearbeitet wurde, meist im Geiste kritischer Selbstvergewisserung durch Historiker der »Ruperto Carola« und vermehrt seit den 1980er Jahren, die Heidelberger Universitätsgeschichte zwischen 1933 und 1945.⁶⁰ Auch über die Ausgrenzung, Entrechtung und Deportation der Heidelberger

die NSDAP in Hamburg-Eimsbüttel auf nur einen einzelnen Stadtteil ein, der jedoch andererseits so groß war, dass ihn die Nationalsozialisten auf drei Kreisleitungen aufteilten und Heidelberg damit deutlich in den Schatten stellte. Zudem scheinen die soziostrukturellen Bedingungen in der ehemals »roten« Hochburg Eimsbüttel, wo SPD und KPD noch 1932 über 50 Prozent der Wählerstimmen auf sich zogen, mit der bürgerlichen Universitätsstadt Heidelberg, in der die Nationalsozialisten schon früh überdurchschnittliche Erfolge verbuchen konnten, kaum vergleichbar, vgl. Frauke Hamann: Rezension zu: Beate Meyer: »Goldfasane« und »Narzissen«. Die NSDAP im ehemals »roten« Stadtteil Hamburg-Eimsbüttel, Hamburg 2002, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 90 (2004), S. 359–361. Nolzens Fokussierung der NSDAP in Berlin wiederum zielt zwar auf eine städtische Parteiorganisation. Diese Übereinstimmung ist jedoch angesichts der Größe der deutschen Hauptstadt, die nicht wie Heidelberg einen Parteikreis, sondern gleich einen ganzen Gau mit Anfang 1935 zehn Kreisleitungen repräsentierte, rein formaler Natur, vgl. Nolzen, Gau, S. 74. Auch Christine Müller-Botschs Dissertation über die Handlungsmotive unterer NSDAP-Funktionäre aus Stuttgart, scheint angesichts der Größe der württembergischen Landeshauptstadt nicht mit der nordbadischen Kreisstadt Heidelberg vergleichbar, vgl. Müller-Botsch, Mann.

- 60 Einschlägig ist hier der Sammelband von Wolfgang U. Eckart / Volker Sellin / Eike Wolgast (Hrsg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006 zu nennen, der u. a. Aufsätze zu allen Fakultäten und Fachbereichen enthält; vgl. für einen kompakten Überblick auch Eike Wolgast: Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 135 (1987), S. 359–406. Für speziellere Literatur zur »Gleichschaltung« der Universität siehe Birgit Vézina: Die »Gleichschaltung« der Universität Heidelberg im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung, Heidelberg 1982 und Dorothee Mußnug: Die Universität Heidelberg zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Semper Apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Bd. 3, Heidelberg 1985, S. 464–503. Die Vertreibungen, die am Lehrkörper der Universität stattfanden, untersucht Dorothee Mußnug: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933, Heidelberg 1988. Die Rolle der Heidelberger Studieren-

»Juden«⁶¹ liegen differenzierte Kenntnisse vor.⁶² Die Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma ist für Heidelberg zwar nur ansatzweise bekannt; allerdings wäre aufgrund der mehr als dürftigen Quellenlage hier wohl auch nur

denschaft behandeln Norbert Giovannini: Zwischen Republik und Faschismus. Heidelberger Studentinnen und Studenten 1918–1945, Weinheim 1990 und – mit besonderem Fokus auf den Führer der Heidelberger Studentenschaft und späteren Reichsstudentenführer sowie Gauleiter von Salzburg Gustav Adolf Scheel – Birgit Arnold: »Deutscher Student, es ist nicht nötig, daß Du lebst, wohl aber, daß Du Deine Pflicht gegenüber Deinem Volk erfüllst.« Gustav Adolf Scheel, Reichsstudentenführer und Gauleiter von Salzburg, in: Michael Kißener, Joachim Scholtyssek (Hrsg.), Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 567–594; zu Scheel vgl. auch Philipp T. Haase: Gustav Adolf Scheel: Studentenführer, Gauleiter, Verschwörer. Ein politischer Werdegang, in: Wolfgang Proske (Hrsg.): Täter. Helfer. Trittbrettfahrer, Bd. 8: NS-Belastete aus dem Norden des heutigen Baden-Württemberg, Gerstetten 2018, S. 295–325. Schließlich liegt von Steven P. Remy: The Heidelberg Myth. The Nazification and Denazification of a German University, Cambridge (Mass.) 2002 auch eine englischsprachige Studie vor, die auch die Entnazifizierung der Heidelberger Universitätsangehörigen miteinschließt.

- 61 Da die Nationalsozialisten auch Menschen als Jüdinnen und Juden kategorisierten und verfolgten, die weder dem jüdischen Glauben anhingen, noch sich selbst als Juden sahen, wird im Folgenden von »Juden« oder »Jüdinnen« in Anführungszeichen die Rede sein oder auf Wendungen zurückgegriffen, die deutlich machen, dass es sich um die nationalsozialistische Rassendefinition handelte.
- 62 Grundlegend hierzu sind die Forschungen von Arno Weckbecker aus den 1980er Jahren, vgl. Arno Weckbecker (Bearb.): Gedenkbuch an die ehemaligen Heidelberger Bürger jüdischer Herkunft. Dokumentation ihrer Namen und Schicksale 1933–1945, Heidelberg 1983 und Ders.: Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933–1945 (Motive – Texte – Materialien, Bd. 29), Heidelberg 1985. Speziell auf die »Arisierungen« jüdischen Eigentums zielt Ders.: Phasen und Fälle der wirtschaftlichen »Arisierung« in Heidelberg 1933–1942, in: Norbert Giovannini / Jo-Hannes Bauer / Hans-Martin Mumm (Hrsg.): Jüdisches Leben in Heidelberg. Studien zu einer unterbrochenen Geschichte, Heidelberg 1992, S. 143–152. Eine Einbettung in eine Gesamtdarstellung jüdischer Geschichte in Heidelberg bietet Frank Moraw: Die nationalsozialistische Diktatur (1933–1945), in: Andreas Cser u. a.: Geschichte der Juden in Heidelberg (Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. 6), Heidelberg 1996, S. 440–555. Inzwischen liegen zu dem Thema auch lexikalische Hilfsmittel und Quellensammlungen vor, vgl. Norbert Giovannini / Claudia Rink / Frank Moraw (Hrsg.): Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten, Heidelberg 2011 sowie Norbert Giovannini / Frank Moraw (Hrsg.): Erinnertes Leben. Autobiographische Texte zur jüdischen Geschichte Heidelbergs, Heidelberg 1998. Nach wie vor wird insbesondere im Umfeld des Heidelberger Geschichtsvereins zu diesem Thema geforscht und immer mehr Einzelaspekte geraten ans Tageslicht, vgl. etwa Norbert Giovannini / Claudia Rink: Ghetto ohne Ghetto. Hinweise zu den »Judenhäusern« in Heidelberg 1938/39–1945, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 14 (2010), S. 75–99.

durch größte Anstrengungen mehr in Erfahrung zu bringen.⁶³ Daneben wurde die Heidelberger Stadtgeschichtsschreibung um einige Spezialstudien zu Einzelaspekten der NS-Diktatur bereichert. Zu nennen sind hier Arbeiten zur nationalsozialistischen Kulturpolitik,⁶⁴ zur Rolle der Heidelberger Kirchen im Nationalsozialismus,⁶⁵ zur lokalen Ausprägung des Massenphänomens der Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg⁶⁶ und Studien zu Kriegsende und Neubeginn in Heidelberg.⁶⁷ Zudem liegt eine vergleichende Analyse der bis 1935 angesetzten Machtergreifungsphase in Heidelberg und Mannheim vor.⁶⁸

- 63 Bisher liegen einzelne Beiträge, vor allem von Mitarbeiterinnen der Heidelberger Forschungsstelle Antiziganismus über die Vertreibung der Heidelberger Sinti und Roma und die Beteiligung der Stadtgesellschaft vor, vgl. Hans-Martin Mumm: XXII Polizei. Nr. 2 Sicherheit. Massnahmen gegen Zigeuner. Carl Neinhaus und die Heidelberger Sinti 1935/36. In: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 8 (2003/2004), S. 89–95; Laura Notheisen / Nadine Povoden: Sintize/Sinti und Romnja/Roma, in: Verein Heidelberger Lupe – Verein für historische Forschung und Geschichtsvermittlung (Hrsg.): Spurensuche: Heidelberg im Nationalsozialismus. Materialheft mit lokalhistorischen Quellen, Heidelberg 2018, S. 111–125; Daniela Gress: Der Verein »Alt-Heidelberg e.V.« und die Vertreibung der Heidelberger Sinti. Bürgerlicher Antiziganismus und lokale Handlungsspielräume unter dem NS-Regime, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 21 (2017), S. 171–187.
- 64 Vgl. zu den Bücherverbrennungen und der Zensur in Heidelberg Joachim-Felix Leonhard (Hrsg.): Bücherverbrennung. Zensur, Verbot, Vernichtung unter dem Nationalsozialismus in Heidelberg (Heidelberger Bibliotheksschriften, Bd. 7) Heidelberg 1983; vgl. auch Meinhold Lurz: Kulturpropaganda an den Reichsgrenzen. Die Reichsfestspiele in Heidelberg und Marienburg, in: Badische Heimat 74 (1994), S. 325–365. Zu der Heidelberger Besonderheit der Thingstätte siehe auch Ders.: Die Heidelberger Thingstätte. Die Thingbewegung im Dritten Reich. Kunst als Mittel politischer Propaganda (Veröffentlichungen zur Heidelberger Altstadt, Bd. 10), Heidelberg 1975.
- 65 Vgl. Klaus Heidel / Christian Peters: Nicht nur ein Kampf um Seelen: Die Kirchen und das »Dritte Reich« in Heidelberg, in: Jörg Schadt / Michael Caroli (Hrsg.): Heidelberg unter dem Nationalsozialismus. Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung, Heidelberg 1985, S. 51–341.
- 66 Vgl. Alice Habersack: Fremdarbeiter in Heidelberg während des Zweiten Weltkrieges, Heidelberg 2013; vgl. auch Frank-Uwe Betz: Notizen zur NS-Zwangsarbeit und zu den Lagern in Heidelberg und Umgebung, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 5 (2000), S. 101–115 und als wohl ersten Aufschlag auf diesem Feld Harald Gilbert: Zwangsarbeit in Heidelberg 1940–1945. Verschleppung und Vergessen, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 1 (1996), S. 205–216.
- 67 Vgl. Jürgen C. Heß / Hartmut Lehmann / Volker Sellin (Hrsg.): Heidelberg 1945 (Transatlantische historische Studien, Bd. 5), Stuttgart 1996; vgl. auch Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949. Zur politischen Geschichte einer Stadt in der Nachkriegszeit (Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. 5), Heidelberg 1995.
- 68 Vgl. Herbert Hoffmann: Im Gleichschritt in die Diktatur? Die nationalsozialistische »Machtergreifung« in Heidelberg und Mannheim 1930 bis 1935, Frankfurt a. M. / Bern / New York 1985, zugl. Diss. Univ. Heidelberg 1982.

Der seit einigen Jahren auf die regionalen Mittelinstanzen der Landesverwaltungen ausgreifende Trend der behörden- und institutionengeschichtlichen Forschung⁶⁹ beginnt nun auch auf kommunaler Ebene Zweige auszubilden.⁷⁰ Erste Vorarbeiten für eine Verwaltungsgeschichte Heidelbergs im Nationalsozialismus entstanden bereits durch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit einem Heidelberger Kuriosum: dem Oberbürgermeister Carl Neinhaus, der zwischen 1929 und 1958 in drei politischen Systemen als Stadtoberhaupt amtierte.⁷¹ Gerade entwickelt sich aus der Kontroverse um den Verwaltungschef eine breiter angelegte Forschung über die Kontinuitäten und Brüche im Personalbestand der Stadtverwaltung über die Zäsuren von 1933 und 1945 hinaus.⁷²

Bemängelt werden müssen indes vor allem zwei auffällige Defizite. Erstens ist die Vernichtung »lebensunwerten« Lebens für Heidelberg noch nicht ausreichend dokumentiert, denn die »Euthanasie«-Morde an Kranken und Menschen mit Behinderung wurden fast ausschließlich unter dem Aspekt der Einbindung der Universitätsklinik in diesen Verbrechenskomplex untersucht, während bisher weder von der Rolle sonstiger staatlicher und kommunaler Stellen noch von den Opfern in größerem Umfang die Rede war.⁷³ Noch nicht über zarte Ansätze hinausgekommen ist auch eine Erweiterung

69 Vgl. für das Beispiel der Länder Baden und Württemberg der jüngst erschienene Band von Frank Engehausen / Sylvia Palatschek / Wolfram Pyta (Hrsg.): *Die badi-schen und württembergischen Landesministerien in der Zeit des Nationalsozialismus* (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg; Reihe B, Forschungen, Bd. 220), Stuttgart 2019.

70 Vgl. etwa die Studie zur Konstanzer Stadtverwaltung von Jürgen Klöckler: *Selbstbe-hauptung durch Selbstgleichschaltung. Die Konstanzer Stadtverwaltung im National-sozialismus* (Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen, Bd. 43), Ostfildern 2012. Eine Arbeit der Heidelberger Doktorandin Daniela Johannes zur Heilbronner Stadtverwal-tung ist gerade im Entstehen.

71 Vgl. Horst Ferdinand: Carl Neinhaus (1888–1965). Aspekte einer umstrittenen Biogra-phie, St. Augustin 2002; kritischer die Bewertung von Reinhard Riese: Dr. Carl Nein-haus: Ein Mann, »der mitgetan hat, ohne innerlich dabei zu sein«?, in: Wolfgang Proske (Hrsg.): *Täter. Helfer. Trittbrettfahrer*, Bd. 7: NS-Belastete aus Nordbaden und Nord-schwarzwald, Gerstetten 2017, S. 235–256.

72 Vgl. hierzu Reinhard Riese: Zwei Karrieren. Eine Studie zur Geschichte der Heidelberger Stadtverwaltung 1933–1953, in: *Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt* 23 (2019), S. 89–109.

73 Vgl. Christoph Mundt / Gerrit Hohendorf / Maike Rotzoll (Hrsg.): *Psychiatrische For-schung und NS-»Euthanasie«*. Beiträge zu einer Gedenkveranstaltung an der Psychia-trischen Universitätsklinik Heidelberg, Heidelberg 2001; Sara Bientreu: »Euthanasie« im Nationalsozialismus. Die Frage der Beteiligung der Universitätspsychiatrie am Bei-spiel der Heidelberger Klinik, Saarbrücken 2007.

der Perspektive auf die eugenischen Medizinverbrechen während der Anfangsphase des »Dritten Reichs« im Zusammenhang mit dem »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« vom Juli 1933 und den darauf beruhenden Zwangssterilisierungen.⁷⁴

Was einer Geschichte der Stadt Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus bis heute fast vollständig fehlt, sind zweitens umfangreiche Erkenntnisse über die NSDAP, ihr Erscheinungsbild vor Ort und ihre jeweiligen Repräsentanten nach 1933. Lediglich beiläufig finden sich in Studien zu angrenzenden Themen flüchtige Informationen.⁷⁵

- 74 Pionierarbeit auf diesem Gebiet wurde jüngst durch zwei studentische Qualifikationsarbeiten geleistet, die jeweils auch die Verbindung zwischen der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik und der Verfolgung Homosexueller in den Blick nahmen und Teile ihrer Forschungsergebnisse in Form von Blogartikeln veröffentlichten, vgl. Lisa Kling: Von »echten« und »nicht echten« Homosexuellen – Zur Bedeutung medizinischer Gutachten bei der Verfolgung Homosexueller während der nationalsozialistischen Herrschaft (22. 3. 2019), in: Online-Portal Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, URL: <https://ns-ministerien-bw.de/2019/03/von-echten-und-nicht-echten-homosexuellen-zur-bedeutung-medizinischer-gutachten-bei-der-verfolgung-homosexueller-waehrend-des-nationalsozialistischen-her/> (19. 9. 2019); Jacqueline Dotzer: Akten geben Auskunft: Quellen zur Zwangssterilisation im nationalsozialistischen Baden – Die »Erbgesundheitsakte« (15. 7. 2019), in: ebd., URL: <https://ns-ministerien-bw.de/2019/07/akten-geben-auskunft-quellen-zur-zwangssterilisation-im-nationalsozialistischen-baden-die-erbgesundheitsakte/> (19. 9. 2019).
- 75 Beispiel hierfür Antje Sommer: Der Aufstieg der NSDAP in Heidelberg 1928–1933. Zur Beziehung von Wählerstruktur und Wahlverhalten nach Stimmbezirken, in: Jörg Schadt / Michael Caroli (Hrsg.): Heidelberg unter dem Nationalsozialismus. Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung, Heidelberg 1985, S. 1–49, die zwar eine an die soziale Struktur der einzelnen Stimmbezirke rückgekoppelte, detaillierte Analyse des Wahlverhaltens der Heidelbergerinnen und Heidelberger in den letzten Jahren der Weimarer Republik leistet und damit viel zur Vorgeschichte des hier bearbeiteten Themas klärt, eigentlich aber den wahlberechtigten Teil der Heidelberger Stadtgesellschaft ins Zentrum des Interesses stellt, nicht aber die NSDAP als solche. Mit Hubert Roser: Parteistatthalter in Badens NS-Kaderschmiede. Wilhelm Seiler, NSDAP-Kreisleiter von Heidelberg, in: Michael Kißener / Joachim Scholtyseck (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 655–682, liegt immerhin ein biographischer Aufsatz über Wilhelm Seiler vor, den Kreisleiter seit 1934 und zentralen Akteur der NS-Bewegung in Heidelberg während des »Dritten Reichs«. Zusammen mit Patrick Heinsteins: Vorsorge statt Fürsorge. Zur Rolle der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) in Heidelberg, in: Verführt und verraten. Jugend im Nationalsozialismus. Bruchstücke aus der Region, Heidelberg 1995, S. 85–99, der neben der Heidelberger NSV auch deren langjährigen Kreisamtsleiter Fritz Beierbach beschreibt, stellt dieser Aufsatz die einzige wirkliche Stütze einer wissenschaftlichen Erforschung der Heidelberger NSDAP in der Zeit des Nationalsozialismus dar.

Wenn man sich aber das eingangs angeführte Zitat Nolzens in Erinnerung ruft und ihm darin folgt, dass ein schlüssiges Gesamtverständnis vom »Dritten Reich« und seinem soliden Funktionieren ohne eine intime Kenntnis der NSDAP nicht zu erreichen ist, dann handelt es sich hierbei nicht nur um eine bloße Wissenslücke, sondern um ein echtes Desiderat der lokalen NS-Forschung, dessen notwendige Behebung hoffentlich auch demjenigen einleuchtet, der Miriam Gebhardt darin zustimmt, dass ein »buchhalterischer Vollständigkeitsanspruch der Geschichtswissenschaft« zur Begründung neuer Forschungsvorhaben nicht genügt.⁷⁶

1.3 Zuschnitt des Themas und Fragestellungen

Aus diesem Entwicklungsstand, den Trends und Leerstellen der Forschung heraus ergeben sich ein über- und ein untergeordnetes Erkenntnisinteresse der Arbeit sowie ein Set an dazugehörigen Fragestellungen. In erster Linie will die Untersuchung, das ist ihr übergeordnetes Interesse, als lokale Fallstudie einen Beitrag zum Verständnis der institutionellen und personellen Strukturen der NSDAP-Parteiorganisation auf der Ebene eines Parteikreises und der ihm zugehörigen Ortsgruppen leisten.

Dafür fragt sie nach den im Namen der Heidelberger NSDAP handelnden Personen. Wurde bisher vor allem die Gruppe der Kreisleiter biographisch untersucht,⁷⁷ so können mit einer großzügigeren Personaleingrenzung sowohl Aussagen über die Mitglieder der bisher völlig unbeachteten Kreisstäbe als auch über den Typus des nationalsozialistischen Ortsgruppenleiters abgeleitet werden.⁷⁸ Der kombinierte Blick auf Kreisleitung und Ortsgruppenleitungen vermag es, ein realistisches Gesamtbild von den auf Seiten der NSDAP kommunalpolitisch maßgeblichen Akteuren zu zeichnen. Die Einzelbiographien lokaler NSDAP-Amtsträger sollen letztlich zu einem Sozialprofil unterer NSDAP-Funktionäre am Beispiel einer bildungsbürgerlich-protestantisch geprägten, größeren Mittelstadt zusammengeführt werden.

Anhand der soziographischen Beschreibung der lokalen Parteifunktionäre, die – wie noch näher auszuführen sein wird – sowohl für die Akzeptanz als auch die konkrete Ausgestaltung der nationalsozialistischen Herrschaft von elementarer Bedeutung waren, soll auch die Frage diskutiert werden, inwiefern sich die NSDAP nach 1933 als eine zunehmend verbürgerlichte Partei

76 Miriam Gebhardt: *Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs*, München 2015, S. 7.

77 Siehe oben Anm. 53.

78 Hierzu gibt es immerhin das Standardwerk über die Ortsgruppen von Reibel, Fundament sowie am lokalen Beispiel Stuttgart die Studie von Müller, Gewalt.

darstellte, in der die traditionellen, national-konservativen Eliten einflussreicher wurden, oder ob die »nationalsozialistische Revolution« nicht doch eine ganz neue politische Führungsschicht gesellschaftlicher Aufsteiger schuf, die in der NSDAP weitgehend unter sich blieb.

Weil historische Akteure in Strukturen eingebunden sind, die ihr Wirken auf vielfältige Weise beeinflussen und ihre Handlungsspielräume begrenzen, soll der gruppenbiographischen Untersuchung der Heidelberger NSDAP-Funktionäre der Boden bereitet werden, indem erstens die organisatorische Gliederung der Parteiverwaltung in Heidelberg erkundet wird, die den städtischen NSDAP-Funktionären einen »Handlungsrahmen« setzte, und zweitens der »Handlungsraum« der Heidelberger Stadtopographie beschrieben werden, auf dessen Boden die Parteifunktionäre tätig wurden und dessen Beschaffenheit, so wird in Anlehnung an neuere raumgeschichtliche Ansätze argumentiert, soziale Prozesse mitformte.

Gleichsam nebenbei soll die Arbeit, das ist ihr nachgeordnetes Interesse, den Kenntnisstand zur Geschichte des Nationalsozialismus in Heidelberg erweitern. Auch wenn eine Totalgeschichte der NSDAP in Heidelberg im Rahmen dieser Arbeit nicht realisierbar ist, so können doch einzelne Aspekte geklärt und weiterführende Perspektiven auf die lokale Parteigeschichte und ihre Erkenntnispotentiale aufgezeigt werden. Damit erhält die stadtgeschichtliche NS-Forschung neues Material und vor allem einen neuen An Schub auf dem Weg zu der immer noch ausstehenden Gesamtdarstellung des Nationalsozialismus in Heidelberg.

1.4 Gang der Darstellung und Methoden

Der Untersuchung der Heidelberger NSDAP im »Dritten Reich« wird zunächst eine Skizze ihrer Entwicklung bis 1933 vorangestellt. Sie dient nicht nur der narrativen Einbettung des Themas, sondern soll auch Spezifika des Nationalsozialismus in Heidelberg herausstellen, die das Verständnis der lokalen Parteiorganisation im NS-Staat bedingen.

Der analytisch-explikative Teil der Arbeit beginnt mit Kapitel 3, das im Zeichen eines nach 1933 fortgesetzten Aufstiegs der NSDAP steht, der das Paradigma von der »politischen Funktionslosigkeit« der Partei im Herrschaftsgefüge des NS-Staats allgemein konterkariert. Dieser Aufstieg bezieht sich auf ein doppeltes, bis 1945 stetig anhaltendes Wachstum: im organisatorischen Sinne und im Sinne einer zunehmenden räumlichen Ausbreitung der NS-Bewegung über das Heidelberger Stadtgebiet. Mit den Mitteln einer klassi-

schen, formalen Organisationsgeschichte⁷⁹ einmal konzise darzulegen, wie sich die Parteiverwaltung der NSDAP in Heidelberg im Verlauf der zwölf Jahre von 1933 bis 1945 vertikal und horizontal untergliederte, ist nicht nur als stabile Unterlage für den weiteren Verlauf dieser Untersuchung notwendig, sondern darüber hinaus auch als Grundgerüst für weitere stadtgeschichtliche NS-Forschungen nutzbringend.

Steckt Kapitel 3.1 den organisatorischen Handlungsrahmen der Heidelberger NS-Funktionäre im »Dritten Reich« ab, dann beschreibt Kapitel 3.2 im direkten Wortsinne den Handlungsraum, in dem sich die Amtsträger der Partei als Akteure bewegten. Die Untersuchung der räumlichen Dimension beschränkt sich jedoch nicht darauf, den öffentlichen Raum als Bühnenkulisse der Ereignisse und sozialen Interaktionen zu präsentieren. Vielmehr fasst die hier zur Anwendung kommende kritische historische Raumanalyse den Raum als produzierte und konstruierte, historisch dynamische Variable auf.⁸⁰ Indem sowohl die expansive Raumnutzung und Raumaneignung durch die nationalsozialistische Partei also auch die Raumwahrnehmung der Bevölkerung mitgedacht werden, wird die zu beobachtende Umgestaltung des Stadtraums im »Dritten Reich« als Kommunikationsmittel zwischen Herrschenden und Beherrschten vorgestellt.

Hier schließt Kapitel 4 an und analysiert vergleichend und auf einer quantitativen Ebene die Lebensläufe der »Politischen Leiter« der NSDAP, um am lokalen Beispiel ein Sozialprofil dieser unteren Parteifunktionäre zu entwerfen, dessen Resultate im Lichte der Forschungsergebnisse zu den NSDAP-Funktionären anderer Regionen vergleichend interpretiert werden und helfen sollen aufzuklären, zu welchem Grad diese Funktionärsschicht nach 1933 einer Unterwanderung durch bürgerlich-konservative Eliten ausgesetzt war. Damit wird die strukturanalytische Perspektive auf die lokale Parteiorganisation mit einer Kollektivbiographie ergänzt, die systematisch eine Gruppe von NSDAP-Funktionsträgern aus der Kreisleitung und den Spitzen der Ortsgruppen der Stadt erfasst und sie nach soziokulturellen Merkmalen wie Alter, Herkunft,

79 Nach dem Soziologen Stefan Kühl, der einen dreigliedrigen Zugriff auf organisationsgeschichtliche Untersuchungsgegenstände vorschlägt und zwischen der »formalen Seite der Organisationsstruktur, der informalen Seite der Organisationskultur und der Schauseite, die auf die offizielle Selbstdarstellung fokussiert« unterscheidet, stünde hier lediglich die formale Seite der Organisationsstruktur im Zentrum, vgl. Julia Reus / Christopher Kirchberg (11. 12. 2015): Tagungsbericht: Ein »Trend« ohne »Turn«? Neue Perspektiven auf die Organisationsgeschichte, 3. 7. 2015, Bochum, in: H-Soz-Kult. URL: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6280> (19. 4. 2020).

80 Vgl. zur methodisch-theoretischen Konzeption der neueren historischen Raumforschung etwa Susanne Rau: Räume. Konzepte, Wahrnehmungen und Nutzungen (Historische Einführungen, Bd. 14), Frankfurt a. M. u. a. 2013, hier insbesondere S. 7–15.

Konfession, Bildungsgrad, sozialem Status, beruflicher Stellung und politischer Sozialisation aufbereitet. Die unterschiedlichen Erkenntnisziele dieser Arbeit machen eine Kombination verschiedener methodischer Ansätze notwendig.

Schließlich werden im Fazit die Ergebnisse der verschiedenen Stränge dieser Arbeit zusammengefasst und ausblickartig auf weitere Perspektiven und Anschlussmöglichkeiten der Forschung hingewiesen.

2 Vor der »Machtergreifung«. Vom Aufstieg des Nationalsozialismus in einer frühen Hochburg

2.1 Ideengeschichtliche Ursprünge, organisatorische Anfänge und erste Erfolge bis 1925

Die frühesten Spuren des Nationalsozialismus in Heidelberg führen – wie vielerorts⁸¹ – in das Milieu des völkischen Rechtsradikalismus, wie er am Ende des Ersten Weltkrieges auch in der Neckarstadt auftauchte. Dort verschmolzen antisozialistische, antiliberale, antikapitalistische und antifeministische sowie radikalnationalistische Ideologeme mit antisemitisch-rassebiologischer Aufladung zu einem vorstellungsweltlichen Eklektizismus, der im Resultat eine erbitterte Feindstellung gegen die in der Revolution von 1918/19 geschaffene demokratische Ordnung begründete. Wo zu Anfang zahlreiche rechte und rechtsextreme Splittergruppen um Hegemonie rangen, gewannen bald auch die Anhänger des Nationalsozialismus an Boden; eine Richtung des Völkischen, die erst langsam begann, in nichtbayerischen Gebieten des Deutschen Reiches Fuß zu fassen. Dass die Ursprünge der nationalsozialistischen Bewegung in Heidelberg in diesen Kreisen der völkisch-nationalen Rechten zu verorten sind, verkörpert besonders der damals an der Heidelberger Universität als Privatdozent angestellte Philosoph Arnold Ruge, der als bekannter Agitator des »Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes«⁸² öffentlich für Hitler Partei nahm⁸³ und in Heidelberg um 1920 als Zentralfigur einer kleinen Gruppe einige junge Männer um sich scharte, die in den späteren Jahren der »Kampfzeit« zu den führenden Köpfen der Heidelberger NSDAP gehören sollten.⁸⁴

81 Für die badische NSDAP und ihre späteren Führer wurde diese Vorprägung aus der völkischen Bewegung herausgearbeitet von Johnpeter H. Grill: *The Nazi Movement in Baden, 1920–1945*, Chapel Hill 1983, S. 29–38.

82 Nach Uwe Lohalm: *Völkischer Radikalismus: Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923*, Hamburg 1970, S. 224, gehörte Ruge zu den »heftigsten Schutz- und Trutzbund-Agitatoren«.

83 Vgl. Grill, *Movement*, S. 105f.

84 Zu nennen sind etwa Felix Wankel, Hermann Röhn oder der spätere Gauleiter von Hessen, Karl Lenz, vgl. Hoffmann, *Gleichschritt*, S. 59f.

Organisatorisch schlug der Nationalsozialismus auf Heidelberger Boden erstmals 1922 mit der Bildung einer Ortsgruppe Wurzeln,⁸⁵ wobei der für jenseits bayerischer Grenzen frühe Zeitpunkt dieses Zusammenschlusses auffällt.⁸⁶ Das Verbot der Partei im Sommer 1922, zunächst in Baden, dann kurz darauf im ganzen Reich, machte diesen ersten Ansatz eines parteipolitischen Zusammenschlusses zur Episode; jedoch entstanden auch in Heidelberg schnell diverse Tarnorganisationen, die den Fortbestand in der Illegalität sichern sollten: »Verein Vorwärts«, »Sturmtrupp-Lenz« als SA-Ersatz, und »Heia Safari (Hefa)« als Jugendorganisation waren ihre Namen. Bedeutend wurde vor allem die Konstituierung einer lokalen Filiale der »Deutschen Partei (DP)« im Februar 1924, die im Verlauf des Jahres eine ganz Baden erfassende solide Organisation aufbauen konnte.⁸⁷ Sie nämlich trat bei den Reichstagswahlen im Mai als Teil des Wahlbündnisses »Völkisch-sozialer Block« an, einer Listenvereinigung, in der sowohl nationalsozialistische Statthalter des inhaftierten Hitler wie Rosenberg, Streicher und Strasser als auch Politiker der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP) und die deutschvölkische Galiionsfigur Erich Ludendorff führend waren. Bemerkenswert ist vor allem, dass die DP in Heidelberg bei dieser Wahl über 12% der Stimmen auf sich vereinigte und damit die reichsweiten Zustimmungswerte des »Völkisch-sozialen Blocks« um fast das Doppelte, die badischen um sogar das Zweieinhalbfache übertraf.⁸⁸ Schon zu diesem frühen Zeitpunkt also konnte der organisierte Rechtsradikalismus in Heidelberg überdurchschnittlich reüssieren.

Dass die Heidelberger DP zur dezidiert nationalsozialistischen Strömung des rechtsextremen Wahlblocks gehörte, wird an der ungebrochenen Kontinuität zwischen dieser Vereinigung und dem neuen Heidelberger Ableger der im Februar 1925 wiedergegründeten NSDAP deutlich: Obwohl nach der Teilung des 1924 geschmiedeten völkisch-sozialen Bündnisses in die wieder-

85 Nach Hoffmann, Gleichschritt, S. 60 handelte es sich bei dieser Gruppe eigentlich um eine Zelle der Ortsgruppe Mannheim. Andere Autoren sprechen aber einfach von der Ortsgruppe Heidelberg.

86 Vgl. Axel Böhm: Die Mitglieder der frühen (NS)DAP (1919–1922): Zur Sozialstruktur in den Ortsgruppen München, Rosenheim, Landshut, Passau und Mannheim, in: Jürgen W. Falter (Hrsg.): Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt a. M. / New York 2016, S. 361–379; siehe auch Werner Maser: Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart ²1973, S. 316f. Nach Grill, Movement, S. 56f. war die Mannheimer Ortsgruppe, mit der die Heidelberger wohl mindestens eng zusammenarbeiteten, bei ihrer Gründung nach Pforzheim erst die zweite in Baden.

87 Vgl. Grill, Movement, S. 94–108.

88 Lediglich Bruchsal mit 13,9% und Bretten mit 12,8% schnitten bei dieser Wahl in Baden noch besser ab als Heidelberg, vgl. ebd., S. 101.

erstandene NSDAP und die DVFP viele der in Baden politisch Aktiven für letztere optierten,⁸⁹ beschlossen die Mitglieder der DP in Heidelberg auf einer Zusammenkunft am 12. August 1925 die Auflösung ihrer Partei und erklärten sich gleichzeitig zur Ortsgruppe der NSDAP. Damit gehörte Heidelberg zu den badischen Orten, die voranschritten, bestanden doch am Ende des Jahres über das ganze Land hinweg nur 31 solcher lokalen Niederlassungen der »Hitlerpartei«.⁹⁰

2.2 Der Weg zur nationalsozialistischen Hochburg nach der Neugründung der NSDAP 1925

Führen die Nationalsozialisten seit der endgültigen Legalisierung 1925 organisationspolitisch dauerhaft in ruhigem Fahrwasser, so ging die Mitgliederentwicklung während dieser mittleren Jahre der Weimarer Republik zunächst weiterhin nur schleppend voran. Nachdem die erste Ortsgruppe von 1922 etwa 36 Mitglieder umfasst hatte, wuchs die Zahl der organisierten »Parteigenossen« bis 1927 nicht über 60 bis 70 hinaus, während die Heidelberger SA über knapp 50 Männer verfügte.⁹¹

Auch an den Wahlurnen ging der Zuspruch schon bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 wieder drastisch zurück: in Heidelberg auf 4% und damit etwa ein Drittel der Stimmen der Mai-Wahl. Man lag damit aber immer noch, wenn auch auf eher niedrigem Gesamtniveau, um ein Viertel über dem Reichs- und mehr als dem Doppelten über dem badischen Ergebnis. Auch in den nächsten Jahren fristete die NSDAP das Dasein einer kaum bedeutungsvollen Splitterpartei am rechten Rand, wobei die Heidelberger Nationalsozialisten zwar immer besser abschnitten als ihre »Parteigenossen« in Reich und Gau, auf Stadtpolitik und Stadtgesellschaft aber dennoch einflusslos blieben.⁹² Der Erfolg der NSDAP bei der badischen Landtagswahl von 1929, als die »Hitlerpartei« mit landesweit 7% der Stimmen erstmals mit sechs Abgeordneten ins Karlsruher Ständehaus einzog und in Heidelberg gar 14,6% der Bevölkerung »braun« wählten, war zwar beachtlich; tatsächlich bestätigte das Resultat aber nur das schon 1924 – als auf den Völkisch-sozialen Block

89 Vgl. ebd.

90 Vgl. ebd., S. 121.

91 Vgl. Weckbecker, Judenverfolgung, S. 18f.; Hoffmann, Gleichschritt, S. 64. Die Zahlen dürfen zur Ermittlung der Angehörigen der NS-Bewegung jener Zeit jedoch nicht adiiert werden, da von vielen Doppelmitgliedschaften auszugehen ist.

92 So erzielte die NSDAP bei der Reichstagswahl 1928 3,1%, was immerhin noch knapp besser war als die 2,3% im Reich, vgl. Hoffmann, Gleichschritt, S. 65.

beinahe so viele Stimmen entfallen waren⁹³ – aufschimmernde und anscheinend in bestimmten politischen Gesamtkonstellationen wiederkehrend abruhbare rechtsradikale Wählerpotential in der nordbadischen Stadt. Der eigentliche Durchbruch gelang der NSDAP in Heidelberg im darauffolgenden Jahr. Zunächst stellten die Heidelberger bei der Wahl des Reichstages im September 1930, bei der die Partei im Reichsmittel und in Baden mit jeweils knapp unter 20% erstmals zweitstärkste Kraft wurde, diese explosionsartigen Zugewinne durch ihr lokales Ergebnis von 30,2% noch einmal deutlich in den Schatten.⁹⁴ Dann, bei der Kommunalwahl rund zwei Monate später, bestätigte die NSDAP ihren Status als stimmenstärkste der Heidelberger Parteien und verbesserte sich weiter auf 35,7%. Im direkt gewählten Bürgerausschuss stellte sie damit in den nächsten Jahren 31 der insgesamt 84 Mandatsträger, womit die nationalsozialistische Fraktion fast doppelt so groß war wie die der dahinterkommenden SPD.⁹⁵ Das gleiche Bild im Juli 1932: Als die NSDAP im Reichstag mit 37,3% der Stimmen erstmals zur national stärksten Partei avancierte, konnten die Heidelberger Nationalsozialisten ihren Stimmenanteil auf ganze 41% hochschrauben.⁹⁶

Gesäumt war dieser auf eine mehrjährige Stagnationsphase folgende Aufstieg zur mit Abstand populärsten aller Heidelberger Parteien mit einem rasanten Anwachsen der Mitgliedschaft und in Reaktion darauf mit organisatorischen Veränderungen.⁹⁷ In ganz Baden dehnte sich die Parteiorganisation nach der Landtagswahl im Herbst 1929 rasant aus. Zwischen Februar und August 1930 stieg die Anzahl der Ortsgruppen im Gau von 70 auf über 200 an und auch bereits bestehende Ortsgruppen konnten starken Zulauf verzeichnen.⁹⁸ In Heidelberg wurden aus 184 Mitgliedern Ende 1929 bis März 1930 800 »Parteigenossen«,⁹⁹ von denen im Februar immerhin 300 aktiv genug waren, die örtliche Generalversammlung zu besuchen.¹⁰⁰ Im August bestand die Ortsgruppe nach polizeilichen Aufzeichnungen dann aus 1600 Mitgliedern und war ab diesem Zeitpunkt die zahlenmäßig stärkste aller badischen Ortsgruppen.¹⁰¹ Diese Zahlen stehen im Widerspruch zu den in der lokalen

93 Vgl. Sommer, Aufstieg, S. 23.

94 Vgl. Weckbecker, Judenverfolgung, S. 20.

95 Vgl. Hoffmann, Gleichschritt, S. 70f.

96 Vgl. Weckbecker, Judenverfolgung, S. 21.

97 Zu diesem Zusammenhang vgl. Falter, Wähler, S. 340–348.

98 Vgl. Grill, Movement, S. 182.

99 Vgl. ebd., S. 184.

100 Vgl. Hoffmann, Gleichschritt, S. 66.

101 Vgl. Grill, Movement, S. 184. Im März 1928 hatte die Heidelberger Ortsgruppe mit damals 130 Mitgliedern unter den größeren Städten noch im badischen Mittelfeld gelegen

Parteipresse bekannt gegeben. Hiernach stieg die Anzahl der mit Parteibuch ausgestatteten Nationalsozialisten während des Jahres 1931 von damals erst 1274 auf 1834, während im ersten Quartal des Jahres 1932 weitere 280 Mitglieder hinzukamen, sodass ein Stand von 2114 erreicht wurde.¹⁰² Auch war die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in der Partei anscheinend weiter gestiegen, denn, so prahlte jedenfalls das regionale NS-Blatt »Die Volksgemeinschaft«, von dieser Gesamtmitgliedschaft nahmen im April 1932 ganze 88% an der Generalmitgliederversammlung teil, die ob ihrer Resonanz nur noch in der großen Stadthalle stattfinden konnte.¹⁰³ Kontrastiert man dieses Bild mit den Schilderungen des SA-Führers Willy Ziegler über die Jahre 1928/29, als die Parteiarbeit von einem harten Kern von um die 30 bis 40 Männern bewältigt worden sei, ganze Stadtteile wie Neuenheim und Rohrbach ohne jeden SA-Kämpfer gewesen seien und die SS nach ihrem verordneten Aufbau zunächst aus nicht mehr als sechs Männern bestanden habe, dann wirkt der zwischenzeitlich erreichte Grad an organisatorischer Durchdringung, unabhängig davon, welche der nuanciert abweichenden Zahlenangaben nun vertrauenswürdiger einzuschätzen sind, umso beeindruckender. Dies gilt nicht zuletzt auch angesichts der etwas unter 85 000 Einwohner, die Heidelberg am Ende der Weimarer Republik beheimatete.¹⁰⁴ Im Vergleich zu allen anderen Ortsgruppen im NS-Gau Baden rangierten die Heidelberger »Parteigenossen« damit »bei weitem« an der Spitze.¹⁰⁵

und war von Mannheim mit 300, Karlsruhe mit 290, aber auch den kleineren Weinheim mit 250 und Eberbach mit 230 Mitgliedern übertrumpft worden, vgl. Liste geschlossener Ortsgruppen der NSDAP in Baden vom 15. 3. 1928, in: GLA 309 Nr. 6161.

102 Da die in der »Volksgemeinschaft« genannten Zahlen für Ende 1930 unter den Schätzungen der Polizei lagen und nicht anzunehmen ist, dass die Partei ihre eigene Stärke in der Außendarstellung untertreiben wollte, liegen die zuletzt genannten Zahlen wahrscheinlich näher an der Realität.

103 Vgl. »General-Mitgliederversammlung in der Stadthalle«, in: Die Volksgemeinschaft – Heidelberger Beobachter Jg. 2, Nr. 94 vom 26. 4. 1932, S. 6.

104 Vgl. Frieder Hepp: Verführt und verraten – zur Einführung, in: Verführt und verraten. Jugend im Nationalsozialismus. Bruchstücke aus der Region, Heidelberg 1995, S. 15–32, hier S. 16.

105 Roser, Seiler, S. 656.

2.3 Kaderschmiede Heidelberg.

Die politischen Karrieren der »Alten Kämpfer«¹⁰⁶

Für die Bedeutung Heidelbergs in der NS-Bewegung ist auch die Ebene der persönlich Handelnden aufschlussreich. Wichtiger als die biographischen Bezüge mancher der hochrangigsten Politiker des »Dritten Reichs« wie Joseph Goebbels oder Albert Speer zu der Universitätsstadt am Neckar, deren politische Karrieren aber fern von Heidelberg verliefen, ist die Frage nach den Heidelberger »Alten Kämpfern«, den vor 1933 in der Stadt aktiven Nationalsozialisten. Hier findet man einige, deren früheres Engagement für den Aufbau der NSDAP in Heidelberg später wie ein Katapult in höhere Ämter wirkte, wenn auch meist nicht in die allererste Reihe der Reichspolitik, so doch an hervorgehobene Stellen in Partei und NS-Staat und oftmals an die Spitze des Gaues Baden.

Noch wenig verwunderlich mag es bei der Bedeutung der altehrwürdigen Ruperto Carola im Kosmos der deutschen Wissenschaft sein, dass die örtlichen Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) gute Aufstiegschancen in der nationalsozialistischen Hochschulpolitik hatten.¹⁰⁷ So wurde der Hochschulgruppenführer des NSDStB in Heidelberg, Gustav Adolf Scheel, 1936 zum Reichsstudentenführer ernannt und während des Zweiten Weltkrieges übernahm Scheel als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Elsass sowie später als Gauleiter und Reichsstatthalter in Salzburg noch höherrangige Ämter.¹⁰⁸

Aber auch die späteren Funktionärskarrieren führender Köpfe der Politischen Organisation der NSDAP (P.O.) in Heidelberg nehmen sich ansehnlich aus. Felix Wankel, in der Verbotszeit Führer der Jugendgruppe Hefa, wurde 1931 zum Führer der badischen Hitler-Jugend (HJ) ernannt und nur ein Zerwürfnis mit Gauleiter Robert Wagner im selben Jahr verhinderte eine

¹⁰⁶ Der Begriff war ein Ehrentitel für Nationalsozialisten, die schon vor dem 30.1.1933 Mitglied in der SA, der SS oder dem Stahlhelm wurden oder in der NSDAP mit den Mitgliedsnummern 1 bis 300 000 geführt wurden. Auch »Amtswalter«, wie die »Politischen Leiter«, also die Funktionsträger der NSDAP, zunächst geheißen hatten, die am 1. 10. 1933 schon mindestens ein Jahr lang im Amt waren, galten als »Alte Kämpfer«, vgl. Cornelia Schmitz-Berning: Alte Kämpfer, in: Dies.: Das Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 2007, S. 26. Der Einfachheit halber wird der Begriff hier und im Folgenden für alle NSDAP-Mitglieder benutzt, die der Partei vor 1933 beigetreten sind.

¹⁰⁷ Von der Bundesführung des NSDStB wurden sogar gezielt talentierte Kader in das als besonders wichtig eingeschätzte, als liberale Hochburg geltende Heidelberg geschickt, vgl. Christian Jansen: Die Nazis, der Fall Gumbel und die Heidelberger Universität. Vortrag am 8. 5. 2001 im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg, S. 1, URL: <https://issuu.com/newess/docs/jansen> (27. 3. 2020).

¹⁰⁸ Vgl. Arnold, Student; Haase, Scheel.



Abb. 1. Immerhin war der in Heidelberg promovierte Goebbels später mehrmals zu Gast in der Stadt, hier 1939 empfangen von Kreisleiter Wilhelm Seiler (im Hintergrund, Mitte) am Mannheimer Flughafen. [StadtAH, BILDA 1861, Foto Herbert Bachmann]

weitere politische Karriere.¹⁰⁹ Carlo Lenz,¹¹⁰ eine weitere prägende Figur der Frühphase des Nationalsozialismus in Heidelberg, unter anderem als Führer der nach ihm benannten lokalen SA-Truppe 1923/24,¹¹¹ wurde schon 1926 stellvertretender Gauleiter, 1929 nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter, 1930 Reichstagsabgeordneter und 1931 Gauleiter von Hessen-Darmstadt, ehe auch sein bis dahin steiler Aufstieg aufgrund seiner Verbindungen zu einer innerparteilichen Opposition um Wankel abbrach.¹¹² August Kramer, der 1926 die Heidelberger Ortsgruppe übernahm und bereits im folgenden Jahr zusätzlich NSDAP-Bezirksleiter wurde,¹¹³ womit ihm weitere Ortsgruppen des Umlandes unterstellt waren, wechselte noch im Mai 1927 in die Gauleitung. Dort war er bis zum Ende des »Dritten Reichs« hauptamtlich beschäftigt, nacheinander als Gaugeschäftsführer, Gaupropagandaleiter, Gaupersonalamtsleiter, Gauinspekteur und seit 1935 als Gauorganisationsleiter. Zudem saß auch Kramer seit November 1933 im gleichgeschalteten Reichstag.¹¹⁴ Otto Wet-

109 Vgl. Marcus Popplow: Felix Wankel. Mehr als ein Erfinderleben, Erfurt 2011.

110 Auch als Karlo Lenz oder Karl Lenz.

111 Vgl. Grill, Movement, S. 114.

112 Vgl. Hans Georg Ruppel / Birgit Groß: Karl Lenz, in: Hessische Abgeordnete 1820–1933. Biographische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums Hessen (2. Kammer) und den Landtag des Volksstaates Hessen (Darmstädter Archivschriften, Bd. 5), Darmstadt 1980, S. 172.

113 1928 existierten im Gau Baden 22 solcher NSDAP-Bezirke, die meist mit den Grenzen der staatlichen Bezirksamter übereinstimmten, vgl. Grill, Movement, S. 120, 183.

114 Vgl. Hubert Roser: Kramer, August Hermann, in: Bernd Otnad / Fred Ludwig Sepaintner (Hrsg.): Baden-Württembergische Biographien, Bd. 3, Stuttgart 2002, S. 207f.

zel, von 1929 bis 1931 Kramers Nachfolger in den Ämtern des Heidelberger Ortsgruppen- und Bezirksleiters sowie Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Stadtrat bis 1932, war bereits vor dieser Zeit Gauführer der württembergischen HJ in Stuttgart und Reichsorganisationsleiter des NS-Studentenbundes in München gewesen. Von seinen Heidelberger Posten aus kam er Ende 1930 kurzzeitig sogar als württembergischer Gauleiter in Frage. Stattdessen erlebte er die »Machtergreifung« als zuvor ebenfalls in den Reichstag eingezogener NSDAP-Bezirksleiter in der Nachbarstadt Mannheim. 1933 wurde er dann kurzzeitig Kommissar der nationalsozialistischen badischen Regierung in kommunalen Angelegenheiten und im Juni für etwa ein Jahr Heidelberger Bürgermeister.¹¹⁵ Hermann Röhn, einst Wetzels Mitarbeiter als Ortsgruppengeschäftsführer und -organisationsleiter,¹¹⁶ trat nach 1931 in dessen Fußstapfen und wurde erster NSDAP-Kreisleiter in Heidelberg, eine neu geschaffene, die Bezirke beerbende Parteiinstanz zwischen Gauleitung und Ortsgruppen. 1933 rückte Röhn dann in die Gauleitung auf und wurde 1934 zum Stellvertreter Wagners und damit zum zweiten Mann der badischen NSDAP.¹¹⁷ Auch der auf Röhn folgende Kreisleiter Philipp Dinkel, 1932 als Adjutant und Geschäftsführer zum Ortsgruppenstab gestoßen, wurde 1934 als Gauamtsleiter für die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) in die Karlsruher Gauleitung berufen.¹¹⁸ Der Führer der Heidelberger und nordbadischen SA in der »Kampfzeit«, Willy Ziegler, von dem oben bereits die Rede war, brachte es später zum von dem Vierteljahrsplanbeauftragten Hermann Göring eingesetzten Reichskommissar für Altmaterialverwendung und damit zum Inhaber einer für das nationalsozialistische Herrschaftssystem typischen Sondergewalt mit ihren »integrierende[n] und zentripetale[n] Kräfte[n] mit erheblichen Steuerungs-, Mobilisierungs-, Koordinations- und Interaktions-Wirkungen«.¹¹⁹ Auch Ziegler saß von 1932 bis zu seinem Tod 1942 im Deutschen Reichstag.¹²⁰ Wie die SA, so hatte auch die Heidelberger SS einen Reichstags-

115 Vgl. Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2007, S. 661.

116 Vgl. Hoffmann, Gleichschritt, S. 65 und 240.

117 Vgl. Horst Ferdinand: Röhn, Hermann Gustav Philip, in: Fred Ludwig Sepaintner (Hrsg.): Badische Biographien, N. F. 5, Stuttgart 2005, S. 241–243.

118 Vgl. Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2007, S. 112.

119 Jürgen John (26. 1. 2007): Rezension zu: Rüdiger Hachtmann / Winfried Süß (Hrsg.): Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 22), Göttingen 2006, in: H-Soz-Kult, URL: <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-9357> (10. 2. 2020).

120 Vgl. Joachim Lilla / Martin Döring / Andreas Schulz: Statisten in Uniform: Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbezie-



Abb. 2. Hermann Röhn am Rednerpult bei einer Maikundgebung 1933 auf dem Universitätsplatz als frisch berufener »Stabsleiter« (Geschäftsführer) der NSDAP Gauleitung Baden. [StadtAH, BILDA 13183, Foto Hans Lossen]

abgeordneten. Zu dieser Ehre kam zwischen November 1933 und März 1936 der Architekt und Führer eines im Stadtgebiet aktiven Sturmbanns Konrad Zahn, der die »Schutz-Staffeln« in der Stadt ab September 1929 mit aufgebaut hatte und von 1930 bis 1933 als gewählter Stadtverordneter im Bürgerausschuss Heidelbergs saß.¹²¹ Karl Cerff¹²² hatte seit 1928 die Heidelberger HJ geleitet. Schon 1931/32 war er, damals unter Lenz, Propagandaleiter der badischen HJ. Nach der »Machtübernahme« war er als Abteilungsleiter in der Reichsjugendführung tätig, seit 1938 bekleidete er verschiedene Hauptämter in der NSDAP-Reichsleitung. In der Agonie des »Dritten Reichs« wurde er noch zum

hung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924, Düsseldorf 2004, S. 750.

¹²¹ Vgl. ebd., S. 745f.

¹²² Auch als Carl Cerff.



Abb. 3. Otto Wetzel (1931) als Heidelberger Ortsgruppenleiter und Vorsitzender der NSDAP-Stadtratsfraktion. [StadtAH, BILDA 6349, Foto Kögel]

Ministerialdirektor im Reichspropagandaministerium bestellt.¹²³ Der Heidelberger Polizeioberleutnant a. D. Karl Pflaumer schließlich, 1929 wegen seiner Aktivitäten für die NSDAP aus dem Dienst entlassen und von 1930 bis 1933 Heidelberger Stadtrat, der wie so viele alte Heidelberger den Wahlkreis 32 (Baden) im Reichstag vertrat, diente während der gesamten Zeit des »Dritten Reichs« als badischer Innenminister.¹²⁴

Die Vormachtstellung der Heidelberger unter den badischen Spitzenfunktionären der NSDAP wird auch deutlich, wenn man ihre Anzahl innerhalb der Gruppe der Gauamtsleiter und Gauführer der Parteigliederungen in Rechnung stellt. In einem am Neujahrstag des Jahres 1936 im »Führer«, der NS-Parteizeitung für Baden, abgedruckten Rückblick auf die Arbeit der Gauleitung im vergangenen Jahr, wurden 14 der engsten Mitarbeiter des Gauleiters Robert Wagner näher vorgestellt. Mit dem stellvertretenden Gauleiter Röhn, dem Gauamtsleiter der NSV Dinkel, dem damaligen Gauorganisationsleiter und Gauinspekteur Kramer, dem Führer der SA-Brigade 53 Ziegler, dem Gauwaller der DAF Fritz Plattner und dem Gauamtsleiter des Amts für Volksgesundheit Theodor Pakheiser konnten ganze sechs dieser Angehörigen des

123 Karsten Wilke: Karl Cerff: Propagandist und Apologet des Nationalsozialismus, in: Wolfgang Proske (Hrsg.): Täter. Helfer. Trittbrettfahrer, Bd. 7: NS-Belastete aus Nordbaden und Nordschwarzwald, Gerstetten 2017, S. 43–53.

124 Vgl. Norma Pralle: Zwischen Partei, Amt und persönlichen Interessen. Karl Pflaumer, Badischer Innenminister, in: Michael Kißener und Joachim Scholtyseck (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 539–566.



Abb. 4. Willy Ziegler als SA-Standartenführer 1931.
[StadtAH, BILDA 6350, Foto Stoll]

engsten Führungskreises des Parteigaus Baden mit einer einschlägigen Heidelberger Vergangenheit aufwarten.¹²⁵

Heidelberg hat also während der Weimarer Republik in jeder Hinsicht als Hochburg des Nationalsozialismus zu gelten. Ausgesprochen früh schon formierte sich hier aus bestehenden rechtsradikalen Zirkeln eine kleine nationalsozialistische Avantgarde und bildete innerhalb der NSDAP Organisationsstrukturen aus. Die Stellung als badisches Zentrum des Nationalsozialismus behielt Heidelberg bis 1933. Die Organisationsdichte der lokalen Ortsgruppe überragte alle im Gau und auch die Wahlergebnisse, die die Heidelberger »Parteigenossen« einfuhren, waren bis zum Untergang der Republik konstant auf weit überdurchschnittlichem Niveau. Zudem war Heidelberg – zumindest für die badische NSDAP – eine reine Kaderschmiede. Wer sich in dieser starken und erfolgreichen Musterortsgruppe bewährt hatte, der galt bei der für Personalentscheidungen maßgeblichen Gauleitung in Karlsruhe als qualifiziert, der Partei oder später dem nationalsozialistischen Staat auch an höheren und repräsentativen Stellen zu dienen. Ein Gauleiter, ein Landesminister, ein stellvertretender Gauleiter, ein Reichskommissar, ein Landeskommissar, ein Ministerialdirektor in einem Reichsministerium, zwei Gauamtsleiter, ein HJ-Gauführer und insgesamt sechs Reichstagsabgeordnete bezeugen dies eindrucksvoll.

125 Vgl. Der Führer vom 1. 1. 1936, in: StadtAH AA 239 a/1.

2.4 Strukturelle Ursachen der NS-Affinität der Heidelberger Bevölkerung

Der Befund, dass der Nationalsozialismus in Heidelberg offensichtlich auf Bedingungen stieß, die seiner Ausbreitung Vorschub leisteten, wirft die Frage nach eben diesen Bedingungsfaktoren auf. Antworten wurden sowohl in der konfessionellen und wirtschaftlichen Struktur der Heidelberger Bevölkerung als auch in der politischen Tradition der Stadt gefunden.

Der Bevölkerungszuwachs von 60 000 auf knapp 85 000 Einwohner, den Heidelberg während der Jahre der Weimarer Republik erlebte und der etwa zur Hälfte auf das Konto der Eingemeindungen von Wieblingen, Kirchheim (beide 1920) und Rohrbach (1927) ging, hat an der Konfessionsstruktur der Stadt wenig verändert. 1933, als 62,5% Protestanten knapp 33% Katholiken gegenüberstanden, war die Stadt noch etwas protestantischer geworden als sie es am Ende des Kaiserreichs gewesen war. Sie glich in ihren Glaubensverhältnissen damit dem nur unwesentlich stärker protestantisch dominierten Reich, nahm jedoch innerhalb Badens, dem süddeutschen und mehrheitlich katholischen Land, eine Sonderstellung ein.¹²⁶ In Übereinstimmung mit der historischen Wahlforschung, die die Geschlossenheit des katholischen Milieus und ihre enge Bindung an die Zentrumsparterie als einen der Immunität gegenüber der NSDAP zugutekommenden Faktor herausstellt,¹²⁷ trägt dieses protestantische Übergewicht zur Erklärung der – vor allem im Vergleich zu Gesamtbaden – höheren und früheren Anfälligkeit Heidelbergs für die nationalsozialistische Ideologie bei.

An der sozio-ökonomischen Struktur der Stadt fällt vor allem die späte und wenig ausgeprägte Industrialisierung auf, sodass die Schicht der Arbeiterschaft in Heidelberg, mit Ausnahme des seit 1920 neu entstehenden ausgesprochenen Arbeiterstadtteils Pfaffengrund und den in weiten Teilen ebenfalls proletarisch geprägten Dörfern Kirchheim und Wieblingen,¹²⁸ vergleichsweise unterrepräsentiert war. Stattdessen war Heidelberg bekannt als Fremdenverkehrs- und vor allem regionales Verwaltungszentrum mit großer Universität, sodass die Statistik überdurchschnittlich viele Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes aufweist. Zu dieser »neuen Mittelschicht« gesellte sich eine große Anzahl an handwerklichen Kleinbetrieben mit zwischen einem und fünf Beschäftigten, die der »alten Mittelschicht« zuzu-

126 Vgl. Sommer, Aufstieg, S. 4–7.

127 Vgl. zum Zusammenhang von Konfession und NSDAP-Wahlentscheidung Falter, Wähler, S. 169–193.

128 Vgl. Hepp, Verführt, S. 17.

ordnen sind.¹²⁹ Ungeachtet der Tendenz der neueren Forschung, die schon alte Theorie vom Nationalsozialismus als einer hauptsächlich von der Mittelschicht getragenen Bewegung zu relativieren und stattdessen den Charakter der NSDAP als klassenübergreifend attraktive »erste Volkspartei« hervorzuheben,¹³⁰ ist es doch unstrittig, dass gerade diese alten Mittelschichten – kleine Geschäftsleute, selbstständige Handwerker und Bauern – den Nationalsozialisten seit der Weltwirtschaftskrise 1929/30 zuhauf in die Arme liefen.¹³¹ Dazu passt, dass Heidelberg von der Krise so stark betroffen war, dass Anfang des Jahres 1933 jeder vierte Erwerbstätige in der Stadt seine Arbeit verloren hatte.¹³²

Die politischen Dispositionen waren von den konfessionellen und wirtschaftlichen Strukturen in hohem Maße abhängig. Die Begrenztheit der katholischen Klientel des bis 1933 kaum Stimmen an die NSDAP verlierenden Zentrums in Heidelberg wurde schon angesprochen. Die protestantische Majorität wählte, entsprechend ihrer sozialen Lage, mehrheitlich nicht die aus der Arbeiterbewegung kommenden marxistischen Parteien SPD und KPD, denen angesichts des nationalsozialistischen Vormarsches ebenfalls eine weitgehende Stabilität attestiert wird,¹³³ sondern die das wirtschaftlich abgesicherte Bürgertum vertretenden Nationalliberalen im Kaiserreich,¹³⁴ beziehungsweise die liberalen Parteien in der Weimarer Republik, sodass sich Heidelberg bis in die späten 1920er Jahre als eine scheinbar uneinnehmbare liberale Hochburg präsentierte.¹³⁵ Als das protestantische Bürgertum dem Liberalismus gegen Ende der Republik den Rücken zukehrte und die Stimmenanteile der liberalen Parteien geradezu in sich zusammenschmolzen, da wendeten sich große Teile ihrer angestammten Wählerschaft aus dem

129 Vgl. Sommer, Aufstieg, S. 10–18. Vgl. zu der Unterscheidung in »neuen« und »alten Mittelstand« seit der Jahrhundertwende Theodor Geiger: Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde 7 (1930) 10, S. 637–654, hier S. 639.

130 Vgl. Falter, Wähler, S. 371.

131 Vgl. ebd. Falter bringt die beiden scheinbar gegensätzlichen Befunde zu der NSDAP-Wählerschaft mit dem Ausdruck von der »Volkspartei mit Mittelstandsbauch« auf den Begriff, ebd., S. 772.

132 Vgl. Hepp, Verführt, S. 16.

133 Vgl. Falter, Wähler, S. 369.

134 Vgl. Sommer, Aufstieg, S. 8.

135 Noch bei den Reichstagswahlen 1928 zogen die liberalen Parteien in Heidelberg zusammen 28,9% auf sich und waren damit vor Sozialdemokratie (25,5%) und Zentrum (14,9%) stärkste Kraft, vgl. ebd., S. 41.

städtischen evangelisch-bürgerlichen Lager der NSDAP zu.¹³⁶ Diese Entwicklung findet man besonders ausgeprägt auch in Heidelberg, wo die ehemals liberale bürgerliche Mitte so stark vertreten war.¹³⁷

¹³⁶ Zu diesem bürgerlich-protestantischen Lager zählt neben der liberalen auch die stärker auf dem Land vertretene nationalkonservative »Teilkultur«, deren politische Vertretung die DNVP war. Diese war aber, dem badischen Parteiensystem entsprechend, in Heidelberg deutlich schwächer als der Liberalismus, vgl. Falter, Wähler, S. 368–370.

¹³⁷ Vgl. Weckbecker, Judenverfolgung, S. 21.

3 Handlungsrahmen und Handlungsraum der Funktionärstätigkeit: Die Heidelberger NSDAP 1933 bis 1945 in organisatorischer und räumlicher Perspektive

So schwindelerregend der skizzierte Aufstieg der NSDAP zwischen 1930 und dem Beginn der »Machtergreifung« im Januar 1933 auch gewesen sein mag – Hitlers Kanzlerschaft lenkte diese Aufstiegsgeschichte zwar in neue Bahnen, aber sie beendete sie nicht. Das in einem Gemisch aus staatlichen Maßnahmen von oben und »Parteirevolution von unten«,¹³⁸ unbestritten also unter tätiger Mitwirkung der NSDAP formierte »Dritte Reich« schuf ein politisches Koordinatenfeld, auf dem der NSDAP neue Aufgaben zuwuchsen. Anders als in ihrer »Kampfzeit«, als Wahlsiege verlässlicher Indikator einer positiven Tendenz gewesen waren, fiel es der Partei nun schwerer, offensichtliche Erfolge vorzuzeigen. Sicherlich konnte sie beim Mitgliederzuwachs weiterhin Fortschritte vermelden; denn die Anzahl der Parteimitglieder stieg, nachdem die NSDAP nicht mehr nur für überzeugte Ideologen, sondern auch für Karrieristen attraktiv geworden war, schnell auf ein Vielfaches der bisherigen Mitgliederstärke an. Dieses Wachstum aber war für die NSDAP ein »zweischneidiges Schwert«, das die Legitimation ihrer Herrschaft zwar potentiell absichern und deren Exekution professionalisieren konnte, aber auch drohte, ihren ursprünglich radikalen und dynamischen Charakter in Frage zu stellen.¹³⁹ Um sich den bisherigen dynamischen Voluntarismus trotz der vielen des Opportunismus verdächtigen und an aktiver Mitarbeit tendenziell weniger interessierten Neumitglieder zu erhalten, war für die NSDAP und die Erfüllung der ihr zugeordneten Herrschafts- und sozialen Kontrollfunktionen nun entscheidend, dass ihr organisatorischer Aufbau mit den neuen Verhältnissen schritthielt und mitwuchs. Nur so konnte sie das Ziel der totalitären »Menschenführung«, die ideologische Ausrichtung und Überwachung der Gesellschaft, erreichen. Deshalb wird im Folgenden der Fokus auf die Organisationsstrukturen der Partei in der Stadt Heidelberg gerichtet. Es wird dabei argumentiert, dass

138 Martin Broszat: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München ¹⁰1983, S. 272.

139 Robert Neisen: Die Macht der lokalen Verhältnisse: Nationalsozialistische Herrschaft in südwestdeutschen Kommunen. Eine Einführung, in: Ders. / Heinrich Maulhardt / Konrad Krimm (Hrsg.): Kommunen im Nationalsozialismus. Verwaltung, Partei und Eliten in Südwestdeutschland (Oberrheinische Studien, Bd. 38), Ostfildern 2019, S. 9–39, hier S. 21.

die sukzessive Verfeinerung der Organisation nicht nur Ausdruck des aus der »Kampfzeit« fortgesetzten Wachstums der Parteimacht, sondern auch Voraussetzung für eine möglichst wirkungsvolle Anbindung und Lenkung der Bevölkerung war. Daran anschließend wird die räumliche Ausbreitung der NSDAP und ihre zunehmende Prägung des Stadtbildes beschrieben und – mit den für die Stadtgeschichte besonders fruchtbaren Methoden der neueren historischen Raumforschung – als gezielt eingesetztes kommunikatives Mittel zur Beeinflussung der Bevölkerung interpretiert. Um den Fokus anschließend auf die handelnden Akteure richten zu können, werden hier also die organisatorischen und raumtheoretischen Strukturen abgesteckt, in denen sich diese bewegten.

Quellengrundlage dieses Kapitels sind für die Organisationsgeschichte in erster Linie die von 1933 bis 1943 erschienenen Adressbücher der Stadt Heidelberg, in denen die einzelnen Ämter und Dienststellen der NSDAP mit den Jahren immer detaillierter aufgeführt wurden. Ergänzend werden Archivstücke aus dem badischen Parteischrifttum in den Beständen des Generallandesarchivs in Karlsruhe (GLA) und Meldungen aus der Lokalpresse herangezogen, die zuweilen über organisatorische Reformen in der NSDAP berichtete. Für den raumgeschichtlichen Teil kommt zu diesen Quellen die im Stadtarchiv Heidelberg (StadtAH) aufbewahrte Korrespondenz der Stadtverwaltung mit den örtlichen Parteidienststellen hinzu, die zahlreiche Beispiele für Probleme und Konflikte enthält, die aus dem permanenten Expansionsstreben der NSDAP erwachsen. Soweit dies möglich ist, sollen die lokalen Erkenntnisse konsequent an die Befunde der bisherigen Stadt- und Regionalgeschichtsschreibung rückgebunden werden, um so besondere Eigenschaften und Abweichungen Heidelbergs hervortreten zu lassen.

3.1 Im Zeichen totalen Verfügungsanspruchs: Aufbau und Ausbau der lokalen Parteistrukturen

Bereits in den Monaten und Jahren vor dem Januar 1933 geriet die NSDAP, die bis dahin unter dem Eindruck der von Hitler formulierten Skepsis gegenüber einer straffen Durchorganisation gestanden und auf organisationspolitischem Gebiet stattdessen spontane, an örtliche Gegebenheiten angepasste Maßnahmen lokaler Parteiführer gefördert hatte,¹⁴⁰ unter einen gewissen

140 Die vielzitierten Passagen aus Hitlers »Mein Kampf«, dass »die Organisation (...) in allem und in jedem nur ein notwendiges Übel« und »im besten Falle Mittel zum Zweck, im schlimmsten Falle Selbstzweck« sei, begründeten die nationalsozialistische Organisationskepsis der Anfangszeit, zit. n. Reibel, Fundament, S. 30; vgl. auch Roth, Parteikreis, S. 19.

Professionalisierungs- und Systematisierungsdruck, der mit dem Wandel der ehemaligen Außenseiterbewegung zur systemfeindlichen Massen- und Mitgliederpartei einherging.

3.1.1 Die vertikale und gebietliche Gliederung im Zeitverlauf

Vertikal nach unten begann sich die Ortsgruppe schon vor der »Machtübernahme« zu untergliedern. In einer Anordnung vom Juli 1926 wurde die taktische Möglichkeit, in den Ortsgruppen sogenannte Sektionen zu bilden, wenn eine zu weite geographische Ausdehnung oder zu viele Parteimitglieder die Delegation administrativer Aufgaben an eine untergeordnete, territorial enger gefasste Ebene opportun machten, erstmals namentlich für Großstädte wie Berlin und München eingeräumt.¹⁴¹ Im April 1932 existierten dann in einer Mittelstadt wie Heidelberg und deren Ortsgruppe bereits zehn solcher Sektionen.¹⁴²

Im Sommer desselben Jahres installierte die Reichsleitung der NSDAP im Zuge eines groß angelegten Umbaus ihrer Organisationsstrukturen mit den Kreisleitungen eine zwischen Gau- und Ortsebene angesiedelte Instanz, die den vertikalen Parteiaufbau ebenfalls segmentierte. Mancherorts hatte es schon vor dieser systematischen und verbindlichen Einsetzung spontan entstandene Mittelinstanzen unterschiedlicher Denomination gegeben,¹⁴³ die aber anders als die neu eingerichteten Parteikreise nur fakultativ, je nach den jeweiligen Bedarfen der Gauführung gebildet wurden,¹⁴⁴ ohne durch eine Verankerung in der Satzung der NSDAP abgesichert gewesen zu sein.¹⁴⁵ Zur Erleichterung der Wahlkampfkoordination und in Vorbereitung auf die Sicherung der baldig erwarteten Regierungsmacht waren die NSDAP-Kreise in ihrer Ausdehnung in der Regel an die unteren staatlichen Verwaltungsbezirke angeglichen,¹⁴⁶ die in Baden Amtsbezirke und seit 1939 Landkreise

141 Vgl. Roth, Parteikreis, S. 18, Anm. 6; Reibel, Fundament, S. 29.

142 Vgl. »General-Mitgliederversammlung in der Stadthalle«, in: Die Volksgemeinschaft – Heidelberger Beobachter Jg. 2, Nr. 94 vom 26. 4. 1932, S. 6.

143 Im Heidelberger Raum war Otto Wetzlar bereits 1929 »Bezirksleiter« geworden, vgl. Klee, Kulturlexikon, S. 661. Der ihm 1931 nachfolgende Hermann Röhn wurde dann schon als »Kreisleiter« bezeichnet, vgl. Ferdinand, Röhn. Siehe auch in dieser Arbeit oben, S. 45, Anm. 113.

144 Vgl. Fait, Kreisleiter, S. 219.

145 Vgl. Roth, Parteikreis, S. 18f. und S. 23.

146 Aus diesen Gründen waren schon 1928 die Parteigaue an die Reichstagswahlkreise angepasst worden, vgl. ebd., S. 21. Zu diesen Überlegungen seitens der Parteiführung nicht nur für den Zuschnitt der Kreise, sondern auch der Ortsgruppen vgl. Reibel, Fundament, S. 34.

hießen.¹⁴⁷ Obwohl sich das »Hoheitsgebiet« der Heidelberger Kreisleitung, wie die Dienstbereiche der NSDAP im Parteijargon nicht zufällig, sondern um den offiziösen Charakter der Parteibehörden herauszustellen, genannt wurden, damit über eine Fläche erstreckte, zu der auch die umliegenden Gemeinden wie Ziegelhausen, Neckargemünd, Leimen, Sandhausen, Eppelheim, Dossenheim, Bammatal, Eberbach und seit 1937 im Süden noch Wiesloch mit Umgebung gehörten,¹⁴⁸ war die Stadt Heidelberg nach ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes sowie ihrer ökonomischen und infrastrukturellen Bedeutung deutlich herausragendes Zentrum und wurde folgerichtig nicht nur namensgebend, sondern auch Sitz der Kreisleitung. Der bisher weitgehend autonomen Ortsgruppe Heidelberg wurde die Kreisleitung nun vorgesetzt, an die künftig maßgebliche (partei)politische Aufsichts-, Kontroll- und Entscheidungsbefugnisse übergingen.

Die für die Neuorganisation der NSDAP einschlägige Dienstvorschrift vom Juli 1932 aus dem Büro des damaligen Reichsorganisationsleiters Gregor Strasser hatte aber weitere Auswirkungen, vor allem auf die Ortsgruppen der Partei. War bis dahin eine Mindestanzahl von 15 »Parteigenossen« die einzige Voraussetzung zur Bildung einer Ortsgruppe gewesen,¹⁴⁹ so mussten diese künftig eine numerische Stärke von zwischen 50 und 500 Parteimitgliedern aufweisen.¹⁵⁰ An vielen Orten mit kleineren Ortsgruppen war mit der Mindestanforderung eine Zusammenlegung zu größeren Basiseinheiten verbunden.¹⁵¹ In Heidelberg aber führte gegenteilig die erstmalige Festsetzung einer Obergrenze zu einer Aufteilung der damals über 2000 Mitglieder zählenden Ortsgruppe. In wie viele unterschiedlich große Einheiten sich das Heidelberger Stadtgebiet parteiorganisatorisch nun aufgliedern sollte, war dem an-

147 In Preußen hießen die unteren staatlichen Verwaltungsbezirke, an welchen die Grenzen der Parteikreise orientiert waren, Landkreise, in Württemberg Oberämter, in Sachsen Amtsmannschaften, in Bayern wie in Baden Bezirksämter und seit 1939 Landkreise, vgl. Roth, Parteikreis, S. 23; Fait, Kreisleiter, S. 219.

148 Die im Einzelnen recht komplizierte, weil häufigen gebietlichen Änderungen unterworfenene genaue Zusammensetzung des alten Bezirksamts Heidelberg ist in der amtlichen Kreisbeschreibung der damaligen Stadt- und Landkreise Heidelberg und Mannheim von 1966 nachzuvollziehen, vgl. Die Stadt und Landkreise Heidelberg und Mannheim. Amtliche Kreisbeschreibung, Bd. 1 (Die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg), hrsg. v. der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, 1966, hier insbesondere S. 245–249.

149 Dies galt seit September 1928. Seit Juli 1926 hatte die Hürde zur Gründung einer Ortsgruppe bei sechs Mitgliedern gelegen, vgl. Reibel, Fundament, S. 246–249.

150 Vgl. ebd., S. 34; Roth, Parteikreis, S. 25.

151 Vgl. hierzu Reibel, Fundament, S. 35.

gesichts der flexiblen Rahmenvorgabe großzügigen Ermessensspielraum¹⁵² der vorschlagsberechtigten Kreisleitung vorbehalten.¹⁵³ In einer ihrer ersten Amtshandlungen entschied die noch junge Parteiinstanz um den Jahreswechsel 1932/33,¹⁵⁴ an Stelle der aufgelösten alten Ortsgruppe zehn neue »Stadtortsgruppen« treten zu lassen, die folglich im Durchschnitt etwa 200 Mitglieder fassten.¹⁵⁵

Obwohl sich Heidelberg nach der damals jüngsten Eingemeindung von Rohrbach im Jahre 1927 ebenfalls aus zehn Stadtteilen zusammensetzte und

152 Die Vorgabe der Reichsleitung hätte eine Aufteilung der Heidelberger Ortsgruppe in zwischen vier und 40 Ortsgruppen erlaubt.

153 Der Gauleitung fiel dann nur noch die finale Bestätigung der Entscheidung auf Kreisebene zu, wie Reibel, *Fundament*, S. 35, Anm. 36 am Beispiel des Gaus Süd-Hannover-Braunschweig zeigt.

154 Der erste gesicherte Nachweis der neuen Ortsgruppen in Heidelberg ist das Adressbuch des Jahres 1934, das um den Jahreswechsel 1933/34 in den Druck gegangen sein dürfte, vgl. Stadt-Adreßbuch der Kreishauptstadt Heidelberg nebst den Stadtteilen Handschuhsheim, Kirchheim, Wieblingen, Rohrbach und den zur Stadt gehörenden Siedlungen sowie den Gemeinden Ziegelhausen und Leimen für das Jahr 1934, Heidelberg 1934, S. 550. Aufgrund der Erkenntnisse aus anderen Regionen ist aber davon auszugehen, dass die Umgestaltung der Ortsgruppenstruktur auch in Heidelberg schon einige Monate früher, spätestens zu Beginn des Jahres 1933 abgeschlossen war, vgl. Reibel, *Fundament*, S. 36. Tatsächlich erinnerte sich der erste Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Heidelberg-Mönchhof, Wilhelm Kohlhammer, nach 1945 daran, am 1. 9. 1932 von Kreisleiter Röhn eingesetzt worden zu sein, vgl. Meldebogen Wilhelm Lucius Kohlhammer vom 16. 7. 1947, in: GLA 465 q Nr. 12911. Auch der erste Ortsgruppenleiter der Altstadt, August Meyer, meinte später, noch 1932 ins Amt gekommen zu sein, vgl. Lebenslauf August Meyer, in: GLA 465 f Nr. 1636. Über die Inauguration Hans Feuersteins, der Gründungsortsgruppenleiter in Bergheim wurde, finden sich in dessen Spruchkammerakte die widersprüchlichen Angaben 1. 1. 1933 und 19. 10. 1932, vgl. Lebenslauf Hans Feuerstein vom 5. 3. 1947 und Auskunftserteilung des Städt. Personal- und Organisationsamts, beides in: GLA 465 f Nr. 1592.

155 Der Prozess der Auflösung der alten Stadt-Ortsgruppe und der gleichzeitigen Umwandlung der ehemaligen Sektionen in neue Ortsgruppen in der zweiten Jahreshälfte 1932 wird ebenso auch für Stuttgart beschrieben von Müller, *Gewalt*, S. 231. In der württembergischen Landeshauptstadt wurden allerdings nicht zehn, sondern anfangs 32 Ortsgruppen gebildet. Die Angabe von 200 Parteimitgliedern pro Ortsgruppe für Heidelberg ist nur als Durchschnittswert zu verstehen. Sie konnte bei der Festsetzung der Ortsgruppengrenzen auch deutlich unter- und andernorts folglich auch überschritten werden. Die neue Ortsgruppe Heidelberg-Mönchhof etwa soll im Herbst 1932 zunächst aus nur 50 Mitgliedern bestanden haben, weshalb noch bis April 1933 alle Veranstaltungen gemeinsam mit der Ortsgruppe Neuenheim stattfanden, vgl. Politischer Lebenslauf und Vorgeschichte des Wilhelm Kohlhammer, Bl. 2, in: GLA 465 q Nr. 12911. Die erst 1934 gegründete Ortsgruppe Heidelberg-Schlierbach soll sogar bis zum Ende des Krieges nur 100 Mitglieder gehabt haben, vgl. Protokoll der öffentlichen Sitzung in dem Verfahren gegen Ludwig Gmelin am 20. 1. 1948, in: GLA 465 f Nr. 1008.

die Reichsleitung für die Bildung von Ortsgruppen generell eine enge Anlehnung an die städtische Verwaltungsgliederung anmahnte,¹⁵⁶ entsprachen die Ortsgruppen nicht exakt der kommunalen Binnengliederung. Vielmehr scheint bei ihrem Zuschnitt der Rückgriff auf die früheren Grenzen der ortsrgruppeninternen Parteisektionen maßgeblich gewesen zu sein.¹⁵⁷ Zu den Ortsgruppen, die dennoch einem städtischen Bezirk entsprachen, gehörten aus dem äußeren Gürtel die beiden südlichen Ortsgruppen Kirchheim und Rohrbach sowie Handschuhsheim im Norden und Wieblingen im Nordwesten. Im Stadtzentrum zählten zu diesen mit der kommunalen Verwaltungsgliederung identischen Ortsgruppen Bergheim und die Weststadt. Dort gab es daneben zwar auch die Ortsgruppen Neuenheim und Altstadt, die auch als Stadtteile existierten; sie aber deckten nur einen Teil des jeweiligen Stadtteilgebiets ab. So formierte sich in Neuenheim auch eine Ortsgruppe Mönchhof, die die nördliche Hälfte des Stadtteils umfasste und nach einem ehemaligen Hofgut benannt war, das vor der durchgängigen Bebauung zwischen Neuenheim und Handschuhsheim gelegen hatte, aber schon 1823 in das damals eigenständige Neuenheim integriert worden war.¹⁵⁸ Im Gebiet der Altstadt wiederum existierte noch die Ortsgruppe Mittelstadt, deren territoriale Zuständigkeit in etwa vom Bismarckplatz im Westen bis zur früheren Stadtgrenze entlang der Grabengasse reichte. Andererseits waren zwei Stadtteile zunächst ohne eigene Ortsgruppe: Der im Osten zwischen Wieblingen und Kirchheim erst nach dem Weltkrieg hochgezogene Pfaffengrund, der entstehungsgeschichtlich und sozialstrukturell fest mit der Arbeiterbewegung verbunden war, wurde zur Zeit der nationalsozialistischen »Gleichschaltung« und Machtbefestigung mangels ausreichend Parteiaktivisten¹⁵⁹ noch von der Ortsgruppe Bergheim mitbetreut.¹⁶⁰ Und auch in Schlierbach scheint es im Anfang des

156 Vgl. Reibel, *Fundament*, S. 34.

157 Dafür spricht nicht nur die gleiche Anzahl von jeweils zehn Gebilden. Auch übernahmen zahlreiche der früheren Sektionsleiter mit dem Gang ihrer Sektionen in die organisatorische Selbständigkeit das neue Amt des Ortsgruppenleiters.

158 Vgl. Hansjoachim Räther: *Die Heidelberger Straßennamen. Straßen, Gassen, Wege, Plätze und Brücken in Heidelberg* (Beiträge zur Heidelberger Stadtgeschichte, Bd. 1), Heidelberg ²2016, S. 242f.

159 Unterstrichen wird der Mangel an Mitgliedern im Pfaffengrund durch die Aussage des späteren Ortsgruppenleiters Andreas Schäfer, der sich in seinem Spruchkammerverfahren erinnerte, am 1. 1. 1932 als »einer der ersten im Pfaffengrund« der NSDAP beigetreten zu sein, vgl. Protokoll der öffentlichen Sitzung in dem Verfahren gegen Andras Schäfer vom 30. 12. 1947, in: GLA 465 q Nr. 20741.

160 Dafür spricht ein Dokument aus der Provenienz der Kreisleitung, das für Stand Mai 1934 alle Ortsgruppen und Stützpunkte des Kreises Heidelberg auflistet. Hinter der Ortsgruppe »Heidelberg-Bergheim« wurde handschriftlich mit Bleistift ein

»Dritten Reichs« noch gar keine organisierte Vertretung der NSDAP gegeben zu haben. Auch dort verfügte die Partei zu jener Zeit offenbar weder über die für eine Ortsgruppe nötigen 50 noch über elf Mitglieder, die für einen kleineren, den Ortsgruppen aber sonst gleichgestellten Stützpunkt gefordert gewesen wären,¹⁶¹ was in diesem Falle wohl nicht losgelöst von der geringeren Einwohnerzahl im kleinsten aller Heidelberger Stadtteile zu sehen ist.

Auf den Umsturz der politischen Verhältnisse im Frühjahr 1933 folgten weitreichende Veränderungen in der Mitgliederstruktur der NSDAP. Binnen weniger Wochen strömten rund 1,6 Millionen Neumitglieder in die Partei, sodass die ca. 850 000 »Alt-Parteigenossen« zu einer Minderheit in der eigenen Partei geworden waren¹⁶² und zum 1. Mai sogar ein einstweiliger Aufnahmestopp verhängt wurde.¹⁶³ So stand das Jahr 1934, nachdem im Vorjahr andere Aufgaben vordringlich gewesen waren, für die NSDAP ganz im Zeichen erneuter organisatorischer Reformüberlegungen.¹⁶⁴ Die Flut an Neu-»Parteigenossen« blähte die bestehenden Ortsgruppen oft über das zulässige Maß hinaus auf. Im Kreis München etwa stieg die Zahl der Mitglieder bis Januar 1934 innerhalb eines Jahres von 10 000 auf 30 000 an und die 30 Münchener Ortsgruppen mussten damit durchschnittlich 1000 »Parteigenossen« verwalten, die größte von ihnen gar über 2000.¹⁶⁵ Eine weitere Aufteilung der Ortsgruppen schien angesichts dieser Verhältnisse unvermeidbar. Das galt auch für Heidelberg, wo der Kreisorganisationsleiter Willi Peter im Oktober 1934 per Rundschreiben

»/ Pfaffengrund« ergänzt, GLA 465 d Nr. 1506. Dass es eine frühere Verbindung der Pfaffengrunder Nationalsozialisten nach Bergheim gegeben hatte, bestätigt auch die Behauptung des Ortsgruppenleiters Schäfer, dass erst mit der Erhebung des Stützpunkts Pfaffengrund in den Ortsgruppenstand 1937 die Abhängigkeit von der Ortsgruppe Bergheim endete. Diese ist zwar falsch, da Stützpunkte prinzipiell keinen Ortsgruppen zugeordnete, sondern selbständige Gebilde waren; sie verweist aber auf ein früheres, mit Gründung des Stützpunkts 1934 endendes Unterstellungsverhältnis, das dem seit 1932 aktiven Parteimann aus seiner Anfangszeit noch präsent war, vgl. Protokoll der öffentlichen Sitzung in dem Verfahren gegen Andreas Schäfer vom 30. 12. 1947, in: GLA 465 q Nr. 20741.

161 Vgl. Reibel, Fundament, S. 34.

162 Vgl. für die grafische Darstellung der Mitgliederentwicklung, die auch den rasanten Anstieg 1933 dokumentiert, Michael H. Kater: *The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919–1945*, Cambridge (Massachusetts) 1983, S. 263.

163 Vgl. Dietmar Süß: »Ein Reich, ein Volk, ein Führer«. *Die deutsche Gesellschaft im Nationalsozialismus*, München 2017, S. 43.

164 Vgl. für die Entwicklung dieser Diskussionen Reibel, Fundament, S. 39–49.

165 Vgl. ebd., S. 43.

über den Vollzug der »Neu-Organisation« informierte.¹⁶⁶ Aus den bisherigen Ortsgruppen Altstadt und Weststadt wurden nun Altstadt I und II bzw. Weststadt I und II. Zusätzlich entstanden nun auch in Schlierbach eine Ortsgruppe und im Pfaffengrund ein Stützpunkt der NSDAP.¹⁶⁷ Es kann daraus geschlossen werden, dass inzwischen auch mindestens 50 »Parteigenossen« in Schlierbach bzw. elf im »roten« Pfaffengrund registriert waren. Als das Organisationskonstrukt »Stützpunkt« in Folge einer allgemeinen Neudefinition der unteren »Hoheitsgebiete« der NSDAP nicht mehr entlang der Mitgliederzahl, sondern nunmehr nach der Größe der zu »betreuenden« Bevölkerung im ganzen Reich ausgedient hatte¹⁶⁸ und in der Folge im Winter 1938/39 auch der Stützpunkt Pfaffengrund zur Ortsgruppe aufgewertet wurde,¹⁶⁹ waren die 14 Heidelberger Stadtortsgruppen komplett, die ihrer Anzahl und ihrem Zuständigkeitsbereich nach bis zum Sommer 1943, als die zuverlässige Überlieferung durch die Stadt-Adressbücher abbrach, unverändert blieben (siehe Abb. 5).¹⁷⁰ In der Endphase des »Dritten Reichs« scheinen in Heidelberg noch einmal Korrekturen an der territorialen Organisation vorgenommen worden zu sein. Aktenkundig wurde jedenfalls die Gründung einer Ortsgruppe »Heidelberg-Atzelhof« im August 1944,¹⁷¹ die angeblich aus »dringend notwendig gewordenen luftschutztechnischen Gründen auf Anordnung der Kreisleitung« erfolgte.¹⁷² Ob die Neugründung einen Einzelfall repräsentiert und man nur den zwischen 1921 und 1928 erbauten Wohnblock »Atzelhof«¹⁷³

166 Kreisleitung der NSDAP Heidelberg – Organisationsamt an sämtliche Kreisamtsleitungen, Ortsgruppen- und Stützpunktleiter des Kreises Heidelberg vom 4. 10. 1934, in: GLA 465 d Nr. 1506.

167 Liste aller Kreisamtsleitungen, Ortsgruppen und Stützpunkte, die Namen der Kreisamtsleiter, Ortsgruppen- und Stützpunktleiter und deren Anschriften vom 1. 10. 1934, in: ebd.

168 Vgl. Reibel, Fundament, S. 57.

169 Vgl. Stadt-Adreßbuch der Kreishauptstadt Heidelberg und Umgebung (Gemeinden Ziegelhausen mit dem Ortsteil Peterstal und Leimen), Heidelberg 1939, S. 341.

170 Vgl. Adreßbuch für die Städte Heidelberg, Wiesloch und Umgebung (Gemeinde Ziegelhausen mit dem Ortsteil Peterstal und Leimen), Heidelberg 1943, S. 378.

171 Am 7. 8. 1944 wurde das Gaupersonalamt durch das Kreispersonalamt Heidelberg von der rückwirkend zum 1. 8. 1944 gültigen Berufung eines Ortsgruppenleiters »der neugegründeten Ortsgruppe Heidelberg-Atzelhof« in Kenntnis gesetzt, vgl. NSDAP Kreisleitung Heidelberg – Kreispersonalamt an die Gauleitung Baden der NSDAP – Gaupersonalamt II A vom 7. 8. 1944, in: GLA 465 d Nr. 512.

172 So erläuterte der damals zum Ortsgruppenleiter Berufene nach 1945 vor der Spruchkammer die Hintergründe seines neuen Parteiarnes, vgl. Lebenslauf Erich Seeländer, in: GLA 465 q Nr. 12610.

173 O. V. (23. 5. 2011): Hier wohnte schon Joachim Fuchsberger. Am 21. Mai feierte die GGH mit ihren Mietern den Baubeginn des Atzelhofs vor 90 Jahren, in: ggh-heidelberg.de,

aus der zu groß werdenden Ortsgruppe Handschuhsheim herauslöste oder ob die Ortsgruppenaufteilung im Norden der Stadt exemplarisch für eine generelle letztmalige Vermehrung der Heidelberger Ortsgruppen um 1944 steht, muss offenbleiben.

Die insgesamt zu konstatierende relative Kontinuität in der Heidelberger Ortsgruppenstruktur bleibt davon unberührt. Bei ihr handelte es sich durchaus um eine örtliche Besonderheit. Die im Mai 1938 von der Reichsorganisationsleitung (ROL) angeordnete Umstellung des gesamten Ortsgruppenwesens vom Kriterium der registrierten »Parteigenossen« auf das Kriterium der in einem Gebiet wohnhaften »Volksgenossen«, die den endgültigen Übergang der »Mitgliederpartei zu einer Einwohnerpartei« markierte,¹⁷⁴ folgte nämlich neben der intendierten Demonstration des Anspruchs auf allumfassenden Zugriff auf die Bevölkerung auch dem praktischen Zweck einer nochmaligen Verkleinerung der Ortsgruppen – zur weiteren Verdichtung des Überwachungsnetzwerkes vor Ort, aber auch um die Ortsgruppen, deren Mitgliederzahlen nach der teilweisen Aufhebung der Aufnahmesperre im Frühjahr 1937 noch einmal erheblich gestiegen waren, wieder arbeitsfähig zu machen.¹⁷⁵ Während das neue einwohnerorientierte Strukturprinzip, das Ortsgruppen auf höchstens 1500 Haushaltungen begrenzte,¹⁷⁶ andernorts zu einer Vervielfachung der Ortsgruppen führte,¹⁷⁷ scheinen in Heidelberg die bereits bestehenden 14 Ortsgruppen auch unter den neuen Umständen über eine ausreichende Aufnahmefähigkeit der ca. 85 000 Einwohner zählenden Stadtbevölkerung verfügt zu haben.

Einzig die Namen einiger Ortsgruppen wurden im Dezember 1939 noch einmal geändert. Deutlich erkennbar ist bei dieser Maßnahme die Absicht, der Bevölkerung die Identifikation mit der für sie zuständigen Ortsgruppe zu erleichtern, um so die gängigen Konzepte nationalsozialistischer Stadt- und Raumplaner von den »Ortsgruppen als Siedlungszellen« zu unterstützen, nach denen die Ortsgruppen von einem parteieigenen Organisationsprinzip immer mehr zum Nukleus der gesamten städtischen Siedlungsstrukturen wer-

URL: <https://www.ggh-heidelberg.de/aktuelles/mitteilungen/artikel/hier-wohnte-sch-on-joachim-fuchsberger/> (2. 3. 2020).

174 So Müller, *Gewalt*, S. 232.

175 Vgl. Reibel, *Fundament*, S. 56f.

176 Vgl. ebd., S. 57.

177 Im Gau München-Oberbayern entstanden durch die Neustrukturierung von 1938 rund 200 neue Ortsgruppen, vgl. Reibel, *Fundament*, S. 63. In Rosenheim waren aus einer Ortsgruppe sieben geworden. Der Kreisleiter von Mainz schließlich protestierte, dass eine nach den neuen Kriterien notwendige Aufteilung der bisherigen sechs Ortsgruppen in 19 Ortsgruppen personell nicht zu stemmen sei, vgl. ebd., S. 59.

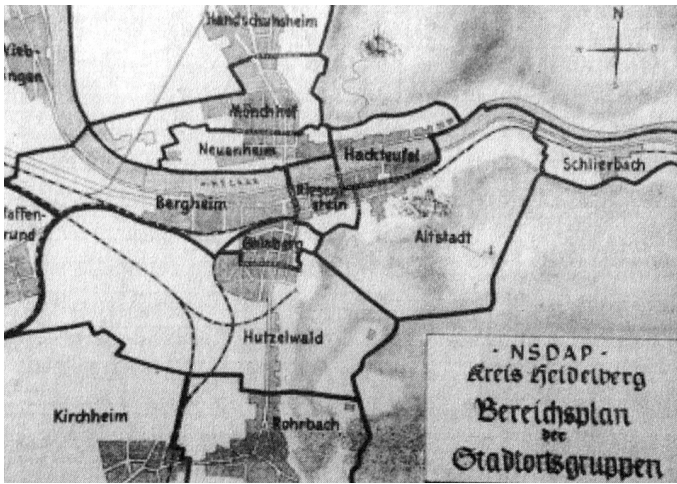


Abb. 5. Die gebietliche Abgrenzung der 14 Heidelberger Ortsgruppen (1934–1944). In: Heinstein, Vorsorge, S. 85 (Original aus: Die Volksgemeinschaft – Heidelberger Beobachter, Datum unbekannt).

den sollten.¹⁷⁸ So blieben die Bezeichnungen derjenigen Ortsgruppen, die mit historisch gewachsenen Strukturen identisch waren, unangetastet, während diejenigen Ortsgruppen, die bei der zu Beginn des »Dritten Reichs« notwendig gewordenen Schaffung neuer, kleinerer »Hoheitsgebiete« notbehelfsmäßig so blutleere Titel wie »Altstadt I« oder »Weststadt II« erhalten hatten, fortan unter neuem Namen firmieren sollten. Dabei griff man auf vorpolitische, natürliche Gegebenheiten der physischen Geographie wie Berggipfel, Gesteinsgruppen oder Waldgebiete zurück, von denen die Umgebung der Ortsgruppe geprägt war. Aus der Ortsgruppe Weststadt I wurde so die Ortsgruppe »Gaisberg«. Die Ortsgruppe Weststadt II, die auch den schmalen Verbindungsstreifen nach Rohrbach umfasste, aus dem später die heutige Südstadt entstehen sollte, wurde in »Hutzelswald« umbenannt und erhielt somit den Namen eines östlich der Weststadt den Hang des Gaisbergs bewachsenden Waldstücks.¹⁷⁹ Die Ortsgruppe Altstadt II, die sich auf den nördlichen Teil der staufischen Kernaltstadt zwischen Neckarufener Hauptstraße sowie wenige versprengte Häuser auf der gegenüberliegenden Neuenheimer Flussseite am Fuße des Heiligenbergs

178 Vgl. Dieter Münk: Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung ideologisch fundierter Leitbilder in Architektur, Städtebau und Raumplanung des Dritten Reiches (Pahl-Rugenstein Hochschulschriften, Bd. 284), Bonn 1993, S. 380–400.

179 Vgl. Räther, Straßennamen, S. 159.

ausdehnte, wurde zur Ortsgruppe »Hackteufel«, womit auf eine Felsenbank im Neckar oberhalb der alten Brücke angespielt wurde, die den Fluss an dieser Stelle bis zu ihrer Sprengung und dem Bau der Staustufe am Karlstor in den 1920er Jahren für die Schifffahrt besonders gefährlich gemacht hatte.¹⁸⁰ Die frühere Ortsgruppe Mittelstadt trug fortan den Namen »Riesenstein«, der ein Sandsteinmassiv am nördlichen Hang des Gaisbergs über dem heutigen Westteil der Altstadt bezeichnet. Die bisherige Ortsgruppe Altstadt I, die den Süden der Hauptstraße abdeckte, wartete im Dezember 1939 noch auf die Freigabe ihres neuen Namens durch die Gauleitung,¹⁸¹ sodass sie bis mindestens Januar 1940 offiziell Ortsgruppe Altstadt hieß (siehe Abb. 5).¹⁸² Spätestens im Juli 1940 war die Bestätigung des neuen Namens »Schlossberg«, der historisch eigenständigen Wohnsiedlung für Schlossbedienstete im Walddistrikt Klingenteich,¹⁸³ dann erteilt.¹⁸⁴ Möglicherweise hatten die Heidelberger Funktionäre bei der Namensfindung den Ausgang ähnlicher Diskussionen in anderen Regionen vor Augen. Im Kreis Groß-Frankfurt im Gau Hessen-Nassau etwa hatten sich zwei Ortsgruppen kurz zuvor nach vermeintlichen nationalgeschichtlichen Ruhmesblättern in Ortsgruppe »Bismarck« und Ortsgruppe »Sedan« taufen wollen, was von Gauleiter Jakob Sprenger, der ortsspezifische Benennungen forderte, aber schnell wieder kassiert wurde.¹⁸⁵ Auf eine solche lokale Begebenheiten spiegelnde Namenslösung, wie sie dann auch in Heidelberg gefunden wurde, war man im April des Jahres auch schon im bayerischen Rosenheim gekommen: Dort wurden zwei »Hoheitsgebiete« nach verdienten »Alten Kämpfern« der eigenen Stadtgeschichte benannt.¹⁸⁶

180 Vgl. ebd., S. 32.

181 Vgl. Kreisleitung der NSDAP Heidelberg – Kreisleiter, Rundschreiben vom 27. 12. 1939, in: StadtAH AA 239 a/1.

182 Vgl. Adreßbuch für die Städte Heidelberg, Wiesloch und Umgebung (Gemeinde Ziegelhausen mit dem Ortsteil Peterstal und Gemeinde Leimen) 1940, Heidelberg 1940, S. 343.

183 Vgl. Räther, Straßennamen, S. 310f.

184 In für die Jahre 1939 bis 1942 im GLA überlieferten Feldpostbriefen an die NSDAP Ortsgruppe Altstadt I / Altstadt / Schloßberg wurde die Heimatortsguppe erstmals im Juli 1940 als »Ortsgruppe Heidelberg-Schloßberg« adressiert, vgl. Gefreiter Oskar Christoph an Ortsgruppenleiter Meyer vom 23. 7. 1940, in: GLA 465 c Nr. 16234. Es ist jedoch in Rechnung zu stellen, dass die Kunde von der Umbenennung an der Front mit einiger Verzögerung eingetroffen sein dürfte.

185 Vgl. Reibel, Fundament, S. 63.

186 Vgl. ebd., Anm. 171.

3.1.2 Die Entwicklung der horizontalen Gliederung der Heidelberger Kreisleitung

Wie bei der vertikalen Gliederung, so wird auch in horizontaler Blickrichtung eine kontinuierlich zunehmende Differenzierung und Spezialisierung des Parteiapparats erkennbar, die nach Nolzen das entscheidende Prinzip der Organisationsentwicklung der NSDAP nach 1933 darstellten.¹⁸⁷ Anders als auf die gebietliche Aufteilung wirkten auf die ressortmäßige Ausbildung der Ämter und Hauptstellen in der Heidelberger Kreisleitung lokale Eigenheiten aber nur in sehr viel geringerem Maße ein. Stattdessen blieb die Binnenorganisation der Kreisleitung in Heidelberg sehr eng am Vorbild der von der zentralen Parteileitung gemachten Vorgaben und Empfehlungen orientiert – und dass dies geleistet werden konnte, ist wiederum Ausfluss der besonderen personellen Potenz der Heidelberger NSDAP.

Aber schon bevor sich der organisationspolitische Zentralismus in der NSDAP um 1932 durchgesetzt hatte, waren in Heidelberg erste, entweder auf örtliche Eigeninitiative oder Gaudevisen zurückgehende Spezialisierungstendenzen zu beobachten gewesen. Im Juni 1931 hatte sich die Heidelberger Ortsgruppe bereits so stark ausdifferenziert, dass dem damaligen Ortsgruppenleiter Otto Wetzl ein Stab von 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung stand: vom Organisationsleiter über einen Fachgruppenleiter für Kommunalbeamte bis hin zu der Beauftragten des Frauenordens.¹⁸⁸

Es war demnach klar, dass auch die 1932 entstehenden neuen »Hoheitsdienststellen« auf Kreisebene einer internen Aufgabenteilung bedurften und es ist davon auszugehen, dass im organisatorisch schon 1931 bestens aufgestellten Heidelberg dem Kreisleiter von Anfang an mehr Funktionäre zu Diensten standen, als die zunächst in der Dienstvorschrift als »fester Stab« vorgeschriebenen vier Hauptabteilungsleiter.¹⁸⁹

Wie die Anzahl der territorialen Parteieinheiten, so erhielt auch der horizontale Ausbau der Apparate auf den mittleren und unteren Parteiebenen nach Errichtung der Diktatur noch einmal einen kräftigen Schub.¹⁹⁰ Im erstmals 1936 von der Reichsorganisationsleitung (ROL) herausgegebenen Organisationsbuch der NSDAP war eine Gliederung der Kreisleitungen in über 20

187 Vgl. Armin Nolzen: Die NSDAP vor und nach 1933, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 47 (2008), S. 19–26, hier S. 23.

188 Vgl. Hoffmann, *Gleichschritt*, S. 240.

189 Fait, *Kreisleiter*, S. 220.

190 Vgl. Christine Müller: Die Binnenstruktur von NSDAP und SED auf lokaler Ebene im Vergleich (1933–1945 / 1946–1970), in: *GWU* 51 (2001), S. 671–683, hier insbesondere S. 678–680.

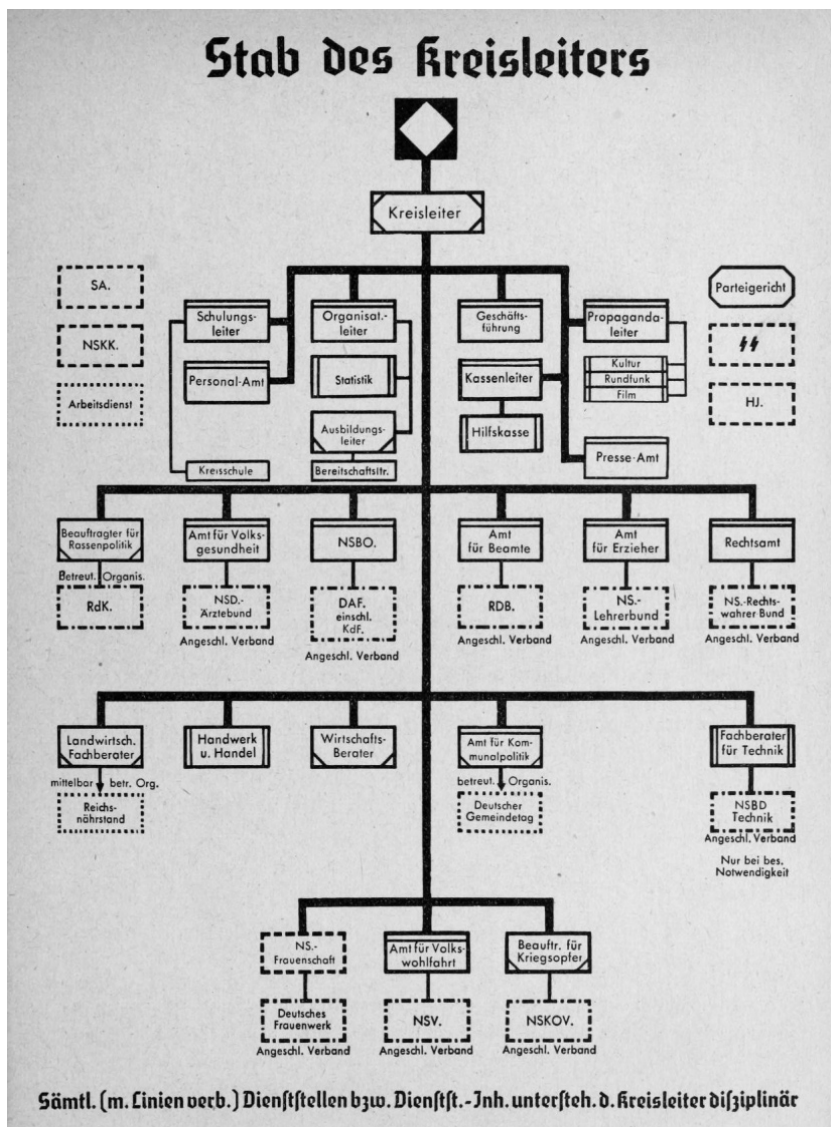


Abb. 6. Der idealtypische Stab des Kreisleiters (1936). Aus: Robert Ley (Hrsg.): Das Organisationsbuch der NSDAP, München 1936, S. 135.

dem Kreisleiter unmittelbar unterstellte Dienststellungen vorgesehen. Deren personelle Spitzen, die Kreisamtsleiter, bearbeiteten jeweils einen Politikbereich oder waren einer parteiinternen verwaltungstechnischen Arbeit wie dem Organisations- oder dem Personalwesen zugeordnet. Zusammen bildeten sie den Kreisstab.¹⁹¹

Wie sich der Stab des Kreisleiters in Heidelberg konkret aufgliederte, ist deshalb von Interesse, weil der Grad der organisatorischen Vollkommenheit des Heidelberger Parteiapparats Rückschlüsse auf die Organisationskraft und personelle Ausstattung der Heidelberger NSDAP zulässt.

Die Erforschung der Organisationsgeschichte der Heidelberger NSDAP¹⁹² bringt im Ergebnis zutage, dass es der Partei dort bereits im Oktober 1934 weitgehend gelungen war, alle Kreisämter abzudecken, deren Errichtung zwei Jahre später reichsweit empfohlen wurde. Zusätzlich gehörte dem Kreisstab noch ein »Kreisamtsleiter z. b. V. [zur besonderen Verwendung, d. Verf.]« an.¹⁹³ Die einzigen sich damals noch nicht wiederfindenden Ämter, die Kreisgeschäftsführung und der Beauftragte für Rassenpolitik, sind dann erstmals im November 1935¹⁹⁴ bzw. im Mai 1938 nachweisbar.¹⁹⁵ Bereits 1934 war die Heidelberger NSDAP außerdem imstande, alle damals 21 Kreisamtsleitungen mit exklusiv für das jeweilige Aufgabengebiet zuständigen »Politischen Leitern« zu besetzen. Selbst wenn man die 14 Leiter der Stadt-Ortsgruppen hinzunimmt, traten keine Doppelfunktionen auf.¹⁹⁶ Es musste in Heidelberg

191 Robert Ley (Hrsg.): Organisationsbuch der NSDAP, München 1936, S. 135.

192 Nachvollziehbar wird die regionale Organisationsentwicklung in erster Linie im Spiegel der Heidelberger Adressbücher. War dort in den Ausgaben zuvor bloß die Geschäftsstelle des Kreisleiters genannt und die Kreisleitung damit auf ihre Führungsspitze reduziert worden (vgl. beispielhaft Stadt-Adreßbuch der Kreishauptstadt Heidelberg nebst den Stadtteilen Handschuhsheim, Kirchheim, Wieblingen, Rohrbach und den zur Stadt gehörenden Siedlungen für das Jahr 1933, Heidelberg 1933, S. 554), wurden für die Jahre zwischen 1937 und 1943 alle Amtsleitungen der Kreisparteibehörde detailliert aufgeführt, vgl. Stadt-Adreßbücher 1937–1943. Für die Jahre vor 1937 ist die Überlieferung lückenhafter. Systematisch findet man alle Kreisamtsleitungen nur noch einmal für den Stichtag zum 1. Oktober 1934 aufgelistet, vgl. Kreisleitung der NSDAP Heidelberg – Organisationsamt an sämtliche Kreisamtsleitungen, Ortsgruppen- und Stützpunktleiter des Kreises Heidelberg vom 4. 10. 1934, in: GLA 465 d Nr. 1506. Für die dazwischenliegenden Zeiträume konnten nur punktuelle Quellenfunde aushelfen.

193 Vgl. ebd.

194 Vgl. NSDAP-Kreisleitung – Geschäftsführung an Oberbürgermeister Neinhaus vom 29. 11. 1935, in: StadtAH AA 239 a/1.

195 Vgl. Rassenpolitisches Amt der NSDAP, Einladung zur Sondertagung vom 22. 5. 1938, in: StadtAH AA 239 a/4.

196 Lediglich die dem Kreispropagandaleiter untergeordnete Position eines Kreis-Filmworts bekleidete mit dem Juristen Theodor Essig jemand, der als Leiter der Kreis-

also so gut wie nicht zu dem bei Personalknappheit gerne eingesetzten Mittel der Personalunionen zurückgegriffen werden, wie es andernorts, etwa in den lippischen Kreisleitungen Detmold und Lemgo, sogar bei den von der Reichsleitung als »ständig zu besetzend« deklarierten Ämtern für Organisation, Propaganda und Personal an der Tagesordnung war, für die Personalunionen eigentlich untersagt waren.¹⁹⁷ Hier bestätigt sich erneut die außerordentlich günstige organisatorische und personelle Aufstellung des Heidelberger Parteikreises, die ihn von manch anderer lokaler Parteiorganisation abhob.

Allgemein zeigt der Blick auf die Organisationsgeschichte der Heidelberger NSDAP eine deutliche Grundtendenz zu immer engerer und kleinmaschigerer Bearbeitung der Stadtgebiete und immer weiterer Spezialisierung der Apparate. Dies diente dem Zweck der bestmöglichen Erfassung jedes Individuums, um das sich die Kreise der Ortsgruppen, ihrer Zellen und Blöcke immer enger zogen und dem sich kaum noch ein Lebensbereich bot, der nicht durch eine an die Kreisleitung angebundene Massenorganisation gleichgeschaltet gewesen wäre.¹⁹⁸

3.2 Kommunikation durch Präsenz: Die räumliche Ausbreitung der NS-Bewegung über das Stadtgebiet

Das Ziel der Erfassung der Bevölkerung zu ihrer Kontrolle und weltanschaulich-politischen Beeinflussung wurde von der Partei nicht nur durch die fortwährende Ausweitung ihrer Apparate verfolgt. Die sich als Nebeneffekt dieser organisatorischen Expansion einstellende räumliche Ausbreitung erhöhte unmittelbar die Präsenz der NSDAP im Stadtbild und machte die Partei zu einer allgegenwärtigen Begleiterin, deren Agenten förmlich hinter jeder Straßenecke lauerten – mit allen gewünschten Folgen auf das soziale Verhalten der Menschen in öffentlichen Räumen.

Die Eingriffe der Nationalsozialisten in die Ordnung des Raums und ihre politischen Wirkungen werden in der Forschung schon länger diskutiert. Besonders früh wurde die systemstabilisierende Funktion faschistischer Baukunst erkannt, die bereits der zeitgenössische Philosoph Walter Benjamin treffend als Teil der manipulativen Propaganda gewertet hatte,

Rechtsstelle bereits in anderer Funktion in der Kreisleitung tätig war, vgl. Kreisleitung der NSDAP Heidelberg – Organisationsamt an sämtliche Kreisamtsleitungen, Ortsgruppen- und Stützpunktleiter des Kreises Heidelberg vom 4. 10. 1934, in: GLA 465 d Nr. 1506.

¹⁹⁷ Vgl. Ruppert, Kreisleiter, S. 207f.

¹⁹⁸ Vgl. für die Massenorganisationen, die als Amtsleitung der Kreisleitung angeschlossen waren, Abb. 6.

die »durch die Lähmung der Menschen« der »Verewigung der bestehenden Verhältnisse« dienen sollte.¹⁹⁹ Die kunsthistorische und geschichtswissenschaftliche Forschung bestätigte durch Untersuchungen der Formensprache einzelner Bauwerke deren aus ihrer symbolträchtigen Monumentalität gespeiste Wirkung in Richtung Paralyse, Einschüchterung und Disziplinierung der Bevölkerung.²⁰⁰ Für solche Sichtweisen stehen dabei nicht nur die realisierte Repräsentationsarchitektur, sondern auch die städtebaulichen Nachkriegsvisionen der Nationalsozialisten parat, die in den durch Krieg und Zusammenbruch obsolet gewordenen Großprojekten für die »Neugestaltungsstädte« ihren Ausdruck fanden,²⁰¹ zu denen neben den für das »Dritte Reich« und den Nationalsozialismus so essentiellen Städten wie Berlin, München, Nürnberg, Linz und weiteren Gauhauptstädten auch das provinzielle Heidelberg gehörte.²⁰²

Diese auf repräsentative Regierungsbauten und die Planung monumentaler Stadtachsen verengte Perspektive wurde, zuerst befruchtet von Fragestellungen der Stadtsoziologie²⁰³ und inspiriert von dem etwas später vollzogenen

199 Walter Benjamin: Pariser Briefe, in: Ders.: *Angelus Novus* (Ausgewählte Schriften, Bd. 2), hrsg. v. Siegfried Unseld, Frankfurt a. M. 1966, S. 509f.

200 Vgl. etwa Joachim Petsch / Wolfgang Schäche: *Architektur im deutschen Faschismus: Grundzüge und Charakter der nationalsozialistischen »Baukunst«*, in: Günter Metken (Hrsg.): *Realismus. Zwischen Revolution und Reaktion 1919–1939*, München 1981, S. 396–408, hier S. 402.

201 Gerade diese Zukunftsprojekte im Bauwesen beanspruchten die Aufmerksamkeit der für die räumliche Dimension sensiblen Forschung, vgl. Münk, *Organisation*, S. 12f.; Malte Thießen: *Der kleine Nationalsozialismus: Perspektiven und Potenziale der Lokal- und Regionalgeschichte*, in: Robert Neisen / Heinrich Maulhardt / Konrad Krimm (Hrsg.): *Kommunen im Nationalsozialismus. Verwaltung, Partei und Eliten in Südwestdeutschland* (Oberrheinische Studien, Bd. 38), Ostfildern 2019, S. 41–57, hier S. 46.

202 Oberbürgermeister Neinhaus hatte es bereits geschafft, Albert Speer mit der Durchführung einer umfangreichen Stadterweiterung zu beauftragen, die eine Versetzung des alten Bahnhofs, ein neues Rathaus und ein neues Festspielhaus zwischen Bergheimer Straße und heutiger Kurfürstenanlage beinhaltete, vgl. Hepp, *Verführt*, S. 23. Die Pläne für die Umgestaltungen wurden erst in den 1970er Jahren durch Zufall in geheimen Räumen unterhalb des Gaisbergtunnels gefunden, vgl. Jan Diebold: *Ein zweites »Germania« am Neckar? Die nationalsozialistischen Pläne zu einer Neugestaltung der Heidelberger Innenstadt*, in: *unimut. Zeitschrift der Uni Heidelberg* 206 (2010) 5, S. 14. Zur besonderen Bedeutung Heidelbergs für die nationalsozialistische Kulturpropaganda vgl. auch Melanie Mertens: *Kunst und Kaserne. Die Großdeutschlandkaserne in Heidelberg*, in: *Denkmalpflege in Baden-Württemberg* 4 (2015), S. 209–214, hier S. 214.

203 Vgl. Münk, *Organisation*.

spatial turn in den Geschichtswissenschaften,²⁰⁴ zu einer »die Organisation des Raumes in toto«²⁰⁵ betrachtenden historischen Raumforschung erweitert, die die Besetzung des Raumes durch Massenaufmärsche, großstädtische faschistische Architektur, aber auch scheinbar profane Stadt- und Wohngebietsplanung einschließt. Seitdem nehmen insbesondere Lokalstudien Räume nicht mehr als bloße statische »Kulissen diktatorischen Handelns« wahr, sondern untersuchen sie als »dynamische Handlungsräume«, in denen »die nationalsozialistische Gesellschaft hergestellt wurde«.²⁰⁶

Die Grundannahme eines engen »Zusammenhang[s] von lokalen Topographien und sozialen Prozessen«²⁰⁷ und Ordnungen im Alltag der NS-Diktatur lässt sich auch auf die Geschichte der NSDAP anwenden. Für die höchste Parteiebene zeigen Winfried Süß und Malte Thießen auf, wie die NSDAP ihr Vordringen in die Stadt- und Ortszentren, das sie prägnant als einen »eigenen Strang der nationalsozialistischen Machtaneignung mit Hilfe von Stein, Baustahl und Beton« beschreiben,²⁰⁸ forcierte. So zogen die Nationalsozialisten nach ihrer »Machtübernahme« in der Maxvorstadt, im Herzen Münchens, ein beeindruckendes neues Parteiviertel hoch, in dem 68 Gebäude fast der gesamten zentralen Verwaltung der Partei und ihrer Gliederungen mit zuletzt 5800 Beschäftigten Platz boten.²⁰⁹ Die NSDAP, die sich damit »tief in den urbanen Raum Münchens einschrieb«,²¹⁰ demonstrierte auf diese Weise ihren Herrschaftsanspruch über die ganze Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger.²¹¹ Aber auch gemünzt auf die NSDAP ist der Blick im Sinne einer umfassend verstandenen Erforschung von Raumorganisation und Raumverteilung im »Dritten Reich«, wie sie hier exemplifiziert werden soll, über den Tellerrand der Metropolen mit ihren gigantomanischen Neubauprojekten lohnenswert. Denn so wie die Reichsleitung in der »Hauptstadt der Bewegung« musste die NSDAP in all ihren kleineren Verwaltungszentren, von den Gauhauptstädten über die Kreisleitungssitze bis hinab zu den Standorten ei-

204 Vgl. die wegweisende Arbeit von Karl Schlögel: *Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*, München 2003, insbesondere S. 68.

205 Münk, *Organisation*, S. 13.

206 Winfried Süß / Malte Thießen: *Nationalsozialistische Städte als Handlungsräume. Einführung*, in: Dies. (Hrsg.): *Städte im Nationalsozialismus. Urbane Räume und soziale Ordnungen* (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 33), Göttingen 2017, S. 9–19, hier S. 13.

207 Thießen, *Nationalsozialismus*, S. 47.

208 Süß / Thießen, *Städte*, S. 9.

209 Vgl. ebd., S. 10.

210 Ebd., S. 9.

211 Vgl. ebd., S. 10.

ner Ortsgruppe, die Frage beantworten, wo und wie sie sich im Raum positionieren wollte – und längst nicht überall ließen die Parteikassen dabei aufwändige und kostenintensive Neubauten zu. Die bestmögliche parteiliche Repräsentation war demnach an den weitaus meisten Standorten immer eine Frage der finanziellen Machbarkeit und mithin weniger eine Frage der Architektur als eine Frage des Erwerbs oder der Anmietung bereits bestehender Gebäude – und der Verdrängung ihrer bisherigen Eigentümer und Mieter.

Während der »Kampfzeit« hatten die regionalen und lokalen Ableger der NSDAP auf Kreis-, Bezirks- und Ortsgruppenebene meist »improvisierte und [...] spärlich ausgestattete« Büros, »häufig [...] in der eigenen Wohnung« des jeweiligen Leiters, bezogen und zu Parteigeschäftsstellen bzw. kleinen Schaltzentralen der »Hitlerbewegung« und ihrer Agitation vor Ort umfunktioniert.²¹² In Heidelberg richtete sich die NSDAP am Ausgang der 1920er Jahre in einem Raum – nicht einmal einer ganzen Wohnung – in der Sandgasse ein, der zusätzlich noch von der SA und der HJ genutzt wurde.²¹³ Die »Machtergreifung« und der darauffolgende tiefgreifende Funktionswandel des Parteiapparats zu einer mit der öffentlichen Verwaltung konkurrierenden Parallelinstanz mit Vorrangsanspruch machten solche Behausungszustände für die NSDAP inakzeptabel. Ende 1934 schimpfte der Gauinspekteur der Bayerischen Ostmark: »Es geht nicht mehr an, daß irgendwo in einem Haus ein Zimmer sich als Kreisleitung ausweist. Die Würde der Partei verlangt, daß die Dienststellen in entsprechenden Räumen sich der Öffentlichkeit präsentieren«.²¹⁴ Die Funktionäre der NSDAP waren sich also bewusst, welches Potential die Wahl und Ausgestaltung der lokalen Dienstsitze als nonverbales Kommunikationsmittel besaßen. Ohne Zweifel verweist die Beschwerde des Gauinspektors aber auch auf erhebliche Probleme, die bei der Umsetzung der Vorstellungen höherer Parteistellen von einer angemessenen baulichen Manifestation des eigenen Geltungsdrangs bestanden. Noch 1938 verfügten in Bayern lediglich 11 von 117 Kreisen nachweislich über ein ordentliches »Kreishaus«²¹⁵ und auch die Ortsgruppen waren vielfach nicht der Lage, eine Ortsgruppengeschäftsstelle zu mieten, geschweige denn der Forderung nachzukommen, alle Ortsgruppenämter sowie die Dienststellungen der Gliederungen und angeschlossenen Verbände in einem Haus zu vereinigen, das entsprechend geräumig hätte sein müssen.²¹⁶ Dieses krasse Ausein-

212 Roth, Parteikreis, S. 97.

213 Hepp, Verführt, S. 19.

214 Zitiert nach: Roth, Parteikreis, S. 98.

215 Vgl. ebd., S. 102.

216 Vgl. Reibel, Fundament, S. 292.

anderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit, das von dem »permanente[n] Finanzmangel der NSDAP«²¹⁷ herrührte, der sich vor allem auf den unteren Parteiebenen als chronische Unterfinanzierung bemerkbar machte,²¹⁸ war den Spitzen der Partei ein Dorn im Auge. Um Abhilfe zu schaffen, kursierten in der Reichsleitung hochtrabende Pläne. Im Frühjahr 1941 wurden Richtlinien vorgelegt, die sowohl in den Kreisen²¹⁹ als auch in allen Ortsgruppen²²⁰ die Neuerrichtung luxuriöser Parteibauten vorsahen, die alle Parteidienststellen des »Hoheitsbereichs« bündeln und in exponierter geographischer Lage das Erscheinungsbild der Kommune dominieren sollten.²²¹ Die drei bisher »wesentlichen Gebäude der deutschen Gemeinde« – Kirche, Rathaus und Gasthaus – sollten ausdrücklich in den Schatten der Parteihäuser gestellt werden, damit der ganzheitlich lebensweltliche Führungsanspruch der NSDAP untermauert werde.²²² Die vermessenen Planungen – in einem Parteikreis der Größe Heidelbergs hätte die Kreisgeschäftsstelle aus zwischen 171 und 222 Behördenzimmern bestehen sollen²²³ – waren aber von Anfang an völlig überdimensioniert und mit der Realität nicht in Einklang zu bringen. Nachdem Reichsorganisationleiter Robert Ley dem Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz einen Beginn der Arbeiten an 300 Pilotstandorten vorgeschlagen und der oberste Finanzaufseher der Partei selbst dieses bloß eine Prozent der alleine im »Altreich« über 30 000 Ortsgruppen noch einmal drastisch auf zehn bis 15 Pionierprojekte zusammengestrichen hatte,²²⁴ beerdigte im März 1942 eine Intervention Martin Bormanns, der im Krieg andere Prioritäten setzen musste, das Bauprogramm vollends.²²⁵

Weniger illusorisch, stattdessen eher an der hinter den eigenen stadtplanerischen und symbolpolitischen Ambitionen weit zurückbleibenden Realität orientiert, nehmen sich die vergleichsweise anspruchslosen Anleitungen

217 Roth, Parteikreis, S. 41. Insbesondere der Gau Baden war finanziell schlecht ausgestattet, vgl. Grill, Movement, S. 115.

218 Für die Kreisleitungen, die wegen fehlender Finanzhoheit auf Mittelzuweisungen der Gaue angewiesen und von der prekären Finanzlage folglich besonders betroffen waren, wurde dies herausgearbeitet von Roth, Parteikreis, S. 41–68. Aber auch auf Ortsgruppenebene war der Handlungsspielraum, gerade im Hinblick auf die Inbesitznahme geeigneter Geschäftsstellengebäude, durch die Finanzmisere der NSDAP erheblich eingeschränkt, vgl. Reibel, Fundament, S. 229–271, insbesondere S. 258, 292.

219 Vgl. für die Kreise Roth, Parteikreis, S. 103f.

220 Vgl. für die Ortsgruppen Reibel, Fundament, S. 291–306.

221 Vgl. Roth, Parteikreis, S. 105.

222 Vgl. Diehl-Thiele, Partei, S. 170f.

223 Vgl. Roth, Parteikreis, S. 104.

224 Vgl. Reibel, Fundament, S. 301.

225 Vgl. ebd., S. 305f.

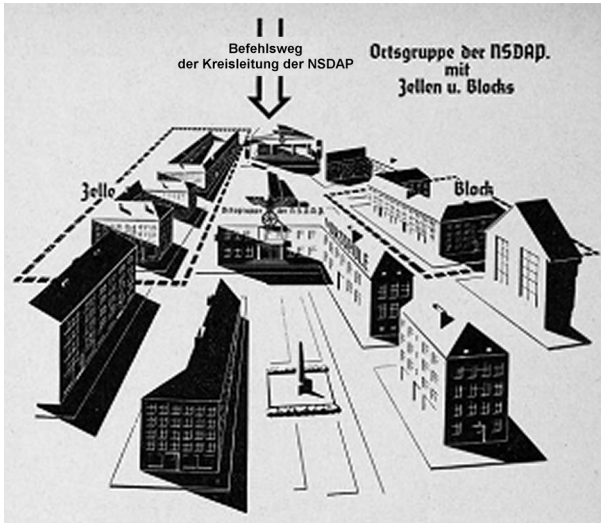


Abb. 7. Ideallage einer Ortsgruppengeschäftsstelle. In: Robert Ley (Hrsg.): Das Organisationsbuch der NSDAP, München 1936, S. 118.

im Organisationsbuch der NSDAP aus, die den »Parteigenossen« vor Ort bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten helfen sollten. Zwar hieß es über die Geschäftsstellen der Ortsgruppen, sie sollen »dem Ansehen der Partei entsprechen«²²⁶ und auch in einer beispielgebenden Illustration war noch gut zu erkennen, wo der Sitz der Ortsgruppe im Wohnbereich im besten Fall gelegen sein sollte: von allen Seiten gleich gut erreichbar und einsehbar, einen exponierten und belebten Platz beherrschend und ornamentiert mit einem auf einem Hakenkreuz thronenden steinernen Reichsadler, der Herrschaft und Autorität symbolisiert.²²⁷

Andererseits wurde an gleicher Stelle aber zu Pragmatismus aufgerufen, wenn etwa ausgegeben wurde, dass sich »der Umfang der Geschäftsstellen [...] auf ein Minimum« zu beschränken und die Anzahl der Räumlichkeiten »auf das Notwendigste« zu reduzieren habe.²²⁸

Passend zur allgemeinen Situation war auch in Heidelberg das Ringen um geeignete Büroräume von Ambivalenzen und einem Spannungsverhältnis zwischen intendierter Machtdemonstration und ökonomischen Zwängen geprägt. Eine Kreisgeschäftsstelle mit um die 200 Zimmer war utopisch.

²²⁶ Ley (Hrsg.), Organisationsbuch (1936), S. 119.

²²⁷ Siehe Abb. 7.

²²⁸ Ley (Hrsg.), Organisationsbuch (1936), S. 119.



Abb. 8. Die Kreisgeschäftsstelle, im Haus Marktplatz 3 zwischen 1929 und 1932. [StadtAH, BILDA 12924]

Immerhin aber residierte die Kreisleitung, nachdem sie die zwar zentral gelegenen, in der engen Altstadt aber vermutlich kleineren Räume am Marktplatz 3 verlassen hatte,²²⁹ schon seit dem Frühjahr 1933 in einer stattlichen, freistehenden Villa in der Gaisbergstraße 55.²³⁰ Die Kreiszentrale Heidelbergs, die von den Nationalsozialisten »Horst Wessel-Haus« genannt wurde,²³¹ befrie-

229 Dort ist die Kreisleitung nachweislich noch im Januar 1932 ansässig gewesen, vgl. Stadt-Adreßbuch der Kreishauptstadt Heidelberg nebst den Stadtteilen Handschuhsheim, Kirchheim, Wieblingen, Rohrbach und den zur Stadt gehörenden Siedlungen für das Jahr 1932, Heidelberg 1932, S. 543. Dass sie darüber hinaus auch im Herbst 1932, um die Umwandlung der Heidelberger Ortsgruppensektionen in eigenständige Ortsgruppen herum, noch dort war, wird in einem Schreiben von Kreisleiter Seiler an das Gaupersonalamt aus dem Jahr 1942 beiläufig angedeutet, vgl. NSDAP, Kreisleitung Heidelberg – Der Kreisleiter an das Gaupersonalamt vom 8. 1. 1942, in: GLA 465 d Nr. 415.

230 Vgl. Stadt-Adreßbuch 1933, S. 554.

231 Die Ehrenbezeichnung der Geschäftsstelle war Kreispropagandaleiter Brönner so wichtig, dass er es für nötig hielt, die Stadt Heidelberg im September 1936 darauf hinzuweisen, dass das Gebäude nicht wie im Rathaus anscheinend auch üblich als »Braunes Haus«, sondern eben als »Horst Wessel-Haus« anzusprechen sei, vgl. NSDAP-Kreispropagandaleitung an die Stadt Heidelberg vom 17. 9. 1936, in: StadtAH AA 239 a/6.

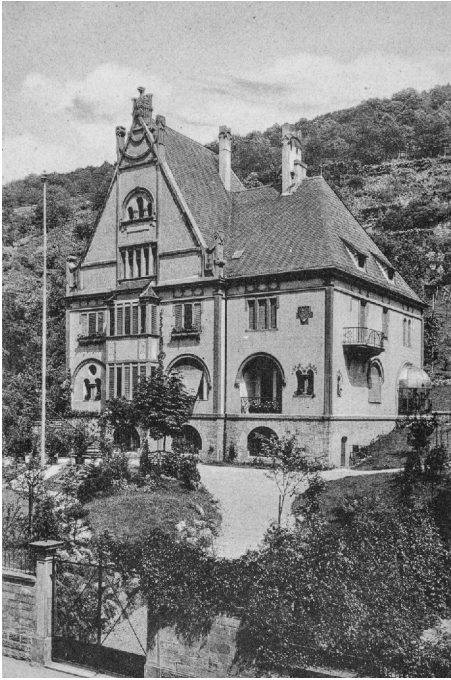


Abb. 9. Die Villa Gaisbergstraße 55, Aufnahme ca. 1906. [StadtAH, BILDA 14764, Foto Verlag Edmund von König]

digte gleich dreierlei Erwartungen: Sie war geräumig, stilistisch ansprechend und an der zentralen Schnittstelle zwischen Altstadt, Weststadt und Bergheim gelegen. Dort blieb sie, bis die NSDAP-Kreisleitung 1939 auf den Schloßberg 1 zog.²³² Der Umzug in den dreigeschossigen Sandstein-Altbau war trotz der hochwertigen Immobilie in der Gaisbergstraße sicherlich kein Prestigeverlust. Von hier thronte die Kreisführung der NSDAP majestätisch auf einer Anhöhe über der berühmten Heidelberger Altstadt. Auch wenn über die Hintergründe des Geschäftsstellenwechsels nichts bekannt ist, so kann doch angenommen werden, dass die Lage über dem historischen Kern der Stadt Heidelberg für Kreisleiter Seiler und seinen Stab einen besonderen Reiz ausmachte. Und auch bei den Altstadtbewohnern dürfte die unterschwellige, symbolisch codierte Botschaft angekommen sein: Die NSDAP schien allein aufgrund ihrer Position über die Stadt zu herrschen und sie von ihrer höheren Warte aus vor allem perfekt beobachten und überwachen zu können.

232 Mindestens seit dem 25. 10. 1939, vgl. NSDAP – Der Kreisleiter Seiler an Oberbürgermeister Neinhaus vom 25. 10. 1939, in: StadtAH AA 239 a/4.



Abb. 10. Das Haus Schloßberg 1, dient seit 1980 als Heimat des Polizeipostens Heidelberg-Altstadt. [StadtAH, BILDA 14762, Foto Helmuth Humm]

Was das »Kreishaus« auf dem Schloßberg hingegen ebenso wenig gewährleisten konnte wie sein Vorgänger in der Gaisbergstraße, war eine Zusammenfassung aller zur Kreisleitung gehörigen Ämter unter einem Dach, wie sie von der Reichsleitung der Partei angestrebt wurde. Immerhin beheimatete das »Horst Wessel-Haus« 1937 neben dem Dienstzimmer des Kreisleiters noch die Kreisgeschäftsführung, die Kassenverwaltung, die Kreispropagandaleitung, die Kreisämter für Organisation, Personal, Schulung, Presse und Recht, das Kreisamt für Kommunalpolitik, das Kreisgericht, sowie die Kreiswirtschaftsberatung und das Amt für Technik.²³³ Knapp die Hälfte der Kreisämter waren 1937 also exemt untergebracht.²³⁴ Die Umsiedlung auf den Schloßberg änderte an diesem Verhältnis nichts Grundsätzliches.²³⁵

²³³ Vgl. Stadt-Adreßbuch der Kreishauptstadt Heidelberg nebst den Stadtteilen Handschuhsheim, Kirchheim, Rohrbach, Wieblingen und den zur Stadt gehörenden Siedlungen sowie den Gemeinden Ziegelhausen nebst dem Ortsteil Peterstal und Leimen für das Jahr 1937, Heidelberg 1937, S. 549. 1938 und 1939 hatte sich dieses Verhältnis sogar umgekehrt, nachdem das Amt für Technik und das Kreisparteigericht aus der Gaisbergstraße ausgegliedert worden waren, vgl. Stadt-Adreßbuch der Kreishauptstadt Heidelberg nebst den Stadtteilen Handschuhsheim, Kirchheim, Rohrbach, Wieblingen und den zur Stadt gehörenden Siedlungen sowie den Gemeinden Ziegelhausen nebst dem Ortsteil Peterstal und Leimen für das Jahr 1938, Heidelberg 1938, S. 337. Stadt-Adreßbuch 1939, S. 341.

²³⁴ Vgl. Abb. 6.

²³⁵ Zwischen 1940 und 1943 konnten dort neben dem Kreisleiter durchgängig elf Kreisamtsleitungen gebündelt werden und damit eine weniger als 1937, aber eine mehr als 1939

Im Ganzen dürften Seiler und seine »Politischen Leiter« in der Kreisleitung aber trotz des Mankos des nur zur Hälfte und für die wichtigsten Ämter ausreichenden Platzes mit ihrer Unterbringungssituation sehr zufrieden gewesen sein. Ähnliches muss wohl auch für die Deutsche Arbeitsfront (DAF) angenommen werden. Die Kreisverwaltung Heidelberg, die gleichzeitig der NSDAP-Kreisleitung als Kreisamtsleitung angeschlossen war, fand ihre Heimat im Frühjahr 1933 in der Rohrbacher Straße 13/15 und damit in einem ebenfalls repräsentativ ausgestalteten Haus am Eingang der Weststadt und in Nähe zum Bismarckplatz, mithin an einem Verkehrsknoten der Stadt und in fußläufiger Reichweite zur Kreisleitung.²³⁶ Anders als bei den Kreisgeschäftsstellen, über deren Inbesitznahme keine Kenntnisse vorliegen, ist der Aneignungsvorgang für die in »Haus der Arbeit« getaufte DAF-Zentrale bekannt. Das Gebäude hatte während der Weimarer Republik als Gewerkschaftshaus fungiert und wurde vom Heidelberger Gewerkschaftskartell, einigen Einzelgewerkschaften, der SPD und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold genutzt, ehe Funktionäre der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) mithilfe der SA in einer konzertierten, rechtlich nicht gedeckten Aktion im Mai 1933 Besitz von ihm ergriffen und einige vor Ort befindliche Gewerkschaftsangestellte verhaften ließen.²³⁷

Die übrigen Kreisamtsleitungen hatten ihre jeweils eigene Geschäftsstelle in einem der vier zentralen Stadtteile Altstadt, Bergheim, Weststadt oder Neuenheim, sodass sich die Kreisleitung der NSDAP, neben ihrem Hauptsitz in der Gaisbergstraße bzw. auf dem Schloßberg, auf etliche über die ganze Heidelberger Innenstadt verstreute Gebäude verteilte.

Zu den aus der Kreisgeschäftsstelle ausgegliederten Kreisamtsleitungen kamen als stadträumliche Repräsentationen der NSDAP auch noch die verschiedenen Ortsgruppengeschäftsstellen sowie in manchen Fällen, wenn deren Büros separat untergebracht wurden, zusätzlich die der Ortsgruppenverwaltung angeschlossenen Ortswaltungen und Ortsamtsleitungen von DAF, NSV und NSF hinzu. Auch die Geschäftsstellen und Zentralen der Gliederungen der NSDAP – vor allem SA, SS, NSKK und HJ –, die oftmals in sich wiederum

direkt vor dem Umzug. Vgl. Adreßbuch 1940, S. 343; Adreßbuch für die Städte Heidelberg, Wiesloch und Umgebung (Gemeinde Ziegelhausen mit dem Ortsteil Peterstal und Gemeinde Leimen) 1941, Heidelberg 1941, S. 343; Adreßbuch für die Städte Heidelberg, Wiesloch und Umgebung (Gemeinde Ziegelhausen mit dem Ortsteil Peterstal und Gemeinde Leimen) 1942, S. 351. Adreßbuch 1943, S. 377. Erst im Februar 1945 wurde auf dem Schloßberg auch für den Führungsstab des Volkssturms noch ein Büro eingerichtet, vgl. Rundschreiben des Kreisleiters vom 9. 2. 1945, in: StadtAH AA 239 a/1.

236 Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Gebäude durch einen modernen Neubau ersetzt.

237 Vorgänge ausführlich dargestellt in GLA 465 q Nr. 38436, passim.



Abb. 11. Das alte Gewerkschaftshaus, aufgenommen 1928. [StadtAH, BILDA 13065]

in Kreis- und Ortsebene untergliedert waren, bezogen in Heidelberg eigene Räumlichkeiten und drückten dem Stadtbild den Stempel der NS-Bewegung auf. Insgesamt kommen so mindestens 118 Heidelberger Adressen zusammen, an denen sich zwischen 1933 und 1945 mindestens eine Dienststelle der NSDAP oder ihrer Organisationen einquartiert hatte (vgl. Abb. 20–28). Vor allem die Innenstadt wurde nach 1933 von NSDAP-Geschäftsstellen bewuchert. In der Altstadt etwa reichte die Anzahl der von der NSDAP genutzten Gebäude an die Anzahl der Gebäude heran, die sich in staatlichem oder städtischem Besitz befanden.²³⁸ Diese Praxis der weiten Streuung der Parteidienststellen und NS-Organisationen in Heidelberg, die die auf Konzentration in möglichst einem einzigen Gebäude zielenden Weisungen der Reichsleitung unterlief und insofern ein lokaler Sonderweg gewesen zu sein scheint, machte es notwendig, dass zahlreiche verschiedene Immobilien aufgetrieben und finanziert werden mussten. Für die Kreisleitung und die direkt an sie angeschlossenen Amtsleitungen scheint dies nicht mit größeren Problemen verbunden gewesen zu sein. Schwierigkeiten, an Diensträume zu gelangen und anfallende Kosten zu bestreiten ergaben sich, wie aus der Aktenüberlieferung der Heidelberger Stadtverwaltung ersichtlich wird, vor allem auf den Ebenen unterhalb der Kreisleitung und für die Gliederungen der Partei.

Ludwig Gmelin, der NSDAP-Ortsgruppenleiter in Schlierbach, beklagte sich im Januar 1937 darüber, jahrelang keine geeignete Geschäftsstelle, keinen Versammlungsraum und keine Heime für die Hitlerjugend im Ort bekommen zu haben. Dieses Manko, so Gmelin gegenüber dem Kreisorgani-

238 Vgl. Abbildungen 20–23 im Anhang (rot markiert sind die städtischen oder staatlichen Gebäude). Hierzu muss allerdings bedacht werden, dass die Partei nicht immer Eigentümerin der von ihr genutzten Immobilien war.

sationsleiter und Ratsherrn der Stadt Heidelberg Fritz Gaiser, konnte mit dem Einzug in das Erdgeschoss und den Seitenbau der früheren Wirtschaft »Neckarschlößchen« (In der Aue 4) behoben werden. Nun allerdings suche die Eigentümerin des Hauses aufgrund von Leerstand des ersten Stockwerks und zu geringer Mieteinnahmen nach einem Käufer, weshalb die Ortsgruppe in ständiger Furcht vor der Kündigung des Mietverhältnisses lebe. Damit begründete Gmelin die Bitte an Gaiser, beim Oberbürgermeister auf einen Kauf des Anwesens zu drängen, um es so langfristig als Parteiheim für die Schlierbacher NSDAP zu sichern.²³⁹ Gaiser, der »gelegentlich im Anschluss an eine Ratssitzung« bei dem Oberbürgermeister »in dieser Angelegenheit vorzusprechen« gedachte,²⁴⁰ stieß dann tatsächlich eine Besichtigung der Räumlichkeiten durch Vertreter der Stadt an, die aber zu dem Ergebnis führte, dass ein Ankauf durch die Stadt nicht in Frage komme. Zumindest aber, so beruhigte man im April 1938 einige Zeit später von Seiten der Stadt die Parteivertreter, sei auch bisher durch die Eigentümerin noch kein Käufer gefunden worden; und da das auch perspektivisch nicht zu erwarten sei, könne man die Sache getrost auf sich beruhen lassen, ohne dass der NSDAP Schaden entstünde.²⁴¹ Ob der Ortsgruppenleiter gegen diese Lösung Einwände erhob, ist nicht bekannt, allerdings ist davon nicht auszugehen. Denn inzwischen beschritt der umtriebige Gmelin bereits einen ganz anderen Weg, um eine kommode Unterbringung seiner Ortsgruppe dauerhaft sicherzustellen. Schon im Februar 1938 hatte er beim Büro des Oberbürgermeisters um einen Besprechungstermin mit dem Stadtoberhaupt, dem bereits erwähnten Kreisorganisationsleiter Gaiser in Vertretung des Kreisleiters, ihm selbst und dem reichsweit bekannten Architekten Albert Speer gebeten, bei dem es um den Bau eines NSDAP-Gemeinschaftshauses gehen sollte.²⁴² Die grundsätzliche Bereitschaft Speers, ein NSDAP-Gemeinschaftshaus in Schlierbach zu fördern, hatte Gmelin da bereits zugesichert bekommen.²⁴³ Ob es zu der gemeinsamen Unterredung mit dem in Heidelberg aufgewachsenen und am Schlierbacher Schloss-Wolfsbrunnen-Weg über eine eigene Villa verfügenden Speer

239 Vgl. NSDAP Kreis Heidelberg – Ortsgruppe Heidelberg-Schlierbach an Pg. Ratsherr Fritz Gaiser vom 20. 1. 1937, in: StadtAH AA 239 a/12.

240 NSDAP-Kreisleitung Heidelberg – Amt: Organisation an Oberbürgermeister Neinhaus vom 22. 1. 1937, in: ebd.

241 Vgl. Sekretariat des Oberbürgermeisters an die Kreisleitung Heidelberg – Organisationsamt, April 1938, in: ebd.

242 Vgl. NSDAP, Ortsgruppe Heidelberg-Schlierbach an Oberbürgermeister Neinhaus vom 18. 2. 1938, in: StadtAH AA 239 a/1.

243 Vgl. Der Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt an den Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Heidelberg-Schlierbach vom 7. 2. 1938, in: ebd.



Abb. 12. Bis 1938 diente der Ortsgruppe Schlierbach das Gasthaus »Zum schwarzen Schiff« in der Schlierbacher Landstraße 11 als offizielle Adresse. Die Unterkunft im Hinterzimmer eines Gasthauses dürfte Gmelin dazu veranlasst haben, sich intensiv nach einer anderen Form der Unterbringung umzusehen. [StadtAH, BILDA 9473]

tatsächlich kam, ist nicht bekannt. Jedenfalls aber dürfte Speer nicht mehr dazu gekommen sein, seiner Heimat diesen in Aussicht gestellten Dienst zu erweisen. Im Oktober 1938 erließ Bormann als Stabsleiter des Stellvertreters des Führers (StdF) ein generelles Verbot, die finanziell stark angespannten Gemeinden in Deutschland durch zusätzliche Bauprojekte weiter zu belasten.²⁴⁴ So blieb die Ortsgruppe Schlierbach, zumindest bis 1943, in der ehemaligen Wirtschaft »Neckarschlößchen«, die folglich bis dahin tatsächlich nicht verkauft worden war. Auch wenn seine Anstrengungen im Resultat erfolglos blieben, so sind die Aktivitäten und vor allem die Reichweite des Schlierbacher Ortsgruppenleiters, der es schaffte, allerhöchste Parteiprominenz für sein Ziel einer repräsentativen, Macht und Autorität ausstrahlenden Ortsgruppenzentrale zu mobilisieren, doch beachtlich. Paradigmatisch an dem Vorgang ist darüber hinaus die anscheinend prekäre Finanzlage der Schlierbacher Ortsgruppe, die ihren Leiter zwang, sich ständig nach Finanzierungsmöglichkeiten umzusehen und Dritte als Förderer der eigener Projekte zu gewinnen. Auch ist auffällig, welch hohe Bedeutung Gmelin einer geeigneten Parteigeschäftsstelle in seiner Ortsgruppe beizumessen schien.

Findig musste man auch in der Schlierbacher Nachbarortsgruppe Altstadt II werden, wenn es darum ging, Mietkosten gering zu halten. Zwar saß die Leitung der im Oktober 1934 gegründeten Ortsgruppe²⁴⁵ von mindestens

²⁴⁴ Vgl. NSDAP – Der Stellvertreter des Führers, Vertrauliche Anordnung, Betreff: Rücksichtnahme auf die finanzielle Anspannung der deutschen Gemeinde vom 27. 10. 1938, in: ebd.

²⁴⁵ Siehe oben, S. 60, Anm. 166.



Abb. 13. Parade der NS-Formationen anlässlich des »Führergeburtstags« am 20. 4. 1936 auf dem Universitätsplatz vor der Neuen Universität. [StadtAH, BILDA 14765, Foto Alfred Rupp]

November 1935²⁴⁶ bis 1943 in der Mönchgasse 1.²⁴⁷ Allerdings scheinen die Räumlichkeiten dort auch zu klein gewesen zu sein, um, wie es angedacht war, neben dem Ortsgruppenleiter und seinem Stab an Ortsgruppenamtsleitern auch die Parteigliederungen im »Hoheitsbereich« dauerhaft aufzunehmen. Deshalb mietete die Ortsgruppe im Juli 1937 einige Straßen weiter das zweite Stockwerk des Hauses »Zum Württemberger Hof« in der Haspelgasse 5 an, um dort den »Formationen« der Partei, womit wahrscheinlich SA und SS gemeint waren, einen Ort für »Zusammenkünfte, Schulungs- und Übungsabende« zu geben. Überhaupt möglich geworden war der Einzug in die seit Februar 1935 leerstehende Zweizimmerwohnung, weil die frühere Mieterin, eine Heidelberger Studentenverbindung, sich zuvor hatte auflösen müssen. Doch nicht genug, dass die Nationalsozialisten der nordöstlichen Altstadt um ihren langjährigen Ortsgruppenleiter Jakob Riehl ihren Vorteil aus der vorangegangenen Ausschaltung einer Studentenverbindung zogen, die

246 Vgl. NSDAP-Ortsgruppe Heidelberg-Altstadt II an Oberbürgermeister Neinhaus vom 15. 11. 1935, in: StadtAH AA 239 a/1.

247 Vgl. Stadt-Adreßbücher 1937–1943.

wahrscheinlich dem unduldsamen Führungsanspruch des NSDStB zum Opfer gefallen war,²⁴⁸ sie schädigte auch den Hauseigentümer, dem sie für die 70 Quadratmeter große Wohnfläche gerade einmal 15 RM monatlich zu zahlen bereit war, wohingegen er von der Studentenkorporation einst 105 RM bekommen hatte. Der so Abgespeiste, der den dreisten Spottpreis anscheinend anderthalb Jahre lang hingenommen hatte, fand im März 1939 den Mut, seinen Fall dem Stadttrentamt zu schildern und dort um einen Zuschuss zu bitten. Ob die Stadt bereit gewesen wäre, für die NSDAP, die geltend machte, nicht mehr zahlen zu können,²⁴⁹ einzuspringen und dem Eigentümer die Differenz zu einer markgerechten Miete überwiesen hätte, ist nicht in Erfahrung zu bringen. In der Ortsgruppe nämlich wurde anscheinend beschlossen, einer Entscheidung der Stadt zuvorzukommen. Ende Mai setzte man das Rathaus darüber in Kenntnis, das Mietverhältnis zum Monatsende gelöst zu haben, um dem Eigentümer »nicht hinderlich zu sein«.²⁵⁰ Auch für die Ortsgruppe Altstadt II lässt sich also nachweisen, dass sie mit finanziellen Engpässen umgehen musste und es sich infolgedessen bisweilen schwierig gestaltete, genügende Diensträume zu finden. Auf ähnliche Verhältnisse in den meisten Heidelberger Ortsgruppen deutet hin, dass die Stadt den Ortsgruppen in Handschuhsheim, Wieblingen, Rohrbach und Kirchheim die ehemaligen Rathäuser dieser Orte gegen eine ermäßigte Miete als Geschäftsstellen überließ.²⁵¹

Aber nicht nur die Ortsgruppen, sondern auch die Gliederungen der NSDAP waren von Finanzproblemen betroffen. Die HJ scheint finanziell sogar noch schlechter gestellt gewesen zu sein als etwa die Ortsgruppe Altstadt II, denn sie konnte der Stadt für ihr »Haus der Jugend«, ein ansprechendes Altbaugebäude in unmittelbarer Nähe zum Theater, überhaupt keine Miete bezahlen.²⁵² Auf Unterstützung angewiesen waren vor allem auch die »Wehrformationen« der NSDAP. Das Nationalsozialistische Kraft-

248 »Was sich nicht selbst auflöste, wurde dann allerdings 1935 mit sanftem Druck zur Auflösung gezwungen«, schreibt Norbert Giovannini: »Wer sich nicht bewährt, wird fallen«. Maßnahmen und Grenzen nationalsozialistischer Studentenpolitik, in: *unimut. Zeitschrift der Uni Heidelberg* 206 (2010) 5, S. 2f., hier S. 3. Vgl. allgemein auch Michael Grüttner: Die Korporationen und der Nationalsozialismus, in: Harm-Hinrich Brandt / Matthias Stickler (Hrsg.): »Der Burschen Herrlichkeit«. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens, Würzburg 1998, S. 125–144.

249 Vgl. Weinbau und Weingroßhandlung Jakob Bälz an das Stadttrentamt vom 27. 3. 1939, in: StadtAH AA 239 a/6.

250 Vgl. NSDAP, Ortsgruppe Heidelberg-Altstadt II an das Stadttamt vom 23. 5. 1939, in: ebd.

251 Vgl. Technisches Dezernat, Interne Umfrage auf Anfrage des Bürgermeisters von Müllheim, o. D. [nach Aktenkontext Frühjahr 1940], in: StadtAH AA 239 a/5.

252 Die Miete trug das Wohlfahrts- und Jugendamt, vgl. Oberbürgermeister Neinhaus an den Badischen Gemeindegat Karlsruhe vom 30. 5. 1934, in: StadtAH AA 239 a/5.



Abb. 14. Bevor die Handschuhsheimer Ortsgruppe um 1936 ins Alte Rathaus umzog, war sie im benachbarten »Handschuhsheimer Schlösschen« in der Dossenheim Landstraße 5 untergebracht, das ebenfalls in städtischem Besitz war. Auf dem Foto ist links des Eingangs ein Email-Schild mit der Aufschrift »NSDAP« zu sehen. [StadtAH, BILDA 21364, Foto Fritz Hartschuh]

fahrerkorps (NSKK) etwa konnte seine Dienstgeschäfte bis 1937 in drei über einen Seiteneingang in der Riedstraße²⁵³ erreichbaren Räumen im »Haus der Arbeit« erledigen. Weil sich der Geschäftsbetrieb dann aber erweiterte und die DAF die Büroräume für sich benötigte, musste eine anderweitige Unterbringungsmöglichkeit gefunden werden. Deshalb wandte sich die für Heidelberg zuständige Motorstandarte 153 schon im Sommer des Jahres an den Bürgermeister Max Genthe, in der Hoffnung, so an neue Büroräume zu gelangen.²⁵⁴ Nachdem dieser erste Anlauf offenbar gescheitert war und »die Raumfrage jetzt neuerdings durch Vergrößerung der Motorstandarte und durch das Hinzukommen neuer Dienststellen sehr dringend geworden ist«, machte der Führer der Standarte die Angelegenheit im Herbst 1937 zur Chef-

253 Heute: Hans-Böckler-Straße.

254 Vgl. NSKK-Motorstandarte 153 an Bürgermeister Max Genthe vom 17.6.1937, in: StadtAH AA 239 b/1.

sache und wurde gegenüber dem Oberbürgermeister in seiner Forderung nach baldiger Zuweisung von Diensträumen für die Standarte sowie zwei Staffelfstäbe und drei Stürme deutlicher.²⁵⁵ Neinhaus war anscheinend bereit, auf das weitreichende Gesuch um Diensträume für die Standarte mit ihrem gesamten Unterbau einzugehen, denn er ließ das Anliegen an die städtische Wohnungsbaugesellschaft GGH weiterleiten, die aber im Frühjahr 1938 an das Stadthauptamt meldete, dass das NSKK inzwischen »privat geeignete Diensträume« hat aufreiben können.²⁵⁶

Quasi durchgängig musste auch die SA auf Alimentierung durch die Stadt hoffen. Seit dem 14. November 1933 nutzte die Heidelberger SA-Standarte 110 »Büro- und Lagerräume« der sich in öffentlicher Hand befindlichen Heidelberger Holzindustrie AG in der Blutschliffstraße in Bergheim. Auch wenn nicht klar ist, wie genau die SA an diese Büroräume kam, so lässt sich zwischen den Zeilen eines Schreibens der Gesellschaft an das Büro des Oberbürgermeisters doch herauslesen, dass die Übergabe der Räume an die SA, damals im Selbstbewusstsein als bewaffneter Arm der »nationalsozialistischen Revolution« noch in ihrer ganzen Kraft stehend, nicht ohne Druck vonstattengegangen war. So war es für die Leitung der Holzindustrie AG anscheinend nicht möglich, mit der SA-Standarte eine einvernehmliche Lösung über die Höhe der Miete zu erzielen. Um überhaupt etwas zu erhalten, sah sie sich stattdessen gezwungen, Hilfe beim Oberbürgermeister zu suchen und diesen zu bitten, »einen Stadtratsbeschluss herbeiführen zu wollen, ob die Standarte für Überlassung der Räumlichkeiten eine Miete bezahlen soll und bejahendenfalls in welcher Höhe«. ²⁵⁷ Zu einem offiziellen Stadtratsbeschluss kam es aber wohl gar nicht. Vielmehr zog man im Rathaus das Stadtratsmitglied Körner hinzu, der gleichzeitig der Führer der SA-Standarte 110 war. Wenig überraschend lehnte Körner mit Verweis auf die Zahlungsunfähigkeit der Standarte eine Mietzahlung ab. Die gründlichen Herrichtungen der Räume, die man bei der Übernahme auf eigene Kosten habe vornehmen lassen, seien bitte »als Gegenleistung für die Überlassung« zu akzeptieren. ²⁵⁸ Brüskiert über das Vorgehen der Holzfabrik, Rechnungen an die Stadt weiterzuleiten, fügte Körner grundsätzlich werdend hinzu, die Standarte sei »von der Voraussetzung ausgegangen«, dass die Übereignung der Räume »im Hinblick auf die Verdienste, die sich die SA im Kampfe um die nationale Erhebung erworben hat, im Spendenweg« erfol-

255 NSKK-Motorstandarte 153 an den Oberbürgermeister vom 18. 11. 1937, in: ebd.

256 GGH an das Stadthauptamt vom 26. 2. 1938, in: ebd.

257 Heidelberger Holzindustrie AG an den Oberbürgermeister vom 22. 11. 1933, in: StadtAH AA 239 b/2.

258 Aktenvermerk vom 11. 5. 1934, in: ebd.



Abb. 15. Führer der SA-Standarte 110 Karl Körner, 1934. [StadtAH, BILDA 91]

gen würde.²⁵⁹ Zumindest stellte Körner in Aussicht, dass es sich nur um eine »vorübergehende Benützung« handele. Tatsächlich löste sich das Problem vorerst dadurch, dass die SA ihre Dienstzimmer Ende Februar 1934 wieder räumte.²⁶⁰ Eine Miete hat sie für die monatelange Nutzung nie überwiesen.²⁶¹

Als die Heidelberger SA, die nach dem Gastspiel in der Bluntschlistraße in der Alten Kaserne in der Seminarstraße 2, in der sich heute die Zentralverwaltung der Universität befindet, unterkam, im Sommer 1935 aus diesem sehr repräsentativen, nun aber zu anderen Zwecken gebrauchten Gebäude wieder ausziehen musste, griff man ihr vonseiten der Stadt wieder unter die Arme. Genau wie die kürzlich gekündigte Reserve-Standarte der SA und die 32. SS-Standarte Heidelberg, die bisher »nur wenige Räume im Haus der Kreisleitung« nutzen konnte, sollte die aktive SA-Standarte ihren Sitz künftig unter einem gemeinsamen Dach mit allen »Wehrformationen« der NSDAP nehmen. Aus Mangel an eigenen Mitteln und »in Förderung ihrer politischen Aufgaben« war die Stadt dazu bereit, ein für die Beherbergung aller Organisationen ausreichend ausgestattetes Heim mietfrei zur Verfügung zu stellen. Dazu erkor man das ehemalige »Pfründnerhaus« in der Plöck 24 aus.²⁶² Bezeichnend für den Vorgang ist die Zusammensetzung der entscheidenden Be-

259 SA der NSDAP, Brigade 53 (Baden-Nord), Standarte 110 an den Oberbürgermeister vom 27. 2. 1934, in: ebd.

260 Vgl. Heidelberger Holzindustrie AG an den Oberbürgermeister vom 9. 5. 1934, in: ebd.

261 Vgl. Oberbürgermeister Neinhaus an den Badischen Gemeindetag Karlsruhe vom 30. 5. 1934, in: StadtAH AA 239 a/5.

262 Vermerk über Besprechung zur Unterbringung der Wehrformationen vom 3. 8. 1935, in: StadtAH AA 239 a/6.



Abb. 16. Dr. Richard Scherberger, 1939, Gaustudentenführer Baden und Zweiter Beigeordneter in Heidelberg. [StadtAH, BILDA 372, Foto Ernst Gottmann]

sprechung. Neben den Führern der Formationen – SS-Standartenführer Ihle, Körners Adjutant Illenberger für die SA-Standarte und für die SA-Reserve der hauptamtliche Bürgermeister Truppführer Genthe – nahmen als Vertreter der Stadtverwaltung der Oberbürgermeister sowie der spätere Zweite Beigeordnete Richard Scherberger teil,²⁶³ der gleichzeitig selbst Obersturmführer in der SA war.²⁶⁴

Auch als sich in Heidelberg der in der Hierarchie über der Standarte angesiedelte, für ganz Nordbaden zuständige Stab der Brigade 153 unter ihrem Führer von Haldenwang niederlassen wollte, tat die Stadt ihr Möglichstes, um diesen Plänen entgegenzukommen. Nachdem Standartenführer Körner mitteilte, dass Heidelberg als Brigadesitz in Aussicht genommen wurde und von der Stadt deshalb schnell acht bis zwölf Räume benötigt würden, organisierte man verschiedene Besichtigungen und machte Vorschläge: Übergangsweise könne das Lehrlingsheim in Handschuhsheim bezogen werden, ehe ab April 1934 eine Wohnung in der Friedrichstraße in Betracht komme.²⁶⁵ Auch wenn die Brigade wenig später nicht dort, sondern in der Gaisbergstraße 7 Quartier bezog und damit zwischen DAF und Kreisleitung eine exzellente Position gefunden hatte, die beinahe schon ein kleines »Heidelberger Parteiviertel« am nördlichen Rand der Weststadt begründete, so ist es doch zumindest ohne Zweifel, dass die Stadt, gleich ob sie mit der Vermittlung der Wohnung in der Gaisbergstraße direkt zu tun hatte oder nicht, für die SA großes unter-

²⁶³ Vgl. Stadt-Adreßbuch 1939, S. 343.

²⁶⁴ Vgl. SA der NSDAP, Standarte 110 an den Oberbürgermeister vom 14. 11. 1938, in: StadtAH AA 285/11.

²⁶⁵ Vgl. Vermerk vom 14. 2. 1934, in: StadtAH AA 239 b/2.

stützendes Engagement an den Tag gelegt hatte. Und nicht nur für die Stadtstandarte und die Brigade Nordbaden war die Stadtverwaltung bereit, etwas zu tun, auch für die unterste Ebene eines SA-Sturms wurde sie aktiv. Als der Führer des SA-Sturms 31/110, der sich bisher am Neckar auf Höhe des Bismarckplatzes, also außerhalb seines vom Karlstor bis zur Märzgasse reichenden Zuständigkeitsgebiets vorfand, sich an die Stadt wandte und konkret erfragte, ob er seinen Dienstraum nicht in das freistehende Zimmer im Erdgeschoss der Bauamtsgasse 8 verlegen könne, wo sich das Forstamt befand,²⁶⁶ antwortete das Städtische Technische Amt, dass das Zimmer dem Sturm »jederzeit zugewiesen werden« könne.²⁶⁷ Schließlich durfte sich die Stadt der SA gegenüber noch einmal gebefreudig erweisen, als die SA-Standarte den Oberbürgermeister bat, ihr die Schießanlagen am Bierhelderhof zu überlassen, damit der Zustand, Schießübungen nur auf Vereinsständen abhalten zu können, wenn diese gerade frei seien, beendet werden könne. Voraussetzung dafür war, dass keine Lärmbelästigung für die Patienten des nahegelegenen Mittelstandssanatoriums »Speyererhof« entstehe. Um den Oberbürgermeister davon zu überzeugen, waren zuvor extra Ortsbesuche arrangiert worden, bei denen getestet wurde, ob das Kleinkaliber- und Pistolenschießen im Sanatorium zu hören war. Dies sei, so wurde dem Stadtoberhaupt versichert, nicht der Fall und als Kronzeuge nannte man abermals den bei den Versuchen anwesenden SA-Oberführer und Beigeordneten Scherberger.²⁶⁸

Aber nicht nur die SA fiel mit immer neuen Protektionswünschen und Förderungsgesuchen an die Stadt auf, auch die SS stand dem kaum nach. Im Mai 1937 bat die SS um »Prüfung einer Fördermöglichkeit für weiteren Ausbau« ihres erhabenen positionierten Mannschaftshauses im Philosophenweg 1a, am Neuenheimer Ufer mit Ausblick über den Neckar und die ganze gegenüberliegende Altstadt.²⁶⁹ Gut ein Jahr darauf beschwerte sich der Führer des SS-Sturmbannes 1/32 über den Zustand der von seinem Sturmbann benutzten Räume im Haus Plöck 24. In scharfem Ton monierte er, es sei auf die Dauer nicht mehr tragbar, dass die Dienststellen der Schutzstaffel sich in Räumen befinden, in denen der Wandbelag vollkommen abgefallen ist und die durch undichte Ofenrohre vollkommen geschwärzt sind, so dass die beschädigten Stellen durch Fahnen und Bilder verdeckt werden müssen.²⁷⁰

266 Vgl. SA der NSDAP, Sturm 31/110 an den Oberbürgermeister vom 25. 5. 1934, in: ebd.

267 Vgl. Städtisches Technisches Amt an Stadthauptamt vom 7. 6. 1934, in: ebd.

268 Vgl. SA der NSDAP, Standarte 110 an den Oberbürgermeister vom 16. 9. 1938, in: StadtAH AA 285/11.

269 SS-Mannschaftshaus an den Oberbürgermeister vom 11. 5. 1937, in: StadtAH AA 239 b/3.

270 Schutzstaffeln der NSDAP, Sturmbann 1/32 an den Oberbürgermeister vom 18. 10. 1938, in: ebd.



Abb. 17. Dr. Scherberger (rechts), OB Neinhaus (links) und der Jugendführer des japanischen Kaiserreichs Graf Watanabe (Mitte), bei dessen Besuch in Heidelberg am 4. 4. 1939. [StadtAH, BILDA 3737, Foto Karl Wartmann]

Insbesondere stieß auf, dass in den von der SA benutzten Nachbarräumen »bauliche Veränderungen grösseren Ausmaßes« auf Kosten der Stadt vorgenommen wurden, während man den Sanierungsbedarf der SS zuvor mit Verweis auf fehlende Geldmittel beiseitegeschoben habe.²⁷¹

Da die von den Nationalsozialisten forcierte »Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben« jüdische Geschäfte sukzessive aus deutschen Innenstädten verbannte²⁷² und die Gestalt der neuen nationalsozialistischen Stadtraumordnung somit wesentlich prägte, stellt sich die Frage, ob sich die Maßnahmen der Judenverfolgung auch in Heidelberg positiv auf die Immobiliensuche der NSDAP auswirkte, wie es anderswo der Fall war.²⁷³ Dass in Heidelberg bis 1939 110 Betriebe liquidiert, zwangsverkauft oder »arisiert« wurden, ist in der einschlägigen Studie über die Heidelberger »Jüdinnen« und »Juden« im »Dritten Reich« von Arno Weckbecker nachzulesen.²⁷⁴ Gleicht man deren Adressen mit den Anschriften der von der NSDAP genutzten Gebäude ab, so zeigt sich, dass diese bzw. ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände mit hoher Wahrscheinlichkeit in drei Fällen direkt von der

271 Vgl. ebd.

272 Vgl. hierzu für Heidelberg Weckbecker, Judenverfolgung, insbesondere S. 129–134.

273 Im niederbayerischen Straubing gewann die Kreisleitung 250 000 Reichsmark zum Bau eines Parteihauses aus der Beschlagnahmung »jüdischen« Besitzes, vgl. Roth, Parteikreis, S. 103. Auch der zuvor erwähnte Bau des Parteiviertels für die Reichsleitung der NSDAP in München wurde von der vorherigen Vertreibung »jüdischer« Eigentümer und Mieter begünstigt, vgl. Süß / Thießen, Städte, S. 10.

274 Vgl. die Auflistung bei Weckbecker, Judenverfolgung, S. 250–257.

Enteignung »jüdischen« Immobilienbesitzes profitierten.²⁷⁵ So verrichtete das Kreispressesamt seine Dienstgeschäfte im Oktober 1934 in den Räumen der Grabengasse 16, aus der kurz zuvor die Schneiderei des »Juden« Julius Wertheimer hatte weichen müssen.²⁷⁶ In der Hauptstraße kamen solche eigennützigen Zugriffe auf ehemals »jüdisches« Eigentum nachweislich zwei Mal vor: In die Hauptstraße 42, die bis zum erzwungenen Verkauf 1936 zum Kaufhaus der Geschwister Ludwig und Ida Rothschild gehört hatte, zog noch im selben Jahr ein Sturmbann der SA-Reserve ein²⁷⁷ und von der Liquidation der Metzgerei des 1936 in die Auswanderung getriebenen Inhabers Adolf Goldstrom profitierte der an das Rassenpolitische Amt der NSDAP angeschlossene Kreisverband des Reichsbunds der Kinderreichen, der seit 1941 Reichsbund Deutsche Familie hieß.²⁷⁸

Auch wenn es qua mangelnder Studien keine vergleichbaren Daten für andere Städte oder Regionen gibt, so können doch die Ergebnisse dieser Untersuchung zur Durchdringung des Stadtraums durch die NSDAP nach 1933 so bilanziert werden, dass sich diese räumliche Ausbreitung in Heidelberg in einer anderen Weise vollzog als es von den organisationspolitischen Strategen und Stadtplanern im »Braunen Haus« in München vorgesehen war. Die als Ziel proklamierte Zusammenfassung aller Kreisdienststellen in der Kreisgeschäftsstelle und die Zusammenziehung aller Ämter im Bereich einer Orts-

275 Weitere Liegenschaften, aus denen »jüdische« Betriebe verdrängt wurden, bevor später NS-Dienststellen ansässig waren, finden sich in der Hauptstraße 79 und dem Wredeplatz 3. Diese, hier der NSD-Juristenbund bzw. NS-Rechtswahrerbund und dort zunächst die NSV, dann die NS-Frauenschaft und der Reichsarbeitsdienst, nutzten diese Gebäude aber schon vor der Vertreibung der »jüdischen« Geschäftsleute. Es ist deshalb anzunehmen, dass es sich um andere Räume bzw. Wohnungen in den selben Gebäuden handelte, wobei aber eine Übernahme der enteigneten Räume zur Vergrößerung des Büroraums nahe gelegen haben mag und nicht ausgeschlossen werden kann, vgl. für die Adressen der NS-Dienststellen Schreiben der NS-Volkswohlfahrt Gauführung Baden, Winterhilfswerk des Deutschen Volkes 1933/34 – Kreis Heidelberg an das Amt des Oberbürgermeisters vom 15. 12. 1933, in: StadtAH AA 239 a/6; Stadt-Adreßbuch 1934, S. 551; vgl. für die Daten der »arisierten« Betriebe Weckbecker, S. 254f.

276 Vgl. für die Adresse des Kreispressesamts Schreiben der Kreisleitung der NSDAP Heidelberg – Organisationsamt an sämtliche Kreisamtsleitungen, Ortsgruppen- und Stützpunktleiter des Kreises Heidelberg vom 4. 10. 1934, in: GLA 465 d Nr. 1506. Vgl. für die Daten zur »arisierten« Schneiderei Weckbecker, Judenverfolgung, S. 257.

277 Vgl. für die Daten des »arisierten« Kaufhauses Weckbecker, Judenverfolgung, S. 255. Vgl. für die Adresse des Sturmbannes die Auflistung von Gliederungen der NSDAP, die Lichtstrom zum Kraftstrompreis erhalten, o.D. [Januar 1936 aus dem Aktenkontext], in: StadtAH AA 239 a/6.

278 Vgl. für die Daten der »arisierten« Metzgerei Weckbecker, Judenverfolgung, S. 252. Für die Adresse des RdK / RDF vgl. Adreßbuch 1940, S. 343 und Adreßbuch 1941, S. 343.

gruppe in der Ortsgruppengeschäftsstelle, die enorm große Parteizentralen erfordert hätte, konnte in Heidelberg – auch wenn die wichtigsten Parteizentralen durch ihre hervorgehobene Lage, infrastrukturell günstige Positionen und baulich ansprechende Formen bestachen – als Folge fehlenden Kapitals nicht umgesetzt werden. Weil diese gewünschte »qualitative« Unterbringungslösung nicht erschwinglich war, die nicht nur den »Volksgenossen« die Kontaktaufnahme zur Partei erleichtert hätte, sondern sie auch mit mächtigen, den Eindruck von Stabilität und Dauerhaftigkeit erweckenden Parteipalästen konfrontiert hätte, entwickelte sich in Heidelberg, sozusagen aus der Not heraus, eine alternative Unterbringungslösung, die als eine »quantitative« bezeichnet werden kann. Die Dienststellen der Kreisleitung, der Ortsgruppen und der vielen Gliederungen und angeschlossenen Verbände schossen hier, gerade im Stadtzentrum, in einer derartigen Dichte gleichsam wie Pilze aus dem Boden, dass im Endeffekt die Wirkung auf die Bevölkerung eine ähnliche gewesen sein wird. Nicht durch den einen atemberaubenden Prunkbau, eine »Orts-« oder eben »Kreisburg« wurden die Menschen eingeschüchtert und vor widerständigem Verhalten gewarnt; aber die enorme Ballung von Parteifilialen und die starke Präsenz von Dienstgebäuden der NSDAP, die deren Möglichkeiten bei jedem Spaziergang oder Einkauf in Erinnerung rief, konnte ebenso ein Klima der Einschüchterung hervorrufen und das Gefühl von ständiger Überwachung, die von der Partei ja als vornehmste Aufgabe deklamiert worden war, nonverbal-kommunikativ verstärken. So beförderte die räumliche Expansion der NSDAP das vielzitierte und alltägliche »Hinnehmen und Mitmachen«²⁷⁹ der meisten Menschen, das für das Funktionieren der Diktatur unentbehrliches Fundament war.

Diesen auf dem Feld der Stadtraumpolitik eingefahrenen symbolpolitischen und propagandistischen Ertrag musste sich die NSDAP allerdings hart erkämpfen, denn die schwache Finanzkraft der Partei, insbesondere der unteren Behördenebenen warf einige Probleme auf. Sie machte kostspielige große Bauprojekte, obwohl solche auch in Heidelberg anzustoßen versucht worden sind, letztlich unmöglich. So war die Suche nach geeigneten, den hohen Ansprüchen der Partei genügenden Diensträumen während der Jahre des »Dritten Reichs« auch in Heidelberg permanentes Thema, das die nationalsozialistischen Unterführer in ständige Verhandlungen mit der Stadt oder privaten Hauseigentümern um finanzierbare Lösungen verwickelte.

Das bevorzugte Mittel der Wahl, das von der Partei und allen Gliederungen angewandt wurde, war es dabei, bei der Kommunalverwaltung um Un-

279 Vgl. Alf Lüdtke: Die Praxis von Herrschaft. Zur Analyse von Hinnehmen und Mitmachen im deutschen Faschismus, in: Brigitte Berlekamp / Werner Röhr (Hrsg.): Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus, Münster 1995, S. 226–245.



Abb. 18. Mit der Besetzung und symbolischen Beherrschung des Stadtraums verfolgten die Nationalsozialisten die gleiche Absicht wie mit den dichten Beflaggungen der Straßen zu NS-Fest- und Feiertagen wie hier in der Hauptstraße 1939. [StadtAH, BILDA 6965, Foto Max Kögel]

terstützung nachzusuchen. Das Anzapfen städtischer Mittel in Form von Mietzuschüssen, kompletten Mieterlassen auf Gebäude in städtischem Besitz oder der Ermäßigung von Nebenkosten war deshalb so erfolgversprechend, weil die kommunalen Entscheidungsträger oftmals selbst Akteure der nationalsozialistischen »Bewegung« waren.²⁸⁰ Trotz der weitreichenden ideologischen

280 Bereits im November 1933 waren in dem auf zwölf Mitglieder reduzierten Stadtrat neun Nationalsozialisten vertreten, im Bürgerausschuss gehörten 27 von 37 Stadtverordneten der NSDAP an und als Bürgermeister war der »Alte Kämpfer« Otto Wetzel aufgerückt, vgl. Liste der kommunalpolitischen Organisation in Heidelberg, Stand: 6. 11. 1933, in: GLA 465 d Nr. 1058. Dass seit Inkrafttreten der Deutschen Gemeindeordnung (DGO) im Januar 1935, nach der die Berufung der nunmehr 20 »Ratsherren« allein dem Kreisleiter Seiler in seiner Funktion als »Beauftragtem der NSDAP« oblag, die kommunale Vertretungskörperschaft einheitlich nationalsozialistisch besetzt war, bedarf keines Be-

Übereinstimmung zwischen Stadt und Partei war die so geartete Kooperation in Form von einseitigen Transferleistungen für die Partei heikel, da sie drohte, in ein Abhängigkeitsverhältnis²⁸¹ und somit im Kampf um institutionellen Vorrang ins Hintertreffen zu geraten. Für die Partei galt es daher, obschon sie auf die Subventionen angewiesen war, den Eindruck von Bittstellungen zu vermeiden. So ist es zu erklären, dass sich ihre Vertreter bisweilen wenig demütig verhielten und sich stattdessen den Habitus eines mit den Verdiensten der »Bewegung« und ihrer Übernahme politisch-administrativer Aufgaben begründeten Anrechts auf städtische Beihilfen anlegten, der seinen Ausdruck in einem gebieterischen Befehlston finden konnte.

Weil aber einerseits das Nachsuchen um Erleichterungen bei den städtischen Stellen für die NSDAP doch immer eine ehrenrührige Unannehmlichkeit bleiben musste und weil andererseits auch die Mittel der Kommunen überall in Deutschland endlich waren,²⁸² das Reichsinnenministerium die pekuniäre Unterstützung der Parteidienststellen im Mai 1934 deshalb strengen Auflagen unterworfen hatte²⁸³ und insofern auch die Stadt Heidelberg nicht in der Lage war, jedem parteiamtlichen Förderungsgesuch nachzukommen und trotz ihrer wohlwollenden Grundhaltung Hilfsdienste gelegentlich auch abschlagen musste, war die NSDAP darauf verwiesen, flankierend auch auf solche Methoden der Raumgewinnung zurückzugreifen, die unmittelbar zulasten konkurrierender Akteure auf dem Immobilienmarkt gingen. Die spärliche Überlieferung lässt zum einen Fälle aufscheinen, in denen eigenmächtig Besitz von Räumen genommen wurde, für die der jeweilige Besitzer gar keine oder nur einen Bruchteil der angemessenen Miete erhielt. Ist bei diesen formal rechtmäßigen Aneignungen noch davon auszugehen, dass sanfter, möglicherweise nur subtil ausgeübter Druck zur Freigabe von Wohnungen und Räumen ausreichte, weil viele Privatpersonen oder Firmen vor Auseinandersetzungen mit der NSDAP, sei es wegen ihrem martialischen Gebaren oder aus Furcht vor ihren faktischen Machtressourcen, von vornherein zurückschreckten, wurden andere Besitzwechsel von offener Gewalt und der Ausbootung bisheriger Mieterinnen und Mieter begleitet. Die Blaupause für

weises. Im November des Jahres ersetzte der bereits erwähnte SA-Mann Genthe den bisherigen Bürgermeister Wetzel, vgl. Stadt-Adreßbuch 1936, Seite 539. 1939 ergänzte der SA-Führer Scherberger als Zweiter Beigeordneter den Reigen der kommunalen Spitzenbeamten, vgl. Stadt-Adreßbuch 1939, Seite 343.

281 Vgl. Reibel, Fundament, S. 240.

282 Vgl. NSDAP – Der Stellvertreter des Führers, Vertrauliche Anordnung, Betreff: Rücksichtnahme auf die finanzielle Anspannung der deutschen Gemeinde vom 27. 10. 1938, in: StadtAH AA 239 a/1.

283 Vgl. Reibel, Fundament, S. 241.

diese Art der Rauman eignung lieferte die Stürmung des Gewerkschaftshauses im Frühsommer 1933, die auf Kosten der organisierten Arbeiterbewegung ging. In dieser Tradition stand auch die Selbstaneignung von Räumen, die erst durch die Auflösung von Studentenkorporationen, frühere »Gefährten«, die nun, da »das Bürgertum nicht mehr umworben werden musste, von der Bildfläche verschwinden« sollten,²⁸⁴ oder die Enteignung »jüdischer« Geschäfte freigeworden waren, deren Marginalisierung ohnehin Kernbestand nationalsozialistischen Strebens war. Sowohl die politische »Gleichschaltung« des öffentlichen Lebens als auch die »rassische« Säuberung der Gesellschaft, beides Kernelemente nationalsozialistischer Politik, konnten für die NSDAP als einer der aktivsten Treiberinnen dieser Politik also durchaus »angenehme« Nebenwirkungen entfalten, wenn sie es schaffte, sich die Nutzungsrechte am fremden Eigentum selbst zu sichern. Dies schuf, neben dem vergünstigten Zugriff auf Gebäude, die Grundlage für die rasante Ausbreitung der NSDAP im öffentlichen Raum.

284 Giovannini, Maßnahmen, S. 3.

4 Neue Eliten in einer deutschen Mittelstadt. Soziographie einer lokalen politischen Führungsschicht im »Dritten Reich«

Obwohl die nationalsozialistische »Machtergreifung« in regionaler und lokaler Perspektive an den meisten Orten glatt vonstattenging und ohne große Widerstände nachvollzogen wurde,²⁸⁵ finden sich durchaus Beispiele für Kommunen, in denen die NSDAP gerade zu Anfang ihrer Herrschaft, teilweise aber auch noch darüber hinaus, auf erhebliche Akzeptanzschwierigkeiten stieß.²⁸⁶ Dass diese Schwankungen im Gelingen der Herrschaftskonsolidierung eng mit der Performanz der in den Städten und Gemeinden als Repräsentanten des neuen Regimes auftretenden Persönlichkeiten korrespondierten, wurde schon 1996 von Jeremy Noakes ins Bewusstsein gerufen.²⁸⁷ Robert Neisen hat dieser Tatsache, dass »die Stabilität nationalsozialistischer Herrschaft niemals

285 So etwa Jeremy Noakes: Nationalsozialismus in der Provinz. Kleine und mittlere Städte im Dritten Reich 1933–1945, in: Horst Möller / Andreas Wirsching / Walter Ziegler (Hrsg.): Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1996, S. 237–251, hier S. 238.

286 Prominentes Beispiel ist etwa die oberbayerische Kleinstadt Penzberg, in der Formen der Resistenz bis Kriegsende überlebten und der SS noch im April 1945 Anlass zur Ermordung von 16 Bürgern in der »Penzberger Mordnacht« gaben, vgl. Klaus Tenfelde: Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg / Oberbayern 1900–1945, in: Martin Broszat / Elke Fröhlich / Anton Grossmann (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Bd. IV, München 1981, S. 1–382; Jeremy Noakes sprach 1996, den damaligen Stand der Forschung zusammenfassend, von einer »Flexibilität« der NS-Machtergreifung in kleineren und mittleren Städten, vgl. Noakes, Provinz, S. 241; über gleich mehrere Beispiele aus dem Südwesten klärt der Sammelband von Robert Neisen / Heinrich Maulhardt / Konrad Krimm (Hrsg.): Kommunen im Nationalsozialismus (Oberrheinische Studien, Bd. 38), Ostfildern 2019 auf, in dem sich Beiträge über den Nationalsozialismus in Mannheim-Ilvesheim, dem Dorf Hagenbach in der Pfalz und der Kleinstadt Blumberg im Schwarzwald finden, die allesamt von lokalen Gesellschaften erzählen, in denen sich Unzufriedenheiten breit machten oder man den neuen Machtverhältnissen mit Reserviertheit begegnete, vgl. Markus Enzenauer: »Auch nach Ilvesheim werden wir wiederkommen«. Die Errichtung nationalsozialistischer Strukturen am Beispiel einer Mannheimer Umlandgemeinde, S. 115–156; Hans-Jürgen Kremer: Der Fall Hagenbach. Zur Organisation, Praxis und Wirkung nationalsozialistischer Macht im Dorf 1933–36, S. 157–188; Wolf-Ingo Seidelmann: Blumberg – Die Zwangsindustrialisierung eines Bauerndorfs, S. 189–215, alle in: ebd.

287 Noakes, Provinz, S. 239.

von der realen Politik und dem konkreten Verhalten der maßgeblichen Akteure vor Ort entkoppelt« war, erst 2019 noch einmal Nachdruck verschafft.²⁸⁸

Als »maßgebliche Akteure« haben im NS-Staat auf lokaler Ebene neben den Inhabern der staatlichen Gewalt gewiss auch die unteren Funktionäre der NSDAP zu gelten. Im Zuge eines partiellen Elitenaustauschs schlüpften die »Politischen Leiter« der Partei vielerorts in die Rolle eines »neuen Establishments«,²⁸⁹ das in den Stadtgesellschaften und kommunalpolitischen Kulturen tonangebend wurde. Gleichzeitig aber sah die NSDAP davon ab, die bisherigen Eliten in den Gemeinden, Kirchen, Wirtschaft und Gesellschaft samt und sonders aus einflussreichen Positionen zu entfernen. Sie erlaubte es vielmehr, dass sich vielerorts eine gut funktionierende Zusammenarbeit mit den anpassungsbereiten Teilen der alten Oberschicht entwickelte. Die Figur des im Amt belassenen Heidelberger Oberbürgermeisters Carl Neinhaus, der, ursprünglich deutschnationalen Kräften nahestehend, im Mai 1933 in die NSDAP eintrat und fortan weitere zwölf Jahre lang die Geschicke der Stadt lenken durfte,²⁹⁰ ist dafür das beste Beispiel.

Der Fall Neinhaus verweist aber auch darauf, dass man Kommunalpolitik im »Dritten Reich« nicht als mal konfliktreiches, mal harmonisches Nebeneinander von alten Eliten einerseits und den im Gewand des Braunhemds daherkommenden, aufstrebenden Parteieliten andererseits beschreiben kann, da die Grenzen zwischen beiden Gruppen zuweilen verschwammen. Neinhaus war eben nach 1933 nicht mehr nur honoriger Oberbürgermeister, sondern auch nationalsozialistisches Parteimitglied – und umgekehrt gilt dasselbe: Zweifellos erfuhr die NSDAP durch die Zäsur von 1933 und den Zustrom von Millionen von »Märzgefallenen«, wie die Neumitglieder von den skeptischen »Alt-Parteigenossen« despektierlich genannt wurden,²⁹¹ eine tiefgreifende Wesensänderung. Untersuchungen zum »Verhältnis der ›traditionellen‹ lokalen Elite und der neuen nationalsozialistischen Parteielite« gehören deshalb zum Standardrepertoire regionaler und lokaler NS-Forschung.²⁹² Darin kam zutage, dass neue und alte Führungsschichten oftmals miteinander verschmolzen²⁹³ und in manchen Fällen die NSDAP gar ganz von den

288 Neisen, Macht, S. 10.

289 Cornelia Rauh-Kühne: Katholisches Sozialmilieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918–1939 (Geschichte der Stadt Ettlingen, Bd. 5), Sigmaringen 1991, zugl. Diss. Tübingen 1989, S. 330–339.

290 Vgl. etwa Riese, Neinhaus.

291 Vgl. Cornelia Schmitz-Berning: Märzgefallene, in: Dies: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin / New York² 2007, S. 399.

292 Vgl. Neisen, Macht, S. 19.

293 Vgl. ebd., S. 19–25.

alten Lokalhonorationen vereinnahmt wurde.²⁹⁴ Aber kann tatsächlich von einer Vereinnahmung der NSDAP gesprochen werden? Voraussetzung dafür wäre, dass das neu in die Partei strömende traditionelle Establishment nicht nur an der Parteibasis stark vertreten war, sondern sich diese Repräsentanz auch in der Funktionärsklasse der NSDAP niederschlug.

Das folgende Kapitel über die in Heidelberg zwischen 1933 und 1945 amtierenden Parteifunktionäre verfolgt also ein zweifaches Ziel. Weil das Handeln der örtlichen Parteifunktionäre sowohl für die Alltagswirklichkeit der Menschen als auch im Hinblick auf die Legitimität und Stabilität des nationalsozialistischen Herrschaftssystems vor Ort von weitreichender Konsequenz war, kommt der Frage nach der sozialen Zusammensetzung dieser Parteielite für jede Lokalgeschichte des »Dritten Reichs« grundlegende Bedeutung zu. Deshalb soll zum einen geklärt werden, wer die Männer und wenigen Frauen waren, die nach 1933 in der lokalen Parteiorganisation Verantwortung trugen und welche sozialen und kulturellen Merkmale dieser Gruppe allgemein eigen waren. Zum anderen soll das so entstehende Sozialprofil der Heidelberger NSDAP-Funktionäre auch dazu dienen, die Frage zu beleuchten, ob der Funktionärskörper der NSDAP im »Dritten Reich« eine exklusive Angelegenheit alter Nationalsozialisten blieb oder ein nennenswertes Eindringen der lokalen Funktionseliten festgestellt werden kann, die versuchten, ihren Einfluss durch eine Aufnahme in das Parteiführerkorps zu erhalten und das System somit festigten.

Für den Versuch einer Soziographie der Heidelberger Parteielite in der Zeit des Nationalsozialismus waren zwei grundlegende konzeptionelle Entscheidungen zu treffen: Als Angehörige dieser neuen politischen Führungsschicht gelten im Folgenden die zwischen 1933 und 1945 amtierenden Kreisleiter an der Spitze des lokalen Parteiapparats, die ihnen unterstellten Mitglieder des Kreisstabs, die sogenannten Kreisamtsleiter, sowie schließlich die Leiter der Heidelberger Ortsgruppen. Mit dieser Eingrenzung fallen alle unterhalb des Ortsgruppenleiters angesiedelten Amtsträger wie Mitarbeiter aus dem Ortsgruppenstab – die Ortsgruppenamtsleiter – und die für einzelne Gebiete einer Ortsgruppe zuständigen Zellen- und Blockleiter aus dem Untersuchungsrahmen heraus. Eine vollständige Untersuchung der städtischen NSDAP-Funktionärsschicht ist ohne diese Hunderte von Helfershelfern, Mitarbeitern und die Partei unmittelbar in den Wohnblöcken repräsentierenden Kleinfunktionäre nicht möglich. Die Konzentration auf die Ebene der Ortsgruppenleiter aufwärts wird aber dadurch gerechtfertigt, dass eine Behandlung des gesamten Funktionärskorps angesichts der schieren Masse an klei-

294 Vgl. Noakes, Provinz, S. 244.

nen Amts- und »Hoheitsträgern« in den Ortsgruppen nicht durchführbar erscheint. Schließlich hatte um 1939, so Kater, nicht weniger als ein Drittel aller Parteimitglieder irgendein – meist niedriges – Amt übernommen,²⁹⁵ was allein in Heidelberg auf gut 2500 Funktionäre hinauslief.²⁹⁶ Zudem war der Parteidienst erst ab der Ebene des Ortsgruppenleiters mit einer »exponierten Position innerhalb der Partei und der Gesellschaft vor Ort« verbunden, deren sichtbares Zeichen unter anderem das Privileg war, eine Dienstpistole tragen zu dürfen.²⁹⁷ Der gesellschaftliche Vorrang der Ortsgruppen- und Kreisamtsleiter wird in Heidelberg auch durch die bevorzugte Ernennung von Mitgliedern dieser Gruppen zu Ratsherren unterstrichen,²⁹⁸ während solche Ehren für einen Blockleiter unerreichbar blieben.²⁹⁹ Will man also eine politische »Führungsschicht« analysieren, dann ist die Beschränkung auf die höheren lokalen Funktionäre ab dem Ortsgruppenleiter nicht nur pragmatisch, sondern geboten. Einen weiteren Vorzug dieser Untersuchungsgruppe stellt insbesondere der Einschluss der Kreisamtsleiter dar. Denn während es zu den Kreisleitern bereits einige an anderen Regionen durchgeführte kollektivbiographische Untersuchungen gibt³⁰⁰ und auch zu den Ortsgruppenleitern zumindest wenige vergleichende Daten erhoben wurden,³⁰¹ ist über das Profil der Kreisamtsleiter kaum etwas bekannt. Hier verspricht die Arbeit Impulse zu setzen, die über den Wirkungskreis der Heidelberger Stadt-

295 Vgl. Kater, *Party*, S. 234. An anderer Stelle spricht Kater davon, dass sich zur selben Zeit erdrückende 99,8% aller NSDAP-Funktionäre auf die Ebenen unterhalb der Kreisleitung verteilen. Von diesen wäre also lediglich die vergleichsweise geringe Anzahl der Ortsgruppenleiter zu subtrahieren, um an die enorm hohe Gesamtzahl der unterhalb des Ortsgruppenleiters tätigen Amtsträger zu kommen, vgl. ebd., S. 198.

296 7724 »Alt-Pgs.« wurden in einer von der Stadtverwaltung auf Geheiß der amerikanischen Militärregierung durchgeführten Registrierungsaktion aller ehemaligen NSDAP-Mitglieder zwischen Mai und Oktober 1945 festgestellt, vgl. StadtAH AA 239 b/9 c, passim.

297 Vgl. Reibel, *Fundament*, S. 89.

298 Die 20 im November 1935 in den Stadtrat berufenen Ratsherren etwa, die dem Gremium mit einer Ausnahme bis zum Ende des »Dritten Reichs« angehören sollten, rekrutierten sich in ihrer Mehrheit aus Kreisamts- und Ortsgruppenleitern. Die nicht zu diesem Typus des höheren Heidelberger Parteifunktionärs gehörenden Ratsherren waren z. B. Führer von Gliederungen wie der SS-Sturmabteilungsführer Konrad Zahn oder Professoren der Universität und höhere Beamte der badischen Landesbürokratie wie Eugen Fehrle und Paul Schmitthenner. Einfache NSDAP-Ortsgruppenmitarbeiter, -Zellen oder -Blockleiter wurden wohl nicht Ratsherr, vgl. Jahres-Adreßbuch 1936, S. 539.

299 Kater, *Party*, S. 234 sieht den Blockleiter realiter sogar näher an den gewöhnlichen Parteimitgliedern als an den nächsthöheren Funktionären.

300 S. o., Anm. 53.

301 Vgl. Reibel, *Fundament*, S. 75–98; Müller, *Gewalt*.

geschichtsschreibung hinausreichen. Die Einbeziehung verschiedener Funktionärsebenen bietet zudem die Möglichkeit für Binnenvergleiche, sodass Gemeinsamkeiten, die alle führenden Heidelberger Funktionäre teilten, ebenso zutage treten wie mögliche ebenen- und gruppenspezifische Besonderheiten zwischen Kreisamtsleitern und Ortsgruppenleitern. Die jeweilige soziokulturelle Zusammensetzung dieser Gruppen ist vor allem deshalb von Interesse, weil ihre formelle Beziehung nicht eindeutig geregelt war. Einerseits waren die Kreisamtsleiter den Ortsgruppenleitern hierarchisch übergeordnet, weil sie in der vertikalen Parteistruktur auf einer höheren Ebene agierten. Andererseits aber erstreckte sich ihre direkte Weisungsbefugnis nur auf den das gleiche Ressort bearbeitenden Amtsleiter des Ortsgruppenleiters, nicht aber auf den Ortsgruppenleiter selbst, und auch die Handlungsfreiheit der Kreisamtsleiter innerhalb ihres »Hoheitsgebiets« war enger begrenzt, weil sie anders als die Ortsgruppenleiter und der direkt vorgesetzte Kreisleiter keine »Hoheits-träger« waren.

Die Größe der Untersuchungsgruppe ist nicht nur durch die konzeptionelle Eingrenzung bestimmt, sondern wird auch von der Quellenlage reguliert. In einem ersten Rechenschritt konnten durch die Arbeit an den Beständen des Heidelberger Stadtarchivs, wo die Korrespondenz der Stadtverwaltung mit den lokalen Parteidienststellen überliefert ist, für den Zeitraum von 1933 bis 1945 63 Kreis-, Kreisamts- und Ortsgruppenleiter namentlich identifiziert werden. Die Verfügbarkeit von personenbezogenen Akten im Generallandesarchiv, bei denen es sich hauptsächlich um von den badischen Gauämtern der NSDAP angelegte Personalakten der »Politischen Leiter«, weitere staatliche Personalakten von Beschäftigten des öffentlichen Diensts und nach 1945 im Zuge der Entnazifizierung entstandene Spruchkammerakten handelt, ließ die Anzahl der historiographisch fassbaren Funktionäre dann auf 51 zusammenschmelzen, von denen drei als Kreisleiter, 30 als Kreisamtsleiter und 24 als Ortsgruppenleiter fungierten.³⁰² Zu diesen 51 höheren lokalen NSDAP-Funktionären unterschiedlichen Typs liegen 72 personenbezogene Akten vor, denen mal mehr mal weniger tiefreichende, in jedem Fall aber ausreichend Auskünfte über die Lebensdaten, die individuellen Biographieverläufe und die beruflichen wie politischen Werdegänge entnommen werden können, um auf dieser Basis eine umfassende soziographische Auswertung vorzunehmen. Da dieser Quellenkorpus aus ganz unterschiedlichen Akzentypen verschiedener Provenienzen besteht und weil die Ergebnisse statistisch zusammenge-

302 Die Gesamtzahl von 51 Funktionären erklärt sich dadurch, dass sechs Funktionäre in mehr als eine Kategorie fallen, weil sie im Laufe ihrer Parteikarriere sowohl das Amt eines Ortsgruppen- als auch eines Kreisamtsleiters bekleideten und ein Kreisleiter zuvor Kreisamtsleiter gewesen war.

fasst aufbereitet und nur selten zu Zwecken der Veranschaulichung einzelne Beispiele näher vorgestellt werden, wird auf eine jeweilige Nennung der Aktsignaturen im Anmerkungsapparat verzichtet.³⁰³

Die zweite konzeptionelle Grundentscheidung betrifft die Festlegung der in die Analyse einzubeziehenden Kategorien. Hier wird eine Mixtur aus konventionellen und eher innovativen Kriterien zusammengestellt. Zu den konventionellen Kategorien, die zum Inventar fast jedes historisch-soziologischen Gruppenprofils gehören, zählen die politische Sozialisation sowie die Alters- und Konfessionsstruktur der Protagonisten. Auch der Versuch einer sozialen Schichtung der Untersuchungsgruppe ist bei ähnlich gelagerten Studien gang und gäbe.³⁰⁴ Allerdings wird der vorliegenden Arbeit an dieser Stelle eine eigene Note verliehen, indem nicht nur die am Berufsstand bemessene ökonomische Lage der Funktionäre, sondern – in Anlehnung an das Schichtungskonzept des französischen Sozialphilosophen Pierre Bourdieu – auch ihr sozialer Status und ihr Bildungsgrad in die Verortung im mehrdimensional gedachten sozialen Raum einfließen.

Die Befunde für Heidelberg ziehen ihren Wert nicht primär aus sich selbst, sondern müssen, um nicht als Inselwissen von fragwürdigem Nutzen in der Luft zu hängen, in einen Forschungszusammenhang eingeordnet werden.³⁰⁵ Wie schon in Kapitel 3 soll deshalb auch im Folgenden wo immer möglich der Vergleich mit den Ergebnissen anderer Historikerinnen und Historiker gesucht werden.

4.1 Alter und Generation

»[H]istorischen Wandel durch Rückbindung an die Generationenzugehörigkeit der Akteure besser erklären zu können«³⁰⁶ ist eine Idee, die auf Überlegungen des Soziologen Karl Mannheim aus den 1920er Jahren zurückgeht.

303 Die im Folgenden genutzten Akten kommen aus den Beständen GLA 233, 235-1, 309, 463 Wiesloch, 465 c, 465 d, 465 f, 465 h, 465 q, 465 r, 465 s, 466-2, 466-22, 468 Zugang 1993-34, 469 und 508-1. Eine Aufschlüsselung der Bestandssignaturen und eine genaue Auflistung aller benutzten Archivalien ist dem der Arbeit angehängten Quellenverzeichnis zu entnehmen. Bei den drei Kreisleitern konnten die wichtigsten Angaben der regional- und lokalgeschichtlichen Forschungsliteratur entnommen werden, vgl. Roser, Seiler; Ferdinand, Röhn und Klee, Personenlexikon, S. 112.

304 Vgl. beispielhaft für viele andere Falter, Wähler; Mühlberger, Followers; Arbogast, Herrschaftsinstanzen; Stelbrink, Kreisleiter.

305 Zu diesem klassischen Problem vieler stadtgeschichtlicher Studien vgl. Noakes, Provinz, S. 237.

306 Ulrike Jureit (2011): Einleitung zu: Karl Mannheim: Das Problem der Generationen, in: Bayerische Staatsbibliothek München. 1000 Dokumente-digital, URL: https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0100_gen_de.pdf (2. 4. 2020).

Obwohl Mannheims Generationentheorie »mittlerweile über Fachgrenzen hinweg als kanonisch« gilt,³⁰⁷ wurde sie zur Erklärung der Bindekraft der politischen Ideologie und Bewegung des Nationalsozialismus bisher nur wenig herangezogen, was nicht nur Jürgen W. Falter, dem auf dem Feld der Wähler- und Mitgliederbasis der NSDAP seit Jahrzehnten führenden Forscher,³⁰⁸ »unplausibel« vorkommt.³⁰⁹ Denn seit einiger Zeit zeichnet sich deutlich ab, welch großen Einfluss der generationelle Aspekt auf den Rekrutierungserfolg der NSDAP ausübte und dass es überwiegend junge Männer waren, welche die nationalsozialistische Bewegung unterstützten und deren vor allem in der »Kampfzeit« voluntaristisch-radikales Aufbegehren, ja ihr gewaltvolles Auftreten prägten.

Erklärt wurde die hohe Anfälligkeit der Jugend immer wieder mit den verschiedenen Einflüssen des Ersten Weltkriegs.³¹⁰ Die von Detlef Peukert so bezeichnete »Frontgeneration« der Geburtsjahrgänge von 1880 bis 1899 hatte 1914 bis 1918 überwiegend im Felde gestanden und dort rohe Gewalt, aber auch eine vielfach als »Frontsozialismus« erlebte kameradschaftliche Gemeinschaft erfahren, die sie später besonders für die Volksgemeinschaftsidee des Nationalsozialismus empfänglich machen sollte. Dass sie nach dem Trauma der vermeintlich verratsbedingten Niederlage aufgrund der durch den Kriegseinsatz verzögerten Karrieren in der Weimarer Republik häufig hinter den in den 1870er Jahren geborenen »Alten« der »Gründerzeitgeneration« zurückstehen mussten, verbitterte viele von ihnen. Die noch jüngere Generation der nach 1900 Geborenen, von Peukert »überflüssige Generation« genannt³¹¹ und von Michael Wildt als unter den Tätern des Reichssicherheitshauptamts der SS herausstechende »Generation des Unbedingten« vorgestellt,³¹² blieb vom »My-

307 Ebd.

308 S. o., Anm. 29, 30.

309 Jürgen W. Falter: Was wissen wir über die NSDAP-Mitglieder? Ein Blick auf den Forschungsstand, in: Ders. (Hrsg.): *Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945*, Frankfurt a. M. / New York 2016, S. 89–119, hier S. 119.

310 Vgl. etwa Torsten Kupfer: *Generation und Radikalisierung. Die Mitglieder der NSDAP im Kreis Bernburg 1921–1945; ein Resümee*, in: *Historical Social Research* 31 (2006) 2, S. 180–222; zusammenfassend zu den Interpretationen des Nationalsozialismus als vorwiegendes Jugendphänomen Jürgen W. Falter: *Spezifische Erklärungsmodelle und Motive der NSDAP-Mitgliedschaft*, in: Ders. (Hrsg.): *Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945*, Frankfurt a. M. / New York 2016, S. 65–88, hier insbesondere S. 70–74.

311 Vgl. zur Ausführung des Generationenkonzepts Detlef Peukert: *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt a. M. 1987, S. 25–31.

312 Michael Wildt: *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, vgl. insbesondere S. 52.

thos der Fronterfahrung ausgeschlossen«, ³¹³ wurde vom Krieg aber mittelbar geprägt und litt unter anderem an einer Kindheit und Jugend ohne Väter, oftmals auch ohne die in der Rüstungsproduktion arbeitenden Mütter. ³¹⁴

Für die unteren Funktionäre der NSDAP und deren Altersstruktur liegen vereinzelte Stichprobenergebnisse vor. Kater ermittelt für 1939 ein Durchschnittsalter von 37½ Jahren, das dann bis 1941 auf 41 Jahre angestiegen sei. ³¹⁵ Aus der Alterung von 3½ Jahren in einem nur zweijährigen Zeitraum lässt sich durchaus der von Kater konkludierte Prozess einer relativen Alterung des Funktionärskorps im »Dritten Reich« mit besonderer Beschleunigung im Zweiten Weltkrieg folgern. Seine Spekulation, dass ein länger andauernder Krieg das Überleben der nahezu vergreisenden Partei gefährdet hätte, erscheint jedoch übertrieben. ³¹⁶ Schließlich bewegte sich das Durchschnittsalter der Kreisleiter mit um die 40 Jahren noch immer auf einem für ein regionales Führungsamt vergleichsweise niedrigen Niveau. Weitere Ergebnisse liegen zu den Kreisleitern einzelner Regionen vor. Während die westfälischen Kreisleiter zu knapp über der Hälfte den Alterskohorten von 1896 bis 1905 entstammten, ³¹⁷ fällt der Schwerpunkt auf diesen zehn Geburtsjahrgängen um 1900 bei den württembergischen Kreisleitern mit 40 von 64 dieser Altersgruppe Zugehörigen noch deutlicher aus. ³¹⁸

Für die Ortsgruppenleiter wies die offizielle Parteistatistik von 1935 aus, dass auch hier die Gruppe der damals 31- bis 40-Jährigen sowohl reichsweit als auch in Baden mit über 45% mit Abstand am stärksten vertreten war. Auch unter diesen in der Parteihierarchie nächst unteren »Hoheitsträgern« waren also die Jahrgänge 1895 bis 1905 überrepräsentiert. Die Untersuchungen Carl-Wilhelm Reibels zu einem Ausschnitt der badischen Ortsgruppenleiter für 1941 ergeben hochgerechnet, dass in den sechs Jahren eine erhebliche Alterung einsetzte. Führend waren nun nicht mehr die 31- bis 40-Jährigen, deren Anteil auf 33,5% zurückgegangen ist, sondern die 41- bis 50-Jährigen, also die zwischen 1891 und 1900 Geborenen. Auch noch ältere Ortsgruppenleiter in der sechsten Lebensdekade waren nun signifikant öfter vertreten. Hier ist ein Anstieg von 8,4% auf 18,6% zu verzeichnen, während für die Ortsgruppenleiter in ihren Zwanzigern eine Marginalisierung von 16,4% 1935 auf 2,5% zu

³¹³ Peukert, Krisenjahre, S. 30.

³¹⁴ Vgl. auch Falter, Erklärungsmodelle, S. 73f.

³¹⁵ Vgl. Kater, Party, S. 201.

³¹⁶ Vgl. ebd., S. 235.

³¹⁷ Vgl. Stelbrink, Kreisleiter, S. 17.

³¹⁸ Vgl. Arbogast, Herrschaftsinstanzen, S. 137.

konstatieren ist.³¹⁹ Insgesamt ging der Anteil der unter 40-Jährigen von 63,6% auf 36% zurück.

Die Heidelberger Ortsgruppenleiter waren im Durchschnitt etwas älter. Das gemittelte Geburtsjahr aller zwischen 1933 und 1945 an der Spitze der Stadt-Ortsgruppen stehenden Funktionäre ist das Jahr 1893. Anders als in Stuttgart, wo die Ortsgruppenleiter im Gegenteil jünger als im Reichsdurchschnitt waren und die »überflüssige Generation« fast die Hälfte von 63 Ortsgruppenleitern stellte,³²⁰ ist in Heidelberg die große Mehrheit der »Frontgeneration« zuzurechnen und davon sogar noch einmal ein Drittel der »älteren Frontgeneration«³²¹ der in den 1880er Jahren Geborenen. Zur »verlorenen Generation«, wie die »überflüssige Generation« auch genannt wird, gehörten nur der 1902 geborene Philipp Förster aus Rohrbach und der 1906 geborene Jakob Böhm aus Wieblingen.

Andererseits ist für die Heidelberger Ortsgruppenleiter, wenn man nach der chronologischen Entwicklung fragt, kein nennenswerter Alterungsprozess erkennbar. Im Oktober 1934, als sich das Ortsgruppenwesen in Heidelberg organisatorisch konsolidiert hatte, waren die 13 Ortsgruppenleiter und der Pfaffengrunder Stützpunktleiter, im Durchschnitt ebenfalls 1893 geboren und somit etwa 41 Jahre alt. Zieht man nun das Leitungspersonal der Heidelberger Ortsgruppen im Stichjahr 1943 zum Vergleich heran, so liegt der Zentralwert der Geburtsjahrgänge der elf der 14 damaligen Ortsgruppenleiter mit bekanntem Geburtsdatum fast unverändert bei zwischen 1892 und 1893. Freilich entsprach dies inzwischen einem durchschnittlichen Alter von 50½ Jahren.

Das Durchschnittsalter der Ortsgruppenleiter durch personelle Erneuerung und die Ersetzung bisheriger Amtsträger durch Parteinachwuchs gleichbleibend niedrig zu halten, war der NSDAP in Heidelberg also nicht gelungen. Von einer signifikanten, über den individuell-biologischen Alterungsprozess hinausgehenden Alterung kann aber nicht die Rede sein. Der stabil bleibende Mittelwert der Alterskohorten spricht daher eher für eine gewisse Kontinuität in der von der Kreisleitung betriebenen Personalpolitik. Tatsächlich blieben von den zehn 1932/33 bzw. 1934 eingesetzten Ortsgruppenleitern immerhin vier bis zum Kriegsende auf ihrer Stelle. Mit Hans Feuerstein verblieb ein weiterer Funktionär durchgängig im Rang eines Ortsgruppenleiters und

319 Reibel, Fundament, S. 79f.

320 Vgl. Müller, Gewalt, S. 235.

321 Die Unterscheidung in eine »ältere Frontgeneration« für die in den 1880er Jahren Geborenen und eine »jüngere Frontgeneration« für die in den 1890er Jahren Geborenen findet sich bei Kerstin Theis: Wehrmachtsjustiz an der »Heimatfront«. Die Militärgeschichte des Ersatzheeres im Zweiten Weltkrieg, Berlin / Boston 2016, S. 87.



Abb. 19. Verleihung des »Mutterkreuzes« an Mütter mit mehr als drei Kindern im »Badischen Hof«, Wieblingen; links NSDAP-Ortsgruppenleiter Hans Feuerstein. [StadtAH, BILDA 8625]

veränderte mit seinem Wechsel von Bergheim nach Wieblingen im Sommer 1935 lediglich seinen Dienstbereich. Immerhin bis zum Ausbruch des Krieges und der Einberufung als Soldat harrten der Rohrbacher Ortsgruppenleiter Förster und sein Kirchheimer Kollege Oskar Eisinger auf dem Posten. Und selbst da, wo man Stellen neu besetzen musste, war damit keineswegs immer der Ersatz eines »jungen Kämpfers« durch einen »alten Opportunisten« verbunden.³²² Abgesehen davon, dass schon die 1933/34 in Heidelberg dienenden Ortsgruppenleiter im Vergleich zu Baden oder dem Gesamtreich, wie gezeigt wurde, so jung gar nicht waren, wurde etwa bei den Ernennungen Erich Seeländers (*1896) in Handschuhsheim und Karl Eisenmanns (*1907) in Neuenheim 1938/39 durchaus noch auf überdurchschnittlich respektive sehr junge Kader zurückgegriffen.

Für Kreisamtsleiter fehlen, wie oben erwähnt, jegliche Vergleichsdaten. In Heidelberg weicht ihr Alter insgesamt gesehen nur geringfügig von dem der Ortsgruppenleiter ab. Im Schnitt waren sie minimal jünger als ihre »Parteigenossen« an der Spitze der Ortsgruppen. Für den Oktober 1934 gilt zwar, dass die 17 damals aktiven Kreisstabsmitglieder, deren Lebensdaten ermittelt werden konnten, durchschnittlich zwischen 1892 und 1893 geboren wurden und damit gemittelt 41½ Jahre alt waren. Das Ergebnis wird aber erheblich durch das außergewöhnlich hohe Alter des 1861 geborenen Kreisparteigerichtsvorsitzenden und ehemaligen Kapitäns der kaiserlichen Marine Karl Schmith verzerrt, der ganze 21 Jahre älter war als die nächst älteste Kollegin, die Kreisfrauenschaftsleiterin Sofie Klein (*1882), und sein Amt schon

322 Angelehnt an den Titel von Falter (Hrsg.), Kämpfer.

1935 aus Altersgründen niederlegte. Rechnet man Schmith heraus, erhält der damalige Kreisstab ein Durchschnittsalter von 39½ Jahren, denn immerhin ein knappes Drittel gehört zur »überflüssigen« Nachkriegsgeneration, darunter mit dem erst 23-jährigen Leiter der Kreis-Rechtsstelle Theodor Essig (*1911) der jüngste Protagonist der ganzen Untersuchungsgruppe. Für das Jahr 1940 ergeben die Quellen dann, dass von den zwölf damals nachweisbaren Kreisamtsleitern mit dem Kreisgeschäftsführer Franz Mayer (*1901) nur noch ein einziger Funktionär knapp zu der besonders jungen Generation der nach 1900 Geborenen gehörte. Das Durchschnittsalter war demnach auf ca. 48½ Jahre angestiegen und damit etwas schneller als das individuelle Lebensalter eines auf seiner Stelle verbliebenen Kreisamtsleiters im gleichen Zeitraum. Der bemerkenswerte Unterschied zu den Ortsgruppenleitern liegt aber weniger in der Altersstruktur, die ungeachtet ihres gegenüber den »Hoheitsträgern« auf Ortsgruppenebene etwas jugendlicheren Anscheins über den Zeitverlauf hinweg doch verhältnismäßig ähnlich blieb. Vielmehr ist vor allem die erheblich höhere Fluktuation auffällig, die es in dieser Gruppe gab. Anders auch als im Amt des Kreisleiters, das von 1934 an ununterbrochen von Seiler besetzt wurde, veränderte sich das Kreisamtsleiterkorps im Laufe der 1930er Jahre grundlegend. So waren 1940 nur noch drei der 21 Kreisamtsleiter von 1934 auf ihrem Posten.

Zusammengefasst stechen bei der Analyse der Generationen der Heidelberger NSDAP-Funktionäre über die verschiedenen Ebenen hinweg die Übereinstimmungen mit der bisherigen Forschung und die internen Gemeinsamkeiten ins Auge, denn beinahe ausschließlich rekrutierte sich das Personal aus Angehörigen der für eine politische Führungsschicht eher jungen »Frontgeneration« und der dezidiert jungen »überflüssigen Generation«, wobei eine stattliche Mehrheit von drei Vierteln aus der »Frontgeneration« kam. Es finden sich hier also zugleich die bekannte relative Jugendlichkeit des Nationalsozialismus bestätigt wie auch die bereits durchgeklungene Relativierung des jugendlichen Charakters in Bezug auf das Funktionärskorps der NSDAP nach 1933, als die Partei langsam aufhörte, bevorzugt eine Sache der Jungen zu sein, deren karrierebewusster Teil nun tendenziell eher in die attraktivere, weil schnellere und steilere Aufstiege verheißende SS strebte.³²³ Als Heidelberger Besonderheit zeigt sich hier auch insgesamt ein – sich aber innerhalb der oben genannten Generationsgrenzen bewegendes – etwas höheres Lebensalter der Parteifunktionäre als nach den vorhandenen Zahlen anderer

323 Vgl. Reibel, Fundament, S. 80. Ins Zentrum seiner Interpretation des Reichssicherheitshauptamts der SS (RSHA) rückt Wildt dessen Prägung durch die als »Generation des Unbedingten« in den Titel seines Buches aufgenommene Generation der nach 1900 Geborenen, vgl. Wildt, Generation.

Studien zu erwarten war. Ob hierfür bestimmte lokale Strukturbedingungen ursächlich waren oder hier schlicht der Zufall waltete, muss offenbleiben. Wie sehr etwa nur die Ernennung oder Abberufung eines einzigen Amtsträgers die Durchschnittszahlen ändern konnte, zeigt das Beispiel des Parteigerichtsvorsitzenden Schmith.

4.2 Konfessionsstrukturen

Dass es die NSDAP in der Weimarer Republik schwerer hatte, Katholiken an sich zu binden als Protestanten, wurde oben bereits angesprochen.³²⁴ Auch wenn die Umkehrung der Machtverhältnisse 1933 dieses Ungleichgewicht nivellierte, so zeigen neuere Untersuchungen, dass es doch nie ganz aufgehoben wurde und etwa Parteimitglieder aus mehrheitlich katholischen Regionen die NSDAP auch häufiger wieder verließen als dies Parteimitglieder aus mehrheitlich protestantischen Regionen taten.³²⁵

Auch die unteren Funktionäre der NSDAP, insbesondere die Kreisleiter, werden von der historischen Forschung immer wieder auf ihre Konfessionszugehörigkeit befragt. Wenig verwunderlich kommt dabei stets eine starke evangelische Dominanz heraus. Zum Beispiel waren die über 100 Kreisleiter, die 1933 ein Reichstagsmandat innehatten, zu 76,6% evangelisch,³²⁶ in dem zu zwei Dritteln protestantischen Land Württemberg lag der Anteil mit 81% sogar noch höher³²⁷ und auch in den konfessionell ziemlich ausgeglichenen westfälischen Gauen stellten die Protestanten 69% aller Kreisleiter und waren somit stark überrepräsentiert.³²⁸ Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass Heidelberg ohnehin eine zu fast zwei Dritteln evangelische Stadt war, vermag der mit 80% auch hier hohe Anteil an Protestanten unter den NSDAP-Funktionären der Stadt nicht zu überraschen.³²⁹ Ein die verschiedenen Parteiebenen differenzierendes Hinsehen fördert keine nennenswerten Unterschiede in deren Konfessionsstrukturen zutage. Es kann also nicht da-

324 S. o., Kap. 2.4.

325 Vgl. Jonas Meßner: Austritte aus der NSDAP 1925–1945, in: Jürgen W. Falter (Hrsg.): *Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1925*, Frankfurt a. M. / New York 2016, S. 271–296, hier S. 294.

326 Vgl. Roth, Parteikreis, S. 190.

327 Vgl. Arbogast, Herrschaftsinstanzen, S. 140.

328 Vgl. Stelbrink, Kreisleiter, S. 18.

329 1933 waren 36 Personen der 51-köpfigen Untersuchungsgruppe evangelisch, dabei ist auch ein früher katholisch getaufter, aber schon 1908 übergewechselter Konvertit mitgezählt. Bei neun Funktionären ist ein katholisches Bekenntnis nachgewiesen, in sechs Fällen ist die konfessionelle Zugehörigkeit unbekannt, sie wurden deshalb in die prozentuale Berechnung nicht einbezogen.

von gesprochen werden, dass Protestanten einen per se leichteren Zugang zu den höheren Ämtern auf Kreisebene hatten, während Katholiken vermehrt in den Ortsgruppen aufsteigen konnten.³³⁰ Die Erklärung, dass den Katholiken wegen ihres häufig später erfolgten Parteibeitritts eine Besetzung höherer Stellen meist verwehrt blieb, ist plausibel.³³¹ Die Untersuchungen am Beispiel der Stadt Heidelberg konkretisieren das und legen nahe, dass eine repräsentativere Vertretung der Katholiken in der Funktionärsschicht wenn überhaupt, dann erst unterhalb der Ebene der Ortsgruppenleiter möglich war.

Verfolgt man die Konfessionsstruktur der Heidelberger Parteifunktionäre bis zum Ende des »Dritten Reichs« nach, so ist nicht eine Verschiebung im Verhältnis der beiden Großkonfessionen, sondern primär eine fortschreitende Entkonfessionalisierung innerhalb des städtischen NSDAP-Funktionärskorps feststellbar. Für Nationalsozialisten hatte kollektive Loyalität auf »Volkstum« und »Rasse« zu gründen. Konfessionelle Diversität als Quell möglicher Streitigkeiten wurde hingegen als störend und das völkisch-nationale Gemeinschaftsbewusstsein tendenziell gefährdend empfunden. So pochten die Nationalsozialisten nach 1933 auf einen absoluten Vorrang des Politischen und waren bestrebt, den Einfluss der Kirchen nicht nur auf die Politik, sondern auch auf die Bevölkerung zurückzudrängen. Besonders nach der endgültig abgeschlossenen Konsolidierung der nationalsozialistischen Herrschaft 1935/36 setzte eine Verschärfung des von klerikaler Seite gerne so genannten »Kirchenkampfes« ein.³³² In diesem Kontext ist auch die amtliche Einführung der religiösen Kategorie »gottgläubig« auf den Bögen der Einwohnermeldeämter zu sehen, die den beiden christlichen Mehrheitskonfessionen ab November 1936 Konkurrenz machen sollte. Mit einem Bekenntnis zur Gottgläubigkeit war die Möglichkeit geschaffen, sich von den Amtskirchen

330 Von den 24 Ortsgruppenleitern waren 16 protestantisch, vier katholisch und weitere vier nicht zuzuordnen. Von den 30 Kreisamtsleitern waren 22 protestantisch, sieben katholisch und einer nicht zuzuordnen. Die Aussagekraft bezüglich der Kreisleiter ist bei einer Gruppe von nur drei Personen sehr gering einzuschätzen: Röhn, Seiler und Dinkel waren alle Protestanten.

331 Vgl. etwa Roth, Parteikreis, S. 190.

332 Zum problematischen Begriff des »Kirchenkampfes«, der die zwischen Nonkonformität und Anpassung wechselnde Rolle der Kirchen in der NS-Zeit einseitig auf ihre Verfolgung reduziert vgl. Armin Nolzen: Nationalsozialismus und Christentum. Konfessionsgeschichtliche Befunde der NSDAP, in: Ders. / Manfred Gailus (Hrsg.): Zerstrittene »Volksgemeinschaft«. Glaube, Religion und Konfession im Nationalsozialismus, Göttingen 2011, S. 151–179, hier S. 152. Ein Gespür für das bisweilen paradoxe Verhältnis von Nationalsozialismus und den Kirchen vermitteln etwa die Beiträge des relativ jungen Tagungsbandes von Friedrich Wilhelm Graf / Hans Günter Hockerts (Hrsg.): Distanz und Nähe zugleich? Die christlichen Kirchen im »Dritten Reich« (Schriftenreihe NS-Dokumentationszentrum München), München 2017.

loszusagen ohne sich dabei aber dem Verdacht des von den Nationalsozialisten als vermeintliches Produkt einer »jüdisch<-marxistischen Verhetzung« scharf verfolgten Atheismus auszusetzen.³³³

Wer davon Gebrauch machte, war eine verhältnismäßig kleine Gruppe überzeugter Nationalsozialisten, welche die Ideologie kompromisslos höher hängte als lang tradierte religiöse Lehren und alte kirchliche Bindungen. 1939 machte die Gruppe derjenigen, die ihrer Konfessionsgemeinschaft den Rücken zukehrten, nur 3,5% der Bevölkerung aus, während 95% aller Deutschen in den beiden großen christlichen Kirchen blieben.³³⁴ Deutlich höher schon war der Anteil der »Gottgläubigen« unter den Mitgliedern der NSDAP. Jenseits der tendenziell höheren Übereinstimmung mit der zwar an individueller Frömmigkeit und einem »positiven Christentum« festhaltenden,³³⁵ aber in ihren politischen Konsequenzen weltlichen Ideologie kam für die »Parteigenossen« auch die Loyalitätsverpflichtung zur Parteiführung hinzu, die in ihrem mit Absolutheit vertretenen Anspruch auf »Menschenführung« keine Nebenbuhler in Form der kirchlichen Institutionen dulden wollte.³³⁶ So wurden im Gau Berlin 1939 27% der NSDAP-Mitglieder als gottgläubig geführt und in der erzkatholischen Stadt Aachen waren es immerhin 22,5%.³³⁷ Auf die offiziell in Diensten der NSDAP tätigen Funktionäre übte die Partei sogar nachweislich Druck aus, den Kirchenaustritt zu vollziehen. In einem vielzitierten Schreiben an alle Gauleiter erklärte Bormann die »nationalsozialistische und christliche Auffassung« für »miteinander unvereinbar« und forderte eine von den Kirchen gänzlich unabhängige NSDAP.³³⁸ Das Bestreben, kirchliche Mitgliedschaften in den Reihen der eigenen Funktionäre wenn möglich auszuschalten, sollte nach Wunsch der Parteizentrale von den Kreisleitern vor Ort gefördert werden, weshalb man ihnen als Kontrollmittel Einsicht in die offiziellen Austrittsstatistiken gewährt sehen wollte. Praktisch umgesetzt wurde dies letztlich nur in Bayern und Baden, was dazu führte,

333 Wolfgang Proske (4.2. 2019): Nationalsozialismus und Gottgläubigkeit, in: hpd. Humanistischer Pressedienst, URL: <https://hpd.de/artikel/nationalsozialismus-und-gottglaeu-bigkeit-16461/seite/0/1> (4. 4. 2020)

334 Vgl. Horst Junginger: Die Deutsche Glaubensbewegung und der Mythos einer »dritten Konfession«, in: Armin Nolzen / Manfred Gailus (Hrsg.): Zerstrittene »Volksgemeinschaft«. Glaube, Religion und Konfession im Nationalsozialismus, Göttingen 2011, S. 180–203, S. 197.

335 Vgl. Nolzen, Christentum, S. 154f.

336 Vgl. dazu auch den Willen der Partei, in jedem Dorf das höchste Bauwerk zu stellen, s. o., Anm. 222.

337 Vgl. Nolzen, Christentum, S. 157.

338 Vgl. Ebd., S. 151f.

dass von 22 oberbayerischen Kreisleitern 1939 nur noch drei der katholischen Kirche angehörten, während sich die übrigen 19 gottgläubig nannten.³³⁹ In Württemberg hingegen, wo die Kreisleiter nicht zur Kontrollinstanz gemacht worden waren, traten nur 28 von 41 Kreisleitern und damit deutlich weniger zur Gottgläubigkeit über als in Bayern.³⁴⁰ Auf der Ebene der Ortsgruppenleiter schien die Bereitschaft zum Kirchenaustritt insgesamt etwas geringer ausgeprägt gewesen zu sein. Selbst in Baden, wo die Ortsgruppenleiter von oben unter akuten Druck gesetzt werden konnten, waren bis 1941 nur etwas über 40% zu Gottgläubigen geworden, während sich eine Mehrheit zu diesem Schritt nicht entschließen konnte.³⁴¹

In Relation dazu kamen in Heidelberg Kirchenaustritte innerhalb des Korps der höheren »Politischen Leiter« viel öfter vor. Von 29 Amtsträgern hatten sich am Ende des »Dritten Reiches« ganze 24 von ihren früheren Kirchen getrennt,³⁴² was einer Quote von rund 83% entspricht. Dass diese Zahl so hoch liegt, ist zum Teil dadurch zu erklären, dass sie die Gesamtmenge der im Zeitraum von 1936 bis 1945 aus den Kirchengemeinschaften Ausgeschiedenen bezeichnet und nicht wie bei den württembergischen Kreisleitern oder den badischen Ortsgruppenleitern nur ihre Anzahl zu einem bestimmten Stichtag angibt. Dennoch ist die massive Austrittsbewegung gerade unter den Heidelberger Ortsgruppenleitern frappierend. Bis zum Untergang des »Dritten Reichs« schlossen sich elf von 14 und mithin fast 80% der Ortsgruppenleiter den Gottgläubigen an.³⁴³ Verglichen mit dem von Reibel für Gesamtbaden hochgerechneten Prozentsatz von nur etwas über 40% ist das eine gewaltig anmutende Austrittsdichte, die weder der Verweis auf bestehenden gauinternen Druck, der ja für ganz Baden galt, noch die für Baden untypische protestantische Prägung des Raums hinreichend erklärt. Denn auch alle vier katholischen Kreisamtsleiter und alle drei katholischen Ortsgruppenleiter wandten sich irgendwann von ihrer Kirche ab und wurden gottgläubig. Letzteres zeigt, dass der katholische Glaube, oft als Immunisierungsfaktor

339 Vgl. Roth, Parteikreis, S. 191.

340 Vgl. Arbogast, Herrschaftsinstanzen, S. 140.

341 Vgl. Reibel, S. 80.

342 Von den 51 zur Untersuchungsgruppe gehörenden Funktionären müssen vier herausgenommen werden, zu denen überhaupt keine Religionszugehörigkeit ermittelt werden konnte. Bei insgesamt 17 Funktionären steht zwar die frühere Zugehörigkeit zu einer der beiden christlichen Bekenntnisse fest, es konnte aber nicht festgestellt werden, ob sie ihrer Gemeinde treu blieben oder später austraten. Eine Person war früher evangelisch und wurde später gottgläubig, der Kirchenaustritt datierte aber schon von 1925. So reduzieren sich die 51 Amtsträger auf eine verwertbare Gesamtmenge von n=29.

343 Die Reduktion der 24 Ortsgruppenleiter auf 14 erklärt sich nach den gleichen in Anm. 342 beschriebenen Prinzipien.

gegenüber dem Nationalsozialismus benannt, bei denjenigen, die es in ein Führungsamt der NSDAP getragen hatte, nur noch eine sehr untergeordnete Rolle spielte und einer umfassenden Befolgung der Parteidoktrin nicht mehr entgegenstand. Wohl eher können die liberale Tradition Heidelbergs, die damit zusammenhängende Dominanz bildungsbürgerlich-aufgeklärter Schichten und daraus mutmaßlich resultierende säkularere Dispositionen der Stadtbewohner als Erklärungsschlüssel für die extreme Austrittsbereitschaft der städtischen NSDAP-Funktionäre in Anschlag gebracht werden.

4.3 Soziale Schichtung

Im Folgenden soll der Platz der Heidelberger NSDAP-Funktionäre innerhalb der Gesellschaft bestimmt werden. Allgemein stellen gruppensoziologische Bestimmungsversuche des Nationalsozialismus, kurzum also die Frage, wer in verschiedenen Eskalationsstufen – als Wähler, als Mitglied oder als Funktionär der Partei – Nationalsozialist war, in erster Linie auf die Klassen- oder Schichtenzugehörigkeit ab, die in der Regel materialistisch, d. h. durch die wirtschaftliche Lage der Akteure definiert wird.³⁴⁴ Diese Verengung liegt nicht immer an einer neomarxistischen Perspektive der Autoren, sondern vor allem auch an der begrenzten Verfügbarkeit weiterreichender Daten.³⁴⁵ Ihr Mangel schließt in vielen Fällen die Anwendung erweiterter Schichtungsmodelle von vornherein aus. Zu der ihrer Anzahl nach relativ überschaubaren Gruppe der hier untersuchten höheren Heidelberger NSDAP-Funktionäre ist es aber durchaus möglich, weitere biographische Informationen zu sammeln, sodass es gelingen kann, die soziale Position der lokalen NSDAP-Funktionsträger nach Bourdieu als Produkt von »ökonomischem Kapital«, »kulturellem Kapital« und »sozialem Kapital« aufzufassen und anhand dieser drei sich wechselseitig beeinflussenden Kriterien zu bestimmen.³⁴⁶

Als Indikatoren dieser drei Kapitalsorten gelten im Folgenden für das soziale Kapital die Verankerung im öffentlichen Leben der Nachbarschaft-

344 Nur als ein Beispiel angeführt sei hier die wegweisende Studie von Falter, Wähler, in der es in dem Kapitel über »soziale Trägerschichten« und die »soziale Zusammensetzung der NSDAP-Wählerschaft« ausschließlich um verschiedene Berufsgruppen geht, vgl. ebd., S. 194–289.

345 Für die NSDAP-Mitglieder stellen etwa meist die überlieferten Mitgliederkarten die Quellengrundlage dar, denen sich über eine Berufsbezeichnung hinaus nur noch wenige Informationen abgewinnen lassen, vgl. Detlef Mühlberger: *Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement*, New York 1991, S. 11.

346 Vgl. Pierre Bourdieu: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2)*, Göttingen 1983, S. 183–198.

ten und Stadtteile. Hierzu werden sowohl Mitgliedschaften in Vereinen und Ehrenämter als auch die Herkunft der »Politischen Leiter« – handelte es sich um Sprösslinge alteingesessener Heidelberger Familien oder wurde ein völlig ortsfremder Parteibürokrat nur zum Zweck der Amtsausübung in die Stadt versetzt? – als Faktoren sozialer Integration und sozialen Ansehens berücksichtigt.³⁴⁷ Als Determinante des kulturellen Kapitals wird mangels genauerer Kenntnisse über die Personen nur das von Bourdieu so bezeichnete »institutionalisierte Kulturkapital«, also der formale Bildungsgang und die erreichten Abschlüsse untersucht.³⁴⁸ Für das ökonomische Kapital wird schließlich die berufliche Stellung der Funktionäre als Kriterium angelegt – auch hier vorrangig deshalb, weil Informationen über weitere potentielle Indikatoren wie das Vermögen oder das Einkommen nur sehr uneinheitlich vorliegen. Maßstab ist dabei die soziale Position der Funktionäre um den Jahreswechsel 1932/33 herum, also bevor sie als Parteimitglieder und oftmals sogar schon Funktionäre der Staatspartei einen gesellschaftlichen Aufstieg erfuhren.

4.3.1 Soziales Kapital oder die lokale Verankerung

Um den Grad der sozialen Verankerung der höheren Parteifunktionäre in Heidelberg zu bemessen, kann also die Orientierung an den beiden Kriterien der lokalen Verwurzelung und der Verankerung im öffentlichen Leben hilfreich sein. Um die lokale Verwurzelung zu bestimmen, werden die Geburtsorte der Funktionäre und, wenn sie von außerhalb der Stadt oder bei Kreisfunktionären von außerhalb des Amtsbezirkes kamen, der Zeitpunkt des Zuzugs angeschaut. Um eine Aussage über die Teilnahme am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben der Funktionäre treffen zu können, wird ihr ehrenamtliches Engagement im örtlichen Vereinswesen, in berufsständischen Interessenverbänden oder den kommunalen Selbstverwaltungsgremien herangezogen. So soll ein abgestuftes Schema verschiedener Grade sozialer Vernetztheit entstehen, wobei demjenigen das meiste Sozialkapital zugeschrieben wird, der am längsten in seinem Wirkungskreis lebte und sich aktiv in das Gemeinschaftsleben einbrachte und derjenige zum sozialen Außenseiter erklärt

347 Für den Zusammenhang zwischen diesen beiden Faktoren und sozialem Außenseitertum vgl. Noakes, Provinz, S. 244.

348 In Bourdieus Theorie bildet das »institutionalisierte Kulturkapital« neben dem »inkorporierten Kulturkapital«, also dem tatsächlich angeeigneten Wissen, und dem »objektivierten Kulturkapital«, also den gegenständlich besitzbaren kulturellen Gütern wie Gemälden oder Büchern, nur eine von drei Säulen des kulturellen Kapitals. Die beiden letzteren lassen sich anhand der überlieferten Akten aber natürlich nicht rekonstruieren, vgl. Bourdieu, Kapital, S. 186–190.

wird, der erst kürzlich zugezogen ist und außerhalb des Parteiuniversums eher zurückgezogen lebte.

Die Geburtsorte der untersuchten Personen liegen in 50 von 51 Fällen vor. Dabei kristallisiert sich sehr deutlich Heidelberg als Epizentrum heraus und die Häufigkeit anderer Geburtsorte nimmt mit weiterer Entfernung zur Neckarstadt kontinuierlich ab. 18 der später in Heidelberg aktiven Funktionäre wurden auch in der Stadt geboren. Dazu kommen zwei Kreisamtsleiter, die zwar nicht in Heidelberg, wohl aber in Gemeinden des die Stadt umgebenden Amtsbezirks gebürtig waren, womit ihr Herkunftsort innerhalb ihres Wirkungskreises als Kreisleitungsfunktionäre liegt und sie deshalb den gebürtigen Heidelbergern (40%) gleichzustellen sind.

Die restlichen 30 (60%) stammten mehrheitlich aus Baden (17), einige wenige aus dessen südwestdeutschen Nachbarregionen Württemberg (2), dem Elsass (2), Hessen (2) und der Pfalz (1). Aus Norddeutschland kamen lediglich vier der Funktionäre und nur einer, wenn man von den historisch eng mit den deutschen Gebieten am Oberrhein verwachsenen Elsässern absieht, war ein außerhalb der Reichsgrenzen in Riga geborener Auslandsdeutscher.

Die 60% der Zugezogenen kamen zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Heidelberg an.³⁴⁹ Acht und damit 26,7% von ihnen zogen mit ihren Familien nach Heidelberg, als sie noch im Schulalter waren. Sie wuchsen damit in Heidelberg auf, verbrachten hier die oftmals prägendste Zeit ihres Lebens und sind deshalb ebenfalls als vollwertig lokal verwurzelt anzusehen. Die verbleibende, 22 Personen (44%) zählende Gruppe der wirklichen Auswärtigen lässt sich wiederum differenzieren. Einerseits gab es diejenigen, die bereits geraume Zeit vor dem Antritt ihres lokalen Parteiamtes in die Stadt respektive den Kreis gezogen waren – aus beruflichen, familiären oder anderen Gründen – und sich in ihrer neuen Umgebung folglich eine Zeit lang einleben konnten, um dann später erst zu entscheiden, in der neuen Heimat eine Funktion für die NSDAP zu übernehmen. Bei einer willkürlich festgelegten Zeitspanne von mindestens fünf Jahren Pufferzeit zwischen Zuzug und Parteidienstantritt fallen unter diese Kategorie zehn der Funktionäre. Schließlich bleibt die dementsprechend zwölf Personen (24%) große Gruppe derjenigen, die nur wenige Jahre vor ihrer Ernennung zum »Politischen Leiter« in Heidelberg ankamen und folglich kaum eine Möglichkeit hatten, sich durch gemeinnützige oder ehrenamtliche Arbeit am neuen Wohnort einen Namen zu machen. Für die Hälfte dieser Parteifunktionäre gilt sogar, dass zwischen ihrer Wohnortsverlegung und der Berufung in das Parteiamt nur Monate oder gar Wochen vergin-

349 Maßgeblich ist im Folgenden nicht die erste Wohnsitznahme in Heidelberg, wenn es – wie in wenigen Fällen – bis zur Übernahme des Parteiamts noch einen längerfristigen Wohnortwechsel gab.

Tab. 1. Lokale Verwurzelung der NSDAP-Funktionäre bei ihrem Amtsantritt.

Grad lokaler Gebundenheit	Anzahl (n=50)
In Kreis o. Stadt HD geboren u./o. aufgewachsen	28 (=56%)
> 5 Jahre vor Amtsantritt zugezogen	8 (=16%)
< 5 Jahre vor Amtsantritt zugezogen	6 (=12%)
Unmittelbar vor / Im Zuge d. Amtsantritts zugezogen	6 (=12%)
Nachweislich nicht in Kreis o. Stadt HD geboren, Zuzugsdatum aber nicht bestimmbar	2 (=4%)

gen. Sie mussten ihre parteiamtliche Tätigkeit dann ganz ohne sozialen Kredit beginnen, was bei dem auf »Betreuung« und im besten Fall Begeisterung der Mitmenschen für den Nationalsozialismus orientierten Aufgabenfeld keine leichte Hypothek gewesen sein dürfte.

Meistens aber, das zeigt Tabelle 1, brachten die von der Kreisleitung eingesetzten und von der Gauleitung bestätigten »Politischen Leiter« im Kreisstab und an den Spitzen der Stadt-Ortsgruppen die kardinale Fähigkeit einer profunden Kenntnis des Orts und seiner Menschen mit, waren in Heidelberg geboren oder lebten schon sehr lange dort.

Für die wenigen Fälle, in denen Funktionäre quasi im gleichen Atemzug mit ihrer Ankunft schon in ein lokales Parteiamt eingeführt wurden, können zwei Gründe angeführt werden. Entweder hatte die Partei einen ihrer hauptamtlichen Berufsfunktionäre gezielt nach Heidelberg versetzt, um etwa eine vakante Stelle zu besetzen, so wie es bei Mathias Karcher der Fall war, der, als er 1938 als neuer Kreiskassenleiter nach Heidelberg kam, zuvor schon zwei Jahre lang die Parteikasse im Kreis Kehl geleitet hatte. Ein anderer Grund lag gewöhnlich dann vor, wenn prompt in ein Parteiamt gehievte Neuankömmlinge ihren Parteidienst nur im Nebenamt verrichteten. Dann war der Umzug nach Heidelberg meist Folge einer beruflichen Veränderung und die Partei vermittelte dem schon an der alten Wirkungsstätte für die NSDAP aktiven, in seiner Arbeit also erfahrenen Funktionär eine ähnliche Stelle in der Parteiorganisation der neuen Heimat; ein solcher Fall liegt vor bei dem Volksschullehrer Max Chun, den im August 1937 die Nachricht über die Versetzung aus dem ländlichen Schönwald im Schwarzwald erreicht hatte und der als ehemaliger Stützpunktpressewart und Villingener Kreisschulungsleiter in Heidelberg sofort als Hauptstellenleiter im Kreisschulungsamt verwendet wurde, ehe er 1943 dann für den ausscheidenden Kreispropagandaleiter Gottfried Kramer in dessen Stellung aufrückte.

Die inneren Unterschiede zwischen den Gruppen der Kreisamtsleiter und der Ortsgruppenleiter fallen nicht sehr gewichtig aus, sind aber dennoch auffällig. Die Ortsgruppenleiter kamen insgesamt noch etwas lokaler daher als

der Kreisstab. Von 23 sind 14 in Heidelberg aufgewachsen und zusammen mit den sechs »Hoheitsträgern«, die das Leben in der Stadt bei ihrem Dienstantritt immerhin mehr als fünf Jahre lang kennenlernen konnten, beträgt die Quote der sehr stark und halbwegs stark ortsgebundenen Ortsgruppenleiter knapp 87%. Die der Kreisamtsleiter lag zwar ebenfalls hoch, mit 73,3% aber gleichwohl etwas tiefer. Wahrscheinlich wurden in den Kreisstab mehr Auswärtige berufen, weil im Gegensatz zu den Ortsgruppenleitern einige Stellen auch hauptamtlich besetzt wurden und man von Berufsfunktionären eher verlangen konnte, den Ort ihres Einsatzes nach dem Personalbedarf der Partei zu richten. Eine denkbare Erklärung ist es auch, dass die Partei auf der Ortsgruppenebene noch strikter darauf achtete, dass es sich bei dem Personal, das dort aufgrund der besseren Überschaubarkeit des kleineren »Hoheitsbereichs« zwangsläufig noch näheren Kontakt mit den »Volksgenossen« pflegen musste, wenn möglich um in der Bevölkerung bekannte und angesehene Charaktere handelte. Der Kreisstab war indessen heterogener zusammengesetzt und unter den Kreisamtsleitern befanden sich auch solche, deren Aufgabenprofil nicht notwendigerweise intensiven Bevölkerungskontakt beinhaltete. So scheint es bei einem Kreiskassenleiter oder einem Kreisorganisationsleiter beispielsweise vorstellbar, dass diese ihren Dienst hauptsächlich im Stillen, an ihren Schreibtischen in der Kreisgeschäftsstelle verrichteten, ohne dass die Mehrheit der Bevölkerung davon Notiz nahm. Fernab des Rampenlichts und der Aufmerksamkeit der »Volksgenossen« konnte dann auch getrost vernachlässigt werden, ob jemand schon immer in Heidelberg lebte, »nah bei den Leuten war« und sich durch sein Engagement im öffentlichen Leben die Achtung seiner Mitmenschen verdient hatte.

Diese Achtung der Mitmenschen ist sehr viel schwieriger zu bemessen als die lokale Verwurzelung einer Person. Im Allgemeinen schweigen sich die Quellen darüber aus, was die Mitmenschen über die NSDAP-Funktionäre dachten und von ihnen hielten. Es lässt sich diesem Wert höchstens annäherungsweise beikommen. Dennoch unternimmt die Arbeit den Versuch. Denn mit der Intensität des Engagements in gemeinwohlorientierten Organisationen, berufsständischen Interessenverbänden, Sport- und anderen Freizeitvereinen oder gar in gewählten Repräsentativorganen der kommunalen Selbstverwaltung steht zumindest ein Indiz zur Verfügung, das im Hinblick auf Geselligkeit und lokale Vernetztheit einen aussagekräftigen Richtungshinweis bereithält. Nicht berücksichtigt werden dabei freilich Tätigkeiten und Mitgliedschaften in den Organisationen der alternativen nationalsozialistischen Subkultur. Schließlich soll gerade nicht das Standing der Funktionäre innerhalb der NS-Bewegung eruiert, sondern eine Vorstellung davon gegeben werden, wie hoch der soziale Kredit in der Gesellschaft

vor Ort war, auf den Parteiamtsträger bei ihrem Dienstantritt zurückgreifen konnten. Dementsprechend bleiben auch mögliche Ehrenämter ausgeklammert, die den höheren lokalen NSDAP-Funktionären nach 1933 und mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Grundlage ihres führenden Parteiamts verliehen wurden.

Isoliert betrachtet gibt die Verbindung der Heidelberger NSDAP-Funktionäre mit ihrem sozialen Umfeld vor 1933 ein disparates Bild ab. Bei 18 der 50 »Politischen Leiter«, das entspricht 36%, lässt sich eine Aktivität im oben genannten Sinne feststellen. Bei dieser Zahl gilt es einerseits zu bedenken, dass viele rein nominelle und vor allem apolitische Mitgliedschaften etwa in Sport-, Obstbau- oder Kleintierzuchtvereinen wohl nie Eingang in die Akten gefunden haben dürften, die für diese Arbeit als Quellenbasis dienen.³⁵⁰ Andererseits ist in bewusster Reaktion auf die Problematik der Überlieferung die Hürde, um als sozial gut vernetzt zu gelten, mit nur einer einzigen nachgewiesenen ehren- oder nebenamtlichen Aktivität oder Mitgliedschaft so niedrig gelegt, dass dieser Effekt weitgehend ausgeglichen sein sollte. Vor diesem Hintergrund liegt die Gesamtzahl von 32 Funktionären (64%), die außerhalb des nationalsozialistischen Kontexts und ihrer Erwerbsarbeit anscheinend überhaupt kein Gesicht zeigten, auch eingedenk des Quellenproblems relativ hoch.

Weiterhin zeigt sich, dass eine hohe Korrelation zwischen der lokalen Verwurzelung und der sozialen Vernetzung besteht. Wie Tabelle 2 zeigt waren es in der Regel die schon immer oder sehr lange in Heidelberg lebenden Funktionäre, die sich auch stark in das Vereinsleben und die gemeinsamen Belange ihrer Berufskollegen oder der ganzen Kommune einbrachten.

Verkoppelt man schließlich die Subkategorien der lokalen Verwurzelung und der sozialen Verankerung um 1933, so entsteht eine Vorstellung davon, wie es abzüglich der im »Dritten Reich« aufgrund der Parteitätigkeit erlangten Prestigezugewinne um die »lokale Verankerung« der Funktionäre

350 Dass zuweilen auch führende Vereinstätigkeiten während der 1920er und frühen 1930er Jahre nicht aktenkundig wurden, zeigt der Fall der 1926 angenommenen Vorstandsfunktion im Wieblinger Schützenverein des späteren Ortsgruppenleiters und Kreisamtsleiters für Volkswohlfahrt Friedrich Merdes, über die sich seine Entnazifizierungsakte ausschweigt und die nur ein zufälliger Internetfund ans Tageslicht holte, vgl. Chronik der Schützengesellschaft Heidelberg-Wieblingen e.V., URL: <https://sgwieblingen.jimdofree.com/chronik/> (12. 4. 2020). In vielen der Spruchkammerakten kann ein Engagement selbst in Vereinen und Freizeitorganisationen aber sehr wohl nachgewiesen werden, sei es weil sie die Betroffenen in ihren Verfahren nach 1945 offensiv darstellten, um sich als »normale« und gesellige Bürger zu inszenieren, die ja keine schlimmen Nazi-Täter sein konnten, oder weil der amerikanische Fragebogen, der aber nicht jeder Akte beiliegt, sämtliche Vereinsmitgliedschaften abfragte.

Tab. 2. Lokale Verwurzelung und soziale Einbindung der Heidelberger NSDAP-Funktionäre vor 1933.

Grad lokaler Gebundenheit	Anzahl (n=50)	Davon sozial gut vernetzt
In Kreis o. Stadt HD geboren u./o. aufgewachsen	28 (=56%)	12 (=24%)
> 5 Jahre vor Amtsantritt zugezogen	8 (=16%)	4 (=8%)
< 5 Jahre vor Amtsantritt zugezogen	6 (=12%)	1 (=2%)
Unmittelbar vor / Im Zuge d. Amtsantritts zugezogen	6 (=12%)	1 (=2%)
Nachweislich nicht in Kreis o. Stadt HD geboren, Zuzugsdatum aber nicht bestimmbar	2 (=4%)	0 (=0%)

stand, die zwischen 1933 und 1945 die sogenannte Menschenführung aller »Volksgenossen« zu übernehmen hatten. Zwar kam eine Majorität der lokalen »Politischen Leiter« aus der Stadt selbst oder dem Kreisgebiet, mit dessen Bevölkerung sie befasst waren, aber nicht einmal bei diesen alteingesessenen Heidelbergern handelte es sich zwangsläufig um Menschen von herausgehobener, weit über Familienverbund und Nachbarschaft hinausgehender Bekanntheit.

Allerdings gab es Gegenbeispiele. Der aus einer alten Hettenleidelheimer Familie kommende und dort im Pfälzischen geborene, mit seinen Eltern aber schon im Alter von sechs Jahren nach Heidelberg umsiedelnde Adam Stumpf, machte sich, ehe er im August 1932 als Zellenleiter in der Ortsgruppe Mittelstadt erstmals ein Parteiamt übernahm und zwei weitere Jahre später von 1934 bis 1943 für neun Jahre lang das Kreisamt für Beamte leiten sollte, in den 1920er Jahren durch seine Teilhabe am städtischen Vereinsleben – er war Mitglied im Kanu-Verein, im Männergesangsverein Constantia sowie im Heidelberger Liederkranz, wo er 1929 sogar Rechnungsführer wurde – mutmaßlich mit zahlreichen Vereinskameradinnen und Vereinskameraden bekannt. Und auch Sofie Klein, die 1928 in Heidelberg die erste Ortsgruppe des »Frauenordens« in Baden gründete, aus dem später die NS-Frauenschaft hervorging, deren erste Leiterin sie von 1932 bis 1936 war und in dieser Eigenschaft als einzige Frau auch dem Kreisstab angehörte, tat sich schon vor ihrem frühen Engagement für die NS-Bewegung durch gemeinnützige Arbeit hervor. So half sie neben ihrer hauptsächlichlichen Tätigkeit als Hausfrau in der beim Heidelberger Wohlfahrtsamt angesiedelten Rechtsschutzstelle für Frauen und Mädchen mit, brachte sich im Frauenverein des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und in der evangelischen Mission ein, wo sie sich für die Errichtung von Gemeindeschwesternstationen in der Altstadt stark machte. Aber auch wenn die Liste noch um einige Namen erweitert werden kann – Kleins Nachfolgerin Else Wieswesser war Vorstands dame im DRK, der spätere Kreisobmann und Kreisamtsleiter

für die DAF Karl Lindinger wurde von seinen Kollegen bei der Schnellpresse AG in den Betriebsrat gewählt, Lindingers Amtskollege von der NSV Fritz Beierbach war Anfang der 1920er Jahre im Heidelberger Ableger des Reichsverbands der Angestellten aktiv und der Architekt und spätere Kreisamtsleiter im Amt für Technik Wilhelm Brenner, um nur noch einen Sonderfall zu nennen, war schon 1922 von den Heidelbergerinnen und Heidelbergern als Vertreter seiner damaligen Partei, der DNVP, in den Bürgerausschuss gewählt worden – insgesamt betrachtet bleiben die geschilderten Fälle die Ausnahme und zahlenmäßig eine Minderheit. Die höheren Heidelberger Parteifunktionäre im »Dritten Reich« waren per se keine Gruppe von lokal angesehenen und hochgeschätzten Honoratioren.

4.3.2 Kulturelles Kapital oder das Bildungsniveau

In Folge der allgemeinen Schulpflicht, die ein Phänomen der europäischen Moderne und ihrer Bildungsexpansion ist, kam an dem Schulbesuch im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert in Deutschland schon lange kein Kind mehr vorbei.³⁵¹ Im Gegensatz zu dem für alle obligatorischen Besuch der Volksschule war der Besuch einer weiterführenden Schule jedoch fakultativ. Es bietet sich deshalb an, die Schullaufbahnen der NSDAP-Funktionäre vor allem nach dem Kriterium des Übergangs von der allgemein- und vorbildenden Volksschule in das mittlere oder höhere Schulwesen zu unterscheiden; nicht zuletzt, weil ein tieferer Vorstoß in die damals herrschende »Vielfalt von Schultypen im Bereich der höheren Bildung«³⁵² an dieser Stelle zu weit führen würde. Als weitere Bruchstelle soll im hier angelegten Schema noch der mögliche Übergang an eine Hochschule Berücksichtigung finden. So ergeben sich im Hinblick auf die Durchbildung drei Funktionärstypen und zwar solche von einfacher oder niederer Bildung, solche von mittlerer bis höherer Bildung und Akademiker mit universitärer Bildung.

Bisher ist über das Bildungsniveau von NSDAP-Funktionären wenig bekannt. Eine Ausnahme stellt die preußische Provinz Westfalen dar, über deren Kreisleiter eine Studie vorliegt. Ausschließlich die Volksschule besuchten in Westfalen 37% aller dort eingesetzten NSDAP-Kreisleiter, während 64% auf einer weiterführenden Schule waren,³⁵³ die dort meist einen mittleren Bil-

351 Vgl. grundlegend Peter Lundgreen: Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, Teil I: 1770–1918, Göttingen 1980, Teil 2: 1918–1980, Göttingen 1981.

352 Ebd., S. 72.

353 Stelbrink, Kreisleiter, S. 22f. In Addition würden die beiden Zahlen für Volksschulabsolventen und die Schüler der weiterführenden Schulen 101% ergeben. Es ist deshalb wahrscheinlich, dass sich Stelbrink bei einer der Zahlen um ein Prozent verrechnet.

dungsabschluss erwarben (47%) oder in den selteneren Fällen mit dem damals üblicherweise Reifezeugnis genannten Abitur abschlossen (17%).³⁵⁴ Einen Studienabschluss machten aus dieser Gruppe wiederum 12% der späteren westfälischen Kreisleiter.³⁵⁵ Wolfgang Stelbrink hat darauf hingewiesen, dass diese Zahlen für ein – gemessen an der männlichen Gesamtbevölkerung – relativ hohes Bildungsniveau der Kreisleiter sprechen, denn den Besuch einer »höhere[n] Schule«, die 59% der Kreisleiter Westfalens frequentierten, konnten sich damals deutschlandweit nur rund 10% aller Altersgenossen leisten³⁵⁶ und die Akademikerrate belief sich auf lediglich um die 4%. Auf der anderen Seite bleiben die westfälischen Kreisleiter aber deutlich hinter anderen Funktionseliten des »Dritten Reichs« wie dem Führerkorps von Sicherheitspolizei (Sipo), SD und allgemeiner SS zurück, unter denen ganze 41% studiert hatten.³⁵⁷

Analysiert wurden die Bildungswege nationalsozialistischer Parteifunktionäre sonst nur noch am Beispiel der badischen Ortsgruppenleiter. Reibel gibt die Rate derjenigen Ortsgruppenleiter, die nur in den Genuss einer Volksschulbildung kamen, mit 42% an. Diese Quote läge zwar etwas über derjenigen, die für die westfälischen Kreisleiter ermittelt wurde, aber angesichts des erheblich kleineren Verantwortungsbereiches eines Ortsgruppenleiters im Vergleich mit einem Kreisleiter schiene die Abweichung nur gering zu sein. Allerdings subsumiert Reibel unter die 45,9%, die umgekehrt eine weiterführende Schule besucht haben, ausdrücklich auch die Schüler von Fachschulen, Handelsschulen und landwirtschaftlichen Winterschulen,³⁵⁸ die aber in aller Regel parallel zu einer handwerklichen, kaufmännischen oder eben landwirtschaftlichen Berufsausbildung besucht wurden und somit wohl eher als Teil einer mittelständischen Berufsvorbereitung, denn als Teil der schulischen Bildung zu gelten haben. Das reale Verhältnis zwischen den ausschließlichen Volksschülern und den Empfängern mittlerer und höherer Bildung dürfte also, anders als dargestellt, deutlich stärker in Richtung der Volksschüler ausfallen. Einen Studienabschluss erwarben 10,6% der badi-

354 Vgl. ebd. Die mittleren Bildungsabschlüsse konnten als »Mittlere Reife« an den sogenannten Mittelschulen und an Rektoratsschulen und von sogenannten »Frühabgängern« in Form von Sekundareife, Obersekundareife oder Primareife an den »höheren Schulen« erworben werden, wozu die Gymnasien, aber auch die Realgymnasien, Oberrealschulen und Realschulen zählten.

355 Vgl. ebd., S. 25.

356 Vgl. ebd., S. 23.

357 Vgl. ebd., S. 25.

358 Vgl. Reibel, Fundament, S. 82, Anm. 71.

schen Ortsgruppenleiter.³⁵⁹ So wird dann doch ein signifikanter Unterschied im Bildungsgrad der Kreisleiter und dem der Ortsgruppenleiter erahnbar, wobei die »Hoheitsträger« auf Ortsgruppenebene weniger elitär und näher an der Durchschnittsbevölkerung gewesen zu sein scheinen, diese aber an formaler Bildung noch immer übertrafen. Reibel bemerkt schließlich, dass es innerhalb des Korps der Ortsgruppenleiter markante Unterschiede zwischen besser gebildeten Stadt- und weniger gebildeten Landortsgruppenleitern gegeben habe. Auch wenn hierzu keine Zahlen präsentiert werden, so ist seine Erklärung, dass die Beherrschung der auf dem Land vergleichsweise überschaubaren Verwaltungsstrukturen der Partei weniger Intelligenz erforderte, doch plausibel.³⁶⁰

Für Heidelberg ergeben die Quellen, dass 46,3% der Untersuchungsgruppe nur eine Volksschule besuchten. Das sind einige mehr als von den westfälischen Kreisleitern und mutmaßlich einige weniger als von den badi-schen Ortsgruppenleitern. Auf eine mittlere oder höhere Schule gingen dementsprechend 53,6% und rund 17% nahmen schließlich noch ein Studium an einer Universität oder technischen Hochschule auf.³⁶¹ Der Bildungsstand der Heidelberger NSDAP-Funktionäre liegt damit innerhalb des von der bisherigen Forschung abgeleiteten Erwartungshorizonts. Die im Durchschnitt ordentliche, aber gleichzeitig deutlich hinter den Führern der sicherheitspolitischen Organisationen zurückbleibende Bildung der mittleren und unteren Parteifunktionäre wird auch für Heidelberg bestätigt. Etwas aus dem Rahmen fällt lediglich die Anzahl der Akademiker unter den »Politischen Leitern« in Heidelberg. Obwohl mit den Kreisleitern, Kreisamtsleitern und Ortsgruppenleitern relativ niederrangige Amtsträger betrachtet wurden, liegt sie knapp oberhalb der für die westfälischen Kreisleiter ermittelten Quote. Dies könnte dem besonderen Charakter Heidelbergs als Bildungszentrum und Universitätsstadt geschuldet sein.

Zweitens kann anhand der für Heidelberg vorliegenden Daten die Tendenz eines Bildungsgefälles entlang der hierarchischen Parteistrukturen überprüft werden. Dieser Befund spiegelt sich in Heidelberg partiell wider, denn zwar endete bei 12 von 27 Kreisamtsleitern (44,4%)³⁶² und bei 7 von 16 Ortsgruppenleitern (43,75%)³⁶³ die Schulzeit bei einem etwa gleich großen Anteil schon

359 Vgl. ebd., S. 82.

360 Vgl. ebd., S. 81.

361 Die Gesamtuntersuchungsgruppe reduzierte sich hier auf 41, da zu zehn Funktionären keine Informationen über den schulischen Werdegang in Erfahrung zu bringen waren.

362 Bei drei der 30 Kreisamtsleiter konnten keine Daten zur Schullaufbahn ermittelt werden.

363 Bei den Ortsgruppenleitern musste mit einer noch kleineren Gesamtmenge gerechnet werden, da von den 24 »Hoheitsträgern« nur in 16 Fällen alle Informationen zur

nach der Volksschule. Dafür allerdings ist für die Kreisamtsleiter eine mit sieben von 27 Studierenden und damit 25,9% wesentlich höhere Akademikerrate zu konstatieren, während von den 14 Ortsgruppenleitern nur ein einziger eine Universität besuchte. Dies spricht dann doch dafür, dass im Verhältnis zwischen Kreisamtsleitern und Ortsgruppenleitern die höhere Hierarchieebene mit einem höherwertigen Bildungsstatus einherging. Zudem ist auffällig, dass der Kreisstab in Bezug auf den Bildungsgrad heterogener zusammengesetzt war als das Korps der Stadt-Ortsgruppenleiter, waren dort doch etwas mehr einfache Volksschulabgänger, gleichzeitig aber auch deutlich mehr hochqualifizierte Akademiker anzutreffen. Dies könnte an der weiträumigeren Zuständigkeit der Kreisleitung gelegen haben, zu deren Einflussphäre neben der mittelgroßen Universitätsstadt auch zahlreiche Kleinstädte und Bauerndörfer gehörten und somit auch das Reservoir an potentiell zu rekrutierenden Funktionären um die in diesen Siedlungsstrukturen vorherrschenden Milieus erweitert war. Dazu passt auch das von Reibel behauptete Stadt-Land-Gefälle im Bildungsgrad innerhalb der Gruppe der Ortsgruppenleiter. Mit einem von 14 Akademikern lagen die Heidelberger Stadt-Ortsgruppenleiter zwar nicht über den 10% in Gesamtbaden. Allerdings war der Anteil der Absolventen mittlerer und höherer Schulen mit 56,25% in Heidelberg eklatant größer als im ganzen Land Baden.³⁶⁴

4.3.3 Ökonomisches Kapital oder Berufe und Berufsgruppen

Über die Anteile bestimmter Berufsgruppen an der NS-Bewegung ist, wie eingangs schon gesagt wurde, mehr geforscht und geschrieben worden als zu der sozialen Vernetzung und den Bildungswegen ihrer Akteure. Nachdem zu Anfang das Paradigma der besonders mittelständischen Prägung der NSDAP die Diskussionen bestimmt hatte³⁶⁵ und der Nationalsozialismus sogar explizit als »Extremismus der Mitte« charakterisiert worden war,³⁶⁶ relativierten Anfang der 1990er Jahre empirische Untersuchungen diese These. Falter's Diktum von der NSDAP als »Volkspartei mit Mittelstandsbauch« mit einem zwar

Schullaufbahn vorliegen. Von diesen 16 gingen neun auf eine weiterführende Schule und sieben stiegen schon nach der Volksschule ins Berufsleben ein.

364 Für Baden müssten für einen adäquaten Vergleich der Absolventen mittlerer und höherer Schulen von den von Reibel genannten 45,9% noch die schätzungsweise großen Anteile an Handels- und Gewerbeschülern abgezogen werden.

365 Schon vielen Zeitgenossen schien der Mittelstand die hauptsächliche Trägergruppe des Nationalsozialismus gewesen zu sein, vgl. etwa Geiger, Panik.

366 So der wohl einflussreichste Vertreter der Mittelstandstheorie Seymour M. Lipset: Der »Faschismus«, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Ernst Nolte (Hrsg.): Theorien über den Faschismus, Köln ⁴1976, S. 449–491.

»überdurchschnittlichen, aber eher nicht erdrückenden Mittelstandsanteil«, die in erheblichem Maße auch von Arbeitern unterstützt wurde, stellt seither den *state of the art* der Forschung dar.³⁶⁷

Über die soziale Stratifikation der Funktionärsklasse aber wurde seither festgestellt, dass sich in der Wähler- und Mitgliedschaft nur abzeichnende Tendenzen verschärften und zu veritablen schichtenspezifischen Schwerpunkten auswuchsen. Gab es in der »Regimezeit« der NSDAP schon unter den Mitgliedern einen leichten Elitenüberhang, während Arbeiter unterrepräsentiert waren, so ging die Schere zwischen der Gesamtbevölkerung und den Funktionären der Partei noch weiter auseinander. Je höher man in der Parteistruktur schaut, desto Oberschichtslastiger waren Führungsstäbe zusammengesetzt und desto geringer war umgekehrt der Arbeiteranteil.³⁶⁸

Für die mittlere und untere Führungsebene der Partei, die auch in dieser Arbeit im Zentrum steht, wurde dies eindrücklich von Claudia Roth gezeigt, die anhand der offiziellen Parteistatistik nachzeichnet, wie etwa der Arbeiteranteil von der Gesamtbevölkerung (46,3%) über die Parteimitglieder (32,1%), das Korps der Politischen Leiter (23%), die Stützpunktleiter (13%), die Ortsgruppenleiter (9,3%) bis hinauf zu den Kreisleitern (8%) stetig und rapide zusammenschmolz und wie andererseits die gewöhnlich gut gestellten Beamten antiproportional dazu ihren Anteil von 4% an der Erwerbsbevölkerung über 13% der Mitgliedschaft und 17,6% aller Funktionäre auf 21,4% aller Kreisleiter steigern konnten. Noch stärker vertreten als das Beamtentum waren unter den Kreisleitern allerdings mit 37,1% die Angestellten und auch die Gruppe der Selbstständigen war mit 17,8% im Vergleich zu ihren 9,6% unter allen Berufstätigen übermäßig präsent.³⁶⁹ Der Befund einer unübersehbaren mittelständischen Dominanz unter den Kreisleitern bei gleichzeitiger Überrepräsentation der Oberschicht, die stark zulasten der unteren Schichten ging, wird von allen bekannten Regionalstudien bestätigt.³⁷⁰

Über die Ortsgruppenleiter lässt sich Ähnliches sagen. Sowohl im Reich als auch in Baden und dort konstant von 1935 bis 1941 betrug der Arbeiteran-

367 Falter, Wähler, S. 371f. Im gleichen Jahr wie Falter kam Mühlberger, Followers im Bezug auf die Mitglieder zu dem gleichen Ergebnis. Die Einschätzung von Süß, Volk, S. 44 einer Massenunterstützung aus allen Segmenten der Gesellschaft bei bleiben der Unterrepräsentation der Arbeiterschaft (32,1% der Parteimitglieder gegenüber 46,3% der Reichsbevölkerung) und Überrepräsentation des alten und neuen Mittelstands, der 1935 mehr als die Hälfte der Mitgliedschaft stellte, zeigt, dass diese Sichtweise bis heute Hegemonialstatus hat und Eingang in Synthesewerke der NS-Gesellschaftsgeschichtsschreibung findet.

368 Kater, Party, S. 236.

369 Vgl. Roth, Parteikreis, S. 182f.

370 Vgl. ebd., S. 190; Arbogast, Herrschaftsinstanzen, S. 130; Stelbrink, Kreisleiter, S. 29.

teil an den Stützpunkt- und Ortsgruppenleitern nur um die 10%. Größere Verschiebungen gegenüber dem Kreisleiterkorps sind aber im Hinblick auf die Repräsentanz der Bauern zu beobachten. Stellten sie nur 11,8% aller Kreisleiter,³⁷¹ machten sie unter den Ortsgruppenleitern 1935 mit ca. 30% die größte Gruppe aus, was Reibel überzeugend auf die zahlreichen kleinen Ortsgruppen und noch mehr Stützpunkte in ländlichen Gebieten zurückführt.³⁷² Ansonsten waren aber auch unter den Ortsgruppenleitern mittelständische Angestellte, Selbstständige und Beamte dominant.³⁷³ Man kann also nach allem, was bisher über die mittleren und unteren Funktionäre der NSDAP bekannt ist, davon sprechen, dass Vertreter der mittleren und unteren Mittelschicht absolut hervorragten und für diese niedrigeren Führungsebenen die Vorherrschaft kleinbürgerlich-mittelständischer Elemente, die früher der Gesamtpartei unterstellt wurde, voll und ganz zutrifft.³⁷⁴ Falters für Wähler und Mitglieder gültige These von der »Volkspartei mit Mittelstandsbauch« müsste also mit Blick auf die mittleren und kleineren Funktionäre in »Mittelstandspartei mit elitären Einsprengseln und nur wenigen versprengten Unterschichtsangehörigen« umformuliert werden.

Die Ergebnisse solcherlei sozialstatistischer Untersuchungen sind gleichwohl in hohem Maße von methodischen Prämissen und kategoriellen Setzungen abhängig und Vergleiche werden dadurch erschwert, dass die Zusammenfassung einzelner Berufsbezeichnungen zu größeren Berufsgruppen und deren Zuordnung zu sozialen Großschichten höchst umstritten sind und ganz unterschiedlich gehandhabt werden. Detlef Mühlberger hat es vor diesem Hintergrund als Ideallösung angepriesen, die Daten zunächst in ihrer rohesten Form, also die bloßen Berufsbezeichnungen zu präsentieren, um so Transparenz herzustellen und eine spätere Übersetzung in andere Schichtungsmodelle zu ermöglichen.³⁷⁵ Um bei dieser bloßen Wiedergabe aber nicht stehenzubleiben, sondern interpretativ eine eigene Schichtung der Heidelberger NSDAP-Funktionäre zu entwerfen, wird sich im Folgenden an die für die Zeit weithin anerkannte Grobgliederung in drei Gesellschaftsschichten – Oberschicht und obere Mittelschicht, mittlere und untere Mittelschicht sowie Unterschicht – gehalten, unter die dann nach dem überzeugend begründeten Klassifikationsmodell Mühlbergers etwas verfeinerte Berufsgruppen subsu-

371 Vgl. Roth, Parteikreis, S. 183.

372 So auch Kater, Party, S. 199.

373 Vgl. Reibel, Fundament, S. 82f.

374 So auch Stelbrink, Kreisleiter, S. 29.

375 Vgl. Mühlberger, Followers, S. 12.

miert und diesen wiederum die in den Quellen auffindbaren diversen Berufe zugeordnet werden.³⁷⁶

An Tabelle 3 (s. Anhang) lässt sich deutlich ablesen, dass in Heidelberg in Bezug auf die Verteilung der mittleren und unteren Parteifunktionäre auf die verschiedenen Berufe und Schichten keine grundlegend anderen Verhältnisse herrschten als anderswo. Besonders bemerkenswert erscheint vor allem die Tatsache, dass es, wenn man Mühlberger, der für diese Entscheidung die Expertise der zeitgenössischen Volkszähler und die arbeitsrechtliche Gesetzeslage ins Felde führt,³⁷⁷ darin folgt, im öffentlichen Sektor beschäftigte Arbeiter anstatt zur Unter- zur unteren Mittelschicht zu zählen, kein einziger unterschichtsangehöriger Arbeiter während der zwölfteinhalf Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft in Heidelberg schaffte, zum Ortsgruppenleiter oder Kreisamtsleiter, geschweige denn zum Kreisleiter ernannt zu werden. Der Befund steht mit der vorwiegend kleingewerblichen Wirtschaftsstruktur der Stadt Heidelberg im Einklang, welche die Auswahl an für ein Parteiamt in Frage kommenden Industriearbeitern von vornherein limitierte.³⁷⁸ Es ist dennoch bemerkenswert, dass die NSDAP, die mit dem Impetus angetreten war, die sozialen Gräben zu nivellieren und Klassenprivilegien zugunsten einer rassistisch bereinigten »Volksgemeinschaft« abzuschaffen,³⁷⁹ von einer Funktionärsschicht getragen wurde, in der die im Land herrschenden sozialen Verhältnisse derart verzerrt waren.³⁸⁰

Differenziert man die schier übermächtige Mittelschicht (gut 80%), so ist zuvorderst die Vielzahl der Volksschullehrer auffällig, deren besondere Neigung zum Parteiamt auch für die Kreisleiter schon herausgestellt wurde.³⁸¹ Neben den sechs 1932/33 als Volksschullehrer arbeitenden Funktionären, darunter auch der spätere Kreisleiter Seiler, war mit dem langjährigen Kreispropagandaleiter Gottfried Kramer aus Neckargemünd ein weiterer Amtswalter in diesem Beruf tätig. Allerdings schulte Kramer schon 1919 um und ließ sich

376 Vgl. für die hier übernommenen methodischen Überlegungen ebd., S. 11–20.

377 Vgl. ebd., S. 14.

378 Vgl. oben, Kap. 2.4.

379 Vgl. etwa Kater, Party, S. 238.

380 Es ist vor diesem Hintergrund verständlicher, dass die praktische Sozialpolitik der NSDAP in der »Regimephase« weit hinter der einen »Sozialismus der Tat« propagierenden Rhetorik zurückblieb und die bestehenden Besitzverhältnisse im »Dritten Reich« im Wesentlichen unangetastet blieben, vgl. etwa die neue voluminöse Darstellung von Ralf Banken: Hitlers Steuerstaat. Die Steuerpolitik im Dritten Reich (Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus, Bd. 2), Berlin 2018; anders zuvor in seinem einflussreichen Werk Aly, Volksstaat, der die sozialen Leistungen des Regimes für die Mehrheit der Bevölkerung betont hatte.

381 Vgl. Kater, Party, S. 384; Arbogast, Herrschaftsinstanzen, S. 131f.

als damaliger Unterlehrer in Mannheim freistellen, um am Konservatorium in Heidelberg, später in Leipzig und Stuttgart Musik zu studieren und schließlich das Kapellmeisterexamen abzulegen.

Die Mitglieder der Oberschicht waren im Heidelberger Funktionärskorps (11,8%) im Vergleich zu ihrem Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung (2,8%)³⁸² prozentual sogar noch stärker überrepräsentiert als die in absoluten Zahlen dominierenden Mittelständler.

Jenseits der Bestätigung von Bekanntem lässt sich anhand der erzielten Ergebnisse zeigen, inwiefern die bislang nicht eigens untersuchte Gruppe der Kreisamtsleiter von der beruflich-sozialen Zusammensetzung der »Hoheitsträger« auf Kreis- und Ortsgruppenebene abwich. Der exklusive Blick auf diese Funktionärsgruppe legt offen, dass von den 30 Kreisamtsleitern in Heidelberg 21 aus der Mittelschicht (70%) kamen, sechs aus der Oberschicht (20%) und keiner aus der Unterschicht.³⁸³ Doch auch wenn die prozentuale Verteilung auf die gesellschaftlichen Grobschichten im Vergleich zur Gesamtuntersuchungsgruppe nur leicht in Richtung der Oberschicht zu variieren scheint, bedeuten die Zahlen doch auch, dass sämtliche Angehörigen der Berufseliten, die in Heidelberg ein Parteiamt bekleideten, dies auf Kreisebene und nicht auf Ortsgruppenebene taten. Die Ortsgruppenleiterposition mit ihrer begrenzten Einflusszone scheint für die lokalen Eliten nicht interessant gewesen zu sein. Wenn sich Nationalsozialisten aus der Oberschicht für ein lokales Parteiamt erwärmen konnten, dann wurden sie nicht unterhalb des Kreisstabes aktiv. Meistens übernahmen sie dort eine Arbeit, die ihrem beruflichen Metier entsprach: Der als Fabrikdirektor und Vorstandsmitglied der Portland-Zementwerke Heidelberg AG einflussreiche Wirtschaftsführer Ernst Kobe hatte seit 1934 den Posten des Kreiswirtschaftsberaters inne; der Architekt Wilhelm Brenner war von 1934 bis 1938 Kreisamtsleiter für Technik; die Ärzte Dr. Waldemar Pychlau und Dr. Paul Walther, jener Leiter der Chirurgie-Abteilung im Bethanien-Krankenhaus und dieser Medizinalrat und Oberarzt in der Badischen Landesheil- und Pflegeanstalt in Wiesloch, waren von 1934 bis 1936 Kreisamtsleiter für Volksgesundheit respektive seit 1936 Leiter des Rassenpolitischen Kreisamts. Der Gymnasiallehrer Gottfried Grein schließlich war von 1935 bis zu seiner wegzugsbedingten Versetzung 1937 Kreisamtsleiter im Amt für Erzieher.

382 Vgl. Roth, Parteikreis, S. 187.

383 Vier Personen sind der Gruppe »Sonstige« zuzuordnen, nämlich die beiden Kreisfrauenschaftsleiterinnen als Hausfrauen, Sofie Klein und Else Wiswesser, der Pensionär und Parteigerichtsvorsitzende Karl Schmith und der erste Heidelberger Kreisleiter der »Regimezeit«, Hermann Röhn, der bis zu seiner Ernennung zum hauptamtlichen Gauamtsleiter in der Zinngießerei seiner Eltern mithalf.

Dementsprechend ergibt der Fokus auf die Ortsgruppenleiter umgekehrt ein Bild der absoluten Homogenität: Alle hier untersuchten 24 Ortsgruppenleiter Heidelbergs sind der unteren und mittleren Mittelschicht zuzuordnen. Befindet sich diese an den Großklassen orientierte Analyse noch mit den Ergebnissen Reibels zu der Sozialstruktur der Ortsgruppenleiter in Deckung, so liegt ein gravierender Unterschied in der Repräsentation der Landwirte vor, die sowohl in Baden als auch im Reich über den Zeitverlauf hinweg immer zwischen knapp 23% und etwas über 30% lag, während in Heidelberg mit dem bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht 1940 als Rohrbacher Ortsgruppenleiter amtierenden Philipp Förster nur ein einziger Bauer die Gemeinschaft der Stadt-Ortsgruppenleiter bereicherte. Wiederum ist es die besondere Wirtschaftsstruktur Heidelbergs, in der der agrarische Sektor nur eine untergeordnete Rolle spielte,³⁸⁴ die diesen innermittelständischen Ausschlag zugunsten der gewerblich-kleinindustriellen Wirtschaftszweige erklären kann.

4.4 Politische Sozialisierungswege und die Frage der Elitenkontinuität

Hinter der Rede von einer »Verbürgerlichung« der NSDAP durch ein erhebliches Personalrevirement im Funktionärskörper nach 1933³⁸⁵ steht häufig die Vorstellung von einer bürgerlich-konservativen Einfärbung der Partei. So habe nach der »Machtergreifung«, so Dietmar Süß, »vor allem das national-konservative Bürgertum [...] den Charakter der NSDAP zunehmend verändert«.³⁸⁶ Und Neisen sekundiert, dass es in den Kommunen »allen voran unter [...] deutschnationalen Honoratioren« die Bereitschaft gab, Trennendes zu vergessen und sich dem Nationalsozialismus anzuschließen.³⁸⁷ Für die weiter oben aufgeworfene Frage nach der Öffnung des Funktionärskorps für traditionelle Führungsschichten muss also nicht nur das Ausmaß der Inkorporierung tendenziell älterer, besser qualifizierter und wirtschaftlich saturierter Honoratioren berücksichtigt werden, sondern es lohnt, auch auf die Übernahme von Persönlichkeiten zu achten, die von den etablierten Parteien insbesondere der traditionellen Rechten, aber auch des wirtschaftsliberalen Bürgertums, namentlich von DNVP und DVP, her kamen. Deshalb sollen im Folgenden die politischen Werdegänge und Sozialisationsprozesse vor allem derjenigen Funktionäre betrachtet werden, die sich im »Dritten Reich« an der Ausübung der Parteiherrschaft beteiligten, aber erst nach 1933 zur Partei

384 Vgl. oben, Kap. 2.4.

385 Vgl. etwa Süß, Volk, S. 44.

386 Vgl. ebd.

387 Vgl. Neisen, Macht, S. 19.

gestoßen waren. Denn auch wenn die Forschung mit Verweis auf disparatere Motivlagen unter den im Frühjahr 1933 als »Märzgefallene« oder später eingetretenen Neumitgliedern klargestellt hat, dass es sich bei ihnen nicht ausschließlich um karriere- und aufstiegsorientierte Opportunisten handelte,³⁸⁸ scheint es bei dieser Spezies anders als bei den vor 1933 eingetretenen »Alten Kämpfern« der Bewegung zumindest denkbar, dass sie trotz einer partiellen inneren Distanz zu bestimmten Seiten der NSDAP und ohne genuine Nationalsozialisten zu sein in die Parteiuniform schlüpfen; etwa aus Konfliktscheu oder der Bereitschaft, um der Wahrung einflussreicher Positionen willen Kompromisse einzugehen.

Von den untersuchten Heidelberger NSDAP-Funktionären waren es aber nicht mehr als sechs von 50 (12%), die der Partei erst mit Anbruch der »Regimephase« beitraten. Die große Mehrheit von 88% (44 von 50) wurde schon vor dem 30. Januar 1933 Parteimitglied und noch einmal fast die Hälfte dieser Mehrheit der »Alten Kämpfer« war sogar vor dem Durchbruch der NSDAP zur erfolgreichen Massenpartei im September 1930 zur Bewegung gekommen, als diese noch eine bestenfalls ignorierte Randerscheinung gewesen ist.³⁸⁹

Der Anteil der früh eingetretenen und mutmaßlich aus rein innerer Überzeugung für den Nationalsozialismus entstehenden »Parteigenossen« war damit unter den höheren NSDAP-Funktionären in Heidelberg zwar groß; er reichte gleichwohl nicht heran an die politische Homogenität des Kreisleiterstandes. Diese direkt den mächtigen Gauleitern verantwortlichen mittleren Funktionäre rekrutierten sich fast ausschließlich aus solchen Parteianhängern, die sich schon vor 1933 zur »Hitlerbewegung« bekannt hatten.³⁹⁰ Auf der Ebene darunter, unter den Mitarbeitern des Kreisleiters im Rang

388 Vgl. etwa Süß, Volk, S. 45; Jürgen W. Falter: Die »Märzgefallenen« von 1933 – Neue Forschungsergebnisse zum sozialen Wandel innerhalb der NSDAP-Mitgliedschaft während der Machtergreifungsphase, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998), S. 595–616, hier S. 595f., 604.

389 20 der 44 »Alten Kämpfer« traten der NSDAP vor September 1930 bei. 23 schlossen sich ihr zwischen Oktober 1930 und Dezember 1932 an. Bei einer Person ist lediglich das Eintrittsjahr, nämlich 1930, verbürgt, sodass sie nicht eindeutig einer der beiden Subgruppen innerhalb der Mehrheit der »Alten Kämpfer« zugeordnet werden kann. Nimmt man sie mangels genaueren Wissens aus der Berechnung heraus, so waren es 45,5% der »Alten Kämpfer«, die ein besonders frühes Eintrittsdatum vorweisen konnten; auch Kater, Party, S. 193 stellt fest, dass die »Hoheitsträger« der Partei bis hinunter zum Ortsgruppenleiter verdiente Parteiveteranen waren und erst darunter in großem Umfang Opportunisten aufsteigen konnten.

390 Sämtliche 776 Parteieintrittsdaten von Kreisleitern, die Kater, Party, S. 385 ermittelt, datierten aus der Zeit vor dem 30. 1. 1933. Auch in Württemberg waren alle 64 von Arbogast, Herrschaftsinstanzen, S. 140 untersuchten Kreisleiter »Alte Kämpfer«. Lediglich

von Kreisamtsleitern und den Ortsgruppenleitern, dominierten die »Alten Kämpfer« zwar auch deutlich. Immerhin aber schien es für Neumitglieder hier überhaupt die Chance gegeben zu haben, in parteiamtliche Stellungen zu gelangen – zumindest dann, wenn sie ein wenig Geduld aufbrachten oder der Partei Anderes zu bieten hatten: Die 1933 eingetretenen Ortsgruppenleiter Friedrich Wölfel und Erich Seeländer mussten sich zunächst einige Jahre lang als Ortsgruppenamtsleiter bzw. Seeländer zunächst als Block- und Zellenleiter, später ebenfalls als Ortsgruppenamtsleiter bewähren, ehe der Eine 1939 als Nachfolger eines nunmehrigen Wehrmachtssoldaten aufrückte und der Andere 1944 die Führung einer neu gebildeten Ortsgruppe übertragen bekam.³⁹¹

Will man nun die politische Umprägung untersuchen, welche die Partei 1933 zumindest in geringem Umfang erfahren hat, so führt eine genauere Betrachtung der politischen Vitae dieser sechs Funktionäre weiter, die der Partei allesamt 1933 oder 1934 beitraten.³⁹² Auf eine Nähe zum Milieu des traditionellen Konservatismus deuten die sechs Biographieverläufe dabei mit zwei Ausnahmen nicht hin. Der Kreiswirtschaftsberater und hohe Industriemanager Kobe habe, wie er selbst behauptet, »vor 1933 schon immer rechts gestanden« und sei mit einer »gut deutschen Gesinnung« durchs Leben gegangen. Als Sohn einer evangelischen Pfarrersfamilie aus dem ländlichen Umfeld des fränkisch-nordbadischen Wertheim sei zudem seine »ganze weltanschauliche Entwicklung in christlich-sozialer Grundeinstellung beeinflusst« und sein Vater ein Anhänger des protestantischen Theologen und Politikers Adolf

in Westfalen amtierten kurzzeitig zwei Kreisleiter, die nach der »Machtübernahme« eingetreten waren, vgl. Stelbrink, Kreisleiter, S. 38. Die Heidelberger Kreisleiter Röhn, Dinkel und Seiler waren alle vor September 1930 in die Partei eingetreten.

391 Dies passt zu der Altersentwicklung der Stuttgarter Ortsgruppenleiter, unter die sich erst 1935 der erste »Märzgefallene« mischte, der später noch Gesellschaft von vier weiteren Neumitgliedern bekam (n=63), vgl. Müller, Gewalt, S. 236.

392 Fünf der Funktionäre traten zwischen dem 1. 2. 1933 und dem 1. 5. 1933 bei. Etwas komplizierter ist die Lage bei dem sechsten Parteifunktionär, Kreiswirtschaftsberater Kobe, der sein vom 28. 7. 1934 datierendes Mitgliedsbuch erst im Herbst 1934 erhalten haben will. Seine Mitgliedsnummer (369447) spricht aber für einen früheren Eintritt ungefähr im Spätjahr 1930. Kobe selbst will sich damals am Rande einer Parteiversammlung nur in eine unverbindliche »Zustimmungsliste« eingetragen haben, vgl. Ernst Kobe an den öffentlichen Kläger der Spruchkammer Heidelberg vom 30. 4. 1948, in: GLA 465 q Nr. 18449. Auch wenn »Ausfälle älterer Parteigenossen« als Erklärung für die niedrigere Mitgliedsnummer, die Kobe von den Parteiinstanzen bekommen haben will, höchst fragwürdig ist, so galt er nach den starren bürokratischen Regeln der NSDAP doch erst mit dem Erhalt seines Mitgliedsbuchs als »Parteigenosse«. Vgl. zum Aufnahmeverfahren der NSDAP Wolfgang Benz (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a. M. 2009.

Stoecker gewesen, der in seiner antisemitischen Aufladung traditionell konservativer Positionen wohl als klassischer Vertreter einer im späteren Kaiserreich aufkommenden »Neuen Rechten« und damit als Bindeglied zwischen den preußischen Altkonservativen und dem neuen nationalchauvinistischen Rechtsradikalismus der Zwischenkriegszeit gelten muss.³⁹³ Auch Kobes Bemerkung, das von ihm mitgeleitete Zementwerk sei in der Weimarer Republik eine »Hochburg des Stahlhelms« gewesen,³⁹⁴ lässt darauf schließen, dass der Wirtschaftspatriarch dem antirepublikanischen Wehrverband, der eng mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) zusammenarbeitete, auch ohne eigene Mitgliedschaft wohlwollend und fördernd gegenüberstand. Als Teil der regionalen Wirtschaftselite mit christlich-konservativem und nationalem Einschlag war Kobe ein klassischer Repräsentant der alten, mit der Demokratie fremdelnden und der traditionellen Rechten nahestehenden Elite, die sich mit dem Faschismus der NSDAP nicht per se identifizierte, in ihm aber einen Partner im rechten Lager sah, der zwar standesdünkelhaft kritisch beäugt wurde, in dem man aber im Vergleich zur liberalen Demokratie oder gar der »bolschewistischen« Bedrohung von links das geringere Übel sah.³⁹⁵ Nach der »Machtergreifung«, die von der NSDAP zunächst geschickt als Gemeinschaftsakt aller antidemokratisch-rechten Kräfte in einer »nationalen Erhebung« gegen das verhasste »Novembersystem« inszeniert worden war,³⁹⁶ war es für diese konservativen Eliten dann leicht, Anknüpfungspunkte an die antiliberalen, antimarxistischen und antisemitischen Ideologeme des Nationalsozialismus zu finden und mögliche Bedenken hintanzustellen, um sich an dem Erfolgsrausch des »Neuen Staats« aktiv beteiligen zu können. Für die NSDAP war die Inkorporation solcher »Konjunkturritter« in den eigenen Apparat, an deren »nationaler« Zuverlässigkeit aber kein Zweifel bestand, gleichfalls attraktiv. Denn so konnte sie, die im »Dritten Reich« zu einer Herrschaftsinstanz geworden war, solche Funktionäre, die zwar unbestreitbar gesinnungstreu und vielleicht auch mitreißende Saalagitatoren und somit in der »Kampfzeit« brauchbare Parteisolddaten gewesen waren, aber jen-

393 Vgl. etwa Stephan Malinowski: *Ihr liebster Feind. Die deutsche Sozialgeschichte und der preußische Adel*, in: Sven Oliver Müller / Cornelius Torp (Hrsg.): *Das deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, Göttingen 2009, S. 203–218, hier S. 214.

394 Vgl. GLA 465 q Nr. 18449, passim.

395 Die fatale Rolle der traditionellen Eliten bei der Zerstörung der Weimarer Republik und ihre ungewollte Komplizenschaft mit den Nationalsozialisten ist nachzulesen im alten, aber ungebrochen gültigen Standardwerk von Karl Dietrich Bracher: *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie* (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 4), Stuttgart / Düsseldorf 1955.

396 Vgl. Neisen, *Macht*, S. 20f.

seits von ihrem »fanatischen Glauben« keinerlei Fähigkeiten mitbrachten, die sie für ein mit der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben verbundenes Amt in einer zur Großorganisation mutierten Partei in irgendeiner Weise qualifiziert hätte, durch gut ausgebildetes, führungserfahrenes und mit Verwaltungsabläufen vertrautes Personal ersetzen.³⁹⁷ Gleichzeitig konnte die NSDAP durch die Einbindung bisheriger gesellschaftlicher Führungsschichten und lokaler Honoratioren den Eindruck in der Bevölkerung erhärten, dass ihre Herrschaft unanfechtbar sei und sich, wer in Zukunft noch etwas werden oder bleiben wollte, ihr besser nicht in den Weg stellte, sich aber sehr wohl eingliedern und mitmachen konnte.

Trotzdem kamen solche beiden Seiten Nutzen versprechende Wandlungen in Heidelberg – zumindest wenn man auf die höheren Parteifunktionäre der Stadt schaut – nur selten vor. Neben Kobe gibt es mit dem Psychiater Paul Walther nur noch ein Paradebeispiel für diesen Typus eines von den etablierten Rechtsparteien kommenden Überläufers. Walther, der aus einer ebenfalls rein protestantischen Fabrikantenfamilie aus Hanau kam, hatte, bevor er im Kontext der »Machtergreifung« zum 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten war, zu Beginn der Weimarer Republik mit der Deutschen Volkspartei (DVP) angebandelt. Die DVP, Nachfolgerin des rechten Flügels der Nationalliberalen des Kaiserreichs, war gerade im Jahre 1919, just als Walther sich für eine Mitgliedschaft entschied, fester Bestandteil der rechten Opposition gegen die staatstragende »Weimarer Koalition« und agierte im Reichstag in enger Abstimmung mit der DNVP.³⁹⁸ Erst später akzeptierte die Partei zunehmend den Boden der republikanischen Verfassung und beteiligte sich an Regierungen, der auch Sozialdemokraten angehörten.³⁹⁹ Bezeichnenderweise verließ Walther die DVP 1922 dann auch wieder. Von den übrigen vier Funktionären, die sich der NSDAP erst nach dem Januar 1933 anschlossen, waren zwei für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) und einer kurzzeitig für die SPD aktiv und somit für die liberalen beziehungsweise sozialdemokratischen Ver-

397 Vgl. ebd., S. 21; so auch Kater, *Party*, S. 199.

398 Vgl. Eberhard Kolb: Friedrich Ebert: Vom »vorläufigen« zum definitiven Reichspräsidenten. Die Auseinandersetzungen um die »Volkswahl« des Reichspräsidenten 1919–1922, in: Ders. (Hrsg.): Friedrich Ebert als Reichspräsident. Amtsführung und Amtsverständnis (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 4), München 1997, S. 109–156, hier S. 120.

399 Vgl. Burkhard Asmuss (8. 6. 2011): Die Deutsche Volkspartei (DVP), in: Deutsches Historisches Museum, Berlin, URL: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/dvp.html> (15. 4. 2020).

fassungsparteien der Mitte, die an ihrer demokratischen Grundhaltung nie einen Zweifel ließen.⁴⁰⁰

Bezeichnenderweise mussten Männer wie Kobe oder Waldemar Pychlau, ein Berufskollege Walthers und ehemaliges DDP-Mitglied, die der NSDAP mit ihren wertvollen Kontakten in einflussreiche, der Partei aber ursprünglich distanziert bis ablehnend gegenüberstehende Kreise nützlich waren, anders als ihre oben erwähnten Mit-»Märzgefallenen« Wölfel und Seeländer auch nicht lange warten, ehe ihnen ein Parteiamt zugetragen wurde: Kobe wurde schon wenige Wochen nach seiner Aufnahme Kreiswirtschaftsberater, Pychlau wurde nach etwa einem Jahr Kreisamtsleiter für Volksgesundheit und stieg im Herbst 1936 sogar schon zum Gauamtsleiter auf.

In summa muss man konstatieren, dass es sehr wenige der Funktionäre waren, die, bevor sie zur NS-Bewegung stießen, politisch überhaupt eine andere, nicht-nationalsozialistische Vorprägung mitbekommen hatten. Selbst wenn man das politische Vorleben der »Alten Kämpfer« beschaut, bei denen ohnehin anzunehmen ist, dass sie mögliche frühere Ansichten spätestens in dem Moment abgestreift hatten, als sie aus freiem Willen der NSDAP beitraten, gelangt man zu dem Ergebnis, dass 35 dieser 44 »Alt-PGs« (79,5%) entweder gar keine politischen Regungen gezeigt hatten, bevor sie in die NSDAP gingen, oder sich in klassischen Rekrutierungsbecken der »Hitlerpartei« wie dem Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund oder sonstigen militaristischen Verbänden und rechtsradikalen Jugendgruppierungen getummelt hatten.⁴⁰¹

Obwohl gespiegelt daran der Anteil derjenigen, die politisch schon einmal in anderem Fahrwasser trieben, unter den 1933 hinzugekommenen Neumitgliedern prozentual groß war (4 von 5), wird man angesichts der geringen Gesamtzahl nicht behaupten können, dass der Heidelberger NSDAP-Funktionärskörper nach 1933 durch den Zustrom von opportunistischen ehemaligen Gegnern ein ganz anderes politisches Gesicht erhalten hätte. Noch weniger kann von einer Überschwemmung aus Richtung des ehemals konservativen, gemäßigt rechten Bürgertums die Rede sein. Im Gegenteil: Von den wenigen Funktionären, denen der Aufstieg ins Parteiamt auch ohne ein vor 1933 liegendes Beitrittsdatum gelang, hatten letztlich nur zwei Verbindungen zu Gruppen des traditionellen Rechtskonservatismus gepflegt oder sich zumindest ex post zu diesem Lager bekannt.

Mit dem Wissen um die Verteilung der Eintrittsjahre in die Partei lassen sich nun auch die nach Alter, Konfession und sozialer Position differenzierten soziographischen Befunde zu den Heidelberger NSDAP-Funktionären

400 Nur einer der »Neu-Parteigenossen« unter den Funktionären konnte für die Zeit vor seinem Parteibeitritt überhaupt keiner politischen Richtung zugeordnet werden.

401 Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Stelbrink, Kreisleiter, S. 35f.

verknüpfen. Dabei kristallisiert sich heraus, dass auffällig viele aus der kleinen Gruppe der lokalen Elite in der NSDAP in Amt und Würden kamen, ohne dazu ein sonderlich frühes Parteieintrittsdatum vorweisen zu müssen. Immerhin entfielen drei der sechs Neumitglieder und somit gleich 50% auf die nur 1/8 aller Funktionäre ausmachende lokale Oberschicht.⁴⁰² Das Privilegium dieser Gruppe, leichteren Zugang zu Führungsämtern zu haben, schien also auch in der nationalsozialistischen »Arbeiterpartei« nicht ausgesetzt gewesen zu sein. Im Gegenteil scheinen zu ihren Gunsten Kriterien, die üblicherweise Voraussetzung waren, um in der NSDAP ein lokales Führungsamt anvertraut zu bekommen, ausgesetzt und Zugangsbeschränkungen gelockert worden zu sein. Ob die Verpflichtung angesehenen Meinungsführer aus der Oberschicht ein bewusstes Ziel nationalsozialistischer Rekrutierungspolitik war, um die Akzeptanz der Partei vor Ort aufzubessern,⁴⁰³ oder ob die Personaler der NSDAP dem aus sozialem Status, gehobenem Intellekt und wirtschaftlichem Erfolg kompilierten Habitus, den große Teile der Eliten ausgestrahlt haben dürften, gleichsam unwillkürlich erlegen waren und diese deshalb bevorzugten, muss offenbleiben. Jedenfalls aber ist in dem evidenten Zusammenhang zwischen spätem Eintrittszeitpunkt und einem hohen beruflich-sozialen Status durchaus der Beleg einer mäßigen Verbürgerlichung der NSDAP nach 1933 zu erblicken. Mäßig war sie deshalb, weil die absoluten Zahlen den Befund zugleich relativieren: Mehr als drei NSDAP-Funktionäre waren es im gesamten Zeitraum von 1933 bis 1945 eben nicht, die sich aus der Heidelberger Oberschicht rekrutierten.

Zu den Assoziationen, die das Wort von der »Verbürgerlichung« der NSDAP evoziert, gehört auch eine Alterung der »Parteigenossen« nach dem sprunghaften Anstieg der Mitglieder im Frühjahr 1933. Zu diesem Aspekt kann nur wiederholt werden, was schon für die politische und die soziale Veränderung der Partei gesagt wurde, die beide zweifellos auf die Basismitglieder zutreffen, für die Zusammensetzung des Funktionärsapparats, das zumindest legt das Heidelberger Beispiel nahe, aber nur in sehr eingeschränkter Weise gelten. Zwar waren die erst 1933 oder später beigetretenen Parteifunktionäre im Durchschnitt zwischen 1887 und 1888 geboren und damit deutlich älter als die Gesamtuntersuchungsgruppe (1893).⁴⁰⁴ Aber es handelte sich bei den älteren Neulingen ihrer Anzahl nach eben auch nur um eine kleine Minderheit unter den von jüngeren »Alten Kämpfern« dominierten höheren Heidelberger NSDAP-Funktionären.

402 Vgl. Kap. 4.3.3.

403 So Roth, Parteikreis, S. 190; Zweifel daran äußert Stelbrink, Kreisleiter, S. 29.

404 Vgl. Kap. 4.1.

Die meisten Lokalhonoratioren – ältere, sozial vernetzte, gut ausgebildete Führungskräfte und politisch bis 1933 auf Seiten der etablierten, meist bürgerlich-konservativen Parteien aktiv – übernahmen, obwohl viele von ihnen nach 1933 der NSDAP beigetreten waren, in der Heidelberger Parteiorganisation keine höheren Funktionärsämter.

Ausschlaggebend dafür dürfte weniger der Widerwille der »Alten Kämpfer« und deren Bestreben gewesen sein, das Korps der »Politischen Leiter« als exklusive Parteielite zu erhalten, sondern wohl eher die Unlust der traditionellen Elite, sich in der NSDAP aktiv zu engagieren. Attraktiver als eine Parteikarriere war für die Honoratioren oftmals die Sicherung oder Fortsetzung ihrer vielversprechenderen Karrieren in Wirtschaft oder öffentlichem Dienst, die ja bis dato erfolgreich verlaufen waren. Für diese Annahme spricht die Tatsache, dass die einzelnen der gesellschaftlich und wirtschaftlich etablierten »Neu-Parteigenossen«, die den Parteidienst anstrebten oder sich der Übernahme von Nebenämtern für die NSDAP zumindest nicht versperreten, von der Partei bereitwillig mit Posten versorgt wurden, ohne dass längere Bewährungszeiten verlangt worden wären. Der Legitimierungseffekt für die NSDAP, der von elitären Neufunktionären ausging, die für Kontinuität und Professionalisierung und insofern gegen Befürchtungen einer ausartenden, in Chaos und dauernde Unruhe abgleitenden »permanenten Revolution« standen, war einfach zu verlockend und machte das Manko von spätem Parteieintritt und Opportunismusverdacht wett. Die meisten Oberschichtsangehörigen »Märzgefallenen« taten der NSDAP diesen Gefallen aber nicht. Sie brauchten häufig nur die nominelle Mitgliedschaft in der Partei, der sie sich natürlich in ihrem konkreten Handeln nicht in den Weg stellen durften. Die Übernahme eines Parteiamtes war darüber hinaus meist nicht nötig. Der bereits erwähnte Oberbürgermeister Carl Neinhaus, der über seinen Beitritt hinaus nie eine Funktion für die NSDAP ausfüllte, taugt hierfür wiederum als Beispiel.

Damit ist nicht gesagt, dass die alten lokalen Eliten durch ihre generelle Kooperationsbereitschaft der Sache des Nationalsozialismus nicht dennoch erheblich Vorschub leisteten, indem sie sich etwa als Staatsdiener nationalsozialistische Politik in vorauseilendem Gehorsam zu eigen machten oder auch bloß durch ihre informelle Reichweite die Akzeptanz des Regimes förderten. Davon aber, dass sie nach 1933 den Charakter der NSDAP von innen heraus im großen Stil verändert hätten, kann angesichts ihrer überwiegenden Abwesenheit in Führungsfunktionen zumindest für Heidelberg nicht die Rede sein.

5 Die NSDAP in Heidelberg: Fazit und Ausblick

Zum Ende dieser Arbeit soll noch einmal rekapituliert werden: Wie kann man die Resultate der Untersuchung zusammenfassen? Welche Fragen bleiben offen? Und in welche Richtung müsste und könnte die Geschichte der NSDAP in und außerhalb von Heidelberg zukünftig fortgeschrieben werden? Die wichtigsten Ergebnisse der Studie lassen sich zwei Bereichen zuordnen: dem implikationsreichen organisatorischen und räumlichen Wachstum der Partei und der sozialen Zusammensetzung des lokalen Funktionärskorps.

5.1 Expansion in Permanenz

Die dynamische Expansion der Parteiorganisation als Strukturmerkmal der NSDAP in der »Regimephase«, in der Mommsen gar das »spezifisch faschistische [...] Moment« der NSDAP sieht,⁴⁰⁵ konnte auch für den Heidelberger Parteiapparat detailliert nachgewiesen werden. Das fulminante Wachstum der Partei wurde nach 1933 nicht gestoppt, sondern von der Erfassung immer neuer Wählergruppen in eine massive Ausdehnung des Parteiapparats umgeleitet. Vertikal wie horizontal vollzog sich eine vielfache Mitose der Organisationseinheiten, die, so die These, dem von der NSDAP nach der Machteroberung besetzten Aufgabenkomplex der sogenannten Menschenführung zugutekam, ja eine effiziente Erledigung dieses Auftrags überhaupt voraussetzte. In Heidelberg, schon in der »Kampfzeit« ein gutes Pflaster für die Nationalsozialisten, war die lokale NSDAP so gut organisiert, dass sie dem verlangten Ausbau ihrer Apparate in vorbildlicher Weise nachkommen konnte und zeigte sich, auch was Personal angeht, so gut aufgestellt, dass hier auf Kreisebene schon früher als anderswo ein vollständiger bürokratischer Großapparat ausgebildet war.

Die Expansion der NSDAP nach 1933 erstreckte sich aber auch auf ein weiteres, in geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen häufig vernachlässigtes Feld: Als nämlich die NSDAP nach der »Machtergreifung« darauf verwiesen war, für ihre neugebildeten Dienststellen Geschäftsräume aufzutreiben, führte die Frage der Unterbringung der vielfältigen Ämter von Partei und NS-Bewegung in Heidelberg, wie gezeigt werden konnte, zu einer regelrech-

405 Mommsen, Typus, S. 209.

ten Besetzung des öffentlichen Raums. Diese spiegelt nicht nur die stets weitergetriebene organisatorische Diversifikation der Partei, die die Anmietung von immer mehr Büro- und Diensträumen notwendig machte. An der in den Stadtraum eingravierten Dauerpräsenz der Partei manifestiert sich auch deren totalitärer Anspruch auf die Erfassung der Bevölkerung und ihr Zweck als omnipräsentes Überwachungsinstrument. Diesen Anspruch wollte die Partei durch die Veränderung der bisherigen Stadtraumordnung gezielt kommunizieren, um die Wirksamkeit der eigenen Kontrollmacht letztlich zu verschärfen. Obwohl auch in Heidelberg anscheinend darauf geachtet wurde, dass die Parteiämter zentrale und symbolpolitisch eindrucksvolle Räumlichkeiten in exponierter Lage bezogen, geschah die parteiliche Machtdemonstration in der Neckarstadt, anders als von der Reichsleitung vorgesehen, nicht über den einen monumentalen Parteipalast als ehrfurchtgebietende und Stabilität ausstrahlende Heimat aller städtischer NS-Organisationen, sondern über die Masse und die breitflächige Verteilung von Kreisgeschäftsstelle, Kreisamtsleitungen, Ortsgruppendienststellen und den Kreis- und Ortswaltungen der Nebengliederungen und angeschlossenen Verbände der Partei auf beinahe 120 Adressen im ganzen Stadtgebiet. In die Bevölkerung wirkte die neue Raumordnung, indem sie das Gefühl von Allgegenwart und Parteimacht der NSDAP veralltäglichte.

Sich im Raum derart zu verankern und namentlich die Heidelberger Innenstadt in solchem Maße als Teil der eigenen Herrschaftssphäre zu markieren, konnten die lokalen Parteidienststellen nur erreichen, weil sie sich der Symbolkraft und Wirkmacht der Raumverteilung bewusst waren und infolgedessen ihre Machtressourcen auf dem städtischen Grundstücks- und Wohnungsmarkt rücksichtslos einsetzten. Dabei waren der NSDAP und ihren Gliederungen, von Verhandlungen mit der nazifizierten Stadtverwaltung über subtilen Druck auf private Eigentümer bis zu teils gewaltsamen Zwangsenteignungen von politischen Gegnern oder »Juden«, viele Mittel recht.

5.2 Sozialprofil der Funktionäre: Heidelberger Besonderheiten, ebenenspezifische Unterschiede und die Repräsentation alter Eliten

Bei den höheren Funktionären der NSDAP in Heidelberg, nämlich den drei nacheinander amtierenden Kreisleitern, den um die 20 gleichzeitig tätigen Kreisamtsleitern darunter sowie den die meiste Zeit über 14 für die einzelnen Dienstbereiche der Stadt zuständigen Ortsgruppenleitern, handelte es sich in der großen Mehrzahl, das konnte die vorliegende Arbeit nachweisen, um eingefleischte Nationalsozialisten, die sich schon in der »Kampfzeit« für die

»Hitlerbewegung« eingesetzt hatten und nun mit einem lokalen Führungsamt für ihre Verdienste belohnt wurden.

Passend zu diesem Befund waren die Funktionäre in Heidelberg nur selten sehr alt, sondern eher jungen bis mittleren Alters. Sie rekrutierten sich beinahe ausschließlich aus den Alterskohorten der Jahrgänge von 1880 bis 1910, die in der Forschung gerne als »Frontgeneration« und »verlorene Generation« bezeichnet werden. Mehrheitlich, nämlich zu etwa drei Vierteln, kamen die Heidelberger NSDAP-Funktionäre aber nicht aus der ganz jungen Generation der nach 1900 Geborenen, wie sie etwa unter den höheren SS-Kadern, aber auch auf den höheren Ebenen der Parteiorganisation vom Kreisleiter aufwärts und sogar unter den Ortsgruppenleitern manch anderer Stadt vorherrschend waren. Mit dem etwa auf 1893 zu datierenden gemittelten Geburtsjahr waren die Heidelberger Parteifunktionäre im »Dritten Reich« im Durchschnitt immerhin zwischen 40 und 55 Jahre alt. Von einer Gerontokratie, wie Kater sie heraufziehen sieht, kann dennoch, trotz eines gewissen Anstiegs in der Altersstruktur im Verlauf der zwölf Jahre der NS-Diktatur, überhaupt keine Rede sein.

Da der Nationalsozialismus lange überwiegend eine Sache des protestantischen Bevölkerungsteils blieb und Katholiken in Heidelberg ohnehin in der Unterzahl waren, überrascht es nicht, dass eine deutliche Mehrheit von 80% der NSDAP-Funktionäre in der Stadt evangelisch war. Sehr aufschlussreich ist jenseits des formalen Bekenntnisses aber das tatsächliche religiöse Verhalten der Funktionäre in der NS-Zeit, genauer gesagt ihre Neigung, aus der eigenen Kirche auszutreten, um so ein Zeichen der uneingeschränkten Loyalität gegenüber der Partei zu senden. Dass nur 17% der höheren »Politischen Leiter« der Stadt ihrer Kirche treu blieben und umgekehrt 83% den Austritt vollzogen, um den Status der Gottgläubigkeit anzunehmen, zu der sich sonst nur ein Bruchteil der Bevölkerung bekannte, unterstreicht, auch wenn in Einzelfällen Druck nachgeholfen haben mag, die hohe Priorisierung der nationalsozialistischen Ideologie bei den lokalen NSDAP-Funktionären.

Dass die untersuchten Heidelberger Parteifunktionäre junge, überzeugte und zur frühen Gefolgschaft des »Führers« gehörende Nationalsozialisten waren, deutet bereits darauf hin, dass das politisch einflussreiche Parteiamt für sie einen persönlichen gesellschaftlichen Aufstieg bedeutete. Erhärtet wird dieser Befund durch die Ergebnisse der dreidimensional angelegten, soziales, kulturelles und ökonomisches Kapital differenzierenden Untersuchung der Schichtenzugehörigkeit der Protagonisten. Die höheren städtischen NSDAP-Funktionäre kamen nämlich meist in ihr Amt, ohne vorher erhebliches »soziales Kapital« akkumuliert zu haben. Zwar waren die meisten von ihnen geborene oder schon lange am Ort ansässige Heidelberger; allerdings hatte

selbst die Mehrheit dieser Einheimischen es nicht vermocht, dem lokalen Gemeinschaftsleben vor Dienstantritt in der Partei ihren Stempel aufzudrücken, wie es etwa durch Aktivitäten im Vereins- oder Verbandswesen oder in kommunalpolitischen Gremien möglich gewesen wäre.

Auch die berufliche Stellung, das »ökonomische Kapital«, lässt nicht darauf schließen, dass die späteren höheren NSDAP-Funktionäre Heidelbergs zur Elite der lokalen Honoratioren gehört hatten, ehe sie in ihr Parteiamt gelangten. Wie die meisten unteren NSDAP-Funktionäre im ganzen Reich kamen auch die Heidelberger Kreis-, Kreisamts- und Ortsgruppenleiter überwiegend, nämlich zu rund 87%, aus der beruflichen Mittelschicht der kleinen und mittleren Beamten, Angestellten und selbstständigen Handwerksmeister; lediglich Bauern spielten in der 85 000 Einwohner-Stadt fast keine Rolle. Die für Heidelberg gewonnenen Erkenntnisse untermauern damit die verbreitete Forschungsmeinung, dass das Funktionärskorps der NSDAP eine vom Mittelstand absolut dominierte Gruppe war. Die für die Wähler und dann für die Mitglieder der NSDAP längst zurückgewiesene und veraltete These vom »Extremismus der Mitte« gewinnt mit dem Blick auf die unteren und mittleren Funktionäre also eine ganz neue Aktualität, was auch von der zukünftigen soziographischen NS-Forschung zu berücksichtigen sein wird. Dafür ist Heidelberg mit exakt null Arbeitern oder sonstigen Unterschichtsangehörigen unter den städtischen Parteifunktionären ein eindringliches und – führt man sich das Selbstverständnis der NSDAP als »Arbeiterpartei« und Verfechterin des sozialen Ausgleichs vor Augen – bemerkenswertes Beispiel.

Schließlich bestätigt auch das von Schullaufbahn und Bildungsabschlüssen abgeleitete »kulturelle Kapital« der höheren »Politischen Leiter« Heidelbergs eine gesellschaftliche Mittelposition. Zwar muss man den lokalen Funktionären eine bessere Bildung attestieren als sie dem Bevölkerungsdurchschnitt zuteilwurde – so hatten die meisten im Anschluss an die Volksschule noch eine höhere Schule besucht –, aber für eine Zugehörigkeit zur Elite prädestinierte ihr Bildungsgrad ungeachtet einer Handvoll Ausnahmen dennoch nicht. Dafür war die Rate der Akademiker mit knapp 18%, gerade für das bildungsbürgerliche Heidelberg, einfach zu niedrig.

Die in dieser Lokalstudie erstmals systematisch untersuchte Funktionärsgruppe der Kreisamtsleiter hob sich in Heidelberg von den Ortsgruppenleitern in den meisten Aspekten nicht wesentlich ab. Sie weisen eine ähnliche, nur geringfügig jüngere Altersstruktur als die Ortsgruppenleiter auf, waren wie jene großteils »Alte Kämpfer« evangelischen Glaubens und traten später in fast allen Fällen aus der Kirche aus. Unterschiede treten in der lokalen Verwurzelung hervor, die bei den durchgängig ehrenamtlich tätigen Ortsgruppenleitern im Ganzen etwas stärker ausgeprägt war, während die zu Teilen hauptamtlich

beschäftigten Kreisamtsleiter von der Partei als Arbeitgeberin leichter zwischen den verschiedenen Kreisen verschoben und nach Bedarf verteilt werden konnten. Dies erklärt auch die im Vergleich etwas höhere Personalfuktuation der Kreisamtsleiter. Von einer faktischen Höherrangigkeit der Kreisamtsleiter zeugt auch die soziale Schichtung der Funktionärsgruppe, denn die Stellung eines Kreisamtsleiters war für die tendenziell anspruchsvolleren Funktionäre aus der lokalen Oberschicht die attraktivere Option. Anders als in das Korps der Ortsgruppenleiter, das sich ausnahmslos aus der Mittelschicht rekrutierte, drangen in den Kreisstab zumindest einige Angehörige der Eliten vor, die dort immerhin sechs von 30 Kreisamtsleitern stellten.

Dennoch: Wenn vor dem Hintergrund des für die Verankerung der nationalsozialistischen Herrschaft wichtigen Verhältnisses von alten und nationalsozialistischen neuen Eliten am Ort speziell nach der Repräsentation der lokalen Oberschicht innerhalb des NSDAP-Funktionärskörpers gefragt wurde, so machte diese Arbeit deutlich, dass Vertreter der Honoratiorenschicht mit anerkannter Meinungsführerschaft in Stadt und Region nach der »Machtergreifung« nur sehr vereinzelt zu höheren lokalen NSDAP-Funktionären wurden. Die »Alten Kämpfer«, die unter den höheren städtischen Funktionären dominierten, entsprachen dem Typus des älteren, stadtbekannten, politisch und sozial engagierten, gut ausgebildeten und beruflich in Führungspositionen tätigen Honoratioren nur extrem selten. Eher waren sie zwar lokal verwurzelte, sonst aber meist durchschnittliche und unauffällige Mittelschichtsangehörige. Unter den als »Märzgefallene« zur Partei gekommenen Neumitgliedern war der Anteil der lokalen Eliten, die die Zeichen der Zeit erkannt hatten und ihre Pfründe sichern wollten, schon deutlich höher; allerdings gelangte von ihnen bis 1945 eben kaum jemand in die höheren lokalen Parteiführungsämter vom Ortsgruppenleiter aufwärts. Die Gegenbeispiele zeigen, dass dies leicht möglich war, wenn die alten Führungsschichten es nur wollten, denn für die NSDAP war deren Mitarbeit in repräsentativen Ämtern von großem legitimatischem Wert. Für die alten Eliten aber hatten Karrieren in Wirtschaft oder Staatsdienst in der Regel Priorität. Um diese fortsetzen und vorantreiben zu können, suchten sie zwar die Nähe zur Partei und traten ihr, um in ihre Gunst zu gelangen, oftmals demonstrativ bei. Sich der Partei darüber hinaus aber in ehren- oder gar hauptamtlicher Tätigkeit zu widmen, hatten die meisten von ihnen nicht nötig und ließen es folglich auch bleiben.

5.3 Perspektiven der Forschung

Obwohl die vorliegende Studie zu »Organisation und Personal« der NSDAP in Heidelberg thematisch bewusst breit angelegt ist, konnte im Rahmen dieser

Arbeit keine Totalgeschichte der Heidelberger NSDAP entstehen. Stattdessen drang die Untersuchung in drei Teilbereiche tiefer ein: die Organisationsentwicklung der Heidelberger NSDAP, ihre Raumgeschichte und vor allem die Sozialstruktur des Funktionärskorps. Diese drei Teilaspekte der lokalen NSDAP-Parteigeschichte im »Dritten Reich« legen aber im Grunde nicht mehr als das Fundament für eine umfassende Bearbeitung des Themas, auf das nun weitere Spezialuntersuchungen aufbauen müssten.

So konnte diese Arbeit zwar die strukturellen und raumdimensionalen Rahmenbedingungen klären, unter denen sich Parteitätigkeit und Funktionärshandeln in der Stadt entfalteten und auch auf den hauptsächlichen Zweck der Partei, psychologische Persuasion und disziplinierende Überwachung, konnte ein Schlaglicht geworfen werden. Wie sich die Aktivitäten der NSDAP vor Ort konkret darstellten und wie sich ihre totalen Erfassungsansprüche alltagsgeschichtlich auf die Heidelbergerinnen und Heidelberger und ihr soziales Zusammenleben sowie ihre Zustimmung zum nationalsozialistischen Regime auswirkten, bleibt aber noch weiter zu erforschen.

Eine Gesamtdarstellung der NSDAP in Heidelberg hätte erstens über die hier abgebildeten formalen Organisationsstrukturen hinaus die realen Binnenstrukturen der Partei, also die tatsächlichen Befehls- und Kommunikationswege, persönliche Abhängigkeiten, Rivalitäten und im Innern wirksame Netzwerke herauszuarbeiten. Gerade Letzteres könnte mit den Mitteln einer historischen Netzwerkanalyse geleistet werden. Zweitens hätte eine Gesamtgeschichte der Heidelberger NSDAP die im Dreieck von Stadtverwaltung, höheren Staatsbehörden und Partei zu analysierende Mitwirkung der NSDAP an der Kommunalpolitik zu thematisieren. Drittens wären die vielfältige Beeinflussung von Sozialkultur, Gemeinschaftsleben sowie Einschüchterungen und Repressionen im Alltag durch die lokalen Parteinstanzen in den Blick zu nehmen.⁴⁰⁶

Selbst an der in dieser Arbeit vordergründigen Akteursebene könnte in vielfältiger Weise weitergearbeitet werden. Zwar konnte eine Vorstellung davon vermittelt werden, wer im Allgemeinen die Menschen waren, die für die NSDAP in Heidelberg zwischen 1933 und 1945 Führungsfunktionen ausübten. Allerdings würden nähere Kenntnisse der individuellen Beweggründe, sich in der Partei zu engagieren, wichtige Hinweise auf die Mobilisierungsmechanismen von Partei und Diktatur bereithalten. Die Politikwissenschaftlerin Christine Müller-Botsch hat in ihrer Dissertation über Biographien und poli-

⁴⁰⁶ Eine sich dem Thema über die Sondergerichtsakten und vor allem auf Denunziation und Verfolgung abzielende Alltagsgeschichte Heidelbergs im Nationalsozialismus ist derzeit von Frank Engehausen in Vorbereitung und wird im Frühjahr 2022 unter dem Titel »Tatort Heidelberg« im Campus-Verlag erscheinen.

tisches Handeln unterer NSDAP-Funktionäre am Beispiel Stuttgarts eine Typologie zur Klassifizierung der unterschiedlichen Handlungsmotive lokaler »Politischer Leiter« vorgeschlagen.⁴⁰⁷ Müller-Botschs komplexe Methode, die aus der Soziologie kommende und ursprünglich nicht für historische Schriftquellen, sondern Interviews gedachte sogenannte Fallrekonstruktion, wurde von der historischen Forschung zu Recht kritisiert⁴⁰⁸ und hat bislang keine Nachahmer gefunden. Eine kritische Überprüfung ihrer Typenbildung am Funktionärskorps einer anderen südwestdeutschen Stadt, die gegebenenfalls auch zu anderen, tragfähigeren Kategorien kommen könnte, erscheint dennoch lohnenswert.

Auch eine Ausweitung der Untersuchungsgruppe wäre geeignet, den Kenntnisstand über die soziographische Zusammensetzung der NSDAP zu erweitern. So könnten die hier vorgestellten höheren Parteifunktionäre um eine Kollektivbiographie der unteren NSDAP-Funktionäre, den Block-, Zellen- und Ortsgruppenamtsleitern, ergänzt werden, um so einen direkten Vergleich zwischen unterer und mittlerer Funktionärebene ziehen zu können, deren Ergebnisse nicht durch unterschiedliche Untersuchungsräume mit ihren jeweils verschiedenen lokalen Sonderbedingungen verzerrt würden. Auch könnten mit einem erweiterten Begriff von der NSDAP, der mehr als diese Arbeit das um die Partei herum gesponnene Netz an Gliederungen und angeschlossenen Verbänden berücksichtigte, auch die Funktionäre und Unterführer etwa von SA, SS und HJ untersucht und ihre sozialen Profile neben dasjenige der eigentlichen Parteiorganisation gelegt werden.

Erkenntnispotential läge schließlich auch in einer Weiterverfolgung der Biographien der Heidelberger Parteifunktionäre über die konstruierte Epochen­grenze von 1945 hinaus. So könnten Fragen ihrer Entnazifizierung und Reintegration in die deutsche Nachkriegsgesellschaft untersucht werden, die Historikerinnen und Historiker im Zuge der Erforschung von deutschen Kontinuitäten in *longue durée* umtreiben.

Darüber hinaus besteht vor allem im Hinblick auf zwei Aspekte dieser Arbeit die Hoffnung, dass ihre Ergebnisse den Wirkungsbereich der Heidelberger Lokalgeschichte transzendieren und auch für die überregionale Forschung neue Impulse setzen können. Zum Einen wäre es zu wünschen, dass die Untersuchung der Kreisamtsleiter aufgegriffen und die hier präsentierten ersten Ergebnisse zu dieser bisher nahezu unbekannten Funktionärsgruppe auf eine

407 Vgl. Müller-Botsch, Mann, insbesondere S. 272–286.

408 Vgl. Oliver Werner (18. 9. 2009): Rezension zu: Christine Müller-Botsch: »Den richtigen Mann an die richtige Stelle«. Biographien und politisches Handeln von unteren NSDAP-Funktionären, Frankfurt a. M. 2009, in: H-Soz-Kult, URL: <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-12809> (31. 3. 2020).

empirisch breitere Grundlage gestellt werden. Zum Anderen birgt der hier exemplifizierte Ansatz einer Verknüpfung von historischer Raumforschung mit lokaler NSDAP-Geschichte noch erhebliches Ausweitungspotential auf andere Regionen.

6 Anhang

6.1 Karten⁴⁰⁹ und Tabellen

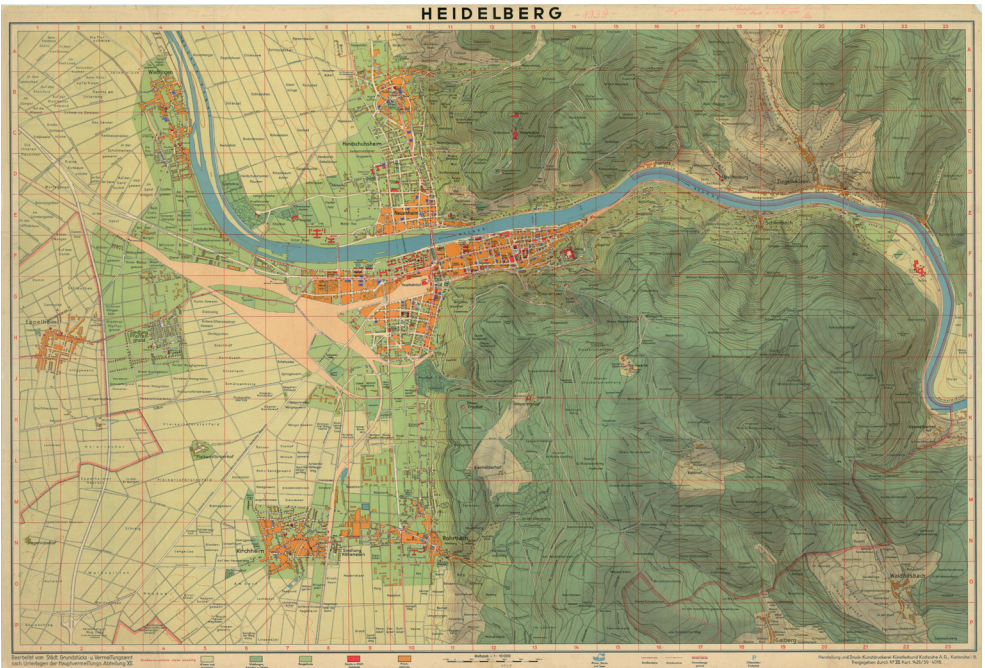


Abb. 20. Amtlicher Stadtplan Heidelbergs von 1939 mit blau markierten Dienststellen der NSDAP und ihrer Organisationen (1933–1945)

⁴⁰⁹ In den Legenden unter den Abb. 21 bis 28 werden jeweils die Dienststellen genannt, die in den markierten Adressen untergebracht waren. Soweit bekannt wird auch der Zeitraum angegeben, in dem eine Parteidienststelle an diesem Ort ansässig war. Die Anfangs- und Enddaten eines Zeitraums bedeuten nur, dass die Dienststelle davor oder danach am Ort nicht nachweisbar ist, nicht unbedingt, dass sie das Gebäude verlassen hat. Das rassenpolitische Amt der NSDAP-Kreisleitung war seit 1937 mit einjähriger Unterbrechung in der Heil- und Pflgeanstalt Wiesloch angesiedelt und damit als einzige Kreisparteidienststelle außerhalb Heidelbergs. Es ist deshalb auf der Karte nicht abgebildet.

fahrt / NSV-Kreiswaltung (ab 1936)

96: Plöck 60 – Ortsamtsleitung der NSV Mittelstadt / Riesenstein (1934)

97: Theaterstraße 11 – Hitlerjugend Bann 110 (1934)

98: Theaterstraße 9 – Amt für Erzieher / NSLB (ab 1937)

99: Grabengasse 16 – Kreispresseamt (1934)

100: Alte Universität – NSDStB (1939–1943)

101: Seminarstraße 2 / Alte Kaserne – SA, Standarte 110 Heidelberg (1934/35)

102: Marktplatz 1 – Ortswaltung Altstadt II / Hackteufel der DAF (1937/38) und Ortsamtsleitung NSV 1937–1940)

103: Marktplatz 4 – Ortsamtsleitung Altstadt I / Altstadt / Schlossberg der NSV 1934

104: Marktplatz 8 – SA Marine-Sturmabteilung 1/7 bzw. SA Marinesturm 5/7 (ab 1936)

105: Kettengasse 1 – Amt für Erzieher / NSLB (1934) Kettengasse 1 (1934)

106: Ingramstraße 8 – Ortsgruppe Altstadt (bis Mai 1934)

107: Apothekergasse 9 – NSKK, Motorsturm 12 M 153 (1934–1942)

108: Mittelbadgasse 5 – SS-Sturm 1/32 (1934)

109: Unterer Fauler Pelz 4 – Ortsgruppe Altstadt I / Schloßberg (1934–1943); Ortswaltung DAF (1937); Ortsamtsleitung NSV (1941–1943)

110: Neue Schlossstraße 7 – NSKK, Motorstandarte 153 (ab 1940)

111: Neue Schlossstraße 4 – Luftsportlandesgruppe 11, Flieger-Ortsgruppe Heidelberg, NSFKK (ab 1936)

112: Neuenheimer Landstraße 16 – Sicherheitsdienst der SS, SD-Außenstelle Heidelberg (1945)

113: Ziegelhäuser Landstraße 1 – NS-Frauenschaft (ab 1939)

114: Obere Neckarstraße 1 – Ortsgruppe Altstadt II / Hackteufel; Ortswaltung DAF (seit 1940)

115: Semmelgasse 4 – Ortsgruppe Altstadt II / Hackteufel (1936/37 und 1938/39)

116: Mönchgasse 1 – Ortsgruppe Altstadt II / Hackteufel (1935–1943)

117: Leyergasse 6 – SA-Nachrichtensturm, SA-Brigade 153 (ab 1935)

118: Schlossberg 1 – Kreisleitung Heidelberg (ab 1939)

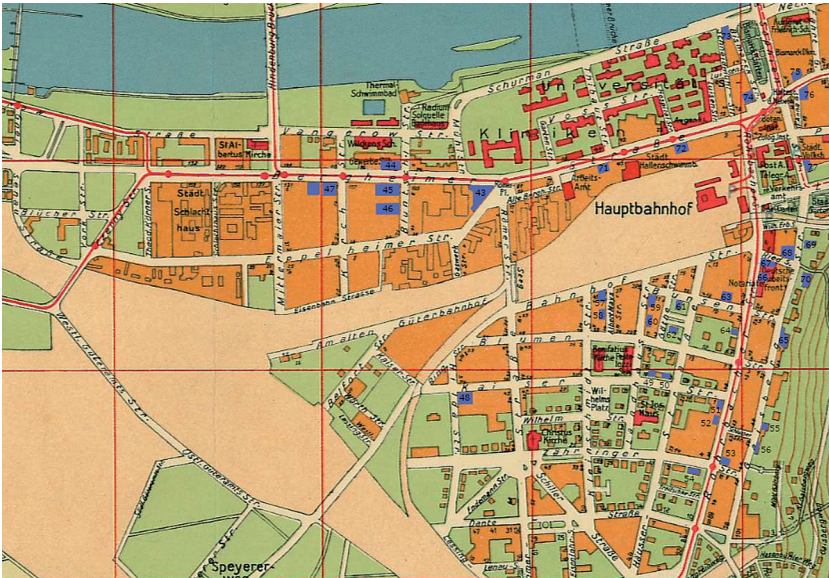


Abb. 22. Ausschnitt Bergheim/Weststadt

- 43: Eppelheimer Straße 4 – Ortswaltung Bergheim der DAF (ab 1939)
- 44: Bergheimer Straße 78 – Ortsamtsleitung Bergheim des NSV (1934–1936)
- 45: Bergheimer Straße 109a – Ortsgruppe Bergheim (1936–1937)
- 46: Bluntschlistraße 12 – SA-Standarte 110 Heidelberg (1933/34)
- 47: Bergheimer Straße 119 – Ortswaltung Bergheim der DAF (1936–1939); Ortsamtsleitung Bergheim der NSV (1936–1938)
- 48: Kaiserstraße 59 – Ortsamtsleitung des NSV Weststadt II / Hutzelwald (1938–1940)
- 49: Kaiserstraße 14 – Ortsamtsleitung des NSV Weststadt II / Hutzelwald (ab 1940)
- 50: Kaiserstraße 8 – Amt für Agrarpolitik / für das Landvolk (1937)
- 51: Rohrbacher Straße 50 – Sicherheitsdienst, SD-Außenstelle Heidelberg (1938–1945)
- 52: Rohrbacher Straße 56 – Ortsgruppe Weststadt I / Gaisberg (1934–1940)
- 53: Rohrbacher Straße 73 – Reichsluftschutzbund e.V.; Ortsgruppe Heidelberg (ab 1934)
- 54: Zähringerstraße 3 – Amt für Technik (bis 1938, außer 1937)
- 55: Gaisbergstraße 55 – Ortsgruppe Weststadt (ab 1933/34); SS-Standarte 32 (1933–1935)
- 56: Gaisbergstraße 67 – Ortsgruppe Weststadt II / Hutzelwald (1934/35); Kreisgericht I,II,III (1938)
- 57: Bahnhofstraße 41 – NSKOV / Amt für Kriegsopfer (ab 1942)
- 58: Albert-Mays-Straße 4 – Ortsamtsleitung des NSV Weststadt I / Gaisberg (1937–1940)
- 59: Landhausstraße 3 – Sicherheitsdienst, SD-Außenstelle Heidelberg (1935/36)
- 60: Landhausstraße 11 – Ortsgruppe Weststadt I / Gaisberg (ab 1940)
- 61: Häusserstraße 8 – NS-Bauernschaft / Kreisbauernschaft (1934/35)
- 62: Häusserstraße 10/12 – NSKOV / Amt für Kriegsopfer (1937–1939)

- 63: Bunsenstraße 10 – NSKOV / Amt für Kriegsofopfer (1940–1942)
 64: Rohrbacher Straße 32 – Amt für Agrarpolitik / für das Landvolk (ab 1940–1942)
 65: Gaisbergstraße 29 – NS-Lehrerbund (1933/1934)
 66: Rohrbacher Straße 13–15 »Haus der Arbeit« – NSBO (1933–1936); NS-Bauernschaft / Kreisbauernschaft (1933/34); Amt für Agrarpolitik / für das Landvolk (1934); NS-Beamten-schaft / Amt für Beamte (1933/34); Amt für Handel und Handwerk (1936–1938); Amt für Beamte (ab 1936); Deutsche Arbeitsfront / Amt NSBO (ab 1936); Ortsgruppe Weststadt II / Hutzelwald (1935/36); Rassenpolitisches Amt (1942/43); Amt für Volksgesundheit (NSD-Ärztebund) (1942–1944); Sicherheitsdienst RFSS, SD-Außenstelle Heidelberg (1945)
 67: Riedstraße 2 – Ortsgruppe Weststadt II / Hutzelwald (ab 1936)
 68: Gaisbergstraße 4 – Ortsamtsleitung des NSV Weststadt I / Gaisberg (ab 1940)
 69: Gaisbergstraße 7 – SA der NSDAP, Brigade 153 (ab 1933)
 70: Gaisbergstraße 1 – SA der NSDAP, Brigade 153 (1933/34)
 71: Bergheimer Straße 59 – Ortsgruppe Bergheim (1938–1942); Ortsamtsleitung des NSV Bergheim (ab 1938)
 72: Bergheimer Straße 23 – Sanitätssturm der SA Brigade 153 (ab 1935)
 73: Bismarckstraße 19 – Amt für Agrarpolitik / für das Landvolk (1938–1940)
 74: Bergheimer Straße 4 – Amt für Technik (ab 1938)

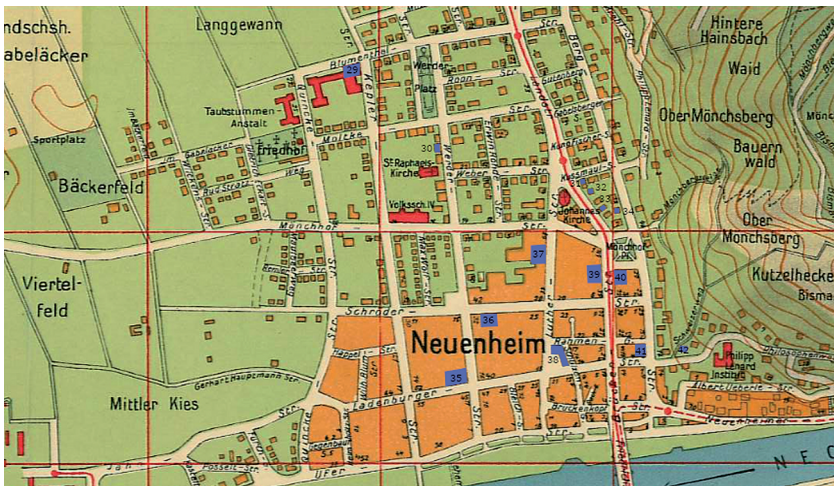


Abb. 23. Ausschnitt Neuenheim

- 29: Keplerstraße 87 – NS-Lehrerbund (1934/35)
 30: Werderstraße 53 – Amt für Volksgesundheit (NSD-Ärztebund) (1933/34)
 31: Kußmaulstraße 5 – Amt für Volksgesundheit (NSD-Ärztebund) (1937–1941)
 32: Handschuhsheimer Landstraße 7a – Ortsgruppe Mönchhof (1933/34)
 33: Handschuhsheimer Landstraße 4 – SS-Standarte 32 (1937/38, ab 1941)
 34: Bergstraße 29b – Amt für Volksgesundheit (NSD-Ärztebund) (1937, 1942)
 35: Ladenburger Straße 44 – Ortsamtsleitung des NSV (ab 1934)

- 25: Dossenheimer Landstraße 5 / Altes Rathaus – Ortsgruppe Handschuhsheim (1934–1943)
 26: Mühlthalstraße 11 – Ortsverwaltung der DAF Handschuhsheim (ab 1939)
 27: Handschuhsheimer Landstraße 45b – Ortsgruppe Mönchhof (1937–1940); Ortsamtsleitung der NSV Mönchhof (1938–1940)
 28: Handschuhsheimer Landstraße 56 – Ortsamtsleitung der NSV Mönchhof (1936/37)



Abb. 26. Ausschnitt Wieblingen

- 1: Mannheimer Straße 259 / Altes Rathaus – Ortsverwaltung der DAF Wieblingen (1937–1941); Ortsgruppe Wieblingen (1934–1943)
 2: Falkengasse 10a – Ortsamtsleitung des NSV Wieblingen (1940–1942)
 3: Adlerstraße 45 – Ortsgruppe Wieblingen (1933/34)
 4: Adlerstraße 51 – NS-Reichskriegerbund, Kreiskriegerführung (1940/41)

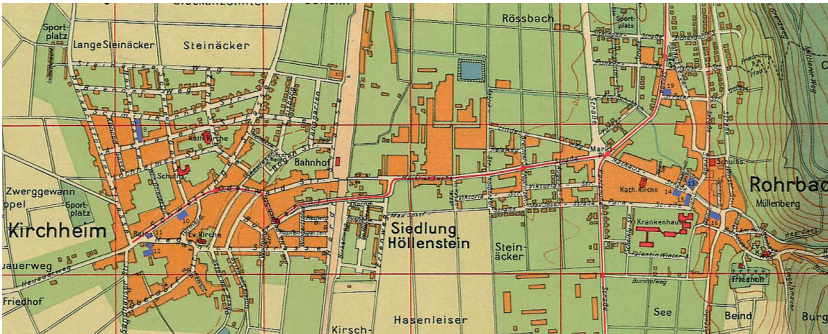


Abb. 27. Ausschnitt Kirchheim/Rohrbach

- 9: Häuselgasse 22 – Ortswaltung der DAF Kirchheim (1936–1939)
- 10: Schwetzingen Straße 40 – Ortsgruppe Kirchheim (1933–1935)
- 11: Schwetzingen Straße 20 / Altes Rathaus – Ortsgruppe Kirchheim (ab 1935)
- 12: Hegenichstraße 2a – Ortswaltung der DAF Kirchheim (ab 1939)
- 13: Rathausstraße 43 / Rathaus Rohrbach – Ortsgruppe Rohrbach (1936–1942)
- 14: Rathausstraße 52 – Ortswaltung der DAF Rohrbach (ab 1940)
- 15: Amalienstraße 2 – Ortsgruppe Rohrbach (1935); Ortswaltung der DAF Rohrbach (1936–1940)
- 16: Rathausstraße 72 – Ortsgruppe Rohrbach (1934)
- 19: Karlsruher Straße 51 – Ortsamtsleitung der NSV (1940–1943)



Abb. 28. Ausschnitt Schlierbach

- 17: Aue 4 / »Neckarschlößchen« – Ortsgruppe Schlierbach (ab 1938); Ortswaltung Schlierbach der DAF (ab 1937)
- 18: Schlierbacher Landstraße 11 / Gasthaus »Schwarzes Schiff« – Ortsgruppe Schlierbach (1934–1939)

Tab. 3. Die Heidelberger NSDAP-Funktionäre nach Gesellschaftsschichten und Berufen, Stand 1932/33⁴¹⁰

Grobschichtung und Berufsgruppen ⁴¹¹ Vorkommende Berufe ⁴¹²	
I. Oberschicht (Oberschicht und obere Mittelschicht)	
Manager	1 Fabrikdirektor und Vorstandsmitglied (Portland-Zementwerke Heidelberg)
Leitende Beamte	–
Universitätsstudenten	1 (Jura)
Akademikerberufe	1 selbstständiger Architekt, 1 Gymnasiallehrer, 2 Ärzte
Großunternehmer	–
Teilsomme	6 (=11,8%)
II. Mittelschicht (mittlere und untere Mittelschicht)	
Selbstständige Handwerksmeister	5 (Sattler- und Tapeziermeister, Glasermeister, Metzgermeister und Wirt, Elektroinstallationsmeister, Schmiedemeister)
Nicht-akademische Fachkräfte	–
Untere und mittlere Angestellte	11 kaufmännische Angestellte (Getränkebranche, Kurhaus, Heinrich Fuchs-Waggonfabrik, Provisionsvertreter, Evangelisches Gemeindeamt, Süddeutscher Zement-Verband, Buchhaltungsvorstand / Verkaufsleiter, Bürovorsteher in Anwaltskanzlei, Geschäftsführer eines Wäschegeschäfts, Tabakbranche 2), 3 Bankangestellte, 1 technischer Angestellter (Werkmeister bei Schnellpresse AG)
Untere und mittlere Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst	6 Volksschullehrer, 1 Mittelschullehrer, 1 angestellter Geometer im städt. Vermessungsamt, 4 Postbeamte (Telegrapheninspektor, Obertelegapheninspektor, Oberpostinspektor, Postinspektor), 1 Kapellmeister am Stadttheater, 1 Sachbearbeiter im städt. Wohlfahrtsamt, 1 städt. Bestattungsordner, 1 städt. Arbeiter (Gaswerk)

→

⁴¹⁰ Maßgebend sind die ausgeübten Berufe zum Zeitpunkt der »Machtergreifung«, nicht die früher einmal erlernten oder später ausgeübten Berufe. Wer zum Zeitpunkt der »Machtergreifung« ohne Arbeit war, ging mit seiner zuletzt ausgeübten Tätigkeit in die Statistik ein.

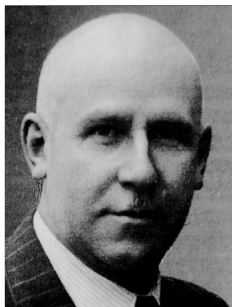
⁴¹¹ Nach Mühlberger, Followers, S. 19–25.

⁴¹² Zuordnung nach ebd. Angegeben werden, sofern bekannt, jeweils die genaue Berufsbezeichnung. Wenn diese fehlt, aber stattdessen ein Arbeitgeber bekannt ist, so wird dieser genannt.

Tab. 3. (Fortsetzung)

Grobschichtung und Berufsgruppen	Vorkommende Berufe
Selbstständige Kaufleute	3 (Textilwarenladen, Pächter einer Kurpension, Fuhrunternehmer)
Selbstständige Landwirte	2
Teilsumme	41 (=80,4%)
III. Unterschicht	
Un- und angelernte Arbeiter	–
Facharbeiter	–
Abhängig beschäftigte Handwerker	–
Landarbeiter	–
Heimarbeiter	–
Teilsumme	0 (=0%)
IV. Sonstige	2 Hausfrauen, 1 Pensionär (Marinekapitän a.D.), 1 helfender Familienangehöriger (Zinngießerei der Eltern)
Teilsumme	4 (=7,8%)
Gesamtanzahl (n)	51 (=100%)

6.2 Biogramme der 51 untersuchten Heidelberger NSDAP-Funktionäre*



Beierbach, Fritz

Geb.: 3. 8. 1889

Gest.: k.A.

Geburtsort: Heidelberg

Rel.: ev.; später Kirchnaustritt und gottgläubig

Familiäre Herkunft: Vater: Feinmechanikermeister Fritz Beierbach; Mutter: Babette, geb. Oppermann

Familienstand: verheiratet seit 27. 4. 1920 mit Emma Sachsenheimer (geb. 1896 in Kleingartach), ein Sohn (Emil, geb. ca. 1923)

Beruf: Kaufmann / kaufm. Angestellter

Ausbildung: 1896–1904 Volksschule Heidelberg; 1904–1907 Handelsschule Heidelberg; gleichzeitig 3-jährige Kaufmannsausbildung bei Kolonialwarengroßhandlung A. Braun & Co. in Heidelberg

Berufsleben: Nach 1907 bei Lehrfirma in verschiedenen Abteilungen tätig, vor allem im Versand; nach Entlassung aus Militärdienst 1913 Annahme einer Stelle bei den Portland Cementwerken Heidelberg-Mannheim-Stuttgart A.G. in Heidelberg im Versand bis zur Einberufung im Juli 1914; von 1. 1. 1919 – 31. 12. 1919 wieder bei Portland Cementwerken; Einreichung der Kündigung wurde nahegelegt, angeblich wegen aktiver Tätigkeit im Reichsverband der Angestellten (AFGB); 1. 1. 1920 neue Stelle bei der Rheinischen Creditbank, Filiale Heidelberg als Buchhalter bis 31. 7. 1924, fristlose Kündigung, angeblich begründet mit Kritik der Direktion wegen Kündigung langjähriger Angestellter als Betriebsrat; 2-monatige Arbeitslosigkeit; Oktober 1924 Anstellung bei Heidelberger Füllhalterfabrik Kaweco AG; erneute Veränderung nach Liquidation der Firma; 15. 11. 1928 als Kirchensteuerheber zum ev. Gemeindeamt Heidelberg; 1928 bis November 1937 Kassenangestellter Steuereinnahmer/Steuerheber beim ev. Gemeindeamt Heidelberg (Jahreseinkommen 3300–3600 RM); seit 1936 hauptamtlicher Kreisamtsleiter der NSV (zunächst 4200 RM, später 7200 RM)

Militärverhältnisse: Herbst 1911 bis Herbst 1913 beim Grenadier Regiment Nr. 109 in Karlsruhe; WK I: Einberufung am 31. 7. 1914, im Leib-Grenadier Regiment 109, zweimal verletzt bzw. verwundet, entlassen im November 1918 als Vizefeldwebel der Reserve; WK II: ausgemustert

Ehrenämter: Aktive Tätigkeit im Reichsverband der Angestellten um 1920; Rückzug von Gewerkschaftsarbeit 1924; Mitglied des Verwaltungsrats der Bezirkssparkasse Heidelberg 1934–1940

* Abkürzungsverzeichnis siehe S. 199; Bildnachweis für alle Porträts siehe S. 200.

Politische Sozialisation: Ohne Parteibindung; ab 1930 Besuch von NSDAP-Parteiversammlungen

NSDAP seit: 1. 8. 1931

Parteikarriere: Politischer Leiter seit 1. 10. 1932 als Ortsgruppenleiter HD-Mittelstadt bis November 1936; Kreisamtsleiter im Amt NSV 27. 8. 1936 bis 1945

Entnazifizierung: 6. 5. 1945 bis August 1945 verhaftet in Konstanz durch französische Militärregierung; Entlassung am 18. 8. 1945; September 1945 bis Februar 1946 Land- und Waldarbeiter in Gemeinde Kleingartach; erneute Verhaftung; Klageschrift vom Dezember 1947: Hauptschuldiger; Entlassung im Februar 1948 wegen schwerer Krankheit; Einstufung als Minderbelasteter im November 1948; Berufung des öffentlichen Klägers und Forderung auf Einstufung als Belasteter; Januar 1949 Bestätigung des Spruchs; September 1949: Erlass der Sühne und Kosten aufgrund von Gnadengesuch durch Ministerium für politische Befreiung; Nachverfahren Januar 1950: Mitläufer

Quellen: GLA 465 q Nr. 38471, Spruchkammerakte; GLA 465 d Nr. 188, Personalakte Politischer Leiter aus Baden.

Böhm, Jakob

Geb.: 26. 3. 1906

Gest.: 29. 3. 1945

Geburtsort: k. A.

Rel.: ev.

Familiäre Herkunft: k. A.

Familienstand: verheiratet seit 1936 mit Luise Böhm, Kinder

Beruf: Glasermeister

Ausbildung: k. A.

Berufsleben: k. A.

Militärverhältnisse: WK II: Soldat der Infanterie, höchster Rang Unteroffizier; Operation nach Halsschuss und an Folgen im März 1945 auf Transport von Heidelberg nach Stuttgart gestorben

Ehrenämter: 1935–1940 Ratsherr der Stadt Heidelberg

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 1930/31

Parteikarriere: stellv. Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Wieblingen von unbek. bis 1940; 1934 zwischenzeitlich mit Führung der Geschäftsstelle beauftragt; 1936–1940 Kreisfachgruppenwalter der DAF

Entnazifizierung: Klageschrift im März 1948: Belasteter; 15. 4. 1948: Einstufung als Mitläufer unter Anwendung der Amnestie-Verordnung des Vorjahres (Weihnachtsamnestie); August

1948: Einstellung des Verfahrens auf Grund des Todes des Betroffenen nach vorheriger Aufhebung des Spruchs vom April durch Befreiungsministerium

Quellen: GLA 465 q Nr. 37901, Spruchkammerakte.

Brenner, Wilhelm Julius

Geb.: 8. 7. 1885

Gest.: k. A.

Geburtsort: Heidelberg

Rel.: ev.; 1937 ausgetreten und gottgläubig

Familiäre Herkunft: Vater: Wilhelm Brenner, Baumeister in Heidelberg; Mutter: Elisabeth Brenner, geb. Schuhmann in Heidelberg

Familienstand: verheiratet mit Luise Haeußler, Heidelberg (Tochter des Zigarrenfabrikanten Max Haeußler); ein Sohn (gefallen)

Beruf: Architekt

Ausbildung: Volksschule in Heidelberg 1892–1896; 1896–1901 Oberrealschule in Heidelberg mit mittlerer Reife; 1900 Lehre im Bauhandwerk (Büro- und Baupraxis), währenddessen Gewerbeschule in Heidelberg; 1903–1904 3 Semester im Staatstechnikum in Karlsruhe; 1904–1906 Staatstechnikum Strelitz, Mecklenburg mit Architektorexamen

Berufsleben: 1909–1911 Architekt und Bauleiter im Baugeschäft Otto Sautter, Heidelberg; selbstständiger Architekt seit 1911; bis zum Weltkrieg einige Wohn- und Umbauten in Heidelberg; seit 1934 Architekturbüro Brenner-Liedvogel; 1940 bis Ende 1942 zusätzlich Honorararchitekt beim CdZ in Straßburg, Dienststelle Wiederaufbau Elsaß (Tätigkeit: Arbeitseinsatz und Preisüberwachung); 1943 Zweigbüro in Gebweiler, Oberelsaß; 25. 11. 1944 Räumung des Elsaß, Tätigkeit wieder nur in Heidelberg; Einkommen 1939: 6152; Einkommen 1941: 9277; Einkommen 1944: 4358 (davon 2400 aus nichtselbständiger Arbeit); Vermögen (durch Erbteilung) 1. 1. 1940: 29 000 RM

Militärverhältnisse: 1907–1909 Militärdienst im Fuß. Art. Rgt. Nr. 1 in Königsberg; 1914–1918 Kriegsteilnehmer an der Westfront, Entlassung 1919; Dezember 1944 bis März 1945 Batterie-Offizier im Volkssturm (wegen Krankheit ausgeschieden)

Ehrenämter: Gerichtlicher Sachverständiger für Bausachen 1925–1940; Kirchengemeinderat 1932–1937 (für Deutsche Christen); Mitglied des Bezirksrates des Kreises Heidelberg 1933–1937 (Auflösung); 1933–1945 Beirat der städtischen Baukommission und Beirat für Bausachen bei Polizeidirektion Heidelberg (Mitarbeit an Aufstellung der neuen Bauordnung); Sachverständiger am Oberlandesgericht; Mitgliedschaft in Gesellschaft Lätitia 1906–1931; Gesellschaft Harmonie 1912–1931; Verein für Grund- und Hausbesitz seit 1922; Westverein 1922–1934; Schützenverein 1924–1933; Odenwaldklub seit 1913; Badische Heimat seit 1924

Politische Sozialisation: 1922–1927 DNVP; Bürgerausschuss der Stadt Heidelberg 1922/23 (?) bis 1928/30 (?), gewählt für Vereinigte bürgerliche Gruppen / vereinigte Bürgerpartei (Mitglieder waren hauptsächlich Angehörige des Mittelstands und Landwirte)

NSDAP seit: Januar 1928

Parteikarriere: Kreisleitung des NS-Bundes deutscher Technik (NSBDT) und damit gleichzeitig Kreisamtsleiter für Technik 1934 bis 1. 7. 1938, dann Enthebung (ohne Angabe von Gründen) und Austritt aus NSBDT; goldenes Parteiabzeichen verliehen 1934

Entnazifizierung: Festnahme am 27. 7. 1945 (Ludwigsburg); entlassen am 21. 5. 1947; Klageschrift: Hauptschuldiger; Rechtsanwalt: Mitläufer; Spruch: Minderbelasteter und 1000 RM Sühne; Nachverfahren: Mitläufer und 100 RM Sühne

Quellen: GLA 465 s Nr. 4560, Spruchkammerakte.

Brust, Friedrich

Geb.: 9. 12. 1898

Gest.: k. A.

Geburtsort: Achern

Rel.: ev.

Familiäre Herkunft: Vater: Witwer und Postassistent a. D. Michael Brust (geb. 1868 in Michelfeld)

Familienstand: ledig (bis Oktober 1937)

Beruf: Obertelegrafeninspektor

Ausbildung: k. A.

Berufsleben: Obertelegrafeninspektor beim Telegrafenamts Heidelberg bis 1933; nach 1933 als Sekretär des Innenministers nach Karlsruhe

Militärverhältnisse: k. A.

Ehrenämter: Stadtverordneter im Heidelberger Bürgerausschuss 1933

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: Mitgliedsnummer 23971 spricht für Parteibeitritt ca. 1925 (nach Hoffmann, S. 231; NSDAP 1925, 1927 SA)

Parteikarriere: 1929 Kassierer der Ortsgruppe Heidelberg; 1932 Kreispropagandaleiter; 1933 Kreispersonalamtsleiter; Oktober 1934 Kreispersonalamtsleiter Heidelberg; Dezember 1937 Gauamtsleiter in Karlsruhe als Gauinspekteur; 1941 Gaueinsatzführer VoMi und weiter Gauinspekteur

Entnazifizierung: k. A.

Quellen: GLA 465 d Nr. 1490, Gestapo-Leumundsanfragen.

Busch, Georg Ludwig Thomas

Geb.: 11. 10. 1892

Gest.: k. A.

Geburtsort: Heidelberg

Rel.: ev., gottgläubig seit mind. 1939

Familiäre Herkunft: Vater: Sattler- und Tapeziermeister Thomas Busch; Mutter: Luise Busch

Familienstand: Heirat mit Hilde Busch, geb. Arnold (1921 bis 21. 7. 1944), zwei Kinder (w, m), Sohn am 6. 10. 1944 gefallen

Beruf: Sattler- und Tapeziermeister

Ausbildung: Volksschule Heidelberg 1899–1907; Lehre des Sattler- und Tapezierhandwerks, daneben Besuch der Gewerbeschule Heidelberg 1907–1910; 1910–1914 als Geselle tätig; nach dem Krieg zunächst wieder als Geselle tätig; Meisterprüfung 1921

Berufsleben: selbstständiger Handwerker; bis 1932 als Sattler- und Tapeziermeister bei Thomas und Luise Busch; 1932 Erbgemeinschaft von den Eltern der Landhausstr. 3 (Wohn- und Rückgebäude); 1932–1937 Mitinhaber »Ludwig, Philipp und Karl Busch«; 1938–1942 Mitinhaber »Ludwig und Karl Busch« (Philipp ausgetreten); seit 1943 alleiniger Inhaber (Karl 1942 gefallen); seit 1932 ständig 2 bis 3 Angestellte

Militärverhältnisse: Oktober 1914 einberufen zum Militär; verwundet am 2. 10. 1918; Mai 1919 50% kriegsbeschädigt entlassen; WK II für allgemeinen Wehrdienst uk-gestellt (Annahme, dass uk-Stellung von Handwerker-Innung ausging); zunächst Einsatz als Hilfspolizist, jedoch aufgrund des hohen Alters und des Leidens bereits nach einem Monat entlassen

Ehrenämter: Hilfspolizist bei Hilfspolizei Heidelberg September bis Oktober 1939; Innungsbeirat in Sattler- und Tapezierinnung Heidelberg 1934–1945; Vorstandsmitglied in Sattler- und Tapeziergenossenschaft Heidelberg – Karlsruhe – Hagsfeld 1941–1945; 1933 Stadtverordneter für NSDAP; Ratsherr der Stadt Heidelberg seit 1936

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 1. 6. 1931

Parteikarriere: Zellenobmann der NS-Hago bis 1932; Ortsobmann der NS-Hago; 1932 Kreisfachberater für Handwerk und Handel; Kreishago-Amtsleiter der Organisation Handwerk und Handel (NS-Hago) 1933–1935; mit Überführung der NS-Hago in DAF 1935 Amt an Kreishandwerksmeister in Personalunion, seither keine Parteiämter mehr

Entnazifizierung: verhaftet am 19. 4. 1945; Aufenthalt in Kornwestheim; Haftaufhebung Februar 1948; Klageschrift: Hauptschuldiger; Antrag nach Verhandlung öffentl. Kläger: Belasteter und Rechtsanwalt: Mitläufer und Amnestie; Spruch: Minderbelasteter und 500 DM Sühne; 1949 abgelehntes Gnadengesuch; Nachverfahren 1949: Mitläufer; Erlass der Restkosten 1951

Quellen: GLA 465 q Nr. 38330, Spruchkammerakte.

Chun, Franz Josef Max

Geb.: 21. 2. 1889

Gest.: k. A.

Geburtsort: Wiesbaden

Rel.: kath.; ausgetreten am 31. 7. 1937; November 1937 gottgläubig

Familiäre Herkunft: Vater: Reitschulbesitzer (ehemaliger Offizier) Franz Ferdinand Chun (geb. 1860 in Wien, gest. 1902 in Wien), war früher evangelisch, heiratete 1887 in Köln a. Rhein; Mutter: kath. aus Gernsbach (geb. 1860, gest. 1910 in Freiburg i. Br)

Familienstand: verheiratet mit Maria Josefa, genannt Mimi Chun, geb. Schmitthelm aus Hainstadt, Amt Buchen seit 26. 11. 1921; zwei Kinder (Weygo Chun, geb. 24. 2. 1924; Christa Chun, geb. 19. 4. 1925)

Beruf: Volksschullehrer, Volksschulrektor

Ausbildung: Volksschule 1895–1898 in Genskau im Burgtal (unleserl.); Fortsetzung des Volksschulunterrichts in Freiburg i. Br. bis 1901; Oberrealschule in Freiburg bis zur Unterprima; 1909 Eintritt in (katholisches) Lehrerseminar Meersburg am Bodensee bis Februar 1910 nach Kandidatenprüfung; außerordentliche Dienstprüfung im Mai 1920 in Heidelberg bestanden

Berufsleben: Verwendung als Unterlehrer in Volksschule Endingen bei Emmendingen April 1910 bis Oktober 1910; Ottersdorf bei Rastatt bis Februar 1911; Verbeamtung ohne etatmäßige Anstellung Februar 1911; Bis August 1911 in Moos bei Bühl als Hilfslehrer; Oos bei Baden-Baden als Unterlehrer bis Juni 1912; Waldulm bei Achern bis März 1913 als Schulverwalter; Windschlag bei Offenburg bis Oktober 1913 als Unterlehrer, Eiersheim bei Tauberbischofsheim bis Juli 1914; zum 1. 4. 1920 von Aasen bei Donaueschingen nach Hainstadt bei Buchen als Hilfslehrer; nach Bestehen der Dienstprüfung in Heidelberg am 5. Mai 1920 Beamteneid in Mosbach; ab November 1920 in Steinbach bei Tauberbischofsheim; Mai 1921 als Schulverwalter nach Neckargemünd; ab September 1921 Hauptlehrer in Kirrlach bei Bruchsal; September 1926 Erreichen des fünften Dienstjahres der planmäßigen Anstellung (Unwiderprüflichkeit der Anstellung); Versetzung nach Schönwald bei Villingen zum November 1926; August 1937 Versetzung als Hauptlehrer nach Heidelberg (Mönchhofschule); später stellv. Schulleiter der Pfaffengrundscheule; Rektoratsstelle April 1943 an Lieselotte-Schule

Militärverhältnisse: WK I: Oktober 1914 bis Februar 1920 (kriegsgefangen seit 12. 5. 1915), zuletzt Unteroffizier; WK II: Oktober 1943 Gesuch um Uk-Stellung für ehrenamtlichen Kreisamtsleiter Rektor Chun durch Kreispersonalamt (erteilt); 1944 als Führer bei Schanzarbeiten im Elsass eingesetzt (Kommando über HJ und Schwarzwälder Landwirte); März 1945 Volkssturm (nicht eingesetzt)

Ehrenämter: Beigeordneter der Gemeinde Schönwald 1934–1937

Politische Sozialisation: 1920–1926 Mitglied des Freikorps Damm mit Nr. 1177; nie einer Partei angehört, seit 1926 ideelle Unterstützung der NS-Bewegung, seit 1929 Mitarbeit bei NS-Blatt »Schwarzwälder Tagblatt« in Furtwangen

NSDAP seit: 1. 2. 1932

Parteikarriere: Mitgründer (mit vier weiteren Kameraden) des Stützpunktes Schönwald am 1. 11. 1931; 11. 11. 1931 – 30. 1. 1933 Stützgruppenpressewart in Stützpunkt Schönwald; 30. 1. 1933 – 19. 1. 1935 Leiter des Propagandaamts in Stützpunkt Schönwald; seit Januar 1934 im Kreisstab Villingen als Kreisschulungsleiter im Rang eines Kreishauptstellenleiters, nebenbei Kreisredner; weiter auch Stützpunktamtsleiter in Schönwald; 1934–1937 als zuletzt Fähnleinführer in der HJ; nach Versetzung seit 1. 10. 1937 im Kreisstab Heidelberg mit Spe-

zialgebieten Schulung und Propaganda; zunächst Hauptstellenleiter Lehrwesen im Kreis-schulungsamt (anscheinend bis Januar 1943); 1943 Kreispropagandaleiter; 1941 Gauredner bis 1944; Durchführung von Beerdigungen und Trauungen

Entnazifizierung: Spruch vom März 1948: Belasteter; Oktober 1948 Bestätigung des Spruchs durch Berufungskammer; September 1953 Antrag Chuns auf Einreihung in günstigere Gruppe auf Gnadenweg nach Gesetz zur einheitlichen Beendigung der politischen Säuberung vom Juli 1953 (um beamtenrechtliche Zuruhesetzung zu bezwecken); Januar 1954 Ablehnung der Umgruppierung durch besonderen Ausschuss beim Landesjustizministerium, jedoch Wiederbewilligung einer Unterhaltsbeihilfe in Höhe eines Ruhegehalts; Aufhebung des Spruches zum 1. 1. 1956 durch Ministerpräsident Gebhard Müller, fortan Mitläufer

Quellen: GLA 465 q Nr. 21907; GLA 235-1 Nr. 6758, Lehrerpersonalakte; GLA 465 c Nr. 2287, Verhandlungsakte NSDAP-Kreisgericht Heidelberg.

Dinkel, Philipp

Geb.: 20. 12. 1894

Gest.: 13. 8. 1987 in Eschelbronn

Geburtsort: Eschelbronn

Rel.: ev.

Familiäre Herkunft: Vater: Landwirt

Familienstand: k. A.

Beruf: Bankbeamter

Ausbildung: Mittelschule in Neckarbischofsheim und Sinsheim; danach Banklehre

Berufsleben: Nach Entlassung aus Kriegsgefangenschaft 1920–1925 Bankbeamter in Heidelberg; danach arbeitslos

Militärverhältnisse: WK I: Teilnahme als Kriegsfreiwilliger, franz. Kriegsgefangenschaft 1915–1920

Ehrenämter: 1930 Stadtverordneter in Heidelberg, 1933 Stadtrat und Mitglied im Verwaltungsrat der örtlichen Sparkasse und der Straßenbahnbetriebe; 1954 Initiator und Gründungsmitglied des Heimat- und Verkehrsvereins Eschelbronn

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: Herbst 1925

Parteikarriere: Mitbegründer der Ortsgruppe Heidelberg; 1930 Geschäftsführer der Ortsgruppe Heidelberg; 1931 Bezirks- und Kreispropagandaleiter; 1933 Kreisleiter in Heidelberg; 1934 Gauamtsleiter der NSV in der Gauleitung Baden bis 1945; 1943 vom Gauhauptamtsleiter zum Hauptbereichsleiter ernannt

Entnazifizierung: Internierung; nach Entlassung aus Internierungshaft Buchhalter in Möbelunternehmen; 1954 Wahl zum Bürgermeister von Eschelbronn; 1962 Wiederwahl als Bürgermeister von Eschelbronn; altersbedingter Rücktritt 1970

Quellen: Klee, Personenlexikon, S. 112; GLA 465 d Nr. 208, Personalakte Politischer Leiter aus Baden.

Eisenmann, Karl Eugen

Geb.: 16. 3. 1907

Gest.: k. A.

Geburtsort: Winnenden bei Stuttgart

Rel.: ev.

Familiäre Herkunft: Vorfahren bis zu den Ur-ur-Großeltern ausschließlich ev.; Vater: Handwerker, geb. und gest. in Winnenden

Familienstand: verheiratet, zwei Töchter (geb. 1. 1. 1929 und 30. 10. 1930)

Beruf: Kaufmann

Ausbildung: Volksschule und Realschule bis zum 14. Lebensjahr (1921) in Winnenden; Handelsschule und kaufmännische Lehre bis 1924

Berufsleben: Einstieg bei Firma Oscar Gätschenberger in Heidelberg 1924 als Verkäufer; später dort Geschäftsführer (selbstständige Erledigung des Einkaufs, Korrespondenz, Dekoration etc.) bis 31. 1. 1935; 1. 2. 1935 – 21. 12. 1935 Verwaltungsstellenleiter bei Verwaltungsstelle Heidelberg der DAF, Arbeit auf eigenen Wunsch wegen nicht zusagender Arbeit aufgegeben; seit 1. 2. 1936 bei Firma Georg Meiners in Heidelberg, bis Oktober als Verkäufer, seitdem als Buchhalter

Militärverhältnisse: Juni 1941 zur Wehrmacht eingezogen

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 1. 5. 1932

Parteikarriere: Parteidienst seit 1. 5. 1932 in Ortsgruppe Neuenheim, bis 31. 7. 1932 als Zellenobmann; 1. 8. 1932 – 20. 6. 1935 Kassenleiter; 21. 6. 1935 – 31. 7. 1938 Ortsgruppengeschäftsführer; 1. 8. 1938 Ernennung zum Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Neuenheim mit Wirkung vom 1. 1. 1937 bis mind. Juni 1942; Dienstrang: Obergemeinschaftsleiter (10. 6. 1942, mit Wirkung vom 20. 4. 1941)

Entnazifizierung: k. A.

Quellen: GLA 465 d Nr. 213, Personalakte Politischer Leiter aus Baden.

Eisinger, Oskar

Geb.: 7. 1. 1891

Gest.: k. A.

Geburtsort: Heidelberg-Kirchheim

Rel.: ev., nicht ausgetreten

Familiäre Herkunft: Vater: Landwirt aus Heidelberg-Kirchheim

Familienstand: ledig

Beruf: kaufm. Angestellter

Ausbildung: Volksschule HD-Kirchheim 1897–1905, Städt. Handelsschule Heidelberg 1905–1908, nebenbei kaufm. Lehre in einer Heidelberger Zigarrenfabrik

Berufsleben: bis Ende 1932 selbstständiger Kaufmann, 1933 bis Mitte 1934 kaufm. Angestellter bei einer Zigarrenfabrik (?), Mitte 1934 Aushilfsangestellter bei der DAF, Ende 1934 bis April 1935 arbeitslos, April 1935– April 1936 Kassenwalter der NSV, April bis Juli 1936 arbeitslos, Juli 1936 bis Juli 1939 kaufm. Angestellter bei Martin Spiess, September 1939 bis April 1940 Angestellter beim Wehrbezirkskommando Heidelberg, April 1940 bis August 1944 Angestellter bei Organisation Todt als Gasschutzsachbearbeiter

Militärverhältnisse: WK I: Kriegsteilnehmer; WK II: 1940 im Kriegseinsatz in Belgien, 1941–44 in Frankreich (jeweils für Organisation Todt), 1944–45 in Gefangenschaft in England nach Gefangennahme in Frankreich durch Amerikaner

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 1. 12. 1929 (bis 1943)

Parteikarriere: Ortsgruppenleiter Heidelberg-Kirchheim 1932–1940, Angestellter (Aushilfe) bei DAF Mitte bis Ende 1934, Kassenwalter der NSV 1935–1936

Entnazifizierung: Interniert seit Nov. 1945; Klageschrift vom 15. 11. 1947: Antrag auf Einreihung als Belasteter; Spruch vom 27. 4. 1948: Belasteter; Entlassung aus Ludwigsburg am 30. 4. 48; Berufung eingelegt am 25. 5. 1948; 23. 12. 1948: Spruch der Zentralberufungskammer Nord-Württemberg: Minderbelasteter; Spruch durch Zentralspruchkammer Nordbaden VI Karlsruhe im Nachverfahren am 16. 1. 1950: Mitläufer

Quellen: GLA 465 f Nr. 953, Spruchkammerakte.

Engelke, Karl Wilhelm Heinrich

Geb.: 11. 8. 1886

Gest.: k. A.

Geburtsort: Hildesheim

Rel.: ev.-luth; nicht ausgetreten

Familiäre Herkunft: Vater: Obsthändler Heinrich Engelke, gest. 1917; Mutter: Luise Engelke, geb. Kraus; sieben Geschwister, Geld für höhere Schulbildung fehlte

Familienstand: verheiratet seit 1914 mit Karoline, geb. Schweigert, zwei Kinder

Beruf: Bank-Angestellter

Ausbildung: Evangelische Volksschule Hildesheim 1894–1901; Zivilversorgungsschein durch längere militärische Dienstzeit

Berufsleben: längere militärische Dienstzeit bis nach WK I (s.u.) für Möglichkeit späterer Beamtenlaufbahn; Beamtenstelle beim Magistrat in Bochum Ende 1919/20; Wechsel zum 1. 4. 1920 nach Heidelberg als Angestellter bei der Deutschen Bank (zunächst noch Süddeutsche Disconto Gesellschaft), Filiale Heidelberg (Tätigkeiten: Exeditur, Registratur und Adrema)

Militärverhältnisse: Eintritt in Militärdienst nach Volksschule als Kapitulant: 1901–1903 Unteroffiziersvorschule in Jülich; 1903–1905 Unteroffiziersschule in Weissenfels; 1905 zur 8. Kompanie im Infanterie-Regiment 112 zugeteilt; WK I: in diesem Regiment mitgemacht; im Kriegsverlauf abkommandiert zum Infanterie-Regiment 472, dort bis zum Waffenstillstand; Beförderung zum Offizier abgelehnt; Tätigkeit während des Krieges hauptsächlich Büroarbeit; Entlassung 1919 mit Anspruch auf Versorgungsrente und Zivilversorgungsschein; WK II: vom Militärdienst seit 1943 zurückgestellt für Deutsche Bank; November 1944 bis April 1945 Volkssturm

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 1. 5. 1933

Parteikarriere: November 1933 Mitgliedschaft in NSKOV und noch 1933 NSKOV-Kameradschaftsführer Heidelberg bis 1936 und 1939–1945; 1939–1945 gleichzeitig Kreisamtsleiter Amt für Kriegsoffer im Rang eines Kreishauptstellenleiters

Entnazifizierung: Inhaftnahme 17. 7. 1945; zunächst Amtsgerichtsgefängnis Heidelberg, dann interniert in Ludwigsburg; Klageschrift Februar 1947: Hauptschuldiger; Verhandlung: öffentl. Kläger: Minderbelasteter, Rechtsanwalt: Mitläufer; Spruch: Mitläufer (Mai 1947); dann Entlassung; Aufhebung des Spruchs durch Ministerium für politische Befreiung; November 1947 Bestätigung des Spruches; erneute Aufhebung des Spruches durch Befreiungsministerium im Februar 1948; April 1948: Minderbelasteter; Mitläufer im Nachverfahren im März 1949

Quellen: GLA 465 q Nr. 34903, Spruchkammerakte.

Essig, Theodor

Geb.: 20. 6. 1911

Gest.: k. A.

Geburtsort: Villingen

Rel.: k. A.

Familiäre Herkunft: Vater: Handelsschuldirektor Theodor Essig; Mutter: Frieda Essig, geb. Speck

Familienstand: k. A.

Beruf: k. A.

Ausbildung: Reifeprüfung am Realgymnasium Villingen 1929; Studium der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in Freiburg, Rostock, München und Heidelberg; Tätigkeiten

während der Semesterferien als Volontär in Sabawerken in Villingen (= Schwarzwälder Apparate-Bau-Anstalt, Rundfunkgerätehersteller) und in Rechtsanwaltsbüro; 1. Staatsexamen im Herbst 1933 als 38. von 39; 15. 2. 1937 2. Staatsexamen mit Note »ausreichend«; während Vorbereitungsdienst freiwilliger Hilfsarbeiter beim Bezirksamt Heidelberg

Berufsleben: Seit 1. 3. 1937 Berichterstatter und Ermittlungsrichter des Ehren- und Disziplinargerichtshofes der DAF, Gau Baden; 19. 12. 1937 Gesuch um Übernahme in den Dienst der inneren Verwaltung Badens; Ablehnung durch Innenminister Pflaumer wegen besserer Bewerbungen anderer Assessoren, aber Bemühung um anderweitige Verwendung; März 1938 in bayerische innere Verwaltung

Militärverhältnisse: k. A.

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 1. 11. 1932

Parteikarriere: Anfang Januar 1934 Kreisrechtsamtsleiter; März bis Dezember 1934 zusätzlich Kreisfilmwart; Februar 1935 stellvertr. Gaugruppenberater der Jungjuristen im NSRB und stellv. Bezirksfachgruppenleiter im Landgerichtsbezirk Heidelberg im NSRB

Entnazifizierung: k. A.

Quellen: GLA 233 Nr. 24602, Personalakte.

Feuerstein, Johannes (Hans)

Geb.: 30. 1. 1891

Gest.: k. A.

Geburtsort: Heidelberg

Rel.: bis mind. 1939 ev., später ausgetreten und gottgläubig

Familiäre Herkunft: Vater: Friseurmeister Martin Feuerstein aus Heidelberg; Mutter: Sophie, geb. Bayer

Familienstand: verheiratet seit 1941 in zweiter Ehe, vier Kinder

Beruf: erlernter Kaufmann, später Beamter (Verwaltungsobsekretär)

Ausbildung: 1897–1905 achtklassige erweiterte Volksschule Heidelberg; 1905–1908 kaufmännische Lehre in einer Kolonialwarenhandlung, zugleich Handelsschule Heidelberg; 1917 Militärbeamtenprüfung nach Verwundung im Felde; 1930–1932 Verwaltungsakademie Heidelberg

Berufsleben: Nach der Ausbildung bis 1913 bei verschiedenen Großunternehmen in verschiedenen Stellungen als Lagerist, Fakturist, Expedient hauptsächlich Reisender tätig; nach Auflösung der Kriegsverpflegungsanstalten während der Revolution ein Jahr arbeitslos; dann beim städt. Hochbauamt Heidelberg beschäftigt; dann bis 1924 Kassen- und Rechnungsführer in der Kriegsbeschädigtenversorgung beim Landratsamt Heidelberg; nach Übergang der Kriegsbeschädigtenstelle auf Stadt Heidelberg dort angestellt, seit 1928 Dauer-Angestellter und Beamtenanwärter; anschließend zweiter Bestattungsordner der Stadt Hei-

delberg, nach Pensionierung des Vorgängers erster Bestattungsordner bis Kriegsende; Ernennung zum Verwaltungs-Obersekretär 1939

Militärverhältnisse: Ableistung des aktiven Militärdienstes 1913 im I. Bad. Leibgrenadier-Regiment 109 in Karlsruhe; WK I: mit dieser Einheit an die Westfront, dort verwundet und 50% kriegsbeschädigt, 1916 zur Genesungskompanie entlassen und nach Militärbeamtenprüfung 1917 als Verpflegungs-Inspektor Stellvertreter und Verpflegungs-Inspektor für Kriegsverpflegungsanstalten zuständig; WK II: uk-gestellt; Frühjahr 1945 Volkssturmmann

Ehrenämter: Mitglied im Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in Heidelberg seit 1922 (geführt fast ausschließlich durch SPD); 1930er Jahre Mitglied im Kleingärtnerverein Wieblingen

Politische Sozialisation: Vor 1933 keiner Partei angehört, häufig auf Versammlungen der SPD vor 1930

NSDAP seit: November 1930

Parteikarriere: Seit 1. 7. 1930 Kassenwart der Zelle Bergheim in der Ortsgruppe Heidelberg; Februar 1932 Zellenleiter der Zelle Bergheim; ab 1. 1. 1933 (oder 19. 10. 1932?) selbstständige Ortsgruppe und damit Ortsgruppenleiter; später (Juli/August 1935) Ortsgruppenleiter Wieblingen; höchster Dienstrang: Hauptgemeinschaftsleiter (Ernennung 1944)

Entnazifizierung: Klageschrift vom November 1947: Hauptschuldiger; Spruch März 1948: Belasteter; April 1948: Entlassung des Betroffenen und Berufungseinlegung; Berufungsverhandlung vom September 1949: Aufhebung des Spruchs vom März 1948 und Einreihung als Minderbelasteter; Oktober 1950 Erlass aller Sühnezahlungen in Reaktion auf Gnadengesuch

Quellen: GLA 465 f Nr. 1592, Spruchkammerakte.

Förster, Philipp

Geb.: 31. 10. 1902

Gest.: vermisst seit 6. 2. 1943

Geburtsort: Rohrbach bei Heidelberg

Rel.: ev.

Familiäre Herkunft: k. A.

Familienstand: verheiratet mit Emma Förster, fünf Kinder (geboren zwischen 1933 und 1939)

Beruf: Landwirt

Ausbildung: k. A.

Berufsleben: mind. 1932–1940 selbstständiger Landwirt mit drei Beschäftigten (Erbhof von fünf Hektar); Beschluss des Anerbengerichts Heidelberg beim Amtsgericht Heidelberg vom 9. 2. 1939 nach gemeinsamem Antrag des Bauern und des Kreisbauernführers: Entzug der Erbhofeigenschaft für Grundstück des Bauern Philipp Förster

Militärverhältnisse: WK II: eingezogen nach Februar 1940, Gefreiter, vermisst im Osten seit 6. 2. 1943

Ehrenämter: Ratsherr der Stadt Heidelberg seit 7. 11. 1935; Anerbenrichter (vor 1938)

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 1. 5. 1930

Parteikarriere: 1933 Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Rohrbach bis zur Einberufung in den Heeresdienst nach Februar 1940

Entnazifizierung: k. A.

Quellen: GLA 465 f Nr. 1971, Spruchkammerakte; GLA 507 Nr. 8796, Sondergerichtsakte; GLA 469 Nr. 758, Erbhofeigenschaftsfeststellung; GLA 468 Zugang 1993-34 Nr. 162, Erbhofakten.



Fränznick, Georg

Geb.: 9. 7. 1887

Gest.: k. A.

Geburtsort: Heidelberg-Neuenheim

Rel.: ev.

Familiäre Herkunft: Vater: Metzgermeister Franz Xaver Fränznick

Familienstand: verh. seit 30. 3. 1910

Beruf: Metzgermeister, selbstständiger Fuhrunternehmer

Ausbildung: ca. 1893 Volksschule, 1902 Abschluss, 1902–04 Lehre bei Metzgermeister Bollerer; 1911 Meisterprüfung; 1912–1913 zusätzliche Ausbildung als Kraftfahrer; im Ersten Weltkrieg Spezialausbildung als Kraftfahrer

Berufsleben: Nach Absolvierung der Lehre Arbeit in verschiedenen deutschen Städten bis zur Heirat am 30. 3. 1910, nach WK I Existenzgründung in der Heimat als Fuhrmeister

Militärverhältnisse: WK I: 4. 8. 1914 – 19. 11. 1918 bei der Feldtruppe, zuletzt als Gefreiter

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 1. 8. 1930

Parteikarriere: Politischer Leiter seit 1. 10. 33; bis 30. 9. 34 als Blockleiter bei der Ortsgruppe Neuenheim, seit 1. 10. 34 in gleicher Funktion in Ortsgruppe Mönchhof; beauftragt mit Führung des NS-Hago; 1937 Amtsleiter (DAF-Leiter / Organisationswarter DAF) der Ortsgruppe Mönchhof; 1939 Amtsleiter (Schießleiter) in der Ortsgruppe Mönchhof, dann Ortsgruppenleiter im Rang eines Ortsgruppenamtsleiters in der Ortsgruppe-Mönchhof; auf eigenen Antrag wegen Krankheit beurlaubt zum 15. 9. 42

Entnazifizierung: k. A.

Quellen: GLA 465 c Nr. 2495, NSDAP-Personalsachen Kreis Heidelberg.

Gaiser, Karl Friedrich (Fritz)

Geb.: 19. 9. 1896

Gest. 25. 3. 1956

Geburtsort: Baiersbronn (Württemb.)

Rel.: ev.; kurz vor Mai 1943 ausgetreten

Familiäre Herkunft: k. A.

Familienstand: verh. seit 3. 2. 1925, keine Kinder (Stand Sommer 1944); gerüchteweise 1942 mit unehelichem Kind

Beruf: Geometer / Vermessungsingenieur

Ausbildung: 1903–1906 Volksschule; 1906–1912 Realschule (Einjährigenprüfung); 1912–1914 Oberrealschule (Reifezeugnis); 15. 8. 1914 – 31. 8. 1915 Vorbereitungsdienst als Vermessungspraktiker; 1919–1921 Technische Hochschule Karlsruhe, Studium der Geodäsie (vorgeschriebene Dauer 1,5 J.); 7. 8. 1921 I. Staatsprüfung für Geometer; 30. 11. 1922 II. Staatsprüfung für Geometer

Berufsleben: 1. 12. 1922 Eintritt in den Staatsdienst (Geometer im Vertragsverhältnis beim Vermessungsamt Wolfach); 1. 1. 1923 Vermessungsamt Säckingen; 31. 1. 1924 Entlassung aus dem Staatsdienst wegen allg. Personalabbau; 5. 2. 1925 Wiedereinstellung beim Vermessungsamt Heidelberg; 3. 4. 1934 Zuweisung zum Feldbereinigungsamt Heidelberg; 1. 8. 1935 Ernennung zum Beamten als apl. Reg. Geometer; 1. 2. 1936 Ernennung zum planmäßigen Obergerometer; 19. 7. 1938 Versetzung zum Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium, Abtlg. für Landesvermessung in Karlsruhe; 1. 8. 1938 mit komm. Leitung der Abteilung beauftragt; 19. 7. 1939 mit der endgültigen Leitung beauftragt; 1. 9. 1939 Ernennung zum Oberregierungs- und Vermessungsrat unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit; 1. 2. 1944 Versetzung zum CdZ im Elsaß, Abtlg. für Bauwesen – Kataster und Vermessung in Straßburg; 14. 7. 1944 befördert zum Regierungsdirektor (Debatte seit Juni 1942!); letztes Bruttogehalt vor 8. 5. 1945 822,34 RM monatlich; seit 1. 7. 1945 selbstständiger Vermessungsingenieur in Düsseldorf; 1. 10. 1952 Regierungsvermessungsrat im staatlichen Vermessungsamt Bruchsal; 16. 11. 1953 Unterbringungsschein als Regierungsdirektor und Beamter auf Lebenszeit; seit 28. 5. 1954 wiederverwendet im Landesvermessungsamt Stuttgart als Beamter auf Lebenszeit mit Dienstbezeichnung Regierungsobervermessungsrat; 25. 3. 1956 als Regierungsdirektor gestorben

Militärverhältnisse: Frontkämpfer vom 2. 9. 1915 – 25. 1. 1919 als Vizefeldwebel und Offiziersaspirant der Reserve; vom 24. 5. – 3. 7. 1937 und 21. 2. – 26. 2. 1938 Leutnant der Reserve; ab 28. 8. 1939 Major der Reserve; Kriegsdienst vom 26. 8. 1939 – 16. 7. 1945 (Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft)

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: Vor 1933 keinen Parteien oder politischen Verbänden angehört

NSDAP seit: 1. 12. 1930

Parteikarriere: Politischer Leiter seit 1932; 1. 8. 1932 Zellenleiter in der Ortsgruppe Neuenheim; 1. 6. 1933 stellv. Ortsgruppenleiter dort; 22. 5. 1934 Ortsgruppenleiter dort; Kreis-

organisationsleiter (bis 11. 7. 1939) und Kreisausbildungsleiter der Kreisleitung Heidelberg, Amtsniederlegung wegen beruflich bedingtem Wegzug nach Karlsruhe; seit 1. 6. 1939 ehrenamtlicher Gauhauptstellenleiter im Gauorganisationsamt

Entnazifizierung: Kategorie 5 (entlastet, ohne Einschränkungen) durch Bescheid des Entnazifizierungsausschusses für den Regierungsbezirk in Düsseldorf vom 18. 12. 1949

Quellen: GLA 465 c Nr. 2224, Politische Beurteilungen Kreis Heidelberg; GLA 466-22 Nr. 6829, Versorgungsakte.

Gmelin, Ludwig

Geb.: 4. 12. 1897

Gest.: k. A.

Geburtsort: Sinsheim/ a. E.

Rel.: ev., 1936 ausgetreten und gottgläubig

Familiäre Herkunft: Vater: Sattlermeister und bewirtschaftete eigenes Land, später Leiter der Ortskrankenkasse Sinsheim

Familienstand: verheiratet seit 1923 mit Mathilde, geb. Reinhardt aus Ziegelhausen, zwei Kinder (Sohn, geb. 1923 und Tochter, geb. 1924)

Beruf: Kaufmann / Buchhalter

Ausbildung: Volksschule Sinsheim 1903–1907; Realschule Sinsheim 1907–1913, Schulabschluss: Mittlere Reife; Kaufmannslehre 1913–1916 in Eisenwarenfabrik in Sinsheim

Berufsleben: 1919–1925: Verschiedene Stellungen im Weinhandel, Bank- und Hotelfach, einige Monate Arbeitslosigkeit; 1925–1933 Buchhalter beim Süddeutschen-Zement-Verband, 1933–1939 Buchhalter in der Hauptverwaltung Heidelberg des Süddeutschen-Zement-Verbandes; März 1940 bis 1942 Bilanzbuchhalter, 1942–1945 Handlungsbevollmächtigter in der Hauptverwaltung des Süddeutschen-Zement-Verbandes (seit 1943: Zementgemeinschaft Südwest)

Militärverhältnisse: WK I: 1916–1919 Maschinengewehr-Scharfschützen-Abteilung, entlassen als Gefreiter; WK II: Obergefreiter im Landesschützenbataillon XIII / XV November 1939 bis März 1940, danach von Firma uk-gestellt, Oktober / November 1944 Schanzarbeiten im Elsass, Volkssturmmann ohne Einsatz

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: Ehrenamtliche Mitarbeit auf dem Gebiet der Berufsbildung beim DHV (Deutschnationalen-Handlungsgehilfenverband), seit 1925 dort Mitglied

NSDAP seit: 1. 5. 1932

Parteikarriere: bis 1. 9. 1933 nur nominelles Parteimitglied, weiter für DHV tätig; 1. 9. 1933 Zellenleiter; 1. 10. 1934 mit Erhebung der Zelle Schlierbach zur Ortsgruppe Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Heidelberg-Schlierbach bis 1945, endgültige Beauftragung mit Führung der Ortsgruppe Anfang 1936; 1942 Dienstrang eines Obergemeinschaftsleiters; vertreten nur während Militärdienstes und diversen Geschäftsreisen

Entnazifizierung: verhaftet am 2. 7. 1945; 6. 8. 1947: Verurteilung durch Landgericht Heidelberg wegen erschwerten Landfriedensbruchs im Zusammenhang mit »Reichspogromnacht« zu Gefängnisstrafe von einem Jahr und zwei Monaten (ohne Anrechnung der Internierung); Klageschrift vom September 1947: Hauptschuldiger; Verhandlung Januar 1948: öffentl. Kläger beantragt Hauptschuldiger, Anwalt beantragt Belasteter, Spruch: Belasteter; Neuverhandlung nach Berufung des Klägers Juni 1948: Antrag des Klägers: Hauptschuldiger, Antrag des Anwalts: Berufung verwerfen, Spruch: Bestätigung des Spruchs vom Januar als Belasteter und Herabsetzung des Arbeitslagers und Vermögenseinzugs; Entlassung aus Internierung; danach sechs Monate Strafhaft (Erlassung der übrigen acht Monate wegen guter Führung)

Quellen: GLA 465 f Nr. 1008, Spruchkammerakte.

Grein, Josef Gottfried

Geb.: 22. 5. 1900

Gest.: k. A.

Geburtsort: Mondfeld (seit 1972 zu Wertheim)

Rel.: kath.

Familiäre Herkunft: Vater: Josef Anton Grein, kath. Straßenwart und Landwirt aus Mondfeld, gest. 1933 in Mondfeld; Mutter: Maria Anna Grein, kath. aus Mondfeld, gest. 1904 in Mondfeld

Familienstand: ledig (bis 1935/37)

Beruf: Lehrer

Ausbildung: Volksschule in Mondfeld (ca. 1906-1912); Lehrerseminar Heidelberg mit Schlussprüfung Ostern 1921

Berufsleben: Verwendung im Schuldienst in Freudenstadt a/M am 18. 5. 1921; weitere Tätigkeiten in Mannheim und Ketsch, währenddessen Vorbereitung auf Ergänzungsprüfung zum Abitur; Abitur im April 1923 an Oberrealschule Mannheim; Vorlesungen und Praktika in Heidelberg in Geologie, Geografie, Chemie und Biologie; 1925 ein Jahr Urlaub zum Studium in Marburg/Lahn; Stellvertretung an Oberrealschule Heidelberg; Versetzung nach Rauenberg bei Wiesloch (angebl. wegen herablassender Bemerkungen über Zentrums- und Kirchenpolitik); weitere elf Versetzungen in drei Jahren; im Januar 1933 zuletzt in Weiher bei Bruchsal; Januar 1934 Rückversetzung nach Heidelberg

Militärverhältnisse: Kriegsteilnahme von Juni bis November 1918 (zuletzt als Grenadier)

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: Während Weimarer Republik als Lehrer in Konflikten mit badischer Landesregierung

NSDAP seit: 1. 1. 1929

Parteikarriere: Gründung des NSLB im Kreis Bruchsal und Kassenwart; Geschäftsführer und vertretungsweise Kreisamtsleiter NSLB in Bruchsal; Politischer Leiter seit 1. 1. 1934;

25. 2. 1934 Vereidigung zum Politischen Leiter als Abteilungsleiter in der Kreisleitung für NSLB (Dienststrang: Kreisabteilungsleiter); 4. 3. 1935 Bestimmung des bisherigen stellv. Kreisamtsleiters im Amt für Erzieher Gottfried Grein zum Kreisamtsleiter durch Gauleitung; 8. 3. 1935 Bestätigung als Kreisamtsleiter des NSLB Kreis Heidelberg durch stellv. Kreisleiter Peter (Dienststrang: Kreisamtsleiter); Enthebung auf eigenen Antrag wegen dienstlicher Versetzung nach Bad Homburg durch Gaupersonalamt am 11. 6. 1937

Entnazifizierung: k. A.

Quellen: GLA 465 c Nr. 3265, NSDAP-Personalsachen Kreis Heidelberg.

Heitz, Emil Gustav

Geb.: 25. 1. 1895

Gest.: k. A.

Geburtsort: Heidelberg

Rel.: r.-kath., Kirchenaustritt 1938, mind. seit 1939 gottgläubig

Familiäre Herkunft: Neuntes und jüngstes Kind einer alten Postler-Familie; Vater: Oberpostschaffner Franz Heitz, unterer Beamter (Briefträger)

Familienstand: verh. (1921); drei Kinder

Beruf: Postamtmann

Ausbildung: Volksschule in Heidelberg 1901-1905; Oberrealschule in Heidelberg 1905-1912; 1912 Zeugnis der Reife für Obersekunda; Eintritt als Telegraphengehilfe als Anwärter auf den mittleren Postdienst beim Telegraphenamt Heidelberg Juni 1912; Telegraphische Assistentenprüfung in Karlsruhe 1919; Verwaltungsprüfung in Karlsruhe 1923

Berufsleben: In 1920er Jahren bei verschiedenen Telegraphen-, Post- und Telegraphenbauämtern beschäftigt; etwa 1925 Telegraphensekretär; etwa 1927 Obertelegaphensekretär; etwa 1929 Telegrapheninspektor; Telegraphen-Inspektor im Telegraphen-Bauamt Mannheim 1931; Rückversetzung als Obertelegaphen-Inspektor ins Postamt Heidelberg 1934; 1942 Abteilungsleiter für das Fernsprech- und Telegraphenamt Heidelberg nach Pensionierung des bisherigen Abteilungsleiters; Beförderung zum Postamtmann (Vorstand des Telegraphen- und Fernsprechbereichs); 1945 Erkrankung und Pension

Militärverhältnisse: August 1914 Soldat, WK I an der Front, diverse Kriegsauszeichnungen, entlassen 1918 als Gefreiter; WK II: uk als Beamter des Fernsprechbereichs; 1945 in Frankreich als Betreuer von Zivilarbeitern für Schanzarbeiten

Ehrenämter: Ratsherr Heidelberg seit 1935 (als Wohlfahrt- und Sport-Berater; nicht besonders hervorgetreten); Aufsichtsratsmitglied in der Vereinsbank Heidelberg 1943-1945

Politische Sozialisation: Vor 1929 parteipolitisch nicht in Erscheinung getreten, Selbstwahrnehmung 1949: »Sozialist bin ich immer gewesen und werde es immer bleiben«

NSDAP seit: 1. 6. 1929

Parteikarriere: Blockhelfer 1932/33 in Ortsgruppe Handschuhsheim; seit 1933 Ortsgruppen-Schulungsleiter; 1933-34 ehrenamtlicher Mitarbeiter der Ortsgruppe; 1934-38 Ortsgrup-

penleiter der Ortsgruppe Gaisberg-Hutzelwald, angeblich nur vertretungsweise, bestätigt erst 1935; ehrenamtlicher Kreisorganisationsleiter 1938-1945, angeblich stellv. Kreisleiter, 1943 Abschnittsleiter der NSDAP und erst jetzt amtl. bestätigter Kreisorganisationsleiter; nach 1939 Hauptarbeitsgebiet: Schnittstelle zwischen Kreisleitung und Luftschutzbund, außerdem Rohstoffsammlungen und sonstige Sammlungen; außerdem: ehrenamtlicher Kreisbeauftragter der VoMi 1940/41 bis Anfang 1942 (Mittelsmann zwischen Gaustelle und Lagerleitung, Beaufsichtigung der Einrichtung und des Betriebs von Lagern, insbesondere Schloss Langenzell, mit rumäniendeutschen »Umsiedlern«, später slowenischen »Absiedlern« aus der Untersteiermark

Entnazifizierung: Von amerik. Militärregierung am 1. 6. 1946 entlassen; am 14. 6. 1945 verhaftet; März 1947 Internierungslager Hohenasperg, davor Gefängnis Heidelberg, Lager Ludwigsburg; Klageschrift: Hauptschuldiger; Spruch: Belasteter; Berufung (Antrag: Minderbelasteter) und Anschlussberufung des öffentl. Klägers (Antrag: Hauptschuldiger); aus Internierungshaft entlassen April 1948; zuvor Zeuge in den Nürnberger Prozessen als Kreisbeauftragter der VoMi; Berufungsverhandlung: Antrag Rechtsanwalt: Mitläufer, Antrag öffentl. Kläger: Belasteter; Spruch: Minderbelasteter; Nachverfahren: Mitläufer auf Antrag des öffentl. Klägers

Quellen: GLA 465 f Nr. 1519, Spruchkammerakte.



Hormuth, Karl Heinrich (Heinz)

Geb.: 9. 11. 1904

Gest.: k. A.

Geburtsort: Heidelberg

Rel.: ev., nicht ausgetreten

Familiäre Herkunft: Vater: ev., Kaufmann Bernhard Hormuth (1869–1917 in Heidelberg), einst Inhaber eines großen Zigarrengeschäfts, das 1908 in Folge einer Bürgschaft abgegeben wurde, danach prekäre Lage, oft arbeitslos, 1913 Angestellter bei der AOK; Mutter: ev., Frieda Hormuth, geb. Bühn, geb. 1872 in Mannheim, nach Tod des Vaters bei AOK eingestellt, später entlassen

Familienstand: verh. seit 23. 8. 1930 mit Erna, geb. Gutfleisch, zwei Kinder (geb. 1. 1. 1934 und Herbst 1935)

Beruf: Kaufmann, Angestellter der Stadtverwaltung; Geschäftsführer und Personalsachbearbeiter (Kassenleiter) bei AOK Heidelberg

Ausbildung: 1911–1919 Volksschule Heidelberg; kaufm. Lehre bei Firma C.F. Beisel Nachf. in Heidelberg (Papierhandlung), gleichzeitig Besuch der städt. Handelsschule; 1929–1931 Verwaltungsakademie mit Diplomabschluss

Berufsleben: nach Lehre bis Januar 1924 als Buchhalter bei Firma Reis & Co. in Friedrichsfeld; danach kurz bei der Versicherungsanstalt des Landesverbands der badischen Gewerbe-

und Handwerkervereinigungen in Heidelberg; nach Entlassung aus Reichswehr dreiwöchige Arbeitslosigkeit, zum 1. 12. 1924 Stadtverwaltung Heidelberg als Hilfsangestellter, dort von März 1925 bis Juni 1933 beim Wohlfahrtsamt, erst als selbstständiger Sachbearbeiter mit Kontakt zu Fürsorgeempfängern, zuletzt als Verwaltungsdirektor; 1. 7. 1933 ein Jahr Beurlaubung; seit März 1933 von Sonderkommissar Fritz Plattner als komm. Leiter der AOK für die Bezirke Heidelberg und Wiesloch (seit Mai) eingesetzt, später als Geschäftsführer bestätigt; 1936 Personalsachbearbeiter und als Kassenleiter bestätigt; 1939–40 Verwaltungsstellenvorsteher der Lichtenfelder Ersatzkasse Dortmund

Militärverhältnisse: Juni 1924 bis Oktober 1924 Zeitfreiwilliger bei der Reichswehr im 5. Art. Regt., 7. Batterie in Ludwigsburg; Verpflichtung auf zwölf Jahre abgelehnt, deshalb entlassen; WK II: 1940 zur Wehrmacht, Feldzug und Besatzung in Holland, 1943/44 Feldzug und Besatzung in Frankreich, verwundet und ins Krankenhaus nach Heidelberg verbracht, bei Kriegsende ärztlich entlassen, zunächst Wachtmeister, zuletzt Oberfeldwebel

Ehrenämter: Vor 1933 Verband der Gemeindebeamten Badens, Ortsgruppe Heidelberg; Stadtverordneter im Bürgerausschuss Heidelberg 1930–1933; April 1933 Kreisrat Heidelberg, seit Juli 1933 bis 1938 stellv. Vorsitzender des Kreistrats

Politische Sozialisation: Vor 1929 keinen Parteien angehört; 1921–1924 Mitglied im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund / Großdeutschen Block, Ortsgruppe Heidelberg, Mutter deutschnational eingestellt

NSDAP seit: 1. 12. 1929

Parteikarriere: September 1929 bis März 1932 Sektionsleiter Altstadt; Juni 1931 Fachreferent für Kommunalbeamte; 1929–1932 Kreisfachberater für Sozialversicherung; August 1932 bis Mai 1933 Mitarbeiter des Gaureferenten für Sozialpolitik; 1. 5. 1933 – 31. 12. 1934 Übernahme der NSBO, Gleichschaltung der Gewerkschaften, Kreisobmann der DAF im Kreis Heidelberg (zum 1. 1. 1935 von Lindinger beerbt, angeblich als »untragbar« abberufen); gleichzeitig Kreisbetriebszellenobmann (»NSBO-Kommissar zur Liquidierung des marxistischen Vermögens«) bis zur hauptamtlichen Besetzung der Stelle; Juli 1934 Politischer Leiter als Kreisamtsleiter NSBO; gleichzeitig Gaubetriebszelleninspekteur für Nordbaden; seit 1935 kein Kreisamtsleiter mehr, angeblich wegen Ablehnung der Hauptamtlichkeit; 1936–1938 Schulungsredner der DAF, Gau Baden, für den Kreis Heidelberg; seit Oktober 1938 nicht mehr als Politischer Leiter tätig

Entnazifizierung: verhaftet nach Entlassung aus Heidelberger Krankenhaus am Wohnort der Frau in Mosbach am 2. 7. 1945; 27. 5. 1947 aus Internierungshaft entlassen wegen Kriegsschädigung; Klageschrift Mai 1948: Hauptschuldiger; Verhandlung Januar 1949: öffentl. Kläger: Belasteter, Anwalt: Mitläufer, Spruch: Belasteter; Juli 1949: Berufungsverhandlung nach Einspruch des Anwalts: Anwalt: Minderbelasteter, öffentl. Kläger: Berufung zu verwerfen, Spruch: Minderbelasteter

Quellen: GLA 465 q Nr. 38436, Spruchkammerakte; GLA 465 c Nr. 2231, Politische Beurteilungen Kreis Heidelberg.

Joos, Alfons

Geb.: 24. 5. 1886

Gest.: k. A.

Geburtsort: Immenstaad am Bodensee

Rel.: r.-kath.; 1938 Kirchnaustritt

Familiäre Herkunft: Vater: Zahntechniker und Friseur

Familienstand: verh.; ein Kind

Beruf: Volksschullehrer, Rektor

Ausbildung: k. A.

Berufsleben: Hauptlehrer seit 1912; Schulleiter als Oberlehrer 1920–1924 in Steißlingen; Hauptlehrer von 1924–1934 an Volksschule in Wolterdingen; seit 1934 Hauptlehrer an Volksschule in Heidelberg; seit 1943 Rektor an Volksschule in Heidelberg; zuletzt anscheinend Stadtschulamt, Schulabteilung Wieblingen; ab Juli 1945 freiwilliger Hilfsarbeiter im Forstamt Heidelberg; Dezember 1945 bis März 1946 Hilfsarbeiter auf dem Lagerplatz der Holz- und Kohlenhandlung J. Müller

Militärverhältnisse: WK I: Leutnant d. Reserve, verwundet; WK II: 1. 11. 1940 Landesschützenbataillon 763; 1941–1943 Besatzungstruppe in Frankreich, zuletzt Hauptmann

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: Wie Vater und vier Brüder vor 1931 nie politisch aktiv gewesen, aber immer wählen gegangen; Familie »gut deutsch und demokratisch eingestellt«; 1912 als Erstwähler den jüdischen Mdr Ludwig Haas von demokratischer Partei gewählt; »Karlsruher Tageblatt« (der DVP zugeneigt) und »Badische Presse« (früher nationalliberal, in Weimarer Zeit erst DDP-, dann DVP-nah) wurden bezogen

NSDAP seit: 1. 12. 1931

Parteikarriere: Schon 1929 Presse- und Propagandawart sowie Funkwart der Ortsgruppe Wolterdingen; 1931 Schulungsleiter und Schulungsredner der P.O. und der HJ im Unterbann dort; Mitarbeit in Ortsgruppe Wolterdingen als Beauftragter für WHW 1933/34; 1934 Ortsgruppenfunkwart dort; Stellvertretender Kreisschulungsleiter in Heidelberg von Juni 1934 bis November 1935; Beförderung vom Stellenleiter zum Hauptstellenleiter 1935; Beförderung zum Kreisamtsleiter und Kreisschulungsleiter von Mai 1936 bis Oktober 1936; Rücktritt angebl. nach offen geäußelter Kritik auf Kreistagung; Kreisschulungsbeauftragter der NSV 1937–1938 und 1943–1945

Entnazifizierung: 27. 8. 1945 von Militärregierung als Rektor entlassen; Klageschrift vom September 1947: Belasteter; Spruch vom November 1947: Belasteter; Oktober 1948: Rücknahme des Spruchs und Einstufung als Mitläufer durch Berufungskammer; März 1949 Ablehnung eines Gnadengesuchs durch Ministerium für politische Befreiung

Quellen: GLA 465 q Nr. 19107, Spruchkammerakte.



Jöst, Heinrich Martin (Heinz)

Geb.: 26. 2. 1886

Gest.: k. A.

Geburtsort: Rinschheim bei Buchen

Rel.: kath.

Familiäre Herkunft: Vater: kath. Postverwalter / Postsekretär Andreas Jöst (geb. in Dertingen, Amt Wertheim, gest. in Bammental 1919); Mutter: Maria, geb. Birnstill, kath., aus Rastatt

Familienstand: verheiratet seit 1914 mit Maya Weiland aus Unterschüpf bei Tauberbischofsheim, zwei Söhne (Werner, geb. 1915; Heinz, geb. 1916)

Beruf: Postbeamter, Oberpostinspektor

Ausbildung: 1892–1896 Volksschule in Bammental; 1896–1901 Oberrealschule Heidelberg

Berufsleben: Eintritt als Postgehilfe in den Reichspostdienst; 1907 Postassistent; 1914 Postsekretär; 1920 Oberpostsekretär; 1923 Postinspektor; 1932 Oberpostinspektor

Militärverhältnisse: WK I: September 1914 bis November 1915 bei der Feldpost an West-, später Ostfront; mit Ruhr, Typhus und Malaria bis April 1918 im Seuchenlazarett; dann Infanterie-Regiment 11 Ersatz-Bataillon in Rastatt; im Mai versetzt zum Ersatz-Regiment Fuß Artillerie 14 nach Straßburg; im Juni zur Nachrück-Abteilung 14; von da an Armee-Fernsprech-Abteilung 7 an der Westfront

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: k. A.

Parteikarriere: Propagandawart in der Ortsgruppe Neuenheim vom 1. 4. 1932 – 31. 7. 1932; Ortsgruppenleiter dort vom 1. 8. 1932 – 12. 5. 1934; 1. 5. 1934 Versetzung nach Hannover

Entnazifizierung: k. A.

Quellen: GLA 465 c Nr. 1877, SA-Personalsachen Heidelberg.

Karcher, Mathias

Geb.: 27. 10. 1899

Gest.: Dezember 1947

Geburtsort: Griesheim bei Offenburg

Rel.: kath.

Familiäre Herkunft: bürgerliche katholische Familie, lebte 1947 noch in Griesheim

Familienstand: verh. mit Selma Karcher, fünf Kinder (geb. zwischen 1935 und 1942)

Beruf: Kaufmann

Ausbildung: 1915 Beginn einer kaufm. Lehre; 1917 unterbrochen durch Einberufung als Soldat

Berufsleben: Juni 1919 bis August 1920 Zivilangestellter bei Abwicklungsstelle der Reichswehr als Expedient; anschließend verschiedene Stellen als Buchhalter, Korrespondent, Handlungsbevollmächtigter und Prokurist in Süd- und Mitteldeutschland; mind. 1932 bis Juni 1934 kaufm. Angestellter bei Tabakfabrik Rheinbischofsheim; Juni 1934 bis 1942 NSDAP-Kreiskassenleiter im Kreis Kehl; April 1942 aus Waldshut nach Heidelberg abkommandiert; 1. 10. 1942 – 31. 10. 1943 als Tabakanbau-Fermenteur / Ankaufmann bei Tabakanbau Ukraine GmbH; 1. 11. 1943 – 30. 9. 1944 Tabaklagerverwalter beim Tabakmonopol; zweite Hälfte 1944 vier bis fünf Monate arbeitslos; nicht verwirklichte Stelle bei Bremsenfabrik Grau in Heidelberg-Pfaffengrund; Dezember 1944 bis April 1945 kaufm. Angestellter (Kalkulator) bei Gebrüdern Hein K.G. Schilderfabrik in Heidelberg

Militärverhältnisse: WK I: Einberufung als Soldat ohne Felddienstfähigkeit 1917

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: Vor 1930 weder politisch betätigt noch interessiert

NSDAP seit: 1. 10. 1930 (bis 1944)

Parteikarriere: Beitritt in Ortsgruppe Freistett; Februar 1932 Ortsgruppenkassenleiter in Rheinbischofsheim nach Gründung der dortigen Ortsgruppe; Kreiskassenleiter Kreis Kehl 1. 5. 1933, seit 1. 6. 1934 hauptamtlich; April 1936 Versetzung in gleicher Eigenschaft nach Waldshut; Juni 1938 wegen Krankheit eines seiner Kinder in gleicher Eigenschaft nach Heidelberg; September 1942 Austritt aus dem Parteidienst und Wechsel zu Tabakfirma in Ukraine; Parteiaustritt im Dezember 1944

Entnazifizierung: Interniert seit 28. 5. 1945; Klageschrift vom 14. 2. 1947: Hauptschuldiger; Verhandlung vom 21. 3. 1947: Kläger: Belasteter, Rechtsanwalt: Minderbelasteter oder Mitläufer, Spruch: Minderbelasteter; Urteilsaufhebung durch Ministerium für politische Befreiung Juli 1947; Dezember 1947 verstorben

Quellen: GLA 465 h Nr. 56411, Spruchkammerakte.

Klein, Sofie Luise, geb. Lechner

Geb.: 23. 11. 1882

Gest.: k. A.

Geburtsort: Singen (Amt Pforzheim)

Rel.: ev.

Familiäre Herkunft: Vater: Mühlenbesitzer Josef Lechner in Singen

Familienstand: verwitwet, 1907 Heirat des Eisenbahnassistenten Ludwig Klein, zwei Kinder (Tochter, geb. 1908 in Meckesheim; Sohn, geb. 1918 in Heidelberg, gefallen 1941 in Russland)

Beruf: Hausfrau

Ausbildung: Volksschule in Singen seit 1888; 1893 Umzug der Familie nach Meckesheim (Amt Heidelberg) um dortige Mühle zu übernehmen; Frauenarbeitsschule in Sinsheim 1899/1900; danach zwei Jahre auf evangelischem Internat in Montygne-Metz

Berufsleben: Mitarbeit in Rechtsschutzstelle für Frauen und Mädchen beim Wohlfahrtsamt Heidelberg in 1920er Jahren

Militärverhältnisse: –

Ehrenämter: Als Jugendliche Mitarbeit im Frauenverein des Roten Kreuzes und in evangelischer Mission; Mithilfe bei Errichtung der Gemeindeschwesternstation in Heidelberger Altstadtgemeinde »Heiliggeist«

Politische Sozialisation: Mann nach dem Krieg im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund (DVSTB) und seit 1924 NSDAP, 1926 bis zu seinem Tode 1928 Schatzmeister der Ortsgruppe; Tochter 1928/29 Hauptgründerin des NSDStB in Heidelberg, später Untergauleiterin des BDM und Gaurednerin; Sohn 1929 nach Erreichen des Mindestalters sofort der HJ beigetreten

NSDAP seit: 15. 5. 1928

Parteikarriere: 15. 5. 1928 Gründerin der ersten Ortsgruppe des Frauenordens (später NSF) Badens; 10. 10. 1932 Bestätigung als Leiterin der Kreisfrauenschaft; Niederlegung und Enthebung des Amtes als Kreisfrauenschaftsleiterin im April 1936 zum 1. 5. 1936 aus Rücksicht auf Gesundheit (angebl. wegen schwerem Unfall folgender Gehbehinderung); Erteilung eines Verweises durch Beschluss des Gaugerichts Baden März 1937 (Abmilderung der zuvor ausgesprochenen Verwarnung durch das Kreisgericht November 1935) wegen parteischädigenden Verhaltens durch fehlende Ordnung in NSF unter ihrer Führung

Entnazifizierung: September 1945 Verhaftung und Einlieferung ins Heidelberger Gefängnis; Entlassung am 5. 10. 1945; Klageschrift vom Dezember 1946: Belastete; eigener Antrag Januar 1947: Mitläuferin; Verhandlung im März 1947: Kläger: Belastete ohne Arbeitslager wegen Alter, Anwalt: Minderbelastete, Spruch: Minderbelastete; Berufung des öffentl. Klägers, forderte Einstufung als Belastete; Dezember 1949: Nachverfahren abgelehnt

Quellen: GLA 465 q Nr. 14144, Spruchkammerakte; GLA 465 c Nr. 2233, Politische Beurteilungen Kreis Heidelberg.

Kobe, Ernst

Geb.: 18. 8. 1879

Gest.: Vor Juli 1953, in Heidelberg

Geburtsort: Niklashausen (Amt Wertheim / Tauberbischofsheim)

Rel.: ev., 1940 ausgetreten

Familiäre Herkunft: Vater: ev. Pfarrer in Niklashausen von 1867–1894, dann Umzug nach Wieblingen (dort Pfarrer bis 1906); fränkisch-evangelische Pfarrersfamilie mit elf Geschwistern

Familienstand: verh. mit Emma Kobe, geb. Schmidt; zwei Töchter (Rosemarie und Brigitte), zwei Söhne (beide im Krieg gefallen)

Beruf: Kaufmann, Fabrikdirektor

Ausbildung: Gymnasium in Wertheim (1891–1894) und Heidelberg (1894–1897), Abschluss mit mittlerer Reife; kaufmännische Lehre in Mannheim; zur weiteren Ausbildung in verschiedenen Industrie- und Handelsfirmen in Stettin, Lahr, Peine in Hannover, Ludwigshafen bis 1911, 1907/08 einjähriger Aufenthalt in London

Berufsleben: Nach kaufm. Ausbildung mehrjährige Berufstätigkeit an verschiedenen Orten Deutschlands; 1911 kaufm. Leiter bei Portland-Zementwerken Wetterau in Lengfurt/Main; nach Übergang dieses Werkes auf den Heidelberger Konzern Bestellung als Vorstandsmitglied der Portland-Zementwerke Heidelberg A.G. 1931; Erreichen der Altersgrenze August 1944, jedoch auf Wunsch des Aufsichtsrates bis Kriegsende tätig

Militärverhältnisse: einjähriger Militärdienst 1904–1905 in München; WK I: August 1914 bis Ende 1916 als Landsturm-Unterroffizier in Frankreich (nicht mehr frontverwendungsfähig nach Knieverletzung)

Ehrenämter: Handelskammer Würzburg 1911–1931; Mitglied im Bezirksausschuss (Selbstverwaltungsgremium) in Marktheidenfeld zwischen 1911 und 1931, ebenso Beisitzer des Geschworenengerichts in Würzburg; Handelskammer Mannheim seit 1931; Beisitzer der Schiedsspruchstelle des Arbeitsamts Heidelberg seit 1931; 1934 in den Stadtrat berufen, später Ratsherr

Politische Sozialisation: »Vor 1933 schon immer rechts gestanden«, Gesinnung war »gut deutsch«; Zementwerk galt vor 1933 als Hochburg des Stahlhelms; als Pfarrerssohn vom Lande »ganze weltanschauliche Entwicklung in christlich-sozialer Grundeinstellung beeinflusst«; Vater Anhänger des christlich-sozialen Politikers und Hofpredigers Stöcker

NSDAP seit: 1930 (nach eigener Deutung erst 1934, Mitgliedsnr.: 369447)

Parteikarriere: Dezember 1930 angeblich nur Eintrag in Zustimmungsliste anlässlich einer Versammlung in Wertheim; Mitgliedsbuch angeblich erst im Herbst 1934 erhalten (niedrigere Nummer mit Ausfall älterer Pg. erklärt); Kreiswirtschaftsberater 1934–1945 als Nachfolger von Verlagsbuchhändler Otto Winter; SS seit November 1933, Wirtschaftsberater der 32. SS-Standarte Heidelberg; Beisitzer im NSDAP-Kreisgericht

Entnazifizierung: Interniert seit 23. 7. 1945 in Kornwestheim, dann Darmstadt; 1946/47 Internierungskrankenhaus Karlsruhe; 30. 4. 1947 Entlassung als gesundheitlich »nicht lagerfähig«; Klageschrift vom April 1948: Hauptschuldiger; Verhandlung Juli 1948: Kläger: Minderbelasteter, Anwalt: Mitläufer, Spruch: Minderbelasteter; Gnadengesuch abgelehnt Juli 1949; März 1950 Mitläufer im Nachverfahren

Quellen: GLA 465 q Nr. 18449, Spruchkammerakte.

Kohlhammer, Wilhelm Lucius

Geb.: 6. 9. 1890

Gest.: k. A.

Geburtsort: Heidelberg

Rel.: k. A.

Familiäre Herkunft: k. A.

Familienstand: verh. seit 18. 7. 1942 in zweiter Ehe mit Lotte Kohlhammer, geb. Slupik (Elsässerin mit französischer Staatsangehörigkeit)

Beruf: Bankkaufmann, Bankbeamter a.D.

Ausbildung: k. A.

Berufsleben: Seit 1912 Bankbeamter bei der Deutschen Bank in Konstantinopel als Auslandskorrespondent; Rückkehr nach Deutschland bei Ausbruch WK I; Verlust von Hab und Gut bei Kriegsende; anschließend Bankbeamter in Berlin, Verlust des Kapitals und der Stellung durch Inflation; 1929 Pacht einer Kurpension in Bad Elster (Sachsen); Herbst 1929/30 Aufgabe der Pension, Verlust der Existenz; November 1930 Rückkehr als Erwerbsloser in Heimatstadt Heidelberg, dort Wohlfahrtsempfänger; Mai 1933 Angestellter im freiwilligen Arbeitsdienst; Oktober 1934 Angestellter der DAF-Kreisverwaltung als KdF Kreiskassenwart; Januar 1945 Anstellung in Firma August Grau Bremsenfabrik in Heidelberg-Pfaffengrund

Militärverhältnisse: WK I: Fronteinsatz von 1914–1918; WK II: März 1940 bis Dezember 1940 als Reserveoffizier im Frankreichfeldzug; dann zurückberufen als Kreiskassenwart der DAF in Straßburg

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: Vor 1933 an Politik desinteressiert, Freizeit »nur dem Sport gewidmet«

NSDAP seit: 1. 6. 1931 – 30. 9. 1944

Parteikarriere: 12. 12. 1930 – 30. 4. 1931 »Straßenzellenobmann« der NSDAP; Ortsgruppenleiter Heidelberg-Mönchhof 1. 9. 1932 – 4. 5. 1935, Unterbrechung von Mai 1933 bis September 1934 wegen freiwilligem Arbeitsdienst; Oktober 1934 bis September 1944 Kreiskassenwart KdF im Rang eines Kreisstellenleiters; angeblich fristlos entlassen nach Auseinandersetzung mit Vorgesetztem wegen Eintritt für Belange der Elsässer; Parteiaustritt September 1944

Entnazifizierung: Seit 4. 1. 1946 in politischer Haft; Klageschrift vom Februar 1947: Belasteter; zwischenzeitlich an Tuberkulose erkrankt; entlassen am 2. 6. 1947; Spruch vom April 1948: Mitläufer; Juli 1948 Handelsprovisionsvertreter in Wattenscheid

Quellen: GLA 465 q Nr. 12911, Spruchkammerakte.



Körber, Philipp

Geb.: 23. 8. 1884

Gest.: k. A.

Geburtsort: Plankstadt

Rel.: ev.

Familiäre Herkunft: Vater: Landwirt David Körber

Familienstand: verh.; eine Tochter (geb. 1915)

Beruf: Kaufmann

Ausbildung: 1890–1898 Volksschule in Plankstadt; danach kaufmännische Lehre bei Chemischer Fabrik Rhenania in Rheinau bei Mannheim

Berufsleben: nach Lehrzeit noch bis 1904 Kontorist bei Rhenania; nach Entlassung vom Militär ab Oktober 1906 bei Höchster Dampfmühle Brot- und Teigwarenfabrik in Höchst am Main als Buchhalter und Expedient bis zum Verkauf der Firma 1908; bis Jahresende als Buchhalter und Reisender bei Firma Karl Kiefer Weinbau und Weingroßhandlung in Eichstetten am Kaiserstuhl; bis Sommer 1909 als Expedient bei Brauerei Christian Weyman in Mühlhausen, Thüringen; Juli 1909 bis Juli 1911 bei Chemischer Fabrik, Leim- und Dextrinfabrik Carl Gronewaldt in Berlin als Buchhalter und Reisender; Juli 1911 erster Buchhalter bei Schloßbrauerei AG in Rybnik/Oberschlesien, nach einem Monat Prokurist; nach WK I Existenzgründung 1919, aber nach erstem Polenaufstand im August 1919 Weggang aus Oberschlesien; 1920–1927 Zigarrenspezialhandel in Heidelberg; nach Verkauf des Ladens gelegentlicher Provisionsvertreter, Reisen durch Baden, Württemberg und die Pfalz; nach Autounfall 1932 arbeitslos; 1934 Abteilungsleiter NSV-Kreisamtsleitung; Entlassung 1936; erneute Arbeitslosigkeit; 1. 6. 1937 – 31. 12. 1939 Buchhalter bei Seifenfabrik Theobald Klar in Heidelberg; erneute Arbeitslosigkeit nach Entlassung im Zusammenhang mit Produktionsrückgang mit Kriegsbeginn; Karl Kraus Sägewerk in Heidelberg-Pfaffengrund (zehn bis zwölf, später 20 Mitarbeiter) 1940–1941, gleichzeitig DAF-Betriebsobmann; 1. 7. 1942 – 31. 12. 1944 kaufm. Angestellter Lohnbüroleiter bei Gustav Hoffmann GmbH in Heidelberg; 1945 Buchhalter bei Göhrig Co. Heidelberg

Militärverhältnisse: Militärdienstzeit 1904–1906 beim Inf.-Reg. 114 in Konstanz und Burg-Hohenzollern; WK I: Sommer 1914 eingezogen und Kriegseinsatz in Frankreich und Türkei; entlassen am 15. 1. 1919 als Unteroffizier von Res. Inf. Reg. 62 Cosel Oberschlesien

Ehrenämter: Vorsitzender der Ortsgruppe Heidelberg im Verband deutscher Zigarrenläden zwischen 1920 und 1927; bis Februar 1935 anstelle des Pg. Lindinger komm. Beauftragter im Vorstand der AOK Heidelberg (entlassen wegen sofortiger Unterbringung der eigenen Tochter dort)

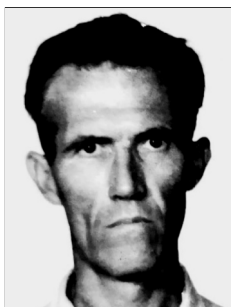
Politische Sozialisation: vor 1930 keiner Partei angehört; »seit 1923 bin ich der Bewegung und meinem Führer mit Leib und Seele verschworen«

NSDAP seit: 1. 12. 1929

Parteikarriere: 1. 12. 1929 – 1. 12. 1930 Zellenleiter; bis 1. 9. 1932 Sektionsleiter; ab 1. 9. 1932 bis 1936 Ortsgruppenleiter; 1934 bis November 1936 Abteilungsleiter in NSV-Kreisamtsleitung, Abteilung »Mutter und Kind«, Kindererholungswerk und Winterhilfe, Dienstrang eines Kreishauptstellenleiters (Kreiswohlfahrtswalter); Entlassung aus besoldeter NSV-Stelle zum 30. 9. 1936 (angeblich wegen der Äußerung von Kritik, aber Revision der Gauamtsleitung stellte grobe Pflichtverletzung als NSV-Abteilungsleiter fest), daraufhin Niederlegung des Ortsgruppenleiterpostens und Abbestellung der Volksgemeinschaft, seitdem kein Parteidienst mehr, Beschluss des Gaugerichts im Dezember 1937: kein Parteiamt für ein Jahr, 1941-42 DAF-Betriebsobmann in Karl Kraus Sägewerk (20 Arbeiter)

Entnazifizierung: Verhaftet 17. 5. 1945; April 1947 wegen Haftunfähigkeit (70% erwerbsbehindert) aus Interniertenlager Moosburg a. d. Isar entlassen; Klageschrift vom September 1947: Belasteter; Spruch vom Dezember 1947: Belasteter; Bestätigung durch Berufungskammer im August 1948; Milderung der Sühnemaßnahmen im Dezember 1950; Aufhebung des Spruchs durch Entscheidung des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg im November 1953, fortan Mitläufer; 1954 Sozialrentner

Quellen: GLA 465 r Nr. 2518, Spruchkammerakte.



Kramer, Gottfried Georg Friedrich

Geb.: 19. 2. 1899

Gest.: k. A.

Geburtsort: Neckargemünd

Rel.: ev.; Kirchengaustritt 1936; 1939 gottgläubig

Familiäre Herkunft: Vater: Schiffer und späterer Gastwirt Jakob Kramer aus Neckargemünd; Mutter: Anna, geb. Rommel

Familienstand: Heirat zwischen 1919 und 1946, Scheidung August 1948, keine Kinder

Beruf: Volksschullehrer / Kapellmeister

Ausbildung: Volksschule 1905–1913; bestandene Aufnahmeprüfung am Vorseminar Lahr; 1914 ans Lehrerseminar Heidelberg bis Einberufung 19. 6. 1917; Besuch erneut nach wiedererlangter Gehfähigkeit ab 16. 9. 1918; Abgangsprüfung dort Ostern 1919; 1920–24 Musikhochschule Stuttgart, 1924 Kapellmeisterexamen

Berufsleben: 29. 4. 1919 Dienstantritt als Unterlehrer an Volksschule in Mannheim; 1919 Bewilligung eines einjährigen Urlaubs zur Weiterbildung in Musik am Konservatorium Heidelberg, später Leipzig unter Einstellung der Vergütung; Mai 1920 Verlängerung auf unbestimmte Zeit zur Vollendung des Musikstudiums mit dem Berufsziel Musiklehrer; 1924 bis August 1931 am Stadttheater Halle/Saale, später Kapellmeister und Korrepetitor; in Stuttgart und Halle Nebenverdienst durch Musikunterricht und andere Nebentätigkeiten; dann Entlassung (Personaleinsparung) und bis August 1933 arbeitslos; August 1933 bis Oktober 1936 Kapellmeister und Chordirektor der Stadt Heidelberg; Oktober 1936 bis Februar 1943 hauptberuflicher Kreispropagandaleiter NSDAP; Februar 1942 Bürgermeister der Stadt

Neckargemünd; 1944–45 auf behördliche Weisung nebenamtlich zusätzlich Bürgermeister von Eberbach und Waldhilsbach

Militärverhältnisse: WK I: Eintritt ins Heer am 19. 6. 1917; zunächst Ausbildung bei Feldartl. Rgt. 76 in Freiburg; 13. 4. 1918 zu Feldartl. Rgt. 227 ins Feld; 5. 5. 1918 durch Geschoss am linken Unterschenkel verwundet und ins Reservelazarett in Iserlohn; Beförderung zum Gefreiten am 19. 5. 1918; von dort ins Reservelazarett Stadthalle Heidelberg; nach Genesung wieder ins dortige Lehrerseminar; WK II: 1940 im Frankreich-Feldzug Wachtmeister im Divisions-Nachschub 263. Infanterie-Division 5. Kolonne; Uk-Stellung nach Frankreich-Feldzug für Parteidienststelle

Ehrenämter: 1933–1945 stellv. Bürgermeister und Erster Beigeordneter Neckargemünd; 1933–1936 Obmann des Stadttheaters Heidelberg in der Reichstheaterkammer; 1935–1945: Kreisrat Heidelberg; 1942–1945 1. Vorsitzender der Bezirkssparkasse Neckargemünd; 1942 zusätzlich 2. Geschäftsführer der Elektr. Werke (automatisch als Bürgermeister)

Politische Sozialisation: Bis 1931 kein Interesse an Politik und keine Wahlbeteiligung (»nur der Musik verschrieben«); Bruder Hans Kramer NSKK-Obersturmführer in Eberbach; Bruder Fritz Kramer SA-Truppführer in Neckargemünd

NSDAP seit: 1932

Parteikarriere: Ortsgruppenleiter Oktober 1932 bis Oktober 1936; 1936–1942 hauptamtlicher Kreisamtsleiter für Propaganda im Rang eines Abschnittsleiters; 1943 stellvertretender Ortsgruppenleiter von Neckargemünd, da bisheriger Stellvertreter eingezogen wurde; 1943–1945 wieder Ortsgruppenleiter m.d.F.b.; Kreisredner und später Gauredner

Entnazifizierung: Interniert am 19. 4. 1945; in Moosburg a.d. Isar bis mind. 14. 9. 1945; März 1947 in Kornwestheim; Klageschrift April 1948: Hauptschuldiger; Antrag des Klägers nach Beweisaufnahme: Minderbelasteter; Spruch vom August 1948: Minderbelasteter; Haftentlassung am 14. 8. 1948

Quellen: GLA 465 q Nr. 38346, Spruchkammerakte; GLA 235-1 Nr. 7966, Lehrpersonalakte.



Lenz, Richard

Geb.: 31. 12. 1890

Gest.: k. A.

Geburtsort: Oberschüpf (seit 1974 zu Boxberg im Main-Tauber-Kreis)

Rel.: ev., 1937 Austritt und gottgläubig

Familiäre Herkunft: Vater: Hauptlehrer; Umzug der Eltern aus Main-Tauber-Region nach Mannheim ca. 1906, weil Schwestern dort als Telegraphenbeamtinnen arbeiteten

Familienstand: verh. seit 14. 2. 1919 mit Martha Lenz, geb. Reeb; ein Kind (Richard, geb. Juli 1919)

Beruf: Volksschullehrer, Volksschulrektor

Ausbildung: Volksschule in Oberschüpf seit ca. 1896; Gymnasium in Tauberbischofsheim; Wechsel auf Gymnasium Mannheim (nach Umzug der Eltern dorthin) 1906, dort Abitur; Besuch des Lehrerseminars

Berufsleben: Eintritt in den Schuldienst am 16. Oktober 1912 als Unterlehrer in Heidelberg; März 1914 Versetzung nach Mannheim; November 1914 nach zwischenzeitlicher Entlassung aus dem Kriegsdienst wieder in Mannheim als Unterlehrer tätig bis April 1915; bis August 1915 Hilfslehrer in Höhefeld (Amt Wertheim); Januar 1919 bis April 1919 Unterlehrer in Rohrhof (Amt Schwetzingen); bis Oktober 1919 Unterlehrer in Mannheim; etatmäßig und Ernennung zum Hauptlehrer seit 1. 10. 1919, dann bis April 1926 in Ochsenbach (Amt Heidelberg); seit April 1926 Hauptlehrer in Mannheim; 11. 9. 1933 Ernennung zum Rektor an Volksschule Mannheim; zum 1. 9. 1938 Versetzung an Grund- und Hauptschule (Pestalozzi-Schule) Heidelberg

Militärverhältnisse: WK I: Einberufen im August 1914, September 1914 wegen Krankheit entlassen; wieder einberufen im August 1915, Januar bis September 1916 an der Ostfront; 2½ Jahre im Heimatgebiet; entlassen im März 1918; WK II: Von Kreisleitung erwirkte UK-Stellung als Ortsgruppenleiter 1943, später anscheinend noch einberufen, da April 1946 Kriegsgefangener

Ehrenämter: Nichtrichterliches Mitglied der Dienststrafkammer für nichtrichterliche Beamte seit 27. 7. 1933

Politische Sozialisation: Nach dem Weltkrieg zunächst linksstehende Parteien, dann demokratische Partei gewählt (orientiert an Maßgaben des badischen Lehrervereins), vor 1931 wenig an Politik interessiert

NSDAP seit: 1. 12. 1931

Parteikarriere: 1933–1934 Kreisamtsleiter des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) in Mannheim; Juni 1938 Politischer Leiter in Ortsgruppe Weststadt II (später Hutzelwald), zunächst Blockleiter (1. 4. 1938 – 1. 4. 1939), später Ortsgruppenorganisationsleiter (1. 4. 1939 – 11. 4. 1940); Ortsgruppenleiter m.d.F.d.G.b. seit 11. 4. 1940 nach Einberufung des Ortsgruppenleiters Busch (weil Busch im Krieg gefallen ist), blieb er bis 1945 Ortsgruppenleiter im Dienstrang eines Ortsgruppenorganisationsleiters

Entnazifizierung: Aus Schuldienst entlassen mit Wirkung vom 1. 5. 1945; April 1946 in Kriegsgefangenenschaft, später bis 1948 in Internierungshaft; März 1946: Belasteter; Juli 1949 Berufungsverhandlung: Mitläufer; 20. 8. 1949 Aufhebung des Spruchs durch Ministerium für politische Befreiung Württemberg-Baden und Anordnung eines neuen Berufungsverfahrens; November 1949: Spruch Minderbelasteter; Mai 1950 Einreihung als Mitläufer gemäß Gesetz zum Abschluss der politischen Befreiung vom März des Jahres; Oktober 1951 Dienstantritt als Lehrer im Beamtenverhältnis auf Widerruf an Volksschule Leutershausen (Landkreis Mannheim); Juli 1952 Berufung in Beamtenverhältnis auf Lebenszeit; Juli 1953 Berufung zum Oberlehrer; Januar 1956 Eintritt in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres
Quellen: GLA 465 f Nr. 1624, Spruchkammerakte; GLA 235-1 Nr. 8108, Lehrpersonalakte; GLA 465 c Nr. 2704, NSDAP-Personalsachen Kreis Heidelberg.

Lindinger, Karl

Geb.: 19. 1. 1898

Gest.: k. A.

Geburtsort: Heidelberg

Rel.: ev.; 1935 ausgetreten, danach gottgläubig

Familiäre Herkunft: Karl eines von neun lebenden Geschwistern, Vater: Verkäufer, 1903 mit Betriebsunfall, danach »Not ständiger Gast«, Ausbildung zum Ingenieur aus finanziellen Gründen nicht möglich

Familienstand: verh. seit 9. 10. 1920, zwei Kinder (Wolfgang, geb. 8. 1. 1922 und Margarete, geb. 25. 5. 1927)

Beruf: Techn. Angestellter

Ausbildung: Volksschule Heidelberg 1904–1912; Lehre zum Bauschlosser, gleichzeitig Gewerbeschule Heidelberg 1912–1915, Gesellenprüfung als Bauschlosser im März 1915 bestanden

Berufsleben: Geselle seit 1915 bei Waggonfabrik Fuchs in Heidelberg, dann bei Luftschiffbau Schmitt-Lanz in Mannheim Rheinau bis zur Einberufung zum Heer im Juni 1917; nach Genesung im April 1919 arbeitslos, dann freiwillige Notstandarbeit für Stadt Heidelberg; Anfang 1920 Beschäftigung bei Schnellpresse AG in Heidelberg, etwa 1923 dort Vorarbeiter, anschließend Werkmeister als technischer Angestellter; seit 1. 1. 1935 hauptamtlich bei DAF-Gauverwaltung als Kreisobmann

Militärverhältnisse: WK I: Einberufung im Juni 1917, nach sechswöchiger Ausbildung im August 1917 als Kanonier nach Frankreich zur 9. Batterie des Feldart. Reg. 30, schwere Verwundung am 6. 11. 1918, Lazarett bis April 1919; WK II: uk-gestellt durch DAF-Baden; November 1944 Volkssturmmann in Heidelberg

Ehrenämter: 1930 Betriebsratsmitglied bei der Schnellpresse AG; Ratsherr Stadt Heidelberg seit 1934; 16. 10. 1934 – 28. 9. 1942 Aufsichtsrat der Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG

Politische Sozialisation: Familie stand sozialdemokratischen Ideen nah, Vater war alter Gewerkschaftler; 1915–1924 Mitglied des Metallarbeiterverbands, anschließend bis 1934 des Werkmeisterverbands; bis 1924 nur SPD gewählt; dann Zweifel ob der anhaltenden Not der arbeitenden Bevölkerung und beginnende Beschäftigung mit Ideen der aufkommenden NSDAP; Mitglied angebl. wegen sozialer Programmatik

NSDAP seit: September 1926

Parteikarriere: Mai 1932 Betriebszellenobmann; Ende 1933 Leiter der Abteilung Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung bei der Kreisleitung; hauptamtlicher Kreisobmann DAF und Kreisamtsleiter 1. 1. 1935 bis 1945; höchster Dienstrang: Abschnittsleiter (seit März 1944)

Entnazifizierung: politische Haft seit 24. 8. 1945; Klageschrift vom Dezember 1947: Hauptschuldiger; Spruch vom Mai 1948: Belasteter (Antrag Kläger: Hauptschuldiger, Antrag Anwalt: Belasteter)

Quellen: GLA 465 f Nr. 1625, Spruchkammerakte.

Link, Arnulf

Geb.: 14. 8. 1891

Gest.: k. A.

Geburtsort: Mudau bei Buchen

Rel.: röm.-kath., 1942 Kirchenaustritt

Familiäre Herkunft: Vater: Josef Wilhelm Link, Gastwirt in Mudau bei Buchen

Familienstand: verh. seit 25. 6. 1920 mit der Tochter eines Hauptlehrers, zwei Kinder (Arnulf, geb. 1921, 50% kriegsbeschädigt und Willi, geb. 1922, gest. in Leningrad)

Beruf: Volksschullehrer / Rektor

Ausbildung: März 1912 Abgangsprüfung am Lehrerseminar Freiburg, zweite Lehrprüfung 12. 8. 1918

Berufsleben: Aufnahme in den Staatsdienst im April 1912 als Unterlehrer; in Hemsbach (Bergstr.) bis Juni 1913; bis Oktober 1913 Unterlehrer im Amt Bühl; nach Kriegsdienstentlassung Oktober 1918 bis April 1919 im Amt St. Blasien; seit April 1919 in Mannheim, 1. 4. 1921 Berufung in Beamtenverhältnis und Beförderung zum planmäßig angestellten Hauptlehrer; seit 1. 6. 1934 nach Heidelberg als kommiss. Rektor; seit 1936 Rektor

Militärverhältnisse: 1. 10. 1913 – 1. 10. 1918 Heeres- und Kriegsdienst; WK II: 1. 4. 1945 – 5. 5. 1945 Landesschützenbataillon 512, 5. Komp., anscheinend Kriegsgefangenschaft

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: bis in den Weltkrieg hinein in sozialistischem Milieu verhaftet, 1919 Demokrat, vor Kontakt zum NS enttäuscht aus Politik zurückgezogen

NSDAP seit: 1. 2. 1931

Parteikarriere: 1933 Blockleiter; danach Zellenleiter; 1938 Ortsamtsleiter für Schulung / Ortsgruppenschulungsleiter; seit 1942 Ortsgruppenleiter m.d.W.d.G.b; 1944 zuständig für Aufstellung des Volkssturms in Rohrbach

Entnazifizierung: Seit 23. 5. 1945 in Internierungshaft; Spruch vom Dezember 1947: Minderbelasteter; August 1949: Einstufung als Mitläufer in Nachverfahren; 20. Oktober 1950: Wiedereinstellung an Volksschule Mannheim, allerdings nicht mehr als Rektor und nur im Angestelltenverhältnis; November 1951: Wiederernennung zum Beamten auf Lebenszeit; Mai 1952: Ehrenurkunde für 40-jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst; Eintritt in den Ruhestand als Rektor zum 1. 9. 1956

Quellen: GLA 465 f Nr. 805, Spruchkammerakte; GLA 235-1 Nr. 8134, Lehrerpersonalakte.

Mayer, Franz Valentin

Geb.: 27. 4. 1901

Gest.: k. A.

Geburtsort: Heidelberg

Rel.: k. A., 1934 Kirchenaustritt

Familiäre Herkunft: »alteingesessene Bauern- und Kaufmannsfamilie«; Anwesen in Hauptstr. 27 musste während Weltwirtschaftskrise an Brauerei verkauft werden; entfernt verwandt mit Kreisleiter Seiler

Familienstand: verheiratet seit 1927, zwei Kinder

Beruf: Kaufmann, 1932–1945 Gastwirt (selbständiger Unternehmer) des »Berg-Bräu« in Heidelberg

Ausbildung: mittlere Reife; Lehre zum Kaufmann in der Getränkebranche

Berufsleben: Tätigkeit in der Getränkebranche; 1931 arbeitslos; Aushilfstätigkeiten; pachtweise Übernahme der Brauerei in Hauptstr. 27 und Eröffnung der Speisegaststätte »Berg-Bräu«

Militärverhältnisse: Einberufung als Soldat 1939–1941; Entlassung als Unteroffizier wegen Gallenblasenentzündung; 1944 zu Schanzarbeiten im Elsass

Ehrenämter: Mitglied im Bezirksrat bei der Polizeidirektion Heidelberg für Gaststättenfragen 1935–1939

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 1. 11. 1932

Parteikarriere: Hilfskassenleiter in der Ortsgruppe Heidelberg-West 1933; Kreishauptstellenleiter für Organisation 1934–1938; Kreisamtsleiter ohne Geschäftsbereich 1939; 1944 in Rang eines Hauptgemeinschaftsleiters befördert

Entnazifizierung: interniert am 21. 4. 1945; bis mind. Juni 1946 im Internierungslager Ludwigsburg; 24. 3. 1947 im Internierungs- und Arbeitslager Moosburg a. d. Isar; mind. Juli 1947 Internierungslager Kornwestheim; 24. 4. 1948 Entlassungsschein; Klageschrift: Hauptschuldiger; Antrag Rechtsanwalt: Minderbelasteter; Spruch: Belasteter; späterer Spruch: Mitläufer; dagegen Berufung des öffentlichen Klägers nach Intervention des Ministeriums für politische Befreiung Württemberg-Baden; von Berufungskammer zurückgewiesen und weiter als Mitläufer eingestuft

Quellen: GLA 465 f Nr. 1400, Spruchkammerakte.

Merdes, Friedrich

Geb.: 19. 12. 1897

Gest.: k. A.

Geburtsort: Wieblingen

Rel.: ev. bis mind. 1939, danach gottgläubig

Familiäre Herkunft: k. A.

Familienstand: verh., zwei Kinder (geb. ca. 1928 und 1935)

Beruf: Kaufmann

Ausbildung: Volksschule Wieblingen 1904–1912; Handelsschule Mannheim 1912–1915; gleichzeitig kaufm. Lehre bei der Firma Exporthaus Jakob Neu in Mannheim

Berufsleben: Nach Abschluss der Lehre 1915 und bis zur Einberufung im September 1936 bei Firma Westfälische Transport AG in Dortmund; nach Entlassung aus Heeresdienst im Dezember 1919 von 1920–1925 bei Badische Haferpräparate & Grünkernfabrik GmbH, Heinrich Fuchs Waggonfabrik A.G. und »Kaweco« Füllfederhalterfabrik A.G. in Heidelberg; Zusammenbruch der Firma und Arbeitslosigkeit; Gründung einer eigenen Existenz (Textilwaren-Geschäft); 1930 Aufgabe des Geschäfts unter Verlust des Vermögens; kurzzeitig als Vertreter und Aushilfsangestellter verdingt; 1931–1934 arbeitslos; 1934 NSV Gauverwaltung Baden, zunächst als Kreiswaller Heidelberg, 1934–1937 Kreiswaller Mannheim, 1938–1942 Abteilungsleiter Gauverwaltung für Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe, 1942–1945 Kreiswaller in Mühlhausen/Elsass; Februar bis April 1945 Kreiswaller in Emmendingen

Militärverhältnisse: Einberufung zum Kriegsdienst im September 1916, im Felde bei verschiedenen Infanterie-Regimentern, Verwundung (60%, amputiertes Bein) im Juni 1918; entlassen im Dezember 1919

Ehrenämter: 1930–1933 Stadtverordneter im Bürgerausschuss von Heidelberg, 1933/1934 Stadtrat in Heidelberg

Politische Sozialisation: Schwester Eva Merdes NS-Frauenschaftsleiterin in Edingen, Bruder Emil Merdes SA-Sturmführer in Edingen

NSDAP seit: 1. 10. 1930

Parteikarriere: November 1930 bis 1932 Sektionsleiter in Heidelberg-Wieblingen; 1932 bis Mitte 1934 Ortsgruppenleiter, ab September 1933 ständig vertreten wegen Tätigkeit in der NSV als Kreiswaller und Kreisbeauftragter für das WHW in Heidelberg bis Ende 1934; Ende 1934 bis 1937 in gleicher Funktion in Mannheim; 1938–1942 Abteilungsleiter für Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe bei Gauverwaltung Baden (Dienststrang Gauhauptstellenleiter); 1942–1945 Kreiswaller in Mühlhausen/Elsass; Februar bis April 1945 Kreiswaller in Emmendingen (alles seit September 1933 hauptamtlich, als Kreiswaller jeweils auch Kreisamtsleiter bei den Kreisleitungen)

Entnazifizierung: inhaftiert seit 20. 6. 1945; (ungültige) Klageschrift vom Oktober 1947: Hauptschuldiger; neue Klageschrift nach umfangreichen Ermittlungen Juni 1948: Hauptschuldiger; Spruch vom Juli 1948: Belasteter und aus Internierung entlassen; Januar 1949: Ablehnung eines Gnadengesuchs durch den Ministerpräsidenten

Quellen: GLA 465 f Nr. 977, Spruchkammerakte.

Meyer, Johann August

Geb.: 4. 8. 1885

Gest.: k. A.

Geburtsort: Bremen

Rel.: ev., Kirchenaustritt 1943, dann gottgläubig

Familiäre Herkunft: Vater: Gastwirt aus Bremen

Familienstand: verh. erstmals 1909 (Frau starb 1915), ein Sohn; wiederverheiratet 1917, drei Töchter (geb. 1923, 1925 und ?)

Beruf: Kaufmann (Buchprüfer)

Ausbildung: 1891–1894 Volksschule in Bremen; bis 1901 Realschule in Bremen mit Mittlerer Reife abgeschlossen, nach Wehrdienst kaufm. Lehre 1904

Berufsleben: Nach Abschluss der kaufmännischen Lehre Tätigkeiten als Expedient, Lagerist, Buchhalter, 1909–1912 als Prokurist; Gang in die Selbständigkeit und Übernahme von Vertretungen bis zum Weltkriegsausbruch; nach Kriegsende und Wiederherstellung der Gesundheit zahlreiche führende Posten in freier Wirtschaft als Buchhaltungsvorstand, Verkaufsleiter etc. in Großindustrie und Großhandel; 1930 arbeitslos geworden; 1. 10. 1933 bis 1943 Angestellter und Buchprüfer beim Finanzamt Heidelberg, zunächst als einfacher Angestellter, 1936 als Buch- und Betriebsführer; 1943–1945 Geschäftsführer beim Amt des Gauwirtschaftsberaters bei Gauleitung Baden

Militärverhältnisse: Wehrpflicht 1901–1904 in Bremen; WK I: September 1914 mit Infanterie-Regiment 76 ins Feld eingeeckt; 1916 zum Infanterie-Regiment 118; 1918 verschüttet und 30% kriegsbeschädigt

Ehrenämter: Ratsherr der Stadt Heidelberg seit 6. 11. 1935

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 1931

Parteikarriere: 1932 Zellenleiter; Ende 1932 Ortsgruppenleiter Ortsgruppe Altstadt (umfasste damals die späteren Ortsgruppen Altstadt I, II und Schlierbach); Oktober 1934 Ortsgruppenleiter Ortsgruppe Altstadt I (ab 1940 Schloßberg); 1. 4. 1943 bis 1945 Geschäftsführer beim Amt des Gauwirtschaftsberaters der Gauleitung Baden in Straßburg (durch offizielle Dienstverpflichtung unter Weiterzahlung der Bezüge vom Finanzamt), damit Gauhauptstellenleiter und Mitglied des Gaustabs; höchster Dienstrang: Hauptgemeinschaftsleiter seit 1942

Entnazifizierung: Verhaftung am 6. 7. 1945 in Marburg; Klageschrift vom Dezember 1947: Hauptschuldiger; Verhandlung Februar 1948: Hauptschuldiger; Entlassung; Berufung eingelegt durch Anwalt im März 1948; Berufungsverhandlung Oktober 1949: Aufhebung des Spruchs und Einreihung als Mitläufer; August 1950: Erlass aller weiteren Kosten auf Gnadenwege

Quellen: GLA 465 f Nr. 1636, Spruchkammerakte; GLA 465 c Nr. 16237, NSDAP-Personalsachen Kreis Heidelberg.

Peter, Willi

Geb.: 16. 11. 1903

Gest.: k. A.

Geburtsort: Mühlhausen/Elsass

Rel.: ev.

Familiäre Herkunft: Vater: kath., Hausmeister im Heidelberger Rathaus, geb. 1869; Mutter: ev., Hausfrau, 1877–1914

Familienstand: verh., ein Kind

Beruf: Lehrer

Ausbildung: Volksschule (1910–1918, Donaueschingen und Heidelberg); Vorseminar Lehr; Lehrerseminar Heidelberg (Abschluss 1924)

Berufsleben: Viereinhalb Jahre ohne Anstellung als Lehrer, Tätigkeiten in Gärtnerei, Zementwerk Leimen und auf einer Krankenkasse, seit Juli 1928 Verwendung im Schuldienst als Lehrer an verschiedenen Orten, 23. 6. 1930 – 22. 6. 1931 in Uiffingen, Kreis Tauberbischofsheim, seit 7. 7. 1931 in Altneudorf, Kreis Heidelberg (bis 16. 10. 1933)

Militärverhältnisse: Nicht gedient, kein Freikorps

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 18. 12. 1929

Parteikarriere: seit 1. 12. 1932 Zellenwart; seit 1. 12. 1933 Kreisorganisationsleiter; Jan. 1934 auch Kreisfilmwart; mit Wirkung zum 1. 7. 1935 als Stellvertreter des Gauorganisationsleiters Kramer und Gauausbildungsleiter in den Gaustab übernommen (Leiter der Hauptstelle »Ausbildungsleiter« im Gauorganisationsamt, zusätzlich Leiter der Nebenstelle Straßburg des Gauorganisationsamts); vom Gauleiter endgültig berufen: 1. 8. 1936; mit Wirkung zum 26. 3. 1942 Wahrnehmung der Geschäfte des Kreises Kolmar; Bemühung um Ernennung zum Gauamtsleiter im Mai 1942; 4. 11. 1943: offenbar schon Kreisleiter in Weissenburg (als Obergemeinschaftsleiter); 24. 1. 1944: Als Kreisleiter in Weissenburg endgültig eingesetzt und bestätigt (Rang: Hauptabschnittsleiter)

Entnazifizierung: k. A.

Quellen: GLA 465 d Nr. 415, Personalakte Politischer Leiter aus Baden; GLA 465 c Nr. 3263, NSDAP-Personalsachen Kreis Heidelberg.

Popp, Karl Theodor

Geb.: 18. 8. 1905

Gest.: k. A.

Geburtsort: Hagenau/Elsass

Rel.: r.-kath.

Familiäre Herkunft: Vater: Dr. Oskar Popp, Arzt, geb. in Heidelberg, 1918 gest., ein Jahr später Ausweisung der Familie aus dem Elsass; Mutter: Lina Popp, geb. Bilabel

Familienstand: verh. seit 1932, ein Sohn

Beruf: Kaufmann

Ausbildung: Gymnasium in Hagenau/Elsass bis zur Ausweisung 1919 (13- o. 14-jährig), neuer Wohnort (= Herkunftsort der Eltern) Heidelberg, Mutter als Witwe nur mit kleiner Pension (kein Geld zum Studieren), Wahl des Kaufmannsberufs; Lehre in der Papier- und Tapetenfabrik Bammental

Berufsleben: Nach Ausweisung aus dem Elsass 1919 jahrelang in Arbeitslosenunterstützung, gelegentliche freiberufliche Vertretungen, Kurhaus »Schillerhain« in Kirchheimbolanden; seit Juli 1927 dort entlassen und arbeitslos; September 1934 Anstellung bei Kreisleitung, Kreiskasse (nach Bewerbung auf Zeitungsannonce); bis Februar 1935 Angestellter der Kreiskasse der NSDAP, dann fristlos entlassen (angebl. Weigerung, private Rechnungen von Kreisleitungsmitgliedern zu zahlen); danach kaufmännischer Angestellter bei Firma Zwint-scher; seit 1.1.1938 selbstständiger Unternehmer (Fabrik für Füllhalter und Drehstifte, Friedrich-Eisenlohr-Str. 9 (1938 zwei Beschäftigte, 1943 15 Beschäftigte)

Militärverhältnisse: WK II: Soldat in Kraftfahrzeugabteilung XII in Kaiserslautern ab 1942

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: vor 1932 keiner Partei angehört

NSDAP seit: 1932

Parteikarriere: kaufmännischer Angestellter bei der Kasse der Kreisleitung September 1933 bis Februar 1935 (fristlos entlassen)

Entnazifizierung: Antrag Rechtsanwalt: Mitläufer; Spruchkammer: minderbelastet mit zwei Jahren Bewährungsfrist; nach einem Jahr Abkürzung der Bewährungsfrist und Einreihung als Mitläufer

Quellen: GLA 465 q Nr. 7206.



Pychlau, Dr. Waldemar

Geb.: 6. 11. 1887

Gest.: k. A.

Geburtsort: Riga

Rel.: ev., ab 31. 5. 1937 gottgläubig

Familiäre Herkunft: Vorfahren 1769 aus Königsberg nach Riga umgesiedelt; Vater: Kaufm. Direktor Nikolai Pychlau aus Riga; Mutter: ev., lebt 1936 noch in Riga

Familienstand: verh. seit 5. 2. 1912 mit Julie Pychlau, geb. Schei-fele (geb. 1890 in Heidelberg, später ebenfalls gottgläubig); zwei Kinder (Ingeborg, geb. 1913, gest. 1944 durch vergiftete Pralinen eines angebl. dankbaren Patienten; Arno geb. 1914, gest. November 1915 an Infektionskrankheit)

Beruf: Facharzt für Chirurgie

Ausbildung: Gymnasialbildung am deutschen Gymnasium in Moskau; Reifeprüfung an Ostern 1905; Studium der Medizin an den Universitäten Jena und Heidelberg vom SS 1905 bis SS 1910; Staatsprüfung in Heidelberg, aber keine deutsche Approbation, weil russischer Untertan; 1912 russische Staatsprüfung in Russland; 1924 deutsche Approbation

Berufsleben: 1910–1912 Assistent an der Frauen- und Chirurgischen Klinik in Heidelberg; 1912 vorher zugesagte Stelle als Leitender Arzt am Bahnkrankenhaus der Südostbahn im

Dongebiet, dort bis 1920; nach Befreiung durch weiße Armee unterwegs mit dieser als Chefarzt eines Sanitätszuges; Herbst 1920 Rückkehr nach Deutschland über Riga geschafft und wieder Assistent an Chirurgischer Klinik; 1924 Niederlassung als Facharzt für Chirurgie, Operationen in Privatklinik Sahnaw und im St. Videntius Krankenhaus; seit 1930 Leiter der chirurgischen Abteilung des Krankenhauses Bethanien; seit 1940 Beamter als Direktor des Krankenhauses Kolmar

Militärverhältnisse: WK I: in Russland (Dongebiet bei Charkiw); WKII: 1934 freiwillig gemeldet, jedoch wegen Alters nicht eingezogen; Herbst 1944 bis Februar 1945 im Volkssturm (bis Landeck, Tirol) als Bataillonsarzt

Ehrenämter: Seit 1928 Vorstand im Fachärztlichen Verein Heidelberg als Schriftführer

Politische Sozialisation: In Russland während des Ersten Weltkriegs als Deutschbalte überwacht und nach der Revolution von Sicherheitsdienst verhaftet; Befreiung nach einigen Wochen durch gegenrevolutionäre »weiße Truppen«; bis 1926 keiner Partei angehört; 1926 Eintritt in DDP (bis 1931)

NSDAP seit: 1. 4. 1933

Parteikarriere: 23. 7. 1932 SA-Sturmarzt in Sturm 3 der SA-Standarte 110; März 1934 (Berufung) bzw. Juli 1934 (Ernennung) Kreisamtsleiter des Amtes für Volksgesundheit; ab 1. 11. 1936 Gauamtsleiter des Amtes für Volksgesundheit und Gauobmann des NS-Ärztbundes und Leiter der Ärztekammer Baden/Elsaß; Hauptabschnittsleiter seit 20. 4. 1944

Entnazifizierung: Verhaftung in Heidelberg am 25. 6. 1945 und interniert in Ludwigsburg; 1947 nach Frankreich ausgeliefert und dort verurteilt wegen Zwangsabtreibungen an »Ostarbeiterinnen«; Gefängnis in Metz; entlassen im Herbst 1949; Klageschrift Januar 1951: Belasteter

Quellen: GLA 465 fNr. 1930, Spruchkammerakte; GLA 465 d Nr. 435, Personalakte Politischer Leiter aus Baden.



Reichert, Lorenz

Geb.: 22. 10. 1883

Gest.: k. A.

Geburtsort: Schönau bei Heidelberg

Rel.: ev., ausgetreten 1934; seit 1939 gottgläubig

Familiäre Herkunft: Als fünftes von sieben Kindern in Schönau bei Heidelberg geboren; Vater: ev., Güteraufseher Jakob Reichert (1844–1913 in Schönau bei Heidelberg); Mutter: ev., geb. Fontius (1847–1897 in Schönau bei Heidelberg)

Familienstand: verh. mit Regina Kraft (früher ev., 1937 ausgetreten, dann gottgläubig); eine Tochter (geb. 6. 1. 1910, früher ev., dann gottgläubig)

Beruf: Metzger

Ausbildung: 1889 Volksschule in Schöna u bis ca. 1895; danach Lehre bei Metzgermeister Peter Wilhelm in Schöna u

Berufsleben: Arbeit als Metzgergehilfe in Frankfurt/Main, Offenbach, Höchst und Hamburg; 1904 nach Dänemark, dort in Schweineexportschlächtereien tätig; nach Wehrdienst wieder als Metzgergehilfe in Frankfurt 1907–1909; Oktober 1909 selbstständig als Pächter einer Metzgerei mit Wirtschaft in Hoffenheim bei Sinsheim; Führung des Betriebs bis März 1914; seit Januar 1914 Besitzer eines Grundstücks am neuen Bahnhofsgelände in Heidelberg mit Wohn- und Geschäftshaus, geplant als Metzgerei mit Wirtschaft; nach dem Krieg Bahnhofsbauarbeiten eingestellt, deshalb nur Wirtschaft mit Schlachtere i »Wirtschaft zum neuen Güterbahnhof«, zusätzlicher Erwerb eines Lastwagens für Lohnfahrten; 1934 Verpachtung der Räume an angrenzende Milchwirtschaft und Annahme einer Stelle als Kontrolleur (Außenbeamter) bei der Heidelberger Milchversorgung G.u.H.

Militärverhältnisse: September 1905 bis 1907 zur Wehersatz-Kommission im Inf. Rgt. 171, 5. Komp. in Kolmar; WK I: Im Res. Inf. Rgt. 140, Oktober 1915 durch Schrapnellschuss am Oberkiefer verwundet, danach in Standort Schlächtere i nach Mannheim kommandiert, 1918 als Unteroffizier entlassen

Ehrenämter: Bereits vor 1933 Stadtverordneter der NSDAP im Bürgerausschuss Heidelberg, ebenso im reduzierten NS-Bürgerausschuss 1933, nach Abschaffung des Bürgerausschusses seit Juli 1933 im reduzierten 10-Mann Stadtrat, seit 1935 Ratsherr; Bezirksrat seit Juli 1933

Politische Sozialisation: Von Haus aus liberal / nationalliberal, aber vor WK I keiner Partei angehört und nicht viel um Politik gekümmert

NSDAP seit: November 1925

Parteikarriere: 1. 11. 1922 – 1. 3. 1924 aktives Mitglied und Kassier im Verein »Aufwärts«, Ortsgruppe Heidelberg; 1. 3. 1924 – 1. 2. 1925 aktives Mitglied der Deutschen Partei; 1926/27 Blockwart/-leiter; bis 1933 Block- und Zellenwart/-leiter; seit 1. 7. 1932 Politischer Leiter; seit 1. 7. 1932 Kreisuschnla-Beisitzer; ehrenamtlicher Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik in Heidelberg 1. 4. 1933 bis 1945; mind. Mai 1935 bis Juli 1944 zusätzlich; später als »der tatsächliche Vormann des Kreisstabes« bezeichnet; höchster Rang: Abschnitsleiter; Eröffnungsansprachen bei Versammlungen in Abwesenheit des Kreisleiters; Beförderung zum Oberabschnitsleiter durch Gaupersonalamt im September 1944 abgelehnt

Entnazifizierung: Seit 15. 5. 1945 in Haft; Verhandlung im April 1947, öffentlicher Kläger beantragt: Hauptschuldiger, Verteidiger beantragt: Belasteter; Spruch: Belasteter; März 1949 Ablehnung eines Gnadengesuchs vom Juli 1948 durch Ministerium für politische Befreiung; September 1950: Aufhebung des Spruches

Quellen: GLA 465 f Nr. 726, Spruchkammerakte; GLA 465 d Nr. 441, Personalakte Politischer Leiter aus Baden.

Riehl, Jakob

Geb.: 17. 11. 1893

Gest.: 20. 7. 1948 im städt. Krankenhaus Mannheim

Geburtsort: Heidelberg-Handschuhsheim

Rel.: k. A.

Familiäre Herkunft: k. A.

Familienstand: verh. mit Margarete Riehl, keine Kinder

Beruf: kaufmännischer Angestellter

Ausbildung: k. A.

Ziviltätigkeit: seit mind. 1932 kaufm. Angestellter bei Heinrich Fuchs Waggon-Fabrik A.G.

Militärverhältnisse: k. A.

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 1. 11. 1930

Parteikarriere: Ortsgruppenleiter Altstadt II / später Hackteufel seit 1. 10. 1934

Entnazifizierung: Verhaftung 19. 4. 1945; am 27. 9. 1946 wegen schwerer Tuberkulose entlassen; seit April 1948 stationär im städt. Krankenhaus Mannheim wegen ansteckungsfähiger Lungentuberkulose, 100% arbeitsunfähig; Spruch: Mitläufer

Quellen: GLA 465 q Nr. 34909, Spruchkammerakte.

Röhn, Hermann Gustav Philip

Geb.: 21. 12. 1902

Gest.: 14. 8. 1946 in Straßburg

Geburtsort: Heidelberg

Rel.: ev.

Familiäre Herkunft: Vater: Julius Gustav Röhn, Zinngießer

Familienstand: ledig, keine Kinder

Beruf: Kaufmann, Versicherungsbeamter, Soldat, Parteifunktionär

Ausbildung: Ca. 1909–1920 Schulbildung in Heidelberg (Volksschule, Oberrealschule und Handelsschule)

Berufsleben: 1920 ausgebildeter Versicherungsbeamter; 1922–1924 Berufssoldat in der Reichswehr; 1925–1933 Mitarbeit im elterlichen Geschäft (Zinngießerei); 1933 hauptamtlicher Mitarbeiter der NSDAP-Gauleitung Baden (1933 als »Stabsleiter« / Geschäftsführer), 1934 geschäftsführender stellvertretender Gauleiter, seit 1936 stellvertretender Gauleiter)

Militärverhältnisse: Soldat in der Reichswehr 1922–1924 (21. Infanterieregiment); WK II: 1940 Teilnahme am Westfeldzug

Ehrenämter: 1930–1933 Mitglied im Heidelberger Gemeinderat; 1933 kurzzeitig MdL Baden; November 1933 – 1945 MdB

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: Mai 1922 (in Ortsgruppe Mannheim), Wiedereintritt 1926

Parteikarriere: Mitaufbau der NSDAP in Heidelberg, Führer des Schlageterbundes (Deckorganisation SA), später der SA in Heidelberg bis 1929; 1929 Geschäftsführer der Ortsgruppe Heidelberg; 1931 Kreisleiter der NSDAP Heidelberg bis März 1933; 1933 »Stabsleiter« (Geschäftsführer) der Gauleitung Baden; 1934–1936 geschäftsführender stellvertretender Gauleiter; 1936–1945 stellvertretender Gauleiter, ab 1940 auch des Elsass

Entnazifizierung: 1945 von Amerikanern festgenommen und den Franzosen übergeben; 1945–1946 in französischer Haft in Straßburg, dort 1946 Prozess vor dem französischen Militärgericht, 3. 5. 1946 Todesurteil, 14. 8. 1946 Vollstreckung durch Erschießung

Quellen: Ferdinand, Röhn (s. Lit.verz.)

Schäfer, Andreas

Geb.: 2. 4. 1887

Gest.: k. A.

Geburtsort: Mühlbach, Krs. Sinsheim

Rel.: k. A., später aus Kirche ausgetreten

Familiäre Herkunft: k. A.

Familienstand: verh.

Beruf: Sattler, städt. Arbeiter, Hausmeister

Ausbildung: k. A.

Berufsleben: 1929–1930 Arbeiter beim städt. Gaswerk; Kündigung angeblich wegen nazistischer Gesinnung; vorübergehend arbeitslos; 1933 als städtischer Arbeiter (Straßenkehrer) beim städt. Tiefbauamt angestellt; 1941 Hausmeister der Pfaffengrund-Schule als städt. Angestellter

Militärverhältnisse: k. A.

Ehrenämter: Mitglied, teilweise Aufsichtsrat in der Baugenossenschaft Heidelberg

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 1. 1. 1932 (»einer der ersten im Pfaffengrund«)

Parteikarriere: Stützpunktleiter Heidelberg-Pfaffengrund ab 1. 10. 1934; Ortsgruppenleiter Heidelberg-Pfaffengrund seit 1937, Dienstrang: Obergemeinschaftsleiter

Entnazifizierung: Interniert seit 28. 3. 1945; entlassen am 20. 5. 1947; Klageschrift vom 14. 10. 1947: Hauptschuldiger; Spruch vom Dezember 1947: Hauptschuldiger; (verspätete) Berufung des Betroffenen; April 1948 einstweilige Anordnung weiterer Festhaltung bis Berufungsverhandlung; Juni 1948 Aufhebung der Anordnung und Entlassung wegen Haftunfähigkeit; September 1950: Aufhebung des Spruches vom Dezember 1947 und Anord-

nung eines erneuten Verfahrens durch Ministerium für politische Befreiung Württemberg-Baden; Verhandlung April 1951: Verfahrenseinstellung

Quellen: GLA 465 q Nr. 20741, Spruchkammerakte.

Schank, Robert Wilhelm

Geb.: 7. 8. 1892

Gest.: k. A.

Geburtsort: Sattelbach, Kreis Mosbach/ i. B.

Rel.: ev., ausgetreten 1942, danach gottgläubig

Familiäre Herkunft: k. A.

Familienstand: verh. seit 17. 10. 1918; ein Sohn (geb. 1928)

Beruf: Landwirt, Kaufmann

Ausbildung: Volksschule, kaufm. Vorbildung

Berufsleben: Führung eines landwirtschaftlichen Betriebs

Militärverhältnisse: WK I: Einberufung 12. 8. 1915, bis Kriegsende im Felde

Ehrenämter: Seit 1933 Stadtrat, später Ratsherr

Politische Sozialisation: Vor 1931 keine Parteizugehörigkeiten

NSDAP seit: 1. 10. 1931

Parteikarriere: Aufbau und Führer der Kreisbauernschaft seit 1932; November 1932 Kreisfachberater und Hauptabteilungsleiter V in der Kreisorganisationsleitung im Kreis Heidelberg; seit 1. 8. 1934 Kreisamtsleiter Kreis Heidelberg im Amt für Agrarpolitik / Landvolk; Dienstrang: Abschnittsleiter (seit April 1942); Kreisredner; SS-Reitersturm 1/13 seit 1. 12. 1933, SS-Untersturmführer

Entnazifizierung: k. A.

Quellen: GLA 465 d Nr. 463, Personalakte Politischer Leiter aus Baden.

Schmith, Karl

Geb.: 13. 4. 1861

Gest.: April 1941

Geburtsort: Karlsruhe

Rel.: seit 1908 ev., davor kath.

Familiäre Herkunft: Vater: kath., Monteur Rudolf Schmith (1828–1912) in Karlsruhe; Mutter: Maria Magdalena Schmith, geb. Elison, kath., geb. 1829 in Kippenheim, gest. 1909 in Karlsruhe

Familienstand: k. A.

Beruf: Kapitän a. D.

Ausbildung: Volksschule 1867–1870; Lyceum 1871–1877; 3-jährige seemännische Ausbildung bei der kaiserlichen Marine

Berufsleben: 1900 Eintritt in den Dienst der kaiserlichen Werft als Vorstand der Betriebs- und Fahrzeugverwaltung; nach der Revolution Wiederaufnahme des Werftdienstes; Verbindungsoffizier zwischen Entente und Deutschland, an Verhandlungen über deutsche Schiffe in englischem Besitz beteiligt, aufgrund von nationaler Gesinnung (Weigerung der Nutzung der engl. Sprache auf deutschem Boden) Niederlegung der Stellung und Quittierung des Dienstes im September 1920

Militärverhältnisse: 1878 Eintritt als Freiwilliger in kaiserliche Marine, 3-jährige seemännische Ausbildung; aktiver Marinedienst bis 1900; WK I: Auf Befehl der obersten Marineleitung als Kapitän Führung des Hochseebergungsdampfers »Boreas« bis zur Revolution

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 21. 9. 1925

Parteikarriere: Ortsgruppe Heidelberg-West, Amtswalter seit 1929 als Vorsitzender des Uschla; bis 1935 Vorsitzender des Kreisgerichts Heidelberg; Amt aus Altersgründen zur Verfügung gestellt

Entnazifizierung: –

Quellen: GLA 465 c Nr. 2432, NSDAP-Personalsachen Kreis Heidelberg.

Seeländer, Erich

Geb.: 29. 1. 1896

Gest.: k. A.

Geburtsort: Magdeburg

Rel.: ev., ausgetreten 1938, dann gottgläubig

Familiäre Herkunft: Vater: Kammermusiker aus Magdeburg, Umzug der Familie nach Heidelberg 1903

Familienstand: verh. seit 24. 9. 1925 mit Elisabeth, geb. Gruber; eine Tochter (geb. 12. 9. 1923), beide ebenfalls ausgetreten und gottgläubig

Beruf: Kaufmann, Sparkassenbeamter

Ausbildung: Volksschule ab 1902 in Magdeburg, 1903–1910 Volks- und Oberrealschule in Heidelberg; kaufmännische Lehre bei Firma A. Braun & Co. in Heidelberg und gleichzeitig Besuch der städt. Handelsschule 1910–1913

Berufsleben: Nach Lehrzeit bei Firma Braun als kaufmännischer Angestellter weiterbeschäftigt bis zum Einzug zum Militärdienst im September 1915; nach Ausscheiden aus der Reichswehr 1920 zur Bezirkssparkasse Heidelberg, dort zuletzt Verwaltungs-Inspektor und seit 1935 Zweigstellenleiter bei der Bezirkssparkasse Heidelberg, Zweigstelle Eppelheim

Militärverhältnisse: WK I: 20. 9. 1915 – 18. 8. 1916 in den Infanterie-Regimentern 169 und 111; 33% kriegsbeschädigt; dann Bezirkskommando Heidelberg bis 22. 7. 1919, für Reichswehr in Werbezentrale Heidelberg 23. 7. 1919 – 31. 10. 1919; WK II: Oktober bis November 1944: Betreuung der in Frankreich eingesetzten Schanzer; Volkssturmmann seit November 1944 (keinen Dienst verrichtet)

Ehrenämter: k. A.

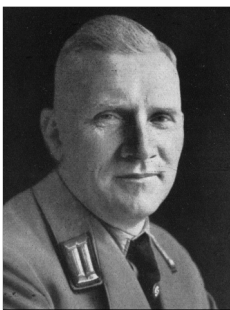
Politische Sozialisation: Januar 1919 bis Oktober 1919 SPD (mit vielen Kameraden des Bezirkskommandos Heidelberg)

NSDAP seit: 1. 2. 1933

Parteikarriere: 1. 2. 1933 – 1. 2. 1934 Blockleiter in Ortsgruppe Heidelberg-Handschuhsheim; 1. 2. 1934 – 1. 1. 1934 Zellenleiter ebenda; 1. 11. 1934 – 10. 5. 1938 Ortsgruppenkassenleiter dort; bis 28. 8. 1939 Ausbildungsleiter dort; bis 1. 3. 1941 Ortsgruppenleiter Vi.A. (Vertreter im Amt); bis 31. 3. 1942 wieder Ausbildungsleiter dort; seit 1. 4. 1942 bis August 1944 Kreiskassenleiter m.d.W.d.G.b. dort; Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Heidelberg-Atzelhof seit 1. 8. 1944 bis Kriegsende; seit 1. 7. 1939 Kameradschaftsführer im NS-Reichskriegerbund Kameradschaft Heidelberg-Handschuhsheim; 18. 11. 1941 – 1. 7. 1942 Ortsamtsleiter der NSV Heidelberg-Handschuhsheim

Entnazifizierung: Interniert seit 7. 5. 1945; Klageschrift April 1947: Hauptschuldiger; Verhandlung Mai 1947: Belasteter (Antrag Kläger: Belasteter; Antrag Anwalt: Minderbelasteter); Entlassung; Berufung durch Anwalt; Berufungsverhandlung November 1948: Minderbelasteter; Erlass von Sühne und Restkosten auf Gnadenweg im September 1952

Quellen: GLA q Nr. 12610, Spruchkammerakte; GLA 465 d Nr. 512, Personalakte Politischer Leiter aus Baden.



Seiler, Wilhelm

Geb.: 26. 8. 1891

Gest.: 15. 11. 1975 in Heidelberg

Geburtsort: Karlsruhe

Rel.: ev., Kirchenaustritt 1934, danach gottgläubig

Familiäre Herkunft: Einfache Verhältnisse, Familie im Jahr seiner Geburt nach Heidelberg verzogen, Vater: Bernhard Seiler, Magazinmeister (kleiner Beamter bei badischer Staatseisenbahn) starb im Kindheitsalter; Mutter: seitdem Versorgerin der drei Geschwister (durch Zimmervermieten und Kostgeben)

Familienstand: verh. seit 1922 in erster Ehe mit Hilda Seiler (kath.), geb. Trunzer (drei Kinder), 1937 in zweiter Ehe mit Lini, geb. Eisengrein (drei Kinder)

Beruf: Volksschullehrer, Rektor, Stadtschulamtsleiter, Kreisleiter

Ausbildung: Volksschule und Lehrerseminar (1907–1913) in Heidelberg

Berufsleben: Unterlehrer in Lörrach, nach Rückkehr aus Krieg 1919 Unterlehrer in Heidelberg; 1921 Hauptlehrer an Schule im Pfaffengrund bis 1933; Ernennung zum Rektor der Wilkensksschule September 1933 und Ernennung zum Leiter des Stadtschulamts im Oktober 1933; 1934 Stadtoberschulrat; 1937 Beurlaubung als Stadtschulamtsleiter; hauptamtlicher Kreisleiter der NSDAP; 1940 endgültige Entlassung aus dem badischen Staatsdienst

Militärverhältnisse: WK I: September 1914 bis 1917 Kriegsteilnehmer (militärische Grundausbildung bei Ersatzbataillon Grenadier-Regiment 110 in Mannheim; seit Januar 1915 Kämpfe an West- und Ostfront), zuletzt als Leutnant d. Reserve, September 1917 schwere Verwundung und britische Kriegsgefangenschaft bis Juli 1919

Ehrenämter: 1930–1934 Stadtverordneter der NSDAP im Bürgerausschuss; 26. 4. 1933 Berufung in den Stadtrat, dort Geschäftsführer der NSDAP-Fraktion; bis Herbst 1935 Fraktionsführer der NSDAP dort

Politische Sozialisation: 1919–1923 Mitglied bzw. Vorsitz in verschiedenen völkischen Organisationen in Heidelberg (Ortsgruppenführer bei Adler und Falken, Mitglied in völkischem Wandervogel, bis 1923 zweiter Vorsitzender des Alldutschen Verbandes); Mitglied in NSDAP 1922, nach Verbot 1923 Mitglied in der Deutschen Partei (DP) 1924; aber 1925–1928 auch gewählter Bezirksvorsteher des linksliberalen Badischen Lehrervereins (Mitglied seit 1913); 1929 Mitglied des Stahlhelms

NSDAP seit: 1922–1923; Wiedereintritt 1. 8. 1930

Parteikarriere: Übernahme des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) in Heidelberg 1. 9. 1930; Leitung bis 1931 und wieder seit 1. 12. 1932; Juni 1934 ehrenamtlicher Kreisleiter; 1937–1945 hauptamtlicher Kreisleiter von Heidelberg

Entnazifizierung: 4. 4. 1945 Inhaftierung; Internierungshaft bis 14. 4. 1949; Oktober 1948: Belasteter; Juni 1949: Verurteilung zu fünf Monaten Gefängnis wegen Landfriedensbruch; Januar 1950 Verfahren gemäß Straffreiheitsgesetz eingestellt; 1949–1952 Vertreter und Abonnentenwerber für eine »Volksbücherei«; Oktober 1952 Volksschullehrer im Angestelltenverhältnis in Ladenburg; 1961 Eintritt in den Ruhestand

Quellen: Roser, Seiler (s. Lit.verz.)



Stumpf, Adam Johannes

Geb.: 21. 5. 1891

Gest.: k. A.

Geburtsort: Hettenleidelheim

Rel.: kath.; gottgläubig seit mind. 1939 (Kirchenaustritt im April 1937)

Familiäre Herkunft: Vater: kath., geb. 1863 in Carlsberg i. d. Rheinpfalz, Vorarbeiter in den Tongruben in Hettenleidelheim, gest. 1937 in Heidelberg; Mutter: kath., geb. 1868 in Wattenheim (Rheinpfalz), gest. 1938 in Heidelberg

Familienstand: verh. seit 15. 10. 1918 mit Klara Stumpf, geb. Müller, 1943 ebenfalls Austritt aus röm.-kath. Kirche; ein Sohn (geb. ca. 1922, gest. 1931 nach Blinddarmoperation)

Beruf: Postamtmann

Ausbildung: Volksschule Hettlenleidenheim 1897–1897; Volksschule Heidelberg 1897–1902; Oberrealschule Heidelberg 1902–1907; 1911 Bestehen der Postassistenten-Prüfung in Karlsruhe; 1923 Bestehen der Verwaltungsprüfung für Post- und Telegraphie in Karlsruhe

Berufsleben: 1907 Eintritt in den Postdienst als Postgehilfe; 1911 Postassistent, 1923 Postsekretär; 1925 Postinspektor; bis 1937 beim Telegrafenam; bis 1941 in der Briefträgerei; Beamter der Deutschen Reichspost, Hauptpostamt Heidelberg, bis 1938 als Postinspektor Leiter der Fernsprechnungsstelle; 1938 als Oberpostinspektor Leiter der Brief- und Geldzustellung; Oktober 1942 als Postamtmann Abteilungsleiter Brief- und Feldpostverkehr

Militärverhältnisse: WK I: 1914–1918 in Frankreich im Felde; WK II: uk-gestellt; März 1945 Volkssturm (ohne Einsatz)

Ehrenämter: Rechnungsführer im Heidelberger Liederkranz 1929–1935

Politische Sozialisation: Vor 1931 nicht politisch betätigt; Ehefrau Klara Stumpf Mitarbeiterin in NS-Frauenschaftsgruppe Neuenheim; gem. Sohn bereits vor 1931 Mitglied im Jungvolk; Bruder Hans Stumpf Kassenleiter einer NSDAP-Ortsgruppe in Heidelberg

NSDAP seit: 1. 12. 1931

Parteikarriere: Politischer Leiter seit 1. 7. 1932; 1. 8. 1932 – 7. 4. 1933 Zellenwalter der Ortsgruppe Heidelberg-Mittelstadt; 1933 Kreisfachschaftsleiter Post im Reichsbund Deutscher Beamter (RDB); Kreisamtsleiter Amt für Beamte vom 3. 1. 1934 – 15. 2. 1943, in Personalunion Kreiswalter des RDB; 17. 4. 1943 – 18. 4. 1945 Ortsgruppenleiter (m. d. W. d. G. b.) in Ortsgruppe Heidelberg-Mönchhof; 1935–1945 Verbindungsmann des Postamts zum SD; höchster Dienstrang: Hauptgemeinschaftsleiter seit 1942; seit 1939 Kreisredner (Reden auf Ortsgruppen-, öffentlichen und Mitgliederversammlungen)

Entnazifizierung: Verhaftung am 19. 4. 1945; Klageschrift Mai 1947: Hauptschuldiger; Klageschrift Oktober 1947: Hauptschuldiger; Antrag in Verhandlung Februar 1948: Hauptschuldiger, Antrag des Verteidigers: Minderbelasteter; Spruch: Belasteter; März 1948: Einspruch des öffentlichen Klägers und Antrag auf Hauptschuldiger; April 1948 Einspruch Stumpfs und Forderung auf Herabsetzung der Sühnemaßnahmen; Entlassung aus Internierungshaft im April 1948; Berufungsverfahren Oktober 1949: Verteidiger beantragt auf Mitläufer, Spruch: Minderbelasteter; 1950: Mit Wiedereinstellung in den Postdienst oder Pensionierung in absehbarer Zeit zu rechnen

Quellen: GLA 465 fNr. 1634, Spruchkammerakte; GLA 465 d Nr. 552, Personalakte Politischer Leiter aus Baden.

Sydow, Albert Paul Hans

Geb.: 29. 3. 1891

Gest.: k. A.

Geburtsort: Schönwerder (Uckermark)

Rel.: ev.

Familiäre Herkunft: Stammt aus Pfarrersfamilie in der Uckermark

Familienstand: verh.; zwei Söhne (Konrad und Eckehardt, geb. 1924 und 1926)

Beruf: Mittelschullehrer

Ausbildung: Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin; nach dem Abitur Studium der Altphilologie und Theologie in Tübingen und Berlin

Berufsleben: 1929–1937 Mittelschullehrer am Pädagogium in Neuenheim; 1938–1945 Schulungsbeauftragter der NSV

Militärverhältnisse: WK II: seit 4. 9. 1939 als Hauptmann d. Res.; 1941–1945 uk-gestellt; Anfang 1945 nochmals eingezogen

Ehrenämter: k. A.

Politische Sozialisation: politisch vor 1930 nicht betätigt; »in nationalem Geiste erzogen« und »durch Veranlagung ein starkes soziales Empfinden«

NSDAP seit: 1. 6. 1930

Parteikarriere: 1931–1932 SA-Truppführer; 1933–1938 Fachschaftsleiter »Freie Erzieher« in Gauwaltung des NSLB; 1935–1938 Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Heidelberg-Mönchhof; 1938–1945 Schulungsleiter NSV Gauwaltung Baden; Leiter der Gauschule Ettlingen; Dienst-rang: Hauptgemeinschaftsleiter (1946)

Entnazifizierung: Klagschrift Januar 1948: Hauptschuldiger; Verhandlung März 1948: Antrag Kläger: Belasteter, Antrag Anwalt: Minderbelasteter, Spruch: Minderbelasteter; Februar 1949: im Nachverfahren Mitläufer

Quellen: GLA 465 q Nr. 34042, Spruchkammerakte.

Thurecht, Franz

Geb.: 14. 1. 1890

Gest.: k. A.

Geburtsort: Heidelberg

Rel.: ev., nicht ausgetreten

Familiäre Herkunft: k. A.

Familienstand: verh., später verwitwet; vier Kinder (mind. ein Sohn und eine Tochter)

Beruf: Schmiedemeister

Ausbildung: k. A.

Berufsleben: selbstständiger Schmiedemeister, ab 1942/43 Arbeitnehmer bei der Heidelberger Straßenbahn als Streckenmeister

Militärverhältnisse: WK II: ab 28. 8. 1939 bis 1941 bei der Wehrmacht

Ehrenämter: Stadtverordneter für NSDAP in Heidelberg 1930–33

Politische Sozialisation: vor 1930 politisch nicht interessiert

NSDAP seit: 1. 1. 1930

Parteikarriere: Sektionsleiter vom 1. 11. 1930 bis Ende 1932, Ortsgruppenleiter bis 1945 mit Unterbrechung durch Wehrdienst vom 28. 8. 1939 bis 1941; Allgemeine SS von 1931–1932; höchster Rang Hauptgemeinschaftsleiter

Entnazifizierung: Haft seit dem 18. 4. 1945; Klageschrift vom 5. 5. 1947: Hauptschuldiger; Entlassung aus Internierung am 18. 6. 1947; Kläger: Hauptschuldiger; Verteidiger: Mitläufer; Spruch vom 30. 1. 1948: Belasteter, ein Jahr Arbeitslager (nach Abzug der Internierung) und Einziehung von 30% des Vermögens

Quellen: GLA 465 q Nr. 34090, Spruchkammerakte.



Walther, Dr. Paul

Geb.: 16. 11. 1887

Gest.: 12. 2. 1949

Geburtsort: Hanau / a. Main

Rel.: ev.-reform., Kirchenaustritt 1925, später gottgläubig

Familiäre Herkunft: Vater: ev.-reform., Fabrikant Johann Wilhelm Theodor Walther (geb. 1852 in Hanau a. Main – 1916 in Königsstein im Taunus); Vater der Ehefrau ev. Geistlicher aus Halle a. d. S.

Familienstand: verh. seit 27. März 1920 mit Erika Walther, geb. Heintke (ev.); eine Tochter (Ingelene, geb. 10. 1. 1921)

Beruf: Arzt

Ausbildung: Gymnasium in Hanau, Abschluss mit Reifeprüfung; Medizinstudium in Marburg, Rostock (dort Physikum) und München (dort Staatsexamen Februar 1913), Approbation im April 1914 (nach praktischem Jahr) und Promotion

Berufsleben: Arzt in Bad Wildungen; Med. Klinik Halle a. d. Saale; Diakon. Haus Halle; Januar 1919 Arzt in Bad. Landesheil- und Pflegeanstalt Emmendingen als Hilfsarzt mit Beamteneigenschaft; planmäßige Anstellung als Anstaltsarzt 1924; 1925 Versetzung nach Wiesloch; 1926 zum Medizinalrat befördert; 1927 zum Anstaltsobersarzt der Bad. Landesheil- und Pflegeanstalt Wiesloch; 1944 dem staatl. Gesundheitsamt Heidelberg zur vorübergehenden Dienstleistung zugewiesen

Militärverhältnisse: WK I: Anfangs als Arzt im Lazarett; freiwillige Arbeit am Res. Lazarett Halle; eingezogen als landsturmpflichtiger Arzt 1915–1918; als solcher am Hilfslazarett Halle; dann Depotarzt in Nietleben; dann ordinierender Arzt am Res. Lazarett Schielo; versetzt als Garnison- und Depotarzt nach Belgern; schwere Herzmuskelstörung 1918; Demobilmachung 1918 in Torgau; WK II: Volkssturmarzt 1944

Ehrenämter: Psychiatrischer Obmann der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Psychiater für Baden

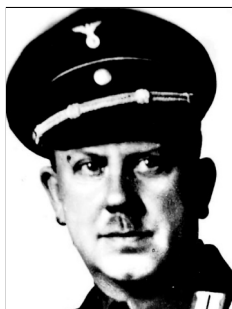
Politische Sozialisation: 1919–1922 Mitglied der DVP

NSDAP seit: 1. 5. 1933

Parteikarriere: Parteidienst seit August 1935 als Kreis- und Gauredner für Rassenpolitische Weltanschauung; August 1936 Kreismitarbeiter im Rassenpolitischen Amt (RPA); 15. 9. 1937 mit der Leitung des RPA beauftragt im Rang eines Kreisstellenleiters; Dezember 1937 komm. Leiter des RPA; November 1938 einziger Mitarbeiter des Kreisamts für Rassenpolitik; Schulungsredner im Kreisgebiet und auf verschiedenen Schulungslagern außerhalb; November 1938 Leiter des RPA; 20. 4. 1942 Dienstrang eines Hauptgemeinschaftsleiters; Gauredner in Rassefragen seit 1936

Entnazifizierung: Inhaftnahme am 9. 4. 1945; Antrag des Klägers: Hauptschuldiger; Spruch vom Dezember 1947: Mitläufer; April 1948: Bemühung des Anwalts um Wiedereinstellung; anonym Protest von Pflegepersonal gegen Urteil und drohende Wiedereinstellung; Mai 1948: Direktion und Betriebsrat für Wiedereinstellung; vor Wiedereinstellung am 12. 2. 1949 verstorben; ab 1. 3. 1949 334 DM Versorgungsbezüge für Witwe

Quellen: GLA 465 d Nr. 607, Personalakte Politischer Leiter aus Baden; GLA 466-2 Nr. 10431, Personalakte; GLA 463 Wiesloch Nr. 3773, Personalakte Anstalt Wiesloch.



Weber, Julius Adam Wilhelm

Geb.: 18. 1. 1891

Gest.: k. A.

Geburtsort: Daudenzell (Kreis Mosbach)

Rel.: ev.

Familiäre Herkunft: Vater: ev., Landwirt Wilhelm Weber (1864–1899 in Daudenzell); Mutter: ev., 1863 in Epfenbach, gest. 1913 in Daudenzell

Familienstand: verheiratet seit 1916 mit Elisabeth, geb. Koch; drei Söhne (ein Sohn gefallen, einer seit 1943 vermisst)

Beruf: Elektroinstallationsmeister

Ausbildung: 1897–1905 Volksschule, ein Jahr kaufmännische Lehre, drei Jahre Lehre bei Elektriker J. Kunst in Heidelberg; gleichzeitig Besuch der Gewerbe- und Fachschule in Heidelberg; 1908 Gesellenprüfung; 1920 Meisterprüfung

Berufsleben: Nach der Lehrzeit bei verschiedenen Firmen tätig, seit 1920 selbstständiger Elektromeister, Mitbegründer der HEIG GmbH Heidelberg; 1924 wegen Krankheit ausgeschieden und fortan eigene Elektromaterialhandlung; Aufgabe des Geschäfts im Sommer 1925 aufgrund von Verlusten; 1925–1928 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Flugwesens e.V. in Weimar; Auflösung der Vereinigung im September; Betätigung als selbstständiger Handelsvertreter mit elektrischen Maschinen; 1929 wieder länger krank und in Folge arbeitslos; 1932 selbstständiger Elektromeister ohne Angestellte (kein steuerpfl. Einkommen); seit 1934 hauptamtlicher Gauobmann der NSKOV

Militärverhältnisse: 1911–1913 aktiver Soldat beim Gren. Regiment 110 Mannheim; WK I: Teilnahme am Weltkrieg als Feldwebel und Flugzeugführer; schwerkriegsbeschädigt (100%) durch Verwundung im Luftkampf mit Engländern 1917 (Amputation des Oberschenkels)

Ehrenämter: Mitglied im Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen nach Entlassung aus dem Heer, dort ehrenamtlich tätig, wohl als Leiter der von ihm mitgegründeten Kirchheimer Ortsgruppe; 1930–1934 Stadtverordneter für NSDAP-Fraktion im Heidelberger Bürgerausschuss

Politische Sozialisation: Keine Parteiangehörigkeit vor 1929

NSDAP seit: 1. 12. 1929

Parteikarriere: Seit 1932 Kreisfachberater der Hauptabteilung 9 (Kriegsopferversorgung) und seit April 1933 Bezirksobmann; Kreisamtsleiter/Kreisobmann NSKOV 1933/34; Gauamtsleiter/Gaubmann NSKOV seit 1934; höchster Dienstrang: Bereichsleiter der NSDAP

Entnazifizierung: 4. 8. 1945 verhaftet; 1. 3. 1947 aus Internierungskrankenhaus Karlsruhe entlassen; Klageschrift vom 2. 10. 1947: Hauptschuldiger; Spruch vom 17. 3. 1948: Belasteter; Berufung durch Anwalt im November 1948 als offensichtlich unbegründet verworfen; Juli 1949: Ablehnung des Gnadengesuchs durch Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden; Aufhebung des Spruches durch Ministerium für politische Befreiung im September 1950

Quellen: GLA 465 q Nr. 34957, Spruchkammerakte; GLA 465 d Nr. 622, Personalakte Politischer Leiter aus Baden.

Wiswesser, Else, geb. Hoffmann

Geb.: 14. 7. 1887

Gest.: k. A.

Geburtsort: Heidelberg-Rohrbach

Rel.: ev.

Familiäre Herkunft: k. A.

Familienstand: verh. seit 23. 11. 1911 mit Fritz Wiswesser, ev., seit 1933 Bürgermeister von Leimen; zwei Kinder (Hermann und Lotte)

Beruf: Hausfrau

Ausbildung: Volksschule Heidelberg 1893–1897; höhere Mädchenschule Heidelberg 1897–1902

Berufsleben: –

Militärverhältnisse: –

Ehrenämter: Vor Parteieintritt caritativ tätig, u.a. Vorstands dame beim Roten Kreuz; Betreuung des ev. Kindergartens, Mitwirkung in der Nähsschule und der Krankenpflegestation der ev. Kirche in Rohrbach

Politische Sozialisation: k. A.

NSDAP seit: 1930

Parteikarriere: Eintritt in die Frauenschaft/Frauenorden 1931; 1934–1936 Abgabe von Stimmungsberichten für den SD über Angelegenheiten der Frauenschaft; Kreisfrauenschaftsleiterin im Kreis Heidelberg 1936–1938; Amtsaufgabe nach Einweisung ins Krankenhaus im November 1938, danach keinerlei Ämter mehr

Entnazifizierung: Interniert seit 6. 7. 1945; Verhandlung Februar 1947: Antrag des Klägers: Belastete, Anwalt: Minderbelastete, Spruch: Minderbelastete; darauf Berufung des öffentlichen Klägers; Entlassung im Mai 1947; Berufungsverhandlung Juli 1947: Antrag des Klägers: Belastete, Antrag der Betroffenen: Abweisung der Berufung, Spruch: Belastete und ein Jahr Arbeitslager (jedoch hinfällig durch Anrechnung der Internierung); Aufhebung des Spruchs durch Ministerium für politische Befreiung im August 1947 wegen zu niedriger Sühne; Oktober 1947: Neuverhandlung und Bestätigung der Einreihung als Belastete; Dezember 1948: Gnadengesuch, Erneuerung im April 1949; Juni 1949: Ablehnung des Gnadengesuchs durch Ministerpräsident; November 1950: Aufhebung des Spruchs und Einstellung des Verfahrens

Quellen: GLA 465 f Nr. 753, Spruchkammerakte.

Wölfel, Friedrich

Geb.: 31. 12. 1890

Gest.: k. A.

Geburtsort: Heidelberg

Rel.: k. A.

Familiäre Herkunft: Vater: Pfastermeister

Familienstand: verh. seit 25. 6. 1912; vier Kinder

Beruf: Anwaltsgehilfe, Geschäftsführer

Ausbildung: Volksschule Heidelberg ca. 1896 – 1904; ab 1. 5. 1905 Lehrling in Anwaltskanzlei des Rechtsanwaltes Alexander Hirsch in Heidelberg

Berufsleben: Ca. ab 1908 als Anwaltsgehilfe und ab 1912 als Bürovorsteher tätig; 1922–1924 Sekretär beim staatlichen Schlichtungsausschuss für Lohnstreitigkeiten; 1924–1934 Bürovorsteher bei Rechtsanwalt Schmidt in Heidelberg als Kanzleivorsteher; Seit 1. 11. 1934 Geschäftsführer des Hausbesitzervereins Heidelberg

Militärverhältnisse: Aufgrund chronischer Beschwerden und Tuberkulose nie Soldat gewesen

Ehrenämter: Ab 1936 stellvertretendes Mitglied des Ortsgerichts Heidelberg für Nachlasssachen; ab 1941 ordentliches Mitglied des Gerichts

Politische Sozialisation: Vor 1933 keiner Partei angehört

NSDAP seit: 1. 5. 1933

Parteikarriere: Ortsgruppen-Amtsleiter in Ortsgruppe Mittelstadt/Riesenstein 1. 10. 1933 bis 1945; zunächst stellv. Schriftwart, 1934 Schriftwart und ab 1937 Geschäftsführer der Ortsgruppe; stellv. Ortsgruppenleiter m.d.F.d.G.b. dort 1. 9. 1939 bis 1945

Entnazifizierung: interniert seit 18. 4. 1945; Klageschrift September 1947: Belasteter; Verhandlung November 1947: Minderbelasteter; Entlassung; Kassation des Spruches durch Ministerium für politische Befreiung Württemberg-Baden Februar 1948; Verhandlung vom Mai 1948: Einreihung als Mitläufer

Quellen: GLA 465 q Nr. 38464, Spruchkammerakte.

6.2.1 Verzeichnis der Abkürzungen aus den Biogrammen

Abtlg. = Abteilung

amerik. = amerikanisch

AOK = Allgemeine Ortskrankenkasse

angebl. = angeblich

Art.-Reg. = Artillerie Regiment

BDM = Bund Deutscher Mädel in der HJ, Gliederung der NSDAP

Bergstr. = (Region) Bergstraße

CdZ = Chef der Zivilverwaltung, Amtsbezeichnung für zivile Besatzungsverwaltungen in eroberten Gebieten außerhalb des Deutschen Reiches (Elsass, Lothringen, Luxemburg)

DAF = Deutsche Arbeitsfront, angeschlossener Verband der NSDAP

ev. (luth.) = evangelisch(-lutherisch)

HJ = Hitlerjugend, Gliederung der NSDAP

Inf.-Reg. = Infanterie Regiment

kaufm. = kaufmännisch

KdF = Kraft durch Freude, Abteilung / Unterorganisation der DAF zur Organisation von Reisen und kultureller Zerstreuung für Arbeitnehmer

kommiss. = kommissarisch

m.d.F.d.G.b. / m.d.W.d.G.b. / m.d.F.b. = »mit der Führung / Wahrnehmung (der Geschäfte) beauftragt«, faktische Ausübung eines Parteiambtes ohne von der zuständigen höheren Stelle formell bestätigt und eingesetzt worden zu sein

NSBO = Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation, Gliederung der NSDAP, 1935 in DAF eingegliedert

NSDStB = Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Gliederung der NSDAP

NSF = Nationalsozialistische Frauenschaft, Gliederung der NSDAP

NS-Hago = Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisationen, 1935 in DAF eingegliedert

NSKOV = Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung, angeschlossener Wohlfahrtsverband der NSDAP für Schwerkriegsbeschädigte und Frontsoldaten des Ersten Weltkriegs

NSLB = Nationalsozialistischer Lehrerbund, angeschlossener Verband der NSDAP

NSRB = Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund, 1936 Nachfolger des »Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen« (BNSDJ), angeschlossener Verband der NSDAP

NSV = Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, angeschlossener Verband der NSDAP
öffentl. = öffentlich

Pg. = »Parteigenosse«, Mitglied der NSDAP

P.O. = »Politische Organisation« (der NSDAP), meint den eigentlichen Parteiapparat der NSDAP ausschließlich ihres mannigfachen Netzwerks an Gliederungen und angeschlossenen Verbänden

RDB = Reichsbund der deutschen Beamten, angeschlossener berufsständischer Verband der NSDAP

r.-kath. = römisch-katholisch

SD = Sicherheitsdienst (der SS)

stellv. = stellvertretende/r

uk = unabhkömmlich (aus beruflichen Gründen vom Kriegsdienst befreit)

U Schla = Untersuchungs- und Schlichtungsausschuss der NSDAP

verh. = verheiratet

VoMi = Volksdeutsche Mittelstelle, Behörde zur Verfolgung »volkstumspolitischer« Ziele im Zusammenhang mit den außerhalb des Deutschen Reiches lebenden »Volksdeutschen«, ab 1941 SS-Hauptamt

WHW = Winterhilfswerk des Deutschen Volkes, Abteilung / Unterorganisation der NSV für Spendensammlungen zugunsten bedürftiger »Volksgenossen«

WK I / II = Erster / Zweiter Weltkrieg

Bildnachweis Porträts

Beierbach: Heinsteinst, Vorsorge, S. 93 (s. Lit.verz.)

Fränznick: 465 c Nr. 2495, Pers. Sachen HD Georg Fränznick (GLA)

Hormuth: 465 c Nr. 2231, Pol. Beurt. Heinz Hormuth (GLA)

Jöst: 465 c Nr. 1877, Personalsachen SA Heinz Jöst (GLA)

Körber: 465 r Nr. 2518, SpkA Philipp Körber (GLA)

Kramer: 465 q Nr. 38346, SpkA Gottfried Kramer (GLA)

Lenz: 465 c Nr. 2704, Pers.Sachen HD Richard Lenz (GLA)

Pychlau: 465 d Nr. 435, Pers. A. Pol. Leiter Dr. Waldemar Pychlau (GLA)

Reichert: 465 d Nr. 441, Pers. A. Pol. Leiter Lorenz Reichert (GLA)

Seiler: BILDA 7002 (StadtAH)

Stumpf: 465 d Nr. 552, Pers. A. Pol. Leiter Adam Stumpf (GLA)

Walther: 465 d Nr. 607, Pers. A. Pol. Leiter Paul Walther (GLA)

Weber: 465 q Nr. 34957, SpkA Julius Weber (GLA)

7 Quellen- und Literaturverzeichnis

7.1 Quellen

7.1.1 Gedruckte Quellen

Adreßbuch für die Städte Heidelberg, Wiesloch und Umgebung (Gemeinde Ziegelhausen mit dem Ortsteil Peterstal und Gemeinde Leimen) 1940, Heidelberg 1940.

Adreßbuch für die Städte Heidelberg, Wiesloch und Umgebung (Gemeinde Ziegelhausen mit dem Ortsteil Peterstal und Gemeinde Leimen) 1941, Heidelberg 1941.

Adreßbuch für die Städte Heidelberg, Wiesloch und Umgebung (Gemeinde Ziegelhausen mit dem Ortsteil Peterstal und Gemeinde Leimen) 1942.

Adreßbuch für die Städte Heidelberg, Wiesloch und Umgebung (Gemeinde Ziegelhausen mit dem Ortsteil Peterstal und Leimen), Heidelberg 1943.

Die Stadt und Landkreise Heidelberg und Mannheim. Amtliche Kreisbeschreibung, Bd. 1 (Die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg), hrsg. v. der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, 1966.

Die Volksgemeinschaft – Heidelberger Beobachter Jg. 2, Nr. 94 vom 26. 4. 1932.

Neuer Vorwärts, Jg. 2, Nr. 56 vom 8. 7. 1934.

Robert Ley (Hrsg.): Organisationsbuch der NSDAP, München 1936.

Stadt-Adreßbuch der Kreishauptstadt Heidelberg nebst den Stadtteilen Handschuhsheim, Kirchheim, Wieblingen, Rohrbach und den zur Stadt gehörenden Siedlungen sowie den Gemeinden Ziegelhausen und Leimen für das Jahr 1934, Heidelberg 1934.

Stadt-Adreßbuch der Kreishauptstadt Heidelberg nebst den Stadtteilen Handschuhsheim, Kirchheim, Wieblingen, Rohrbach und den zur Stadt gehörenden Siedlungen für das Jahr 1933, Heidelberg 1933.

Stadt-Adreßbuch der Kreishauptstadt Heidelberg nebst den Stadtteilen Handschuhsheim, Kirchheim, Wieblingen, Rohrbach und den zur Stadt gehörenden Siedlungen für das Jahr 1932, Heidelberg 1932.

Stadt-Adreßbuch der Kreishauptstadt Heidelberg nebst den Stadtteilen Handschuhsheim, Kirchheim, Rohrbach, Wieblingen und den zur Stadt gehörenden Siedlungen sowie den Gemeinden Ziegelhausen nebst dem Ortsteil Peterstal und Leimen für das Jahr 1937, Heidelberg 1937.

Stadt-Adreßbuch der Kreishauptstadt Heidelberg nebst den Stadtteilen Handschuhsheim, Kirchheim, Rohrbach, Wieblingen und den zur Stadt gehörenden Siedlungen sowie den

Gemeinden Ziegelhausen nebst dem Ortsteil Peterstal und Leimen für das Jahr 1938, Heidelberg 1938.

Stadt-Adreßbuch der Kreishauptstadt Heidelberg und Umgebung (Gemeinden Ziegelhausen mit dem Ortsteil Peterstal und Leimen), Heidelberg 1939.

7.1.2 Archivalia

Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA)

Bestand 233: Badisches Staatsministerium: Generalia

- GLA 233 Nr. 24602, Personalakte Ministerium des Innern, Essig, Theodor.

Bestand 235-1: Badisches Kultusministerium/ Oberschulamt Karlsruhe: Lehrpersonalakten

- GLA 235-1 Nr. 6758, Chun, Max.
- GLA 235-1 Nr. 7966, Kramer, Gottfried.
- GLA 235-1 Nr. 8108, Lenz, Richard.
- GLA 235-1 Nr. 8134, Link, Arnulf.

Bestand 309: Staatsanwaltschaft Heidelberg

- GLA 309 Nr. 6161, Links- und rechtsradikale Organisationen und Bestrebungen.

Bestand 463 Wiesloch: Psychiatrisches Landeskrankenhaus Wiesloch: Generalia

- GLA 463 Wiesloch Nr. 3773, Personalakte Walther, Paul.

Bestand 465 c: NSDAP und Gliederungen: Document Center

- GLA 465 c Nr. 16234, Feldpostbriefe und Feldpostkarten an die NSDAP-Ortsgruppe Heidelberg-Schloßberg
- GLA 465 c Nr. 1877, Personalsache vor allem Kreis Heidelberg (mit einzelnen SS-Männern), darin: Jöst, Heinz Heinrich Martin
- GLA 465 c Nr. 2224, Politische Beurteilungen (Fun–Geo), darin: Gaiser, Friedrich.
- GLA 465 c Nr. 2231, Politische Beurteilungen (Hol–Jün), darin: Hormuth, Karl Heinrich.
- GLA 465 c Nr. 2233, Politische Beurteilungen (Kas–Kle), darin: Klein, Sofie Luise
- GLA 465 c Nr. 2287, Kreisgericht Heidelberg, Chun, Max.
- GLA 465 c Nr. 2432, Personalsachen: Einzelfälle, Schmith, Karl.
- GLA 465 c Nr. 2495, Personalsachen: Einzelfälle, Fränznick, Georg.
- GLA 465 c Nr. 2704, Personalsachen: Einzelfälle, Lenz, Richard.
- GLA 465 c Nr. 3263, Personalsachen: Einzelfälle, Peter, Willi.
- GLA 465 c Nr. 3265, Personalsachen: Einzelfälle, Grein, Gottfried.

Bestand 465 d: NSDAP und Gliederungen: Gaudienststellen, Verbände, Polizei

- GLA 465 d Nr. 188, Personalakte des Politischen Leiters Beierbach, Fritz.
- GLA 465 d Nr. 208, Personalakte des Politischen Leiters Dinkel, Philipp.
- GLA 465 d Nr. 213, Personalakte des Politischen Leiters Eisenmann, Karl.
- GLA 465 d Nr. 415, Personalakte des Politischen Leiters Peter, Willi.
- GLA 465 d Nr. 435, Personalakte des Politischen Leiters Pychlau, Waldemar.
- GLA 465 d Nr. 441, Personalakte des Politischen Leiters Reichert, Lorenz.
- GLA 465 d Nr. 463, Personalakte des Politischen Leiters Schank, Robert.
- GLA 465 d Nr. 512, Personalakte des Politischen Leiters Seeländer, Erich.
- GLA 465 d Nr. 552, Personalakte des Politischen Leiters Stumpf, Adam.

- GLA 465 d Nr. 607, Personalakte des Politischen Leiters Walther, Paul.
- GLA 465 d Nr. 622, Personalakte des Politischen Leiters Weber, Julius.
- GLA 465 d Nr. 1058, Kommunalpolitische Organisation der Amtsbezirke, Heidelberg.
- GLA 465 d Nr. 1490, Gestapo Leumundsanfragen über Biene-Burger, darin: Brust, Friedrich

- GLA 465 d Nr. 1506, Organisation von Schulungen

Bestand 465 f: Zentralspruchkammer Nordbaden

- GLA 465 f Nr. 726, Reichert, Lorenz.
- GLA 465 f Nr. 753, Wiswesser, Else.
- GLA 465 f Nr. 805, Link, Arnulf.
- GLA 465 f Nr. 953, Eisinger, Oskar.
- GLA 465 f Nr. 977, Merdes, Friedrich.
- GLA 465 f Nr. 1008, Gmelin, Ludwig.
- GLA 465 f Nr. 1400, Mayer, Franz.
- GLA 465 f Nr. 1519, Heitz, Emil.
- GLA 465 f Nr. 1592, Feuerstein, Johannes.
- GLA 465 f Nr. 1624, Lenz, Richard.
- GLA 465 f Nr. 1625, Lindinger, Karl.
- GLA 465 f Nr. 1634, Stumpf, Adam.
- GLA 465 f Nr. 1636, Meyer, August.
- GLA 465 f Nr. 1930, Pychlau, Waldemar.
- GLA 465 f Nr. 1971, Förster, Philipp.

Bestand 465 h: Spruchkammer Karlsruhe

- GLA 465 h Nr. 56411, Karcher, Mathias.

Bestand 465 q: Spruchkammer Heidelberg

- GLA 465 q Nr. 7206, Popp, Karl.
- GLA 465 q Nr. 12610, Seeländer, Erich.
- GLA 465 q Nr. 12911, Kohlhammer, Wilhelm Lucius.
- GLA 465 q Nr. 14144, Klein, Sofie.
- GLA 465 q Nr. 18449, Kobe, Ernst.
- GLA 465 q Nr. 19107, Joos, Alfons.
- GLA 465 q Nr. 20741, Schäfer, Andreas.
- GLA 465 q Nr. 21907, Chun, Max.
- GLA 465 q Nr. 34042, Sydow, Hans.
- GLA 465 q Nr. 34090, Thurecht, Franz.
- GLA 465 q Nr. 34903, Engelke, Heinrich.
- GLA 465 q Nr. 34909, Riehl, Jakob.
- GLA 465 q Nr. 34957, Weber, Julius.
- GLA 465 q Nr. 37901, Böhm, Jakob.
- GLA 465 q Nr. 38330, Busch, Ludwig.
- GLA 465 q Nr. 38346, Kramer, Gottfried.
- GLA 465 q Nr. 38436, Hormuth, Heinz.
- GLA 465 q Nr. 38464, Wölfel, Friedrich.
- GLA 465 q Nr. 38471, Beierbach, Fritz.

Bestand 465 r: Spruchkammer Wiesloch

- GLA 465 r Nr. 2518, Körber, Philipp.

Bestand 465 s: Spruchkammer Sinsheim

- GLA 465 s Nr. 4560, Brenner, Wilhelm.

Bestand 466-2: Regierungspräsidium Karlsruhe: Personalakten

- GLA 466-2 Nr. 10431, Walther, Paul.

Bestand 466-22: Regierungspräsidium Karlsruhe: Versorgungsakten

- GLA 466-22 Nr. 6829, Gaiser, Karl Friedrich.

Bestand 468 Zugang 1993-34: Landwirtschaftsamt Sinsheim: Generalia, Erbhöfe im Dienstbezirk

- GLA 468 Zugang 1993-34 Nr. 162, Besitzer: Förster, Philipp / Hofname: Erbhof Förster / Ort: Rohrbach (HD)

Bestand 469: Landesbauernschaft Baden

- GLA 469 Nr. 758, Antrag des Philipp Förster aus Heidelberg auf Aberkennung der Erbhofeigenschaft

Bestand 501-8: Oberfinanzdirektion / Finanzverwaltung – Personalakten

- GLA 508-1 Nr. 1836, Meyer, August (Ang. F.A. Heidelberg)

Bestand 507: Sondergericht Mannheim

- GLA 507 Nr. 8796 Förster, Philipp.

Stadtarchiv Heidelberg (StadtAH)

StadtAH AA 239 a/1, NSDAP: 1. Reichsleitung bis zur Kreisleitung / 2. Kreisleitung / 3. Allgemeines, 1933–1945.

StadtAH AA 239 a/4, Angelegenheiten der NSDAP, ihre Gliederungen und Verbände, hier: Durchführung der Kreisparteitage, 1938–1943.

StadtAH AA 239 a/5, Leistungen der Stadt für NS-Organisationen, 1934–1941.

StadtAH AA 239 a/6, Angelegenheiten der NSDAP wie 4, Finanzielle Leistungen der Gemeinden u. Gemeindeverbände an die NSDAP und deren Gliederungen, 1933–1944.

StadtAH AA 239 a/12, Verwendung des Neckarschlößchens in Schlierbach als Parteiheim, 1937–1938.

StadtAH AA 239 b/1, NSKK – Heidelberg, 1933–1941.

StadtAH AA 239 b/2, SA der NSDAP, Leistungen der Stadt, 1933–1943.

StadtAH AA 239 b/3, SS der NSDAP, Leistungen der Stadt, 1934–1945.

StadtAH AA 239 b/9 c, Meldung der ehemaligen Mitglieder der NSDAP / Allgemeines (Standesamt) Einzelfälle, Listen (4 Fsz.), 1945.

StadtAH AA 285/11, Angelegenheiten der NSDAP, ihrer Gliederungen und Verbände, hier: Überlassung der Schießstände am Speyerershof an die SA-Standarte 110 Heidelberg, 1938.

7.1.3 Internetquellen

Chronik der Schützengesellschaft Heidelberg-Wieblingen e.V., URL: <https://sgwieblingen.jimdofree.com/chronik/> (12. 4. 2020).

Herbert, Ulrich (31. 3. 2011): Treue, Rache, Triumph: Raphael Gross fragt, ob die Nationalsozialisten durch ein besonderes Moralempfinden verbunden waren, in: Die Zeit vom 31. 3. 2011, URL: <https://www.zeit.de/2014/L-P-Gross> (3. 2. 2020).

Linden, Markus: Des Teufels Generäle – Der Geschichtsrevisionismus der AfD liegt offen auf dem Tisch (25. 11. 2019), in: NZZ.ch, URL: www.nzz.ch/feuilleton/geschichtsrevisionismus-der-afd-liegt-offen-auf-dem-tisch-ld.1523714 (26. 11. 2019).

O. V. (23. 5. 2011): Hier wohnte schon Joachim Fuchsberger. Am 21. Mai feierte die GGH mit ihren Mietern den Baubeginn des Atzelhofs vor 90 Jahren, in: ggh-heidelberg.de, URL: <https://www.ggh-heidelberg.de/aktuelles/mitteilungen/artikel/hier-wohnte-schon-joachim-fuchsberger/> (2. 3. 2020).

Proske, Wolfgang (4. 2. 2019): Nationalsozialismus und Gottgläubigkeit, in: hpd.de. Humanistischer Pressedienst, URL: <https://hpd.de/artikel/nationalsozialismus-und-gottglaebigkeit-16461/seite/o/1> (4. 4. 2020).

Sabrow, Martin im Interview mit Jan Sternberg: »Die Zwanziger Jahre sind ein im Nachhinein geschaffener Mythos« (2. 1. 2020), in: Redaktionsnetzwerk Deutschland, URL: <https://www.rnd.de/politik/die-zwanziger-jahre-sind-ein-im-nachhinein-geschaffener-mythos-LAS3I32LZBCWPFD5YZI7K7M3ZE.html> (2. 1. 2020).

Walther, Rudolf: Eine Mark für Hitler (17. 11. 2017), in: SZ.de, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/geschichte-der-nsdap-eine-mark-fuer-hitler-1.3690654> (23. 9. 2019).

7.2 Literatur

Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005.

Arbogast, Christine: Herrschaftsinstanzen der württembergischen NSDAP. Funktion, Sozialprofil und Lebenswege einer regionalen NS-Elite 1920–1960, München 1998.

Arnold, Birgit: »Deutscher Student, es ist nicht nötig, daß Du lebst, wohl aber, daß Du Deine Pflicht gegenüber Deinem Volk erfüllst.« Gustav Adolf Scheel, Reichsstudentenführer und Gauleiter von Salzburg, in: Michael Kißener, Joachim Scholtyssek (Hrsg.), Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 567–594.

Asmuss, Burkhard (8. 6. 2011): Die Deutsche Volkspartei (DVP), in: Deutsches Historisches Museum, Berlin, URL: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/dvp.html> (15. 4. 2020).

Bajohr, Frank: Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43 (1995), S. 267–295.

Banken, Ralf: Hitlers Steuerstaat. Die Steuerpolitik im Dritten Reich (Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus, Bd. 2), Berlin 2018.

Becker, Stephanie / Christoph Studt (Hrsg.): »Und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben« – Funktion und Stellenwert der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände im »Dritten Reich« (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V., Bd. 16), Münster 2013.

Benjamin, Walter: Pariser Briefe, in: Ders.: *Angelus Novus* (Ausgewählte Schriften, Bd. 2), hrsg. v. Siegfried Unseld, Frankfurt a. M. 1966.

Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder*, Frankfurt a. M. 2009.

Ders.: *Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat. Studien zur Struktur- und Mentalitätsgeschichte*, Frankfurt a. M. 1990.

Betz, Frank-Uwe: Notizen zur NS-Zwangsarbeit und zu den Lagern in Heidelberg und Umgebung, in: *Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt* 5 (2000), S. 101–115.

Bienentreu, Sara: »Euthanasie« im Nationalsozialismus. Die Frage der Beteiligung der Universitätspsychiatrie am Beispiel der Heidelberger Klinik, Saarbrücken 2007.

Böhm, Axel: Die Mitglieder der frühen (NS)DAP (1919–1922): Zur Sozialstruktur in den Ortsgruppen München, Rosenheim, Landshut, Passau und Mannheim, in: Jürgen W. Falter (Hrsg.): *Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945*, Frankfurt a. M. / New York 2016, S. 361–379.

Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2)*, Göttingen 1983, S. 183–198.

Bracher, Karl Dietrich: *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie* (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 4), Stuttgart / Düsseldorf 1955.

Ders.: Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 4 (1956), S. 30–42.

Broszat, Martin: *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München ¹⁰1983.

Ders.: *Der Zweite Weltkrieg. Ein Krieg der »alten Eliten«, der Nationalsozialisten oder der Krieg Hitlers?*, in: Ders. / Klaus Schwabe (Hrsg.): *Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg*, München 1989, S. 25–72.

Burleigh, Michael: *Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung*, Frankfurt a. M. 2000.

Creuzberger, Stefan / Dominik Geppert (Hrsg.): *Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972*, Bonn 2018.

Diebold, Jan: Ein zweites »Germania« am Neckar? Die nationalsozialistischen Pläne zu einer Neugestaltung der Heidelberger Innenstadt, in: *unimut. Zeitschrift der Uni Heidelberg* 206 (2010) 5, S. 14.

Diehl-Thiele, Peter: *Partei und Staat im Dritten Reich: Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945*, München 1969.

Dotzer, Jacqueline: Akten geben Auskunft: Quellen zur Zwangssterilisation im nationalsozialistischen Baden – Die »Erbgesundheitsakte« (15. 7. 2019), in: Online-Portal Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, URL: <https://ns-ministerien-bw.de/2019/07/akten-geben-auskunft-quellen-zur-zwangssterilisation-im-nationalsozialistischen-baden-die-erbgesundheitsakte/> (19. 9. 2019).

Eckart, Wolfgang U. / Volker Sellin / Eike Wolgast (Hrsg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006.

Engehausen, Frank / Sylvia Palatschek / Wolfram Pyta (Hrsg.): Die badischen und württembergischen Landesministerien in der Zeit des Nationalsozialismus (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg: Reihe B, Forschungen, Bd. 220), Stuttgart 2019.

Enzenauer, Markus: »Auch nach Ilvesheim werden wir wiederkommen«. Die Errichtung nationalsozialistischer Strukturen am Beispiel einer Mannheimer Umlandgemeinde, in: Robert Neisen / Heinrich Maulhardt / Konrad Krimm (Hrsg.): Kommunen im Nationalsozialismus (Oberrheinische Studien, Bd. 38), Ostfildern 2019, S. 115–156.

Fait, Barbara: Die Kreisleiter der NSDAP – nach 1945, in: Martin Broszat / Klaus-Dietmar Henke / Hans Woller (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 26), München ²1989, S. 213–299.

Falter, Jürgen W. (Hrsg.): Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt a. M. / New York 2016.

Ders.: Die »Märzgefallenen« von 1933 – Neue Forschungsergebnisse zum sozialen Wandel innerhalb der NSDAP-Mitgliedschaft während der Machtergreifungsphase, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 595–616.

Ders.: Hitlers Wähler, München 1991.

Ders.: Spezifische Erklärungsmodelle und Motive der NSDAP-Mitgliedschaft, in: Ders. (Hrsg.): Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt a. M. / New York 2016, S. 65–88.

Ders.: Was wissen wir über die NSDAP-Mitglieder? Ein Blick auf den Forschungsstand, in: Ders. (Hrsg.): Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt a. M. / New York 2016, S. 89–119.

Ferdinand, Horst: Carl Neinhaus (1888–1965). Aspekte einer umstrittenen Biographie, St. Augustin 2002.

Ders.: Röhn, Hermann Gustav Philip, in: Fred Ludwig Sepaintner (Hrsg.): Badische Biographien, N. F. 5, Stuttgart 2005, S. 241–243.

Finker, Kurt: Der Dämon kam über uns. Über Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands 1945–1955, Bonn 2008.

Fraenkel, Ernst: Der Doppelstaat, Frankfurt a. M. 1974.

Frei, Norbert: »Machtergreifung«. Anmerkungen zu einem historischen Begriff, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), S. 136–145.

Gebhardt, Miriam: Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs, München 2015.

Geiger, Theodor: Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde 7 (1930) 10, S. 637–654.

Gellately, Robert: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Zur Entstehungsgeschichte einer selbstüberwachenden Gesellschaft, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.): An-

passung, Verweigerung, Widerstand. Soziale Milieus, politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich, Berlin 1997, S. 109–121.

Gilbert, Harald: Zwangsarbeit in Heidelberg 1940–1945. Verschleppt und Vergessen, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 1 (1996), S. 205–216.

Giovannini, Norbert / Frank Moraw (Hrsg.): Erinnertes Leben. Autobiographische Texte zur jüdischen Geschichte Heidelbergs, Heidelberg 1998.

Ders. / Claudia Rink / Frank Moraw (Hrsg.): Erinnern, Bewahren, Gedenken. Die jüdischen Einwohner Heidelbergs und ihre Angehörigen 1933–1945. Biographisches Lexikon mit Texten, Heidelberg 2011.

Ders. / Claudia Rink: Ghetto ohne Ghetto. Hinweise zu den »Judenhäusern« in Heidelberg 1938/39–1945, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 14 (2010), S. 75–99.

Ders.: »Wer sich nicht bewährt, wird fallen«. Maßnahmen und Grenzen nationalsozialistischer Studentenpolitik, in: unimut. Zeitschrift der Uni Heidelberg 206 (2010) 5, S. 2 f.

Ders.: Zwischen Republik und Faschismus. Heidelberger Studentinnen und Studenten 1918–1945, Weinheim 1990.

Graf, Friedrich Wilhelm / Hans Günter Hockerts (Hrsg.): Distanz und Nähe zugleich? Die christlichen Kirchen im »Dritten Reich« (Schriftenreihe NS-Dokumentationszentrum München), München 2017.

Gress, Daniela: Der Verein »Alt-Heidelberg e.V.« und die Vertreibung der Heidelberger Sinti. Bürgerlicher Antiziganismus und lokale Handlungsspielräume unter dem NS-Regime, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 21 (2017), S. 171–187.

Grill, Johnpeter H.: The Nazi Movement in Baden, 1920–1945, Chapel Hill 1983.

Grüttner, Michael: Die Korporationen und der Nationalsozialismus, in: Harm-Hinrich Brandt / Matthias Stickler (Hrsg.): »Der Burschen Herrlichkeit«. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens, Würzburg 1998, S. 125–144.

Haase, Philipp T.: Gustav Adolf Scheel: Studentenführer, Gauleiter, Verschwörer. Ein politischer Werdegang, in: Wolfgang Proske (Hrsg.): Täter. Helfer. Trittbrettfahrer, Bd. 8: NS-Belastete aus dem Norden des heutigen Baden-Württemberg, Gerstetten 2018, S. 295–325.

Habersack, Alice: Fremdarbeiter in Heidelberg während des Zweiten Weltkrieges, Heidelberg 2013.

Hachtmann, Rüdiger: Polykratie – Ein Schlüssel zur Analyse der NS-Herrschaftsstruktur?, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 2018, URL: <https://doi.org/10.14765/zzf.dok.2.1177.v1> (23. 4. 2019).

Hamann, Frauke: Rezension zu: Beate Meyer: »Goldfasane« und »Narzissen«. Die NSDAP im ehemals »roten« Stadtteil Hamburg-Eimsbüttel, Hamburg 2002, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 90 (2004), S. 359–361.

Hehl, Ulrich von: Nationalsozialistische Herrschaft (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 39), München 1996.

Heidel, Klaus / Christian Peters: Nicht nur ein Kampf um Seelen: Die Kirchen und das »Dritte Reich« in Heidelberg, in: Jörg Schadt / Michael Caroli (Hrsg.): Heidelberg unter

dem Nationalsozialismus. Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung, Heidelberg 1985, S. 51–341.

Heinstein, Patrick: Vorsorge statt Fürsorge. Zur Rolle der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) in Heidelberg, in: *Verführt und verraten. Jugend im Nationalsozialismus. Bruchstücke aus der Region*, Heidelberg 1995, S. 85–99.

Hepp, Frieder: *Verführt und verraten – zur Einführung*, in: *Verführt und verraten. Jugend im Nationalsozialismus. Bruchstücke aus der Region*, Heidelberg 1995, S. 15–32.

Herbert, Ulrich: Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche und biographische Aspekte, in: Martin Sabrow / Ralph Jessen / Klaus Große Kracht (Hrsg.): *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*, München 2003, S. 94–113.

Heß, Jürgen C. / Hartmut Lehmann / Volker Sellin (Hrsg.): *Heidelberg 1945 (Transatlantische historische Studien, Bd. 5)*, Stuttgart 1996.

Hildebrand, Klaus: *Das Dritte Reich (Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 17)*, München⁷ 2010.

Hobsbawm, Eric: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München⁸ 2007.

Hoffmann, Herbert: *Im Gleichschritt in die Diktatur? Die nationalsozialistische »Machtergreifung« in Heidelberg und Mannheim 1930 bis 1935*, Frankfurt a. M. / Bern / New York 1985, zugl. Diss. Univ. Heidelberg 1982.

Hüttenberger, Peter: *Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP*, Stuttgart 1969.

Jansen, Christian: *Die Nazis, der Fall Gumbel und die Heidelberger Universität*. Vortrag am 8.5.2001 im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg, S. 1, URL: <https://issuu.com/newess/docs/jansen> (27. 3. 2020).

John, Jürgen (26.1.2007): Rezension zu: Rüdiger Hachtmann / Winfried Süss (Hrsg.): *Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur* (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 22), Göttingen 2006, in: *H-Soz-Kult*, URL: <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-9357> (10. 2. 2020).

Ders. / Horst Möller / Thomas Schaarschmidt (Hrsg.): *Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen »Führerstaat«?* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer, Bd. 7), München 2007.

Junginger, Horst: *Die Deutsche Glaubensbewegung und der Mythos einer »dritten Konfession«*, in: Armin Nolzen / Manfred Gailus (Hrsg.): *Zerstrittene »Volksgemeinschaft«. Glaube, Religion und Konfession im Nationalsozialismus*, Göttingen 2011, S. 180–203.

Jureit, Ulrike (2011): *Einleitung zu: Karl Mannheim: Das Problem der Generationen*, in: *Bayerrische Staatsbibliothek München. 1000 Dokumente-digital*, URL: https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0100_gen_de.pdf (2. 4. 2020).

Kater, Michael H.: *The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919–1945*, Cambridge (Massachusetts) 1983.

Kellerhoff, Sven Felix: *Die NSDAP. Eine Partei und ihre Mitglieder*, Stuttgart 2017.

Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek bei Hamburg ⁴1994.

Ders.: Hitler, 2 Bde., Stuttgart 1998, 2000.

Kißener, Michael: Das Dritte Reich (Kontroversen um die Geschichte), Darmstadt 2005.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2007.

Ders.: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. ²2007.

Kling, Lisa: Von »echten« und »nicht echten« Homosexuellen – Zur Bedeutung medizinischer Gutachten bei der Verfolgung Homosexueller während der nationalsozialistischen Herrschaft (22. 3. 2019), in: Online-Portal Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, URL: <https://ns-ministerien-bw.de/2019/03/von-echten-und-nicht-echten-homosexuellen-zur-bedeutung-medizinischer-gutachten-bei-der-verfolgung-homosexueller-waehrend-der-nationalsozialistischen-her/> (19. 9. 2019).

Klöckler, Jürgen: Selbstbehauptung durch Selbstgleichschaltung. Die Konstanzer Stadtverwaltung im Nationalsozialismus (Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen, Bd. 43), Ostfildern 2012.

Kocka, Jürgen: Zwischen Elfenbeinturm und Praxisbezug: Max Weber und die »Objektivität« der Kulturwissenschaften, in: Christian Gneuss / Jürgen Kocka (Hrsg.): Max Weber: ein Symposium, München 1988, S. 184–194.

Kolb, Eberhard: Friedrich Ebert: Vom »vorläufigen« zum definitiven Reichspräsidenten. Die Auseinandersetzungen um die »Volkswahl« des Reichspräsidenten 1919–1922, in: Ders. (Hrsg.): Friedrich Ebert als Reichspräsident. Amtsführung und Amtsverständnis (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 4), München 1997, S. 109–156.

Kremer, Hans-Jürgen: Der Fall Hagenbach. Zur Organisation, Praxis und Wirkung nationalsozialistischer Macht im Dorf 1933–36, in: Robert Neisen / Heinrich Maulhardt / Konrad Krimm (Hrsg.): Kommunen im Nationalsozialismus (Oberrheinische Studien, Bd. 38), Ostfildern 2019, S. 157–188.

Kupfer, Torsten: Generation und Radikalisierung. Die Mitglieder der NSDAP im Kreis Bernburg 1921–1945; ein Resümee, in: Historical Social Research 31 (2006) 2, S. 180–222.

Lässig, Simone: Introduction. Biography in Modern History – Modern History in Biography, in: Dies. / Volker R. Berghahn (Hrsg.): Biography between Structure and Agency. Central European Lives in International History (Studies in German History, Bd. 9), New York / London 2008, S. 1–26.

Lehmann, Sebastian: Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite, Bielefeld 2007.

Leonhard, Joachim-Felix (Hrsg.): Bücherverbrennung. Zensur, Verbot, Vernichtung unter dem Nationalsozialismus in Heidelberg (Heidelberger Bibliotheksschriften, Bd. 7) Heidelberg 1983.

Lilla, Joachim / Martin Döring / Andreas Schulz: Statisten in Uniform: Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924, Düsseldorf 2004.

Lipset, Seymour M.: Der ›Faschismus‹, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Ernst Nolte (Hrsg.): Theorien über den Faschismus, Köln ⁴1976, S. 449–491.

Lohalm, Uwe: Völkischer Radikalismus: Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923, Hamburg 1970.

Longerich, Peter: Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormann, München 1992.

Lüdtke, Alf: Die Praxis von Herrschaft. Zur Analyse von Hinnehmen und Mitmachen im deutschen Faschismus, in: Brigitte Berlekamp / Werner Röhr (Hrsg.): Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus, Münster 1995, S. 226–245.

Lundgreen, Peter: Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, Teil I: 1770–1918, Göttingen 1980, Teil 2: 1918–1980, Göttingen 1981.

Lurz, Meinhold: Die Heidelberger Thingstätte. Die Thingbewegung im Dritten Reich. Kunst als Mittel politischer Propaganda (Veröffentlichungen zur Heidelberger Altstadt, Bd. 10), Heidelberg 1975.

Ders.: Kulturpropaganda an den Reichsgrenzen. Die Reichsfestspiele in Heidelberg und Marienburg, in: Badische Heimat 74 (1994), S. 325–365.

Malinowski, Stephan: Ihr liebster Feind. Die deutsche Sozialgeschichte und der preußische Adel, in: Sven Oliver Müller / Cornelius Torp (Hrsg.): Das deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen 2009, S. 203–218.

Maser, Werner: Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart ²1973.

Matthias, Erich / Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien), Düsseldorf 1960.

McGovern, William Montgomery: From Luther to Hitler. The History of Nazi-Fascist Philosophy, London 1946.

Mehring, Reinhard: Rezension zu: Heinrich August Winkler: Streitfragen der deutschen Geschichte. Essays zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1997, in: Zeitschrift für Politik. Neue Folge 46 (1999) Hf. 4, S. 465–469.

Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.

Mentel, Christian / Niels Weise: Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus – Stand und Perspektiven der Forschung, München / Potsdam 2016.

Mertens, Melanie: Kunst und Kaserne. Die Großdeutschlandkaserne in Heidelberg, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg 4 (2015), S. 209–214.

Messerschmidt, Manfred: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969.

Meßner, Jonas: Austritte aus der NSDAP 1925–1945, in: Jürgen W. Falter (Hrsg.): Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1925, Frankfurt a. M. / New York 2016, S. 271–296.

Meyer, Beate: »Goldfasane« und »Narzissen«. Die NSDAP im ehemals »roten« Stadtteil Hamburg-Eimsbüttel, Hamburg 2002.

Mommsen, Hans: Die NSDAP. Typus und Profil einer faschistischen Partei, in: Ders. (Hrsg.): Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche. Ausgewählte Aufsätze, Stuttgart 1999, S. 201–213.

Ders.: Einleitung, in: Ders. / Susanne Willems (Hrsg.): Herrschaftsaltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988, S. 9–23.

Moraw, Frank: Die nationalsozialistische Diktatur (1933–1945), in: Andreas Cser u. a.: Geschichte der Juden in Heidelberg (Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. 6), Heidelberg 1996, S. 440–556.

Mühlberger, Detlef: Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, New York 1991.

Ders.: Hitler's Voice, Bd. 1: Organization & development of the Nazi Party, Oxford u. a. 2004.

Müller, Christine: Die Binnenstruktur von NSDAP und SED auf lokaler Ebene im Vergleich (1933–1945 / 1946–1970), in: GWU 51 (2001), S. 671–683.

Müller, Roland: »Die kleine Gewalt« – Ortsgruppenleiter der NSDAP in Stuttgart, in: Robert Neisen / Heinrich Maulhardt / Konrad Krimm (Hrsg.): Kommunen im Nationalsozialismus. Verwaltung, Partei und Eliten in Südwestdeutschland (Oberrheinische Studien, Bd. 38), Ostfildern 2019, S. 227–252.

Müller, Rolf-Dieter: Die Wehrmacht – Historische Last und Verantwortung. Die Historiographie im Spannungsfeld von Wissenschaft und Vergangenheitsbewältigung, in: Ders. / Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 3–35.

Müller-Botsch, Christine: »Den richtigen Mann an die richtige Stelle«. Biographien und politisches Handeln von unteren NSDAP-Funktionären, Frankfurt a. M. u. a. 2009.

Mundt, Christoph / Gerrit Hohendorf / Maike Rotzoll (Hrsg.): Psychiatrische Forschung und NS-»Euthanasie«. Beiträge zu einer Gedenkveranstaltung an der Psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg, Heidelberg 2001.

Münk, Dieter: Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung ideologisch fundierter Leitbilder in Architektur, Städtebau und Raumplanung des Dritten Reiches (Pahl-Rugenstein Hochschulschriften, Bd. 284), Bonn 1993.

Mußnug, Dorothee: Die Universität Heidelberg zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Semper Apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Bd. 3, Heidelberg 1985, S. 464–503.

Dies.: Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933, Heidelberg 1988.

Neisen, Robert / Heinrich Maulhardt / Konrad Krimm (Hrsg.): Kommunen im Nationalsozialismus (Oberrheinische Studien, Bd. 38), Ostfildern 2019.

Ders.: Die Macht der lokalen Verhältnisse: Nationalsozialistische Herrschaft in südwest-deutschen Kommunen. Eine Einführung, in: Ders. / Heinrich Maulhardt / Konrad Krimm (Hrsg.): Kommunen im Nationalsozialismus. Verwaltung, Partei und Eliten in Südwestdeutschland (Oberrheinische Studien, Bd. 38), Ostfildern 2019, S. 9–39.

Neumann, Franz: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Frankfurt a. M. 1984.

Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin / Bonn 1982.

Nipperdey, Thomas: Kann Geschichte objektiv sein?, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 30 (1979), S. 329–342.

Noakes, Jeremy: Nationalsozialismus in der Provinz. Kleine und mittlere Städte im Dritten Reich 1933–1945, in: Horst Möller / Andreas Wirsching / Walter Ziegler (Hrsg.): Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1996, S. 237–251.

Nolzen, Armin: Der »Führer« und seine Partei, in: Dietmar Süß (Hrsg.): Das Dritte Reich. Eine Einführung, München 2008, S. 55–76.

Ders.: Die Gaue als Verwaltungseinheiten der NSDAP. Entwicklung und Tendenzen in der NS-Zeit, in: Jürgen John / Horst Möller / Thomas Schaarschmidt (Hrsg.): Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen »Führerstaat«? (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer, Bd. 7), München 2007, S. 199–217.

Ders.: Die NSDAP im Gau Berlin nach 1933, in: Michael Wildt / Christoph Kreutzmüller (Hrsg.): Berlin 1933–1945. München 2013, S. 69–80.

Ders.: Die NSDAP vor und nach 1933, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 47 (2008), S. 19–26.

Ders.: Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft, in: Jörg Echternkamp / Ralf Blank (Hrsg.): Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945, Bd. 1 München 2004, S. 99–193.

Ders.: Funktionäre in einer faschistischen Partei. Die Kreisleiter der NSDAP 1932/33 bis 1944/45, in: Till Kössler / Helke Stadtland (Hrsg.): Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933 (Veröffentlichungen des Instituts für Soziale Bewegungen, Schriftenreihe B: Darstellungen, Bd. 30), S. 37–76.

Ders.: In die Jahre gekommen. Eine Neuauflage der bislang einzigen Gesamtgeschichte der NSDAP von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, in: Rezensionenforum 7 (2009), URL: <https://literaturkritik.de/id/13208> (23. 9. 2019).

Ders.: Inklusion und Exklusion im »Dritten Reich«. Das Beispiel der NSDAP, in: Frank Bajohr / Michael Wildt (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus (Die Zeit des Nationalsozialismus), Frankfurt a. M. 2009, S. 60–77.

Ders.: Moderne Gesellschaft und Organisation. Transformationen der NSDAP nach 1933, in: Manfred Grieger / Christian Jansen / Irmtrud Wojak (Hrsg.): Interessen, Strukturen und Entscheidungsprozesse. Für eine politische Kontextualisierung des Nationalsozialismus, Essen 2010, S. 91–112.

Ders.: Nationalsozialismus und Christentum. Konfessionsgeschichtliche Befunde der NSDAP, in: Ders. / Manfred Gailus (Hrsg.): *Zerstrittene »Volksgemeinschaft«*. Glaube, Religion und Konfession im Nationalsozialismus, Göttingen 2011, S. 151–179.

Notheisen, Laura / Nadine Povoden: Sintize/Sinti und Romnja/Roma, in: Verein Heidelberg Lupe – Verein für historische Forschung und Geschichtsvermittlung (Hrsg.): *Spurensuche: Heidelberg im Nationalsozialismus. Materialheft mit lokalhistorischen Quellen*, Heidelberg 2018, S. 111–125.

O’Butler, Rohan: *The Roots of National Socialism*, London 1941.

Orlow, Dietrich: *The history of the Nazi Party*, Bd. 2: 1933–1945, Pittsburgh 1973.

Pätzold, Kurt / Manfred Weißbecker: *Geschichte der NSDAP 1920 bis 1945*, Köln ³2009.

Petsch, Joachim / Wolfgang Schäche: *Architektur im deutschen Faschismus: Grundzüge und Charakter der nationalsozialistischen »Baukunst«*, in: Günter Metken (Hrsg.): *Realismus. Zwischen Revolution und Reaktion 1919–1939*, München 1981, S. 396–408.

Peukert, Detlef: *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt a. M. 1987.

Piper, Ernst Reinhard: *»Historikerstreit«*. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München / Zürich 1987.

Popplow, Marcus: *Felix Wankel. Mehr als ein Erfinderleben*, Erfurt 2011.

Pralle, Norma: *Zwischen Partei, Amt und persönlichen Interessen. Karl Pflaumer, Badischer Innenminister*, in: Michael Kißener und Joachim Scholtyseck (Hrsg.): *Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg*, Konstanz 1997, S. 539–566.

Rademacher, Michael: *Die Kreisleiter der NSDAP im Gau Weser-Ems*, Marburg 2005.

Räther, Hansjoachim: *Die Heidelberger Straßennamen. Straßen, Gassen, Wege, Plätze und Brücken in Heidelberg* (Beiträge zur Heidelberger Stadtgeschichte, Bd. 1), Heidelberg ²2016.

Rau, Susanne: *Räume. Konzepte, Wahrnehmungen und Nutzungen* (Historische Einführungen, Bd. 14), Frankfurt a. M. u. a. 2013.

Rauh-Kühne, Cornelia: *Katholisches Sozialmilieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918–1939* (Geschichte der Stadt Ettlingen, Bd. 5), Sigmaringen 1991, zugl. Diss. Tübingen 1989.

Reibel, Carl-Wilhelm: *Das Fundament der Diktatur. Die NSDAP Ortsgruppen 1932–1945*, Paderborn u. a. 2002.

Remy, Steven P.: *The Heidelberg Myth. The Nazification and Denazification of a German University*, Cambridge (Mass.) 2002.

Reus, Julia / Christopher Kirchberg (11. 12. 2015): *Tagungsbericht: Ein »Trend« ohne »Turn«? Neue Perspektiven auf die Organisationsgeschichte*, 3. 7. 2015, Bochum, in: H-Soz-Kult, URL: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6280> (19. 4. 2020).

Reutter, Friederike: *Heidelberg 1945–1949. Zur politischen Geschichte einer Stadt in der Nachkriegszeit* (Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. 5), Heidelberg 1995.

Riese, Reinhard: Dr. Carl Neinhaus: Ein Mann, »der mitgetan hat, ohne innerlich dabei zu sein«?, in: Wolfgang Proske (Hrsg.): Täter. Helfer. Trittbrettfahrer, Bd. 7: NS-Belastete aus Nordbaden und Nordschwarzwald, Gerstetten 2017, S. 235–256.

Ders.: Zwei Karrieren. Eine Studie zur Geschichte der Heidelberger Stadtverwaltung 1933–1953, in: Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 23 (2019), S. 89–109.

Ritter, Gerhard: Das deutsche Problem. Grundfragen deutschen Staatslebens gestern und heute, München 1962.

Roser, Hubert: Parteistatthalter in Badens NS-Kaderschmiede. Wilhelm Seiler, NSDAP-Kreisleiter von Heidelberg, in: Michael Kißener / Joachim Scholtyseck (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, S. 655–682.

Ders.: Kramer, August Hermann, in: Bernd Otnad / Fred Ludwig Sepaintner (Hrsg.): Baden-Württembergische Biographien, Bd. 3, Stuttgart 2002, S. 207 f.

Roth, Claudia: Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP unter besonderer Berücksichtigung Bayerns (Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte, Bd. 107), München 1997.

Ruck, Michael: Bibliographie zum Nationalsozialismus, 2 Bde., Darmstadt 2000.

Rumschüttel, Hermann / Walter Ziegler (Hrsg.): Staat und Gaue in der NS-Zeit. Bayern 1933–1945, München 2004.

Ruppel, Hans Georg / Birgit Groß: Karl Lenz, in: Hessische Abgeordnete 1820–1933. Biographische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums Hessen (2. Kammer) und den Landtag des Volksstaates Hessen (Darmstädter Archivschriften, Bd. 5), Darmstadt 1980, S. 172.

Ruppert, Andreas: Der Kreisleiter in Lippe. Zur Funktion einer Mittelinstanz der NSDAP zwischen Ortsgruppen und Gau, in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde 60 (1991), S. 199–299.

Schlögel, Karl: Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik, München 2003.

Schmid, Josef: Die vermeintlich erste Darstellung der Geschichte der NSDAP. Sven Felix Kellerhoffs Studie bietet keine neuen Einsichten, in: Rezensionenforum 12 (2018), URL: <https://literaturkritik.de/kellerhoff-nsdap-vermeintlich-erste-darstellung-geschichte-nsdap-sven-kellerhoffs-studie-bietet-keine-neuen-einsichten,23965.html> (23. 9. 2019).

Schmiechen-Ackermann, Detlef: Der »Blockwart«. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsstaat, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 575–602.

Schmitz-Berning, Cornelia: Alte Kämpfer, in: Dies.: Das Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin / New York ²2007, S. 26.

Dies.: Märzgefallene, in: Dies: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin / New York ²2007, S. 399.

Seidelmann, Wolf-Ingo: Blumberg – Die Zwangsindustrialisierung eines Bauerndorfs, in: Robert Neisen / Heinrich Maulhardt / Konrad Krimm (Hrsg.): Kommunen im Nationalsozialismus (Oberrheinische Studien, Bd. 38), Ostfildern 2019, S. 189–215.

Sommer, Antje: Der Aufstieg der NSDAP in Heidelberg 1928–1933. Zur Beziehung von Wählerstruktur und Wahlverhalten nach Stimmbezirken, in: Jörg Schadt / Michael Caroli (Hrsg.): Heidelberg unter dem Nationalsozialismus. Studien zu Verfolgung, Widerstand und Anpassung, Heidelberg 1985, S. 1–49.

Stelbrink, Wolfgang: Die Kreisleiter der NSDAP in Westfalen und Lippe. Versuch einer Kollektivbiographie mit biographischem Anhang (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C: Quellen und Forschungen, Bd. 48), Münster 2003.

Steur, Claudia: Rezension zu: Sven Felix Kellerhoff: Die NSDAP und ihre Mitglieder, Stuttgart 2017, in: damals.de, URL: <https://www.wissenschaft.de/rezensionen/buecher/die-nsdap-und-ihre-mitglieder/> (25. 9. 2019).

Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 13), Stuttgart 1978.

Süß, Dietmar: »Ein Reich, ein Volk, ein Führer«. Die deutsche Gesellschaft im Nationalsozialismus, München 2017.

Süß, Winfried / Malte Thießen: Nationalsozialistische Städte als Handlungsräume. Einführung, in: Dies. (Hrsg.): Städte im Nationalsozialismus. Urbane Räume und soziale Ordnungen (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 33), Göttingen 2017, S. 9–19.

Syring, Enrico: Intentionalisten und Strukturalisten. Von einem noch immer ausstehenden Dialog, in: Uwe Backes / Eckhard Jesse / Rainer Zitelmann (Hrsg.): Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. u. a. 1990, S. 169–194.

Tenfelde, Klaus: Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945, in: Martin Broszat / Elke Fröhlich / Anton Grossmann (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Bd. IV, München 1981, S. 1–382.

Thamer, Hans-Ulrich: Die NSDAP. Von der Gründung bis zum Ende des Dritten Reiches, München 2020.

Ders.: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986.

Theis, Kerstin: Wehrmachtsjustiz an der »Heimatfront«. Die Militärgeschichte des Ersatzheeres im Zweiten Weltkrieg, Berlin / Boston 2016.

Thießen, Malte: Der kleine Nationalsozialismus: Perspektiven und Potenziale der Lokal- und Regionalgeschichte, in: Robert Neisen / Heinrich Maulhardt / Konrad Krimm (Hrsg.): Kommunen im Nationalsozialismus. Verwaltung, Partei und Eliten in Südwestdeutschland (Oberrheinische Studien, Bd. 38), Ostfildern 2019, S. 41–57.

Turner, Henry A.: Unternehmen unter dem Hakenkreuz, in: Lothar Gall / Manfred Pohl (Hrsg.): Unternehmen im Nationalsozialismus (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 1), München 1998, S. 15–23.

Vézina, Birgit: Die »Gleichschaltung« der Universität Heidelberg im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung, Heidelberg 1982.

Vollnhals, Clemens: Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949 (dtv-Dokumente, Bd. 2962), München 1991.

Weckbecker, Arno (Bearb.): Gedenkbuch an die ehemaligen Heidelberger Bürger jüdischer Herkunft. Dokumentation ihrer Namen und Schicksale 1933–1945, Heidelberg 1983.

Ders.: Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933–1945 (Motive–Texte–Materialien, Bd. 29), Heidelberg 1985.

Ders.: Phasen und Fälle der wirtschaftlichen »Arisierung« in Heidelberg 1933–1942, in: Norbert Giovannini / Jo-Hannes Bauer / Hans-Martin Mumm (Hrsg.): Jüdisches Leben in Heidelberg. Studien zu einer unterbrochenen Geschichte, Heidelberg 1992, S. 143–152.

Werner, Oliver (18. 9. 2009): Rezension zu: Christine Müller-Botsch: »Den richtigen Mann an die richtige Stelle«. Biographien und politisches Handeln von unteren NSDAP-Funktionären, Frankfurt a. M. 2009, in: H-Soz-Kult, URL: <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-12809> (31.3. 2020).

Wildt, Michael: »Volksgemeinschaft« – eine Zwischenbilanz, in: Dietmar von Reeken / Malte Thießen (Hrsg.): »Volksgemeinschaft« als soziale Praxis. Neue Forschungen zur NS-Gesellschaft vor Ort (Nationalsozialistische »Volksgemeinschaft«, Bd. 4), Paderborn 2013, S. 355–369.

Ders.: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.

Wilke, Karsten: Karl Cerff: Propagandist und Apologet des Nationalsozialismus, in: Wolfgang Proske (Hrsg.): Täter. Helfer. Trittbrettfahrer, Bd. 7: NS-Belastete aus Nordbaden und Nordschwarzwald, Gerstetten 2017, S. 43–53.

Wolgast, Eike: Die Universität Heidelberg in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 135 (1987), S. 359–406.

